

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

AUS DEM INHALT

JOHN M. STEINER/JOBST FREIHERR VON CORNBERG
Willkür in der Willkür
Hitler und die Befreiungen von den antisemitischen
Nürnberger Gesetzen

BERND ROTHER
Franco und die Judenverfolgung

VALUR INGIMUNDARSON
„Der Chef des Kalten Krieges“
C. D. Jackson, psychologische Kriegführung und
die deutsche Frage 1953/54

DOKUMENTATION
Im Fadenkreuz der SED
Meine Flucht aus der SBZ 1949 und die
Aktivitäten der Zentralen Parteikontroll-Kommission
(Wolfgang Leonhard)

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben von
KARL DIETRICH BRACHER HANS-PETER SCHWARZ
HORST MÖLLER

in Verbindung mit
Theodor Eschenburg,
Rudolf v. Albertini, Dietrich Geyer, Hans Mommsen,
Arnulf Baring und Gerhard A. Ritter.

Redaktion:
Manfred Kittel, Udo Wengst, Jürgen Zarusky
Chefredakteur: Hans Woller
Stellvertreter: Christian Hartmann

Institut für Zeitgeschichte, Leonrodstr. 46 b, 80636 München, Tel. 12 68 80, Fax 123 17 27

46. Jahrgang

Heft 2

April 1998

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

- John M. Steiner*
und Jobst Freiherr
von Cornberg Willkür in der Willkür. Befreiungen von den antise-
mitischen Nürnberger Gesetzen 143
- Bernd Rother* Franco und die deutsche Judenverfolgung 189
- Valur Ingimundarson* „Der Chef des Kalten Krieges“. C. D. Jackson, psy-
chologische Kriegführung und die deutsche Frage
1953/54 221

MISZELLE

- Heike Bungert* Deutsche Emigranten im amerikanischen Kalkül.
Die Regierung in Washington, Thomas Mann und
die Gründung eines Emigrantenkomitees 1943 253

DISKUSSION

- Eckart Conze* Konfrontation und Détente. Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts 269

DOKUMENTATION

- Wolfgang Leonhard* Im Fadenkreuz der SED. Meine Flucht von der Parteihochschule „Karl Marx“ im März 1949 und die Aktivitäten der Zentralen Parteikontroll-Kommission 283

NOTIZEN

- Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973.
Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte
(*Thomas Schlemmer*) 311

- Dokumentationsstätte am Obersalzberg bei Berchtesgaden (*Volker Dahm*) 327

- ABSTRACTS 331

- MITARBEITER DIESES HEFTES 335

Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte im Internet
<http://www.oldenbourg.de>

Verlag und Anzeigenverwaltung: R. Oldenbourg Verlag GmbH, Rosenheimer Straße 145, 81671 München. Für den Inhalt verantwortlich: Horst Möller; für den Anzeigenteil: Suzan Hahnemann. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Jahresabonnement: Inland DM 99,80 (DM 85,- + DM 14,80 Versandkosten); Ausland DM 104,20 (DM 85,- + DM 19,20 Versandkosten). Studentenabonnement (nur Inland) DM 80,80 (DM 66,- + DM 14,80 Versandkosten); Einzelheft DM 29,- zzgl. Versandkosten. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Ermittlung der gebundenen Ladenpreise für Österreich und die Schweiz: Österreich: DM-Preis $\times 7,3$ = öS-Preis (ab 0,5 aufgerundet, bis 0,4 aberundet auf volle Schillinge). Schweiz: DM-Preis $\times 0,86$ = sFr-Preis (aufgerundet auf volle Franken). Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (2 Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von DM 52,- zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Fotokopien für den persönlichen und sonstigen eigenen Gebrauch dürfen nur von einzelnen Beiträgen oder Teilen daraus als Einzelkopien hergestellt werden. Jede darüber hinausgehende Vervielfältigung bedarf der Genehmigung des Verlages und verpflichtet zur Gebührenzahlung.

Satz und Druck: Appl, Senefelderstraße 3–11, 86650 Wemding

Ein Teil dieser Auflage enthält folgende Beilagen:

Institut für Zeitgeschichte: *Gesamtverzeichnis*,

Christians: *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte*

Juventa: *Praxis Politische Bildung*

JOHN M. STEINER/JOBST FREIHERR VON CORNBERG

WILLKÜR IN DER WILLKÜR

Befreiungen von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen

„Tausende Soldaten jüdischer Abstammung dienten in der Wehrmacht – mit falschen Papieren oder sogar mit Hitlers Sondererlaubnis“, berichtete unlängst „Die Zeit“. Bryan Mark Rigg, ein junger amerikanischer Student, spürt Überlebende der Wehrmacht mit jüdischer Abstammung auf und befragt sie zu ihrem Schicksal¹.

Aber trifft es zu, was Rigg behauptet, daß diese Personen nur deshalb Soldaten sein konnten, weil sie ihre Papiere gefälscht oder von Adolf Hitler eine Sondererlaubnis erhalten hatten? Um diese Fragen zu klären, muß man sich mit der Judengesetzgebung des Dritten Reiches näher befassen. Die berüchtigten Nürnberger Gesetze aus den Jahren 1935/36 waren der Kern für jene Strukturen, auf denen alle weiteren Rassengesetze aufbauten². Die Absurdität der nationalsozialistischen Rassenideologie lief darauf hinaus, daß die deutsche Bevölkerung in zwei rassisch unterschiedliche Gruppen geteilt wurde, nämlich in Arier oder Herrenmenschen und Nichtarier, das heißt Untermenschen³.

Um der Verfolgung durch das Naziregime zu entgehen, mußten Juden, sog. Geltungsjuden und Mischlinge, besonders die I. Grades, einen Weg suchen, der entweder das Gesetz umging, indem sie zum Beispiel ihre rassische Herkunft verschleierten oder ihre Identität änderten. Oder aber sie mußten versuchen, im Gesetz vorgesehe-

* J. M. Steiner dankt der Alexander v. Humboldt-Stiftung in Bonn-Bad Godesberg und Herrn Professor Dr. Wolfgang Neugebauer vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes in Wien für ihre Unterstützung.

¹ „Die Zeit“ Nr. 15 v. 4. 4. 1997, Dossier, S. 11–13, Zitat S. 11.

² Vgl. Herbert Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft: Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität, Freiburg i. Br. 1967; Wilhelm Stuckart/Hans Globke, Kommentare zur deutschen Rassengesetzgebung, Berlin 1936; Werner Feldscher, Rassen- und Erbpflege im deutschen Recht, Berlin 1943, S. 15–117; Egbert Mannlicher, Wegweiser durch die Verwaltung, Stand vom 1. 2. 1942, Berlin 1942, S. 207, 212f., 374f.; Im Namen des deutschen Volkes: Justiz und Nationalsozialismus, Katalog zur Ausstellung des Bundesministers der Justiz, Konzept und Text von Gerhard Fieberg, Köln 1989, S. 114–134.

³ Vgl. Uwe Dietrich Adam, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 142f.; vgl. auch Jeremy Noakes, „Wohin gehören die Judenmischlinge“, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime, Bd. 2: Verfolgung, Exil, Belasteter Neubeginn, Hamburg 1986, S. 70; John M. Steiner, Power Politics and Social Change in National Socialist Germany: A Process of Escalation into Mass Destruction, Den Haag 1975, S. 3–44.

ne Ausnahmebestimmungen für sich zu nutzen. Allerdings hatte sich Hitler die Zustimmung zu diesen Ausnahmen, die man auch Befreiungen nannte, persönlich vorbehalten.

Wer waren diese Menschen, wodurch glaubten sie, sich verdient gemacht zu haben, und aus welchen Verhältnissen mußten sie kommen, um solche bevorzugte Behandlung zu erfahren? Im Gegensatz zu den Überlebenden der Ghettos, Konzentrationslager und Todesmärsche bestand für diese verhältnismäßig kleine Gruppe kein Grund, nach Ende des Zweiten Weltkriegs die Aufmerksamkeit auf ihre Art des Überlebens zu lenken. Waren sie doch in den meisten Fällen der ursprünglichen Zuordnung als Jude oder jüdischer Mischling nur deshalb entronnen, weil sie besondere Verdienste um Volk und Reich vorweisen konnten oder andere sich aus diesen Gründen für sie verwendeten⁴. Diese besondere Situation war wohl mit dafür verantwortlich, daß kaum über diese wichtige Frage berichtet oder geschrieben worden ist.

Rechtliche Grundlagen und Praxis der Befreiungen

Seit der 1. Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 11. April 1933 gab es im nationalsozialistischen Deutschland eine Definition, was unter einem Nichtarier zu verstehen sei⁵: § 2 (1) Als nicht arisch sollte gelten, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammte. Bereits die nichtarische Herkunft eines Elternteils oder Großelternteils sollte hierfür genügen. Diese Bestimmung wurde auch „Arierparagraph“ genannt. Bei dieser Fassung liegt es auf der Hand, daß viele Nichtarier im Sinne der Verordnung vom 11. April 1933 es als eine Art von Verbesserung ihrer Situation empfinden mußten, daß die Nürnberger Gesetze vom Herbst 1935, insbesondere das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935⁶ und seine 1. Verordnung vom 14. November 1935⁷, eine genauere Definition einführten, die von diesem Zeitpunkt ab das Schicksal vieler Deutscher bestimmte. Insbesondere war eine Abgrenzung zwischen Juden und sog. jüdischen Mischlingen in der Verordnung enthalten. Sie unterschied zwischen Juden und sog. Geltungsjuden einerseits und Mischlingen I. und II. Grades andererseits, so daß es ab diesem Zeitraum folgende Gruppen von deutschen Staatsangehörigen⁸ gab: Nichtjuden oder Arier – Mischlinge I. Grades – Mischlinge II. Grades – Geltungsjuden – Juden (Dreiviertel- oder Volljuden)⁹.

⁴ Vgl. Vernehmung Dr. Lammers im Vorverfahren zum Wilhelmstraßen-Prozeß am 23.9. 1948 durch Dr. Kempner, in: Robert M. W. Kempner, SS im Kreuzverhör, München 1964, S. 219.

⁵ RGBl. I, 1933, S. 195.

⁶ RGBl. I, 1935, S. 1146.

⁷ RGBl. I, 1935, S. 1333f.

⁸ Das Reichsbürgergesetz führte auch den Begriff des Reichsbürgers ein, der aber Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes vorbehalten blieb.

⁹ Die ausführlichste Darstellung der Mischlingspolitik im NS-Staat findet man bei Jeremy Noakes,

Allein maßgebend war jetzt die Zahl der volljüdischen Großeltern. Zwei jüdische Großeltern machten eine Person zum Mischling I. Grades, mit drei jüdischen Großeltern war man Jude. Etwas anders war die Lage bei den sogenannten Geltungsjuden. Sie waren Mischlinge I. Grades mit zwei jüdischen Großeltern. § 5 Absatz 2 der 1. Verordnung definierte die Kriterien, wann dieser Personenkreis als „Geltungsjuden“ bezeichnet werden sollte: a) wer beim Erlaß des Gesetzes der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hat oder danach in sie aufgenommen wird, b) wer beim Erlaß des Gesetzes mit einem Juden verheiratet war oder sich danach mit einem solchen verheiratet, c) wer aus einer Ehe mit einem Juden stammt, die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935 (RGBl. I, S. 1146) geschlossen ist, d) wer aus dem außerehelichen Verkehr mit einem Juden stammt und nach dem 31. Juli 1936 außerehelich geboren wird¹⁰.

Schon diese Aufzählung verdeutlicht, daß sich der Ausschluß dieser Personengruppe aus der deutschen Gesellschaft nicht ausschließlich nach rassistischen Kriterien vollzog.

Die Fassung dieser Verordnung fußt im wesentlichen auf einem Entwurf von Reichsärztführer Dr. Gerhard Wagner. Dagegen konnte sich bei der Einteilung in Juden und Mischlinge die Fassung des Innenministeriums (Dr. Bernhard Lösener, Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart) durchsetzen¹¹. Die erste Verordnung war wohl ein ganz außerordentlicher Erfolg der Ministerialbürokratie. Scheidung der Mischehen oder Zwangssterilisierung, alles Forderungen der Partei, waren erst einmal vom Tisch. Der Judenbegriff blieb relativ eng gefaßt. Damit blieben Zehntausende von Halbjuden von den bedrückenden Maßnahmen gegen die Juden vorerst verschont, und das physische Überleben dieser Gruppe schien gesichert¹². Auf der anderen Seite bot diese Rangordnung auch Ansatzpunkte für eine Eskalation, wie sie sich am Ende des Krieges abzeichnete.

So hart und einschneidend die Nürnberger Gesetze auch waren, von vielen deutschen Juden wurden sie mit einer gewissen Erleichterung aufgenommen. Da Hitler im Reichstag diese Gesetze als endgültige und abschließende Regelung angekündigt hatte, erweckte dies bei den Betroffenen die Hoffnung, daß die nationalsozialistische Rassengesetzgebung nunmehr ihren Endpunkt erreicht haben dürfte¹³. Doch war es

The development of Nazi Policy towards the German – Jewish „Mischlinge“ 1933–1945, in: Leo Baeck Institute Year Book, XXXIV (1989), S. 291–354. Vgl. auch John A. S. Grenville, Die Endlösung und die Judenmischlinge im Dritten Reich, in: Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime, Bd. 2, S. 91–121; Adam, Judenpolitik, S. 316–333; Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1994, S. 436–449.

¹⁰ Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 142f.; Noakes, Judenmischlinge, S. 84.

¹¹ Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 140.

¹² Ebenda, S. 142 u. 130f.

¹³ Reichsparteitag der Freiheit am 15. 9. 1935. Vgl. dazu: Der Nationalsozialismus 1933–1945, hrsg. und kommentiert von Walter Hofer, Frankfurt 1982, S. 284, sowie: Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung. Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, verfaßt von

ein verhängnisvoller Trugschluß, wenn viele Juden nun ein Ende aller gesetzwidrigen Maßnahmen erwarteten¹⁴.

Immerhin ließ § 7 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz nun Ausnahmen von der Einordnung in Juden, Geltungsjuden und jüdische Mischlinge zu. Allerdings war die Entscheidung über Ausnahmen Hitler allein vorbehalten. § 7 lautet: „Der Führer und Reichskanzler kann Befreiungen von den Vorschriften der Ausführungsverordnungen erteilen.“¹⁵ Im ursprünglichen Entwurf der Verordnung war noch vorgesehen, daß über die Ausnahmen der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Stellvertreter des Führers entscheiden konnte. Hierfür wollte sich Hitler aber selbst die Zustimmung vorbehalten. Der Text wurde in diesem entscheidenden Punkt nochmals geändert¹⁶.

Wie man in der Zeit des Nationalsozialismus solche Ausnahmebestimmungen bewertete, beleuchtet folgende Stelle aus einem der zahlreichen Werke zum Thema Rasse und Bevölkerungspolitik: „Wenn viele Gesetze Ausnahmebestimmungen enthalten, so ist das in erster Linie auf die menschlich gerechte Gesinnung des Nationalsozialismus und seine Achtung vor dem Frontkämpfer zurückzuführen. Es sollen Härten nach Möglichkeit vermieden werden, besonders bei solchen Fremdrassigen, die freiwillig oder unfreiwillig ein Opfer für Deutschland gebracht haben. Das bedeutet aber keineswegs, daß an den Grundsätzen auch nur das geringste geändert wird.“¹⁷

Wie kam es zu dieser Ausnahmebestimmung, die doch an sich im Widerspruch zu der nationalsozialistischen Rassenideologie stand, in der es hieß, daß jeder noch so kleine Anteil jüdischen Blutes schädlich sei? So konsequent und unerbittlich Hitler und seine Gefolgsleute gegenüber den sog. Volljuden waren, so ambivalent war Hitlers Einstellung gegenüber den jüdischen Mischlingen. Offenbar wollte er sich in Einzelfällen ein „Hintertürchen“ offenlassen, denn Hitler wußte nur zu genau, daß er auf eine große Zahl von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Kunst und Wissenschaft und sogar seiner engeren Umgebung nicht verzichten konnte, obwohl sie jüdische Vorfahren hatten oder „jüdisch versippt“ waren. Ohne Zweifel war daran gedacht, für solche Personen mit Hitlers Zustimmung eine Besserstellung zu ermöglichen. Es waren also weniger Erwägungen „rassenpolitischer Natur“, die zu der Ausnahmeregelung führten. Deshalb heißt es auch in den Erläuterungen zur 1. Verordnung, die Staatssekretär Stuckart am 7. Oktober 1935 seinem Minister vorlegte: „Die Möglichkeit, Befreiung von sämtlichen Bestimmungen dieser Ver-

Bernhard Lösener, in: VfZ 9 (1961), S. 262–313, hier S. 272, 276. (Dabei handelt es sich um eine Dokumentation, die von Walter Strauß herausgegeben wurde.)

¹⁴ Adam, Judenpolitik, S. 130f. Zur Entstehung der Nürnberger Gesetze siehe auch die ausführliche Gesamtdarstellung, in: Ebenda, S. 114–144; Noakes, Judenmischlinge, S. 69–89; Hilberg, die Vernichtung, S. 73–77; Lösener, Rassereferent, S. 272–277.

¹⁵ RGBl. I, 1935, S. 1333f.

¹⁶ Handakten Dr. Lösener 1933–1942, in: Institut für Zeitgeschichte (künftig: IfZ), F 71/2, Bl. 152–155.

¹⁷ Karin Magnussen, Rassen- und bevölkerungspolitisches Rüstzeug, München/Berlin 1939, S. 60.

ordnung zu geben, soll unvorhersehbare politische Schwierigkeiten ausräumen.¹⁸ Es ist aber auch denkbar, daß Hitler als belesener Autodidakt die Anregung für die „Befreiung“ der österreichischen Geschichte des 16. Jahrhunderts entnahm. In der Habsburger Monarchie wurden zwischen 1551 und 1580 diejenigen Juden, die dem Staat oder den Regierenden in hervorragender Weise gedient hatten, als „hofbefreit“ erklärt. Sie erhielten damit Vergünstigungen verschiedener Art, brauchten keine Judenzeichen mehr zu tragen, hatten ungehindertes Aufenthaltsrecht am Kaiserhof und genossen Steuerfreiheit¹⁹.

Nach Erlaß der Nürnberger Gesetze bedeutete die Erteilung einer Befreiung die rechtliche Gleichstellung eines Juden mit einem jüdischen Mischling oder die Besserstellung eines jüdischen Mischlings oder gar die Gleichstellung mit Deutschblütigen. Die Ausnahmen waren an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft. Befreiungen sollten nur in besonderen Ausnahmefällen und in erster Linie im Interesse der Allgemeinheit und nicht des Gesuchstellers erfolgen. Die Vorschrift sollte etwa vorkommende Härten, die über den gesetzlichen Zweck hinausgingen, ausgleichen. Der Gesuchsteller mußte allerdings nach seinen persönlichen, insbesondere rassischen, seelischen und charakterlichen Eigenschaften, seinen Verdiensten im Weltkrieg und vor oder nach der NS-Machtübernahme der Befreiung würdig erscheinen²⁰. Die Einzelheiten, wer für diese Befreiungen zuständig war und welche Formalien erfüllt sein mußten, regelte der Runderlaß des Reichsinnenministers vom 4. Dezember 1935²¹. Anträge waren normalerweise beim zuständigen Regierungspräsidenten einzureichen. Der Runderlaß regelte weiter, daß das Gesuch Angaben enthalten muß, warum ein besonderer Ausnahmefall vorliegt. Lag ein solcher Ausnahmefall nicht vor, so war der Antrag ohne weitere Vorbereitung dem Reichsinnenministerium vorzulegen mit dem Hinweis auf das Fehlen einer Ausnahme. In den anderen Fällen hatte das Regierungspräsidium Ermittlungen anzustellen. Die Ermittlungen betrafen die persönlichen Eigenschaften, die Teilnahme am Weltkrieg und die politische Zuverlässigkeit. Vor der Weitergabe des Gesuchs an den Reichsinnenminister war noch eine Stellungnahme der Gauleitung einzuholen. Im Innenministerium war unter der Leitung des Ministerialrats Dr. Bernhard Lösener ein Judenreferat gebildet worden. Bei ihm liefen die Anträge ein. Durch einen Erlaß Hitlers vom 4. Dezember 1935²² war der Reichsinnenminister ermächtigt, die Gesuche zu prüfen und abzulehnen, wenn nicht ausnahmsweise eine Befürwortung eines Gesuches angebracht erschien. Es fand also eine zweimalige Auslese statt: beim Regierungspräsidenten und beim Reichsinnenministerium.

¹⁸ Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, R 18/5513, Bl. 102 und 126.

¹⁹ Martha S. Halpert, Jüdisches Leben in Österreich, Österreich-Dokumentation, hrsg. v. Bundespressediens, Wien 1994, S. 24.

²⁰ Bernhard Lösener/Friedrich A. Knost, Die Nürnberger Gesetze, Berlin 1942, S. 193 f.

²¹ Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung 1935, S. 1455. Vgl. Feldscher, Rassenpflege, S. 36 f.

²² Vgl. Schnellbrief Reichsinnenministerium (künftig: RMI) Dr. Stuckart an Oberste Reichsbehörden v. 10. 12. 1935, in: BA Koblenz, R 18/5515.

Die wenigen Gesuche, die dann noch übrig blieben, legte Staatssekretär Stuckart, der Vorgesetzte Löseners, dem Stellvertreter des Führers, später dem Leiter der Partei-Kanzlei Martin Bormann, zur Zustimmung vor. Erst dann gingen die Gesuche an den Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär, später Reichsminister Dr. Hans Heinrich Lammers, der sie dann Hitler vortrug. Lammers' Zuständigkeit für die Vorlage der Gesuche bei Hitler war mit Anordnung vom 25. Oktober 1937²³ bekanntgemacht worden, um eine einheitliche Behandlung und Erfassung aller Fälle zu ermöglichen.

Tatsächlich lösten die Nürnberger Gesetze (Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 und seine Ausführungsverordnungen) eine Flut von derartigen Anträgen aus. Die Betroffenen selbst suchten Erleichterungen zu erreichen, aber auch viele Prominente setzten sich für Verwandte, Freunde und Bekannte ein mit Hilfe von schriftlichen Interventionen oder Beziehungen. Hitler war wohl in den ersten Jahren durch solche Gesuche relativ wenig in Anspruch genommen. Jedenfalls kann man das aus der geringen Zahl seiner positiven Entscheidungen bis einschließlich 1939 schließen. Aber die Situation änderte sich, je härter der Antisemitismus wurde, je mehr Gefahr für Leib und Leben drohte. Das wurde besonders nach der „Reichskristallnacht“ vom 9. November 1938 deutlich. Hitler paßte das Ausmaß dieser Ausnahmegesuche nicht mehr. Bereits am 14. Januar 1939 kritisierte er vor den Spitzenvertretern der NSDAP die zahlreichen Gesuche um Besserstellung. Zeuge dieses „Anpiffs“ in der neuen Reichskanzlei war der damalige Obergerichtsführer und Amtsleiter in der Reichsjugendführung, Günter Kaufmann. Hitler sagte sinngemäß: „Ich bekomme waschkörbeweise solche Ansuchen von Ihnen, meine Parteigenossen. Sie kennen offenbar mehr anständige Juden, als Juden überhaupt im Deutschen Reich vorhanden sind. Das ist ein Skandal! Ich verbitte mir solche Gesuche ganz energisch.“²⁴ Auch diese Episode dürfte die These Goldhagens vom kollektiven eliminatorischen Antisemitismus der Deutschen kaum belegen²⁵.

Die Arbeit im Referat für Juden- und Mischlingsfragen im Reichsinnenministerium hatte durch zahllose Anträge, Rückfragen und persönliche Besuche von Antragstellern so zugenommen, daß Lösener Minister Wilhelm Frick am 22. Mai 1940 einen vereinfachten normierten Zwischenbescheid vorschlug. Die Zahl der Neueingänge in Gnaden- und Abstammungssachen habe nämlich, so Lösener, seit dem 1. Januar 1940 die Zahl 1700 bereits überschritten²⁶.

Die Entscheidung über die vom Reichsministerium des Innern befürworteten Gesuche lag bis zuletzt bei Hitler. Die Handakten Löseners enthalten interessante Zahlen über das Verhältnis der eingegangenen Gesuche und den positiven Entscheidungen Hitlers:

²³ BA Koblenz, R. 22/20552.

²⁴ Askania Annual, Informations-Blatt der Askania-Verlags GmbH, Nr. 14, Lindhorst, Juni 1988.

²⁵ Vgl. Daniel Jonah Goldhagen, Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust, Berlin 1996.

²⁶ Handakten Dr. Lösener, in: IfZ, F 71/3, Bl. 274–278.

	Anträge	Führerentscheidungen (positiv)
1935	295	15
1936	1400	
1937	562	
1938	1254	9
1939	2100	12
1940	2750	111
1941	1275 (in den ersten 4 Monaten)	113
	<u>9636</u>	<u>260</u>

Bei dieser Aufstellung vom 27. Mai 1941 handelt es sich nur um Gnadenanträge auf eine andere rassische Einordnung, 113 Entscheidungen auf Gleichstellung im Bereich der Wehrmacht sind darin nicht enthalten²⁷. Es bleibt bei diesen Zahlen allerdings offen, wie viele der Anträge Hitler vorgelegen haben und wie viele er noch selbst abgelehnt hat. Der Vergleich zeigt aber deutlich, daß das Reichsinnenministerium und auch der Stellvertreter des Führers bzw. die Partei-Kanzlei schon gründlich aussiebten und nur eine verschwindend geringe Zahl von Gesuchen zu Hitler gelangte. Von 9636 Gesuchen hat Hitler nur 260 = 2,7 Prozent positiv entschieden.

In einem seiner Tischgespräche in der Wolfsschanze kam Hitler am 10. Mai 1942 auf die vergleichsweise großzügige Praxis in der Wehrmacht zu sprechen, 50-prozentige Judenmischlinge zum Wehrdienst zuzulassen. Er sah darin eine große Gefahr und bemerkte, daß er grundsätzlich nur noch in ganz besonderen Fällen Ausnahmen zulassen werde²⁸. Am 1. Juli 1942 beim Mittagessen in der Wolfsschanze griff Hitler das Mischlingsthema erneut auf und wies auf die Gefahren hin, die er darin sah. Schon deshalb wollte er Ausnahmegenehmigungen für Mischlinge auf ein „minimalstes Minimum“ beschränken²⁹. An sich hatte die Bemerkung Hitlers ja nur die Genehmigungspraxis in der Wehrmacht kritisiert. Aber es geschah etwas Merkwürdiges. Alle außer dem eigentlich angesprochenen Oberkommando der Wehrmacht (OKW) fühlten sich bemüßigt, sofort für ihren Bereich zu reagieren. Nur das OKW verfügte erst einige Zeit später. Lammers schrieb daraufhin am 20. Juli 1942 an die obersten Reichsbehörden, daß Anträge auf Gleichstellungen in Zukunft strenger geprüft werden müßten. Bisher sei man zu weichherzig vorgegangen³⁰. Schon am 17. August 1942 folgte ein geheimer Runderlaß des Reichsinnenministeriums, daß die Bearbeitung von Anträgen auf Befreiung eingestellt werde. Lediglich „kriegswichtige Fälle“ bildeten eine Ausnahme³¹. Am 29. August 1942 definierte Staatssekretär Stuckart, was man unter kriegswichtigen Fällen zu verstehen habe: Gesuche von Wehrmachts-

²⁷ Ebenda, Bl. 333.

²⁸ Vgl. Henry Picker, *Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier*, München 1979, S. 277.

²⁹ Vgl. ebenda, S. 400.

³⁰ Vernehmung Dr. Lammers im Vorverfahren zum Wilhelmstraßen-Prozess am 23. 9. 1948 durch Dr. Kempner in: Kempner, *SS im Kreuzverhör*, S. 219; Beatrice und Helmut Heiber, *Die Rückseite des Hakenkreuzes*, München ²1994, Nr. 374, S. 247.

³¹ Joseph Walk (Hrsg.), *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat*, Heidelberg ²1996, IV 410, S. 384.

angehörigen, Beamten oder sonst im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten, deren Einsatz im Interesse des Staates nicht entbehrt werden konnte. Die Bearbeitung von Anträgen von Geltungsjuden ging aber interessanterweise vorläufig weiter³². Am 25. September 1942 verwies der Leiter der Partei-Kanzlei auf den Runderlaß des Reichsinnenministeriums vom 17. August 1942 und verbot, in Zukunft für solche Anträge das Wort „Gnadengesuch“ zu verwenden³³. Schließlich verfügte das Reichsinnenministerium am 12. Oktober 1942, daß auch die Bearbeitung von Anträgen von Geltungsjuden einzustellen sei³⁴.

An sich konnten, wie sich aus dem Wortlaut der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz ergibt, auch sogenannte Volljuden eine Besserstellung bis hin zur Deutschblütigkeit beantragen. Nach unseren Untersuchungen scheint aber Hitler Ausnahmen für Volljuden bis auf zwei Ausnahmen durchweg abgelehnt zu haben. So schrieb Lammers am 4. November 1938 an den Reichsinnenminister Frick: „Der Führer ist der Ansicht, daß gnadenweise Befreiungen von den für Juden geltenden besonderen Bestimmungen ausnahmslos abgelehnt werden müssen. Der Führer beabsichtigt, auch selbst solche gnadenweisen Befreiungen nicht zu bewilligen.“³⁵ Und Frick teilte am 12. Dezember 1938 den Länderregierungen mit: „Da der Führer nicht beabsichtigt, Juden Befreiungen gemäß § 7 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz [...] zu bewilligen, sind in Zukunft alle Gesuche von Juden nur nach Ziff. 4 Satz 2 meines Runderlasses (vom 4. Dezember 1935) zu behandeln, d. h. das Gesuch ist mir unter Hinweis darauf, daß der Antragsteller Jude ist, ohne weitere Vorbereitung vorzulegen.“³⁶ Lediglich in einer Abstammungssache, die die Reichsstelle für Sippenforschung bearbeitet hat, scheint eine Frau Eichler, eine Jüdin, die Einordnung als Mischling I. Grades erreicht zu haben, weil ihr verstorbener Ehemann sich große Verdienste um das Deutschtum im Sudetenland erworben hatte³⁷. Am 8. August 1941 schrieb Dr. Werner Feldscher vom Judenreferat des Reichsinnenministeriums in einer Aktennotiz an Ministerialrat Kaibel: „Der Führer hat wiederholt entschieden, daß Befreiungen für Rassejuden von den für sie geltenden Bestimmungen ausnahmslos und ohne Rücksicht auf die besonderen Umstände im Einzelfall abzulehnen sind.“³⁸ Und in einem Schreiben der Reichskanzlei an den Reichsfinanzminister vom 7. Februar 1942 hieß es: „Der Führer hat bei anderer Veranlassung seinem Willen dahin Ausdruck gegeben, daß künftig Ausnahmen von der durch Gesetz oder auch durch Verwaltungsmaßnahmen vorgesehenen Behandlung der Juden nicht mehr gemacht werden dürfen ohne Rücksicht auf die Gründe, die für eine solche Ausnahmebehandlung auch vorgebracht werden mögen.“ Das Schreiben enthält dann noch einen Hinweis auf eine einzige Ausnahme, Frau Melitta Hoffman, eine

³² BA Koblenz, R 18/5509.

³³ Walk, Sonderrecht, IV 432, S. 388.

³⁴ BA Koblenz, R 18/5509.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Ebenda, R 18/5645.

³⁷ Handakten Dr. Lösener, in: IfZ, F 71/3, Bl. 274, Notiz Lösener an den Minister v. 22.5. 1940.

³⁸ BA Koblenz, R 18/5645.

Volljüdin. Die Antragstellerin hatte sich um die „Bewegung“ vor der Machtübernahme besonders verdient gemacht³⁹.

Alle anderen Anträge von sogenannten Volljuden wurden bereits im Vorverfahren abgelehnt und Hitler erst gar nicht vorgelegt. Wenn die Feststellung lautete, der Antragsteller sei Jude gemäß § 5 Abs.1 der 1.Verordnung zum Reichsbürgergesetz (mindestens drei volljüdische Großeltern), dann blieben solche Anträge aussichtslos; genannt seien die Beispiele von Alfred Reiss⁴⁰, Georg Moser⁴¹, Walther Jaques⁴². Das war auch dann nicht anders, wenn sich hochrangige Persönlichkeiten für die Antragsteller einsetzten (so Großadmiral Erich Raeder für Professor Theodor Pöschl⁴³, Botschafter Hans Georg von Mackensen für Generalmusikdirektor Franz von Hoesslin⁴⁴ und Felix Graf Luckner für Harriet Freifrau von Campe⁴⁵). Auch der verständliche Wunsch jüdischer Bürger, die zwangsweise verordnete Eintragung der jüdischen Vornamen Israel oder Sara zu vermeiden, stieß durchweg auf Ablehnung. Die Ablehnung wurde damit begründet, daß § 2 der 2.Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Änderung von Familiennamen und Vornamen keine Ausnahme vorsehe⁴⁶. So mußten die Verantwortlichen für Judenfragen im Reichsinnenministerium schnell einsehen, daß es bei der bekannten Einstellung Hitlers sinnlos war, ihm Gesuche um Befreiungen oder Erleichterungen von Volljuden vorzulegen. Man konzentrierte sich auf die Mischlinge und versuchte, ihnen nach besten Kräften bei der Antragstellung und ihrer Begründung zu helfen. Lösener schreibt dazu in seinen Erinnerungen, „daß an der Judenfrage im engeren Sinne, also der der Volljuden, ebensowenig gerüttelt werden konnte wie an einem Berg. Es wäre taktisch das Dümme gewesen, was ich hätte versuchen können, denn es hätte mir von vornherein jede weitere Möglichkeit abgeschnitten, überhaupt noch etwas von meinem Platz aus zu erreichen.“⁴⁷

Anders sah die Haltung der nationalsozialistischen Führung gegenüber den sog. Geltungsjuden aus, die an sich nur Mischlinge I. Grades waren, also aus der Sicht Hitlers nur zur Hälfte jüdisches Blut in sich trugen, aber durch verschiedene, in der 1. Verordnung festgelegte Kriterien wie Juden angesehen wurden. Die Gleichbehandlung dieser Gruppe mit Volljuden konnte im Einzelfall eine große Härte sein, wenn etwa die Eheschließung mit einem jüdischen Ehepartner vor Erlaß der Nürnberger Gesetze stattgefunden hatte. Es ist daher interessant, daß Hitler in einer ganzen Reihe von Fällen Geltungsjuden zu Mischlingen I. Grades gemacht hat (von 1938 bis 9. 9. 1942 = 339 Gleich-

³⁹ Ebenda, R 43/F4112.

⁴⁰ Ebenda, R 18/5644, Korrespondenz Reiss mit Staatssekretär Pfundtner, Dezember 1935.

⁴¹ Ebenda, R 18 II/893b, Schriftwechsel Moser mit Lammers, November 1938.

⁴² Ebenda, R 18/5645, Korrespondenz Jaques mit Pfundtner, Juli/August 1941.

⁴³ Ebenda, Korrespondenz Raeder mit RMI, November 1941 bis Juni 1942.

⁴⁴ Ebenda, R 18/5644, Korrespondenz Mackensen mit Pfundtner, März bis Mai 1939.

⁴⁵ Ebenda, R 43/F4112, Schreiben Reichskanzlei an Rudolf A. Herrschel v. 21.2. 1942.

⁴⁶ RGBl. I, 1938, S. 1044. Ab 1. 1. 1939 hatten männliche Juden „Israel“ und Jüdinnen „Sara“ als weiteren Vornamen zu führen.

⁴⁷ Lösener, Rassereferent, S.268.

stellungen)⁴⁸. Er war also bei Geltungsjuden eher zu Kompromissen bereit. Auch bei anderer Gelegenheit spielten Anträge von Geltungsjuden eine besondere Rolle. So fragte die Partei-Kanzlei beim Reichsinnenministerium am 6. Dezember 1943 speziell nach dem Verbleib der Anträge von Geltungsjuden⁴⁹. Die Anträge von Geltungsjuden wurden zumindest vorübergehend noch weiter bearbeitet, als die Bearbeitung anderer Gesuche schon eingestellt war⁵⁰. Und um die Geltungsjuden nicht einfach wie Juden zu deportieren, mußten ihre Gesuche auf gewisse Kriterien hin überprüft werden, um sie eventuell von der Deportation ausnehmen zu können. Dazu erließ das Reichsministerium des Innern folgende Verordnung: „II. Die Bearbeitung dieser Art von Gnadengesuche hat jedoch gezeigt, daß sich unter ihnen besonders markante Härtefälle befinden, die nicht von vornherein aussichtslos sind. Um trotz der Stilllegung einer späteren Entscheidung des Führers auf Gleichstellung mit jüdischen Mischlingen I. Grades im Einzelfall nicht durch eine inzwischen erfolgte Abschiebung vorzugreifen, wird vorläufig von der Abschiebung in diesen Fällen abgesehen. Die Dienststellen der Sicherheitspolizei haben eine entsprechende Weisung erhalten. Um diese Dienststellen von den in Frage kommenden Fällen in Kenntnis zu setzen, ordne ich folgendes an:

1. Die dort laufenden oder noch eingehenden Gesuche sind grundsätzlich nur daraufhin durchzusehen, ob sie einen der folgenden Tatbestände enthalten:
 - a) Der Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ist erst nach dem Stichtage, aber vor der Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich erfolgt. Gilt nur für damals österreichische Staatsangehörige.
 - b) Es ist glaubhaft gemacht, daß der Halbjude rechtzeitig, d. h. spätestens vor der Wiedervereinigung, aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ausgetreten wäre, wenn ihm dies nicht durch das österreichische Gesetz vom 25. Mai 1868 verwehrt gewesen wäre, weil das Gesetz einen Wechsel des Religionsbekenntnisses zwischen dem vollendeten 7. und dem vollendeten 14. Lebensjahr verbot.
 - c) Der Wille zum tatsächlichen Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft ist vor dem Stichtag bewiesen, (insbesondere durch schriftliche Taufe), doch ist der nach den staatlichen Gesetzen vorgeschriebene förmliche Austritt aus der jüdischen Religionsgemeinschaft aus entschuldbaren Gründen nicht oder nicht formgerecht vollzogen worden.
 - d) Nach der Trennung einer Mischehe ist die deutschblütige Ehefrau mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern, die als Juden gelten, zurückgeblieben – jüdischer Einfluß auf die Kinder ist ausgeschaltet.
 - e) Ein Geltungsjude ist verheiratet mit einer deutschblütigen Frau, und es sind aus der Ehe Kinder vorhanden, die Mischlinge II. Grades sind.⁵¹

⁴⁸ Handakten Dr. Lösener, in: IfZ, F 71/3, Bl. 335.

⁴⁹ BA Koblenz, R 18/25626/6.

⁵⁰ Ebenda, R 18/5509, Schreiben RMI an Reichsstatthalter u. a. v. 29. 8. 1942; Hinweis auf Runderlaß v. 17. 8. 1942, in: Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern 1942, S. 1711; vgl. auch Feldscher, Rassenpflege, S. 37.

⁵¹ BA Koblenz, R 18/5509, Schreiben RMI an Reichsstatthalter u. a. v. 12. 10. 1942.

Wie auch Geltungsjuden im Verlauf des Krieges in die Vernichtungsmaschinerie geraten konnten, zeigt das tragische Beispiel des pensionierten österreichischen Feldmarschall-Leutnants Johann Friedländer, selbst Mischling I. Grades, aber mit einer Jüdin verheiratet, von der er sich nicht scheiden lassen wollte⁵². Damit war er Geltungsjuden im Sinne der Nürnberger Gesetze. Obwohl er am 31. Mai 1938 einen Antrag auf Befreiung gestellt hatte und dieser Antrag auch dem Reichsinnenministerium vorgelegt wurde, hatte er offenbar keinen Erfolg. Friedländer konnte lediglich erreichen, daß er wenigstens bis 1942 weiter in seiner Wohnung bleiben konnte. Am 2. September 1943 kam Friedländer mit seiner Frau in das sogenannte „Altersghetto“ Theresienstadt. Aber er blieb nicht dort wie viele andere alte, gebrechliche Juden, Kriegsbeschädigte und Inhaber hoher Tapferkeitsauszeichnungen. Am 12. Oktober 1944 wurde er nach Auschwitz deportiert und während des Todesmarsches nach der Räumung des Lagers am Straßenrand erschossen, weil er sich nicht mehr weiter-schleppen konnte⁵³.

Bis zum Kriegsende blieb es bei dem einst festgelegten Verfahren: Hitler behielt sich jede Entscheidung über Gleichstellungen oder Befreiungen persönlich vor. Allerdings erhielt die Partei-Kanzlei unter Martin Bormann einen Kompetenzzuwachs auf dem Gebiet der Mischlingsangelegenheiten. In einer Verfügung Hitlers vom 22. Februar 1944 wurde bestimmt, daß die Partei-Kanzlei für alle Ausnahmegesuche im Bereich der NSDAP zuständig sei⁵⁴. Diese Verfügung wurde durch den Erlaß Hitlers vom 1. April 1944 erweitert. Nun bekam Bormann noch zusätzlich folgende Kompetenzen: 1. Er war anwesend, wenn Lammers oder Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel für die Wehrmacht Ausnahmegesuche Hitler persönlich vorlegten. 2. Soweit sich Hitler Ausnahmegenehmigungen nicht persönlich vorbehalten hatte, bedurften sie der schriftlichen Zustimmung des Leiters der Partei-Kanzlei. 3. Alle Unterlagen, auch die von Hitler persönlich zu entscheidenden, waren Bormann auf Verlangen zugänglich zu machen⁵⁵.

Die Anordnungen vom August bis Oktober 1942, Gleichstellungs- oder Befreiungsgesuche nicht weiter zu bearbeiten, waren eindeutig. Dennoch scheint es danach noch einzelne Fälle gegeben zu haben, die auch Hitler zur Entscheidung vorgelegt wurden⁵⁶.

Einen weiteren drastischen Einschnitt brachten die Ereignisse des 20. Juli 1944. In einem persönlichen Schreiben Bormanns vom 2. November 1944 an Lammers heißt es hierzu: „Die Ereignisse des 20. Juli haben gezeigt, wie notwendig es ist, aus den

⁵² Vgl. Martin Senekowitsch, Feldmarschall-Leutnant Johann Friedländer 1882–1945. Ein vergessener Offizier des Bundesheeres, Wien 1995, S. 23–28.

⁵³ „Der Feldmarschall hat zwei Kugeln bekommen“, sagte lachend der SS-Mann, der ihn erschöß, in: Ebenda, S. 28.

⁵⁴ BA Koblenz, NS 6/347.

⁵⁵ BA Koblenz, R 22 4517/450/20608/4584, IfZ, MA-470; vgl. auch Peter Longerich, Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Heß und die Parteikanzlei Bormann, München 1992, S. 224, S. 85–87.

⁵⁶ Vgl. Noakes, Nazi Policy, S. 335.

Führungsstellen des Reiches alle Männer zu entfernen, die ihrer Herkunft nach bei besonderer Belastung zu Zweifeln an ihrer nationalsozialistischen Haltung und weltanschaulichen Festigkeit Anlaß geben. Hierzu sind die Beamten zu rechnen, die als jüdische Mischlinge oder jüdisch Versippte die nationalsozialistische Weltanschauung niemals aus innerster Überzeugung bejahen können, sondern ihrer blutsmäßigen oder verwandtschaftlichen Bindungen wegen mit ihr immer wieder in Konflikt kommen müssen.⁵⁷ Diese Beamten mußten jetzt gemeldet werden und durften nicht mehr in obersten Reichsbehörden und obersten preußischen Behörden arbeiten. Sie wurden versetzt oder in den Ruhestand geschickt. Erstaunlicherweise galt dies auch für jene Personen, die für sich oder ihren Ehegatten vorher durch Hitlers Entscheidung eine Gleichstellung mit Deutschblütigen erreicht hatten. Gleichstellungen, die Hitler positiv entschieden hatte, wurden nun nachträglich so behandelt, als seien sie nicht erfolgt. Allerdings betraf dies nur wenige Menschen. Von den 41 in Frage kommenden Obersten Behörden meldeten die Hälfte „Fehlanzeige“, die andere Hälfte meldete 24 Mischlinge, von denen nicht weniger als 10 von Hitler als „deutschblütig“ erklärt worden waren. 52 Beamte hatten Juden oder Mischlinge als Ehegatten⁵⁸. Die ganze Aktion im Winter 1944 verdeutlicht, wie Jeremy Noakes mit Recht schreibt, den hohen Stellenwert, den Hitlers rassistische Zwangsvorstellungen immer noch hatten, zu einem Zeitpunkt, als Deutschland in Auflösung begriffen und der Krieg längst verloren war⁵⁹.

Wenn die Antragsteller erreichten, durch Hitlers Entscheidung Deutschblütigen gleichgestellt zu werden, so geschah das in Form von sogenannten Deutschblütigkeitserklärungen. Diese Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

Bescheinigung
über die Einordnung des

im Sinne der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14. November 1935
(RGBl. I S. 133):

deutschblütig

Von Mai 1939 an wurden die Antragsteller, deren Antrag positiv entschieden war, davon unterrichtet, daß die Gleichstellung mit Ariern auch für ihre Abkömmlinge galt. Das Reichssippenamt bekam den Auftrag, sie mit entsprechenden Bescheinigungen auszustatten, die auf hellblauem Papier geschrieben waren im Gegensatz zu den normalen weißen Bescheinigungen⁶⁰.

Das Reichsinnenministerium blieb federführend, bis im Zuge von Himmlers Ernennung zum Reichsminister des Innern am 26. August 1943 der gesamte Bestand

⁵⁷ BA Koblenz, R 43II/603b.

⁵⁸ Noakes, *Nazi Policy*, S. 352.

⁵⁹ Vgl. ebenda; Adam, *Judenpolitik*, S. 332.

⁶⁰ Schreiben des RMI (Pfundtner) an den Leiter der Reichsstelle für Sippenforschung v. 22.5. 1939, in: BA Koblenz, R 18/5519.

an unerledigten und auch bereits von Hitler positiv entschiedenen Akten in Gestalt von 57 Paketen am 21. Oktober 1943 dem Reichssicherheitshauptamt (SS-Untersturmführer Friedrich Martin) übergeben wurde. Im einzelnen handelte es sich um folgende Akten: 21 Pakete mit Vorgängen der vom Führer genehmigten Gleichstellungen und entsprechenden Listen dazu, 6 Pakete Eingänge von Gnadensachen (Gleichstellungen), 18 Pakete Wiedervorlage von Gnadensachen (Gleichstellungen), 1 Paket Wiedervorlage von Gleichstellungssachen (Sonderfälle). Weiter hat Martin 8 Pakete mit Abstammungssachen und 3 Pakete mit erledigten Aktensachen erhalten⁶¹. Bei diesem Vorgang wird deutlich, welche Kompetenzkonflikte im Dritten Reich möglich waren. Ganz arglos fragte nämlich die Partei-Kanzlei am 6. Dezember 1943 nach dem Verbleib der gesamten Akten und ob bzw. wann mit der Herausgabe der Entscheidungen hinsichtlich der Anträge der Geltungsjuden zu rechnen sei. Die lakonische Antwort aus dem Reichsinnenministerium lautete, daß das RSHA die Akten übernommen habe und zukünftig für die Bearbeitung der Gesuche zuständig sei. Man möge sich direkt an das RSHA wenden⁶².

Diese dem RSHA übergebenen Vorgänge in den Paketen sind offenbar nicht mehr vorhanden. Jedenfalls haben die Verfasser trotz intensiver Bemühungen weder diese Vorgänge noch vollständige Akten früherer oder späterer Verfahren um Gleichstellung oder Befreiung entdecken können. Möglicherweise sind sie dem Bombenkrieg oder den Kriegshandlungen zum Opfer gefallen. Ob sie eventuell bei der großen Vernichtungsaktion in der Außenstelle Theresienstadt des RSHA verbrannt worden sind, muß offenbleiben, da diese Akten im Gegensatz zu den KZ-Akten ja für das RSHA nicht belastend waren⁶³. Auch die Findbücher des Bundesarchivs zum Reichssicherheitshauptamt stellen fest, daß Personalakten und zugehörige Dateien nicht überliefert sind⁶⁴.

Befreiungen bei Beamten und Unternehmern

Handelte es sich um die Befreiung von höheren Beamten oder Unternehmern, bedurfte es auch normalerweise eines formellen Antragsverfahrens. Aber die positive Entscheidung ließ meist nicht lange auf sich warten. Ein typischer Fall war der des Reichskabinettsrats Dr. Leo Killy in der Reichskanzlei, der erst relativ spät seinem Minister Lammers offenbarte, daß er jüdische Vorfahren habe (Mischling II. Grades, seine Frau I. Grades)⁶⁵. Hitler, von Lammers unterrichtet, stimmte der Fortsetzung

⁶¹ Ebenda, R 18/25626/6.

⁶² Ebenda.

⁶³ Vgl. Kommandant in Auschwitz. Autobiographische Aufzeichnungen des Rudolf Höss, hrsg. von Martin Broszat, München 1963, S. 166 f.

⁶⁴ Heinz Boberach, Findbücher zu Beständen des Bundesarchivs, Band 22, Bestand R 58, Koblenz 1982, S. XXXIV.

⁶⁵ Vernehmung Dr. Killy am 27. 9. 1948 im Wilhelmstraßen-Prozeß Nürnberg, in: BA Koblenz, AII, Proz. 1/LVIA 159, Bl. 22974; Hilberg, Vernichtung, S. 83.

von Killys Dienstverhältnis zu. Und am Heiligen Abend 1936 kam ein Bote und brachte die Befreiung für Killy und seine Kinder⁶⁶. Allerdings war das Reichsinnenministerium als federführende Behörde über den Vorgang nicht informiert, sondern erfuhr erst davon, als alle obersten Reichsbehörden bis 17. November 1944 die Beamten melden mußten, die Mischlinge oder mit Mischlingen verheiratet waren. Auch eine ähnliche Entscheidung im Falle des Ministerialrats Fritz Ruppert aus dem gleichen Ministerium war dem eigenen Ministerium nicht bekannt⁶⁷.

Bei anderen höheren Beamten, etwa aus dem auswärtigen Dienst, wurde wie bei Killy sehr stark auf die Verdienste und die bisherigen Leistungen abgestellt. So gelang dem Gesandtschaftsrat Thorner, obwohl Mischling II. Grades, die Gleichstellung mit deutschblütigen Personen durch Schreiben der Reichskanzlei vom 13. Februar 1942. Thorner war allerdings alter Parteigenosse und Hitlerjugendführer schon in der Zeit vor der Machtübernahme⁶⁸.

Ein anderer Fall war der des Unternehmers und Erfinders Artur Imhausen. Wilhelm Keppler als Generalbevollmächtigter für deutsche Roh- und Werkstoffe schrieb an Hermann Göring am 18. Juni 1937 und setzte sich bei ihm dafür ein, daß Imhausen als Halbjude wegen seiner bahnbrechenden Erfindung (Seife und synthetisches Speisefett aus Kohle) von den Bestimmungen der Rassengesetze befreit werde. Er hatte das früher bereits Hitler vorgetragen, und Hitler hatte laut Keppler gesagt: „Wenn der Mann die Sache wirklich erfunden hat, dann machen wir ihn zum Arier.“ Bereits einen Monat nach dem Brief Keppler-Göring war die Anerkennung als Vollarier offiziell. Allerdings – und da zeigte sich, wie bürokratisch auch diese Angelegenheiten behandelt wurden – mußte das formale Verfahren (Antrag) noch nachgeholt werden. Schließlich fragte das Büro Göring noch bei Keppler an, ob die Arierisierung sich nur auf die Person Imhausen oder auch auf seine Nachkommen erstrecken sollte⁶⁹. Die Anerkennung auch für die Familienangehörigen kam dann durch Entscheidung Hitlers vom 3. November 1937⁷⁰.

In anderen Fällen, wie bei Oberregierungsrat Hans von Dohnanyi, ging es erst einmal darum, ihn an einer weniger auffälligen Stelle einzusetzen. Er war nämlich als persönlicher Referent des Reichsjustizministers Dr. Franz Gürtner auf Grund seiner nicht reinrassigen Herkunft (Mischling II. Grades) an so prominenter Stelle auf die Dauer nicht mehr tragbar. So wurde Dohnanyi 1938 zum Reichsgerichtsrat ernannt. Das war – nebenbei bemerkt – eine erhebliche finanzielle Verbesserung, denn als Reichsgerichtsrat war er wie ein Ministerialdirigent eingestuft⁷¹. Schon 1936 hatte Gürtner Hitler die Bitte vorgetragen, Dohnanyi so zu behandeln, als wenn seine ari-

⁶⁶ Vernehmung Dr. Killy, Bl. 22980.

⁶⁷ BA Koblenz, R 43II/603b, Schreiben RMI an Dr. Lammers v. 11. 12. 1944.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Aus Görings Schreibtisch. Ein Dokumentenfund, bearbeitet von Theodor R. Emmesen, Berlin 1947, S. 47–51.

⁷⁰ Bundesarchiv (künftig: BA) Berlin, Bestand 1509, Ergänzungskarte zur Volkszählung 1938 Kreis Wanne-Eickel, Familie Henning (die Mutter war eine Imhausen).

⁷¹ BA Koblenz, R 43 II/1145b.

sche Abstammung bezeugt wäre. Hitler sagte mit Bescheid vom 14. Oktober 1936 zu, daß Dohnanyi wegen seiner Abstammung keinen Nachteil haben solle⁷². Es wurde aber später ergänzend klargestellt, daß die Entscheidung weder Herrn von Dohnanyi noch seine Angehörigen berechtigte, die Mitgliedschaft in der Partei zu erwerben⁷³. Dohnanyi wurde später im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 hingerichtet.

Ausnahmen bei Film- und Theaterschauspielern, Dirigenten und anderen Künstlern

Handelte es sich bei den von den Rassegesetzen betroffenen Mischlingen und Gleichgestellten um prominente Künstler, bedurfte es offenbar keiner Anträge nach der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, um ihnen die Weiterarbeit zu ermöglichen, auch wenn sie selbst jüdische Verwandte hatten oder ihre Frauen unter die Rassegesetze fielen. Auf der von Hitler genehmigten Gottbegnadeten-Liste standen 1944/45 etwa Horst Caspar, obwohl Vierteljude; Margarete Slezak, Vierteljüdin, mit Hitler seit den zwanziger Jahren bekannt, durfte ungehindert auftreten. Hitler „verzieh“ einigen Filmstars ihren jüdischen Ehepartner (im NS-Jargon „Webfehler“) oder Lebensgefährten, so u. a.: Hans Albers, Georg Alexander, Paul Bildt, Maria Eis, Karl Ettlinger, Erich Fiedler, Paul Henckels, Theo Lingen, Heinz Rühmann⁷⁴, Albrecht Schönhals, Leo Slezak, Otto Stöckl, Kurt Vespermann, Otto Wernicke⁷⁵.

Sie konnten ungehindert in Deutschland bleiben. Nur die jüdische Ehefrau von Hans Moser war freiwillig nach Budapest ausgewichen und hatte auf Grund der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz am 25. November 1941 ihre deutsche Staatsbürgerschaft verloren, was das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zu einem vehementen Einspruch veranlaßte und zu der dringenden Bitte, in solchen Fällen vorher gefragt zu werden⁷⁶. Die Filmschauspielerin Marthe Harrell setzte sich dann sehr dafür ein, daß Frau Moser einen Schutzbrief bekam⁷⁷. Auch Franz Léhar hatte seine jüdische Ehefrau ins Ausland geschickt⁷⁸.

Bei dieser Gelegenheit wies das Ministerium darauf hin, daß andere Künstler völlig unbehelligt geblieben seien, wie etwa Kammersänger Max Lorenz (mit einer Jüdin verheiratet), Paul Henckels (selbst Halbjude und mit einer Volljüdin verheiratet)

⁷² Heiber, Hakenkreuz, Nr. 280, S. 194 f.

⁷³ Schreiben Stellvertreter des Führers an Reichsschatzmeister v. 17. 1. 1939, in: BA Koblenz, R 43 II/11456. Ausführliche Darstellung zu Hans v. Dohnanyi und seiner Behandlung als Mischling, in: Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940, München 1988, S. 253–258. Ferner Elisabeth Chowaniec, Der „Fall Dohnanyi“ 1943–1945. Widerstand, Militärjustiz, SS-Willkür, München 1991.

⁷⁴ Heinz Rühmann trennte sich von seiner jüdischen Frau allerdings bereits vor dem Kriege.

⁷⁵ Vgl. Hans-Jürgen Eitner, Hitlers Deutsche. Das Ende eines Tabus, Gernsbach 1990, S. 122.

⁷⁶ BA Koblenz, R 18/5645, Schreiben Reichspropaganda-Ministerium an RMI v. 18. 9. 1942.

⁷⁷ Vernehmung Dr. Wilhelm Höttl (Hagen) v. 19. 6. 1961, Bezirksgericht Bad Aussee, in: IFZ, G 01 2904/62.

⁷⁸ Vgl. Boguslaw Drewniak, Das Theater im NS-Staat, Düsseldorf 1983, S. 166.

und Georg Alexander (ebenfalls mit einer Volljüdin verheiratet). Lorenz und Henckels wurden als vollgültige Mitglieder der Reichskulturkammer von Hitler bestätigt⁷⁹. Die jüdischen Ehefrauen wurden sogar arischen Frauen gleichgestellt, was den Besuch von Theatern, Hotels usw. anging⁸⁰. Der beliebte Schauspieler Joachim Gottschalk wurde allerdings unter Druck gesetzt, sich von seiner jüdischen Frau scheiden zu lassen. Beide nahmen sich 1941 das Leben, nachdem die Gestapo sie der Rassenschande bezichtigt und sie aufgefordert hatte, mit ihrem Sohn innerhalb von 24 Stunden das Land zu verlassen⁸¹.

Im Januar 1939 erließ Reichsminister Dr. Joseph Goebbels Richtlinien für die Reichskulturkammer. Mischlinge I. Grades und arische Männer mit jüdischen Ehefrauen konnten in der Kammer nur ausnahmsweise und mit ausdrücklicher Genehmigung bleiben. Mischlinge II. Grades und arische Künstler mit halbjudischer Ehefrau blieben Kammermitglieder. Im Juni 1939 gab es 320 Künstler mit Sondergenehmigung zur weiteren Ausübung ihrer Berufe, denn die Mitgliedschaft in der Reichskulturkammer war die Voraussetzung, überhaupt tätig sein zu können. Normalerweise war die Sondergenehmigung jederzeit widerruflich und konnte nur auf Antrag verlängert werden. Einige Künstler wie Walter Felsenstein, Joachim Gottschalk und Otto Wernicke erhielten die volle Unterstützung der Reichskulturkammer und brauchten daher ihre Sondergenehmigung nicht zu erneuern⁸².

Mit Beziehungen zu höchsten Stellen erreichten sogar Volljuden eine Ausnahmeregelung. So setzte sich Reichsminister Hermann Göring für den ihm unterstehenden Generalmusikdirektor Leo Blech von der Staatsoper „Unter den Linden“ ein. Blech konnte noch bis 1937 weiter dirigieren⁸³. Die Gastspiele des polnischen Tenors Jan Kiepura förderte er, obwohl er wußte, daß Kiepuras Vater Jude war, und ließ sich sogar von ihm in Opernfragen beraten⁸⁴.

Im Fall von Eduard Künnecke, dem bekannten Komponisten, der eine nicht arische Frau hatte, intervenierte Goebbels. Die Reichsmusikkammer gab daraufhin die Anweisung, daß Künnecke ungehindert seiner künstlerischen Tätigkeit nachgehen dürfe⁸⁵. Mit Duldung Goebbels' durften eine ganze Reihe von nicht arischen Musikern im Berliner Philharmonischen Orchester weiterarbeiten⁸⁶.

Dem Dirigenten Carl Schuricht, der mit einer Nichtarierin verheiratet war, teilte das Propagandaministerium mit, „daß die Tatsache der Verheiratung eines promin-

⁷⁹ BA Koblenz, R 58/992, Kurzmeldung des SD-Hauptamtes v. 25.5. 1939.

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Vgl. Robert Wistrich, *Wer war wer im Dritten Reich*, München 1983, S.97; Drewniak, *Theater*, S. 165 f.

⁸² Vgl. ebenda, S. 164 f.

⁸³ Vgl. Fred K. Prieberg, *Musik im NS-Staat*, Frankfurt a. M. 1982, S. 45, sowie Alan Abrams, *Special Treatment. The untold story of the survival of thousands of jews in Hitler's Third Reich*, Secaucus/N.J. 1985, S. 152.

⁸⁴ Vgl. Prieberg, *Musik*, S. 74.

⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 57.

⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 74.

ten Künstlers mit einer Nichtarierin allein auch in Deutschland nicht als Grund betrachtet wird, diesen in seinem Wirken im Reich zu behindern. Der Führer hat mehrfach erklärt, daß in derartige bereits bestehende Ehen nicht eingegriffen werden solle. Die Warnung vor solchen Ehen bezieht sich lediglich auf die in Zukunft abzuschließenden. Tatsächlich sind ja auch heute noch, beispielsweise bei der Berliner Staatsoper, nichtarische Künstler nach wie vor angestellt.⁸⁷

Auch Etta Merz, Ehefrau des Generalintendanten der bekannten Zoppoter Waldoper, durfte als Bühnenbildnerin mit ihrem Mann zusammen weiterarbeiten, obwohl sie Mischling I. Grades war. Gauleiter Albert Forster billigte ihren Verbleib in ihrer künstlerischen Tätigkeit ausdrücklich. Forster hatte sogar eine „Begnadigung“ durch Hitler für Merz erreicht. Generalintendant Hermann Merz durfte Mitglied der NSDAP bleiben⁸⁸.

Behandlung von anderen Prominenten

Es gab eine ganze Reihe von Fällen, in denen jüdische Mischlinge so prominent waren, daß man auf sie in Deutschland unter Hitler nicht verzichten konnte und es keiner Anträge bedurfte, daß diese Persönlichkeiten weiter auftreten und arbeiten konnten. Zu ihnen gehörten beispielsweise die beiden Nobelpreisträger Professor Otto H. Warburg und Professor Gustav Hertz. Warburg hatte 1931 den Nobelpreis für Physiologie und Medizin erhalten. Er arbeitete unbehelligt als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Zellphysiologie in Berlin Dahlem⁸⁹. Hertz bekam 1925 den Nobelpreis für Physik. Er war an der Berliner Technischen Hochschule tätig. Als die Rassengesetze sich auszuweiten begannen, ging er zur Firma Siemens und arbeitete dort bis Kriegsende in der Forschung⁹⁰. Als übereifrige Parteikreise beim Stellvertreter Hitlers anfragten, ob man die elektrische Frequenzbezeichnung HERTZ abschaffen solle, erlebten sie eine Abfuhr⁹¹.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen war das Regime bereit, auch bei Staatssekretär a. D. Dr. Theodor Lewald die Tatsache der jüdischen Abkunft zu ignorieren. Lewald war der Präsident des Organisationskomitees der Olympischen Spiele 1936 in Berlin⁹². Dazu hieß es im Schwarzbuch zur Lage der Juden in Deutschland 1933: „Zur Diplomatie, die das nationalsozialistische Deutschland auf dem Gebiete des Sports anwendet, gehört auch die Belassung des Staatssekretärs a. D. Exzellenz Lewald als deutscher Delegierter für die Olympischen Spiele. Er wurde von nationalsozialistischer Seite heftig angegriffen, und sein Rücktritt war bereits gemeldet. Herr Lewald ist

⁸⁷ Drewniak, Theater, S. 163 f.

⁸⁸ Schreiben Forster an Abteilungsleiter im Reichspropaganda-Ministerium Hans Hinkel v. 24.6. 1938, in: IfZ, MA 536.

⁸⁹ Vgl. Abrams, Special Treatment, S. 162 f.

⁹⁰ Vgl. Wistrich, Wer war wer, S. 119; Abrams, Special Treatment, S. 163 f.

⁹¹ Heiber, Hakenkreuz, Nr. 342, S. 229 f.

⁹² Vgl. Abrams, Special Treatment, S. 120 u. Anm. 7, S. 227.

nämlich Nichtarier, sein Vater ist aus dem Judentum ausgetreten. Es zeigt die große Disziplin der Nationalsozialisten, daß die Angriffe wie auf einen Zauberschlag schwiegen, als der Reichssportkommissar, Herr von Tschammer und Osten, beschloß, diplomatisch zu sein. Aus solchen Beispielen militärischer Disziplin erkennt man das volle Maß der Verantwortung der Reichsregierung für alles, was in Deutschland geschieht und was sie geschehen läßt.⁹³

Für die Olympischen Spiele 1936, bei denen das nationalsozialistische Regime seine Weltoffenheit zeigen wollte, holte der Reichssportführer die Olympiasiegerin im Fechten von 1928, Helene Mayer, aus den USA nach Deutschland zurück, obwohl sie Halbjüdin war. Helene Mayer errang die Silbermedaille und grüßte Hitler mit ausgestrecktem rechten Arm⁹⁴. In der Eishockey-Mannschaft Deutschlands spielte mit Zustimmung des Stellvertreters des Führers Rudi Ball mit, ein Mischling I. Grades. Er war einer der besten Eishockey-Spieler und blieb bis 1943 unbehelligt, bis das Reichspropagandaministerium dafür sorgte, daß er mit Zustimmung der Parteikanzlei aus dem deutschen Sport ausgeschlossen wurde⁹⁵.

Bei dieser Gelegenheit wurden Maßnahmen gegen die Juden zeitweise gemildert oder gestoppt, um das Ansehen, das das nationalsozialistische Deutschland mit der Ausrichtung der Olympischen Spiele erworben hatte, nicht zu beeinträchtigen. So verschwanden in Berlin die Schilder mit extremem Inhalt. Es hieß dort in einer Anordnung des Preußischen Ministerpräsidenten Hermann Göring: „Tafeln ‚Juden unerwünscht‘ und ähnliche sind von Hauptverkehrsstraßen unauffällig zu entfernen.“⁹⁶ Der SS wurden ausdrücklich Tötlichkeiten gegen Juden untersagt⁹⁷. Bereits im Dezember 1935 wurden alle judenfeindlichen Schilder und Anschläge in Garmisch-Partenkirchen wegen der Winterspiele beseitigt⁹⁸. Diese scheinbare Toleranz war aber geheuchelt und dauerte nur bis zum Ende der Olympischen Spiele.

Mischlinge in der Führungsetage des Reiches

Prominente Mischlinge gab es auch in der ersten Garnitur des Reiches. Von Erhard Milch, dem späteren Generalfeldmarschall und Generalluftzeugmeister der Luftwaffe, war nicht allgemein bekannt, daß er jüdische Vorfahren hatte⁹⁹. Von einem Gleich-

⁹³ Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, hrsg. vom Comité des Délégations Juives, Paris 1934, und Handakten Lösenner, in: IFZ F 71/1.

⁹⁴ Vgl. Abrams, Special Treatment, S. 120 u. Anm. S. 227; Wistrich, Wer war wer, S. 184.

⁹⁵ IFZ, MA 423.

⁹⁶ Walk, Sonderrecht, I 581, S. 117.

⁹⁷ Erlaß Reichsführer SS v. 23. 6. 1936, in: Ebenda, II 176, S. 166. Siehe auch Befehl des Reichsführers SS v. 16. 8. 1935, in dem Einzelaktionen gegen die Juden streng verboten werden: „Die Lösung der Judenfrage ist, wie auch bisher die Lösung aller Fragen, eine Sorge des Führers und nicht eine Sorge von Einzelnen, in: Militärhistorisches Archiv der CSFR, Prag, Tgb. A/6632, Verteiler V.

⁹⁸ Ebenda, II 63, S. 143.

⁹⁹ Vgl. Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 277; Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplizen, Zürich/Stuttgart/München 1961, S. 168; Abrams, Special Treatment, S. 151 und 177–179.

stellungsverfahren weiß man nicht. Es war wohl auch nicht notwendig. Aber Hermann Göring wollte sichergehen und ließ Milchs Mutter eine Erklärung abgeben, daß ihr Sohn Erhard aus einer illegitimen Verbindung mit einem Arier stamme¹⁰⁰. Um der Angelegenheit aber auch nach außen hin den Anschein der Wahrheit zu geben, wies er den Leiter der Reichsstelle für Sippenforschung mit Brief vom 7. August 1935 an, die standesamtlichen Unterlagen von Milch zu berichtigen, so daß sein angeblicher Erzeuger künftig als sein leiblicher Vater in den Unterlagen erschien. Wegen der Eilbedürftigkeit der Angelegenheit ersuchte Hermann Göring um umgehende Erledigung¹⁰¹. Der Göring in den Mund gelegte Ausspruch „Wer Jude ist, bestimme ich“, ist in diesem Sinne unrichtig, weil nur Hitler die Entscheidung über diese Ausnahmen hatte. Göring konnte bestenfalls Vorschläge machen. Daß auch Hermann Göring nicht über alle Ausnahmen in seinem Herrschaftsbereich informiert war, beweist ein Aktenvermerk Bormanns vom 14. Oktober 1942. Göring bat Bormann um Unterrichtung über „Ausnahmen“ in seinem Zuständigkeitsbereich¹⁰².

Umstritten ist, trotz der Argumente, die Shlomo Aronson u. a. vorgebracht haben, noch immer, ob auch SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, der eigentliche Vollstrecker der „Endlösung“, jüdische Vorfahren hatte. Robert M. W. Kempner, stellvertretender Ankläger im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, hat mehrfach Angeklagte und Zeugen dazu befragt, die ihm versicherten, daß Heydrich nicht reinrassig war. Heydrichs Vater hatte in Halle eine Musikschule und war dort als jüdischer Mischling bekannt. Admiral Wilhelm Canaris konnte eine Fotokopie der Abstammungsurkunde von Heydrich in seinen Besitz bringen, aus der die nicht arische Abstammung Heydrichs hervorging¹⁰³. Walter Schellenberg, der Chef des SS-Auslandsnachrichtendienstes, bestätigte, daß sich Heydrichs Abstammungsunterlagen tatsächlich im Panzerschrank von Canaris befanden. Eine der beiden Großmütter Heydrichs war Jüdin, und der Ariernachweis Heydrichs war gefälscht¹⁰⁴. Himmler wußte von Heydrichs Abstammung. Das geht aus den Äußerungen des finnischen Medizinalrats Felix Kersten, des Physiotherapeuten Himmlers, hervor. Und damit wußte es auch Hitler, dem aber ein mit diesem „Makel“ behafteter Machtmensch als Vollstrecker seiner Endlösungsidee wie gerufen kam¹⁰⁵.

Von Dr. Robert Ley, dem Reichsorganisationsleiter der NSDAP, heißt es, daß er ursprünglich Levi hieß und sein Ariernachweis im Tresor von Rudolf Heß, Hitlers

¹⁰⁰ Vgl. Wistrich, *Wer war wer*, S. 187.

¹⁰¹ BA Berlin, Bestand 1509, Reichssippenamt unter „Milch“. Im Brief Görings heißt es, der Führer habe die arische Abstammung Milchs nach Görings Vortrag anerkannt.

¹⁰² Heiber, *Hakenkreuz*, Nr. 517, S. 358.

¹⁰³ Vgl. Shlomo Aronson, *Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD*, Stuttgart 1971; Kempner, *Eichmann und Komplizen*, S. 36–38; Abrams, *Special Treatment*, S. 181, Steiner, Power, S. 257f., 264f.

¹⁰⁴ Vgl. Walter Schellenberg, *Aufzeichnungen des letzten Geheimdienstchefs unter Hitler*, München 1981, S. 168.

¹⁰⁵ Vgl. *Totenkopf und Treue*. Aus den Tagebuchblättern des finnischen Medizinalrats Felix Kersten, Hamburg 1952, S. 128–131, 223.

Stellvertreter, ruhte. Diese Auffassung von Artur Axmann, dem früheren Reichsjugendführer¹⁰⁶, bestätigte SS-Obergruppenführer Karl Wolff, Leiter des Persönlichen Stabes von Heinrich Himmler¹⁰⁷. Andere bestreiten das. Aber noch andere Männer aus der nächsten Umgebung Hitlers sollen sogenannte Ehrenarier gewesen sein, wie Karl Wolff behauptet. Den Begriff „Ehrenarier“ gab es offiziell nicht, nur in der Umgangssprache. Er bedeutete wohl, daß ein jüdischer Mischling auf Grund seiner Stellung und Verdienste im Reich wie ein Arier angesehen wurde und keinerlei Anstalten machen mußte, eine Besserstellung oder Gleichstellung durch Hitler zu erreichen. Gleiches berichtete Wolff von Reichsarbeitsführer Constantin Hierl, Ministerialrat Heinrich Heim, dem Aufzeichner von Hitlers Tischgesprächen, und Dr. Hans Frank, dem Generalgouverneur im besetzten Polen¹⁰⁸. Es wird fälschlich behauptet, daß Juden, die im Dienst der Gestapo standen, um etwa untergetauchte Juden aufzuspüren, als Belohnung den Status eines „Ehrenariers“ bekamen¹⁰⁹. Das war aber keine „Befreiung“ von den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze, sondern nicht mehr als ein temporärer Schutz, solange die Gestapo ihre Dienste benötigte.

Auch im internen Kreis um Hitler gab es ein Problem. Durch einen Zufall kam heraus, daß die von allen sehr geschätzte Diätköchin, Helene Maria von Exner, eine jüdische Großmutter hatte. Hitler rührte von da an Frau von Exners Gerichte nicht mehr an und täuschte Magenbeschwerden vor. Frau von Exner wurde zuerst in Urlaub geschickt und dann am 8. Mai 1944 entlassen. Hitler veranlaßte aber die Arisierung ihrer Familie durch Bormann¹¹⁰.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn die nationalsozialistische Propaganda zuweilen selbst das Opfer ihrer antisemitischen Theorien wurde. Anfang des Krieges erschienen in vielen deutschen Zeitungen Fotos eines jungen Soldaten mit Stahlhelm mit der Unterschrift: „Der vollkommene arische Soldat.“ Das Reichspropagandaministerium hatte dieses Foto von einem Fotografen bekommen und wertete es entsprechend aus, weil man im Ministerium der Auffassung war, daß dieser blonde, blauäugige Held genau dem entsprach, was man sich unter einem arischen, nordischen Soldaten vorzustellen hatte. In Wirklichkeit handelte es sich um den Soldaten Werner Goldberg, den Sohn eines Juden, also einen Mischling I. Grades¹¹¹.

Der zweite Vorfall betraf sogar Hitler persönlich. Von Heinrich Hoffmann, dem Chef-Fotografen Hitlers, wurde er häufig mit Kindern abgebildet. Darunter war am

¹⁰⁶ Vgl. Artur Axmann, *Das kann doch nicht das Ende sein*, Koblenz 1995, S. 242f.

¹⁰⁷ John M. Steiner, Interview mit Karl Wolff am 9. 5. 1975 (Tonbandaufnahme im Besitz der Verfasser).

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Otto Strasser, *Mein Kampf. Eine politische Biographie*, Frankfurt a. M. 1969, S. 118.

¹¹⁰ Vgl. Christa Schroeder, *Er war mein Chef*. Aus dem Nachlaß der Sekretärin von Adolf Hitler, hrsg. von Anton Joachimsthaler, München/Wien 1985, S. 145f.; JP Stern, *Hitler und die Deutschen*, in: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*, Bonn 1983, S. 729; Christa Schroeder, Interview mit J. M. Steiner, Tonbandaufzeichnung am 29. 4. 1982 in München (im Besitz der Verfasser).

¹¹¹ Vgl. Abrams, *Special Treatment*, S. 45 f.

meisten fotografiert ein blondes Mädchen, dem Hitler besonders gern über das Haar strich. Es entwickelte sich zwischen Hitler und seiner kleinen Fotofreundin ein Briefwechsel, als sich herausstellte, daß beide am 20. April Geburtstag hatten. Daraus wurde eine freundschaftliche Beziehung. Bernhardine N. nannte Hitler „meinen lieben Onkel Hitler“, und umgekehrt wurde sie „Bernile“ genannt. Im April 1938 kam durch Zufall heraus, daß Berniles Mutter Mischling I. Grades und Bernile folglich Mischling II. Grades war. Hitler behauptete, ihm sei diese Tatsache schon seit zwei Jahren bekannt, er habe aber seine Haltung dem Kind gegenüber nicht ändern wollen. Allerdings veranlaßte Reichsleiter Philipp Bouhler, daß Heinrich Hoffmann zukünftig keine Abzüge mehr von diesen Fotos machen ließ¹¹².

Diese beiden „Pannen“ sind einmal mehr ein schlagender Beweis gegen die von Julius Streicher mit dem „Stürmer“ immer vertretene Auffassung, daß man den Juden schon von weitem ihre Rassenzugehörigkeit ansehen könne. Wenn es das typisch jüdische Aussehen gegeben hätte, dann wäre der Judenstern wohl nicht notwendig gewesen, um seine Träger als Juden zu identifizieren.

Sonderproblem „Uneheliche Geburten“

Ein Sonderkapitel waren uneheliche Geburten oder besser: die Behauptung, aus einer unehelichen Verbindung mit Ariern abzustammen. Wie sich herausstellte, war diese Behauptung in vielen Fällen ein erfolgreiches Mittel, um die Klippen des Gesetzes zu umschiffen. Und das geschah oft noch mit Unterstützung durch das Reichssippenamt, wenn dieses Amt bei fehlenden Nachweisen als letzte Möglichkeit ein erbiologisches Gutachten erstellte. Wies der Betroffene nicht „typisch jüdische“ Züge im Sinne der nationalsozialistischen Rassenlehre auf, war es in vielen Fällen nicht allzu schwer, seine arische Abstammung auf diese Weise bestätigt zu bekommen und zumindest als Mischling I. Grades eingestuft zu werden.

Ein Beispiel einer solchen Behauptung der unehelichen Geburt und Abstammung von einem arischen Vater war der Schriftsteller Arnolt Bronnen. Seine Mutter schwor vor einem Notar, daß sein Vater ein Arier gewesen sei¹¹³. Bronnen hieß ursprünglich Arnold Bronner. Seit 1927 sympathisierte er mit den Nationalsozialisten und bekam dann auch später von Goebbels eine Führungsaufgabe im deutschen Rundfunk. 1933 wurde er Programmleiter der Reichsrundfunk GmbH und war von 1936 bis

¹¹² Heiber, Hakenkreuz, Nr. 16, S. 16–18, Nr. 25, S. 24f., Nr. 53, S. 51, Nr. 59, S. 54f. u. Nr. 83, S. 67f. Vgl. Heinrich Hoffmann, Hitler wie ich ihn sah. Aufzeichnungen seines Leibfotografen, München/Berlin 1974, S. 165f. Ausgerechnet in seinem Geleitwort zu Heinrich Hoffmanns Bildband „Jugend um Hitler“ (Berlin 1934) schildert Reichsjugendführer Baldur von Schirach, wie es zu dem ersten Treffen Hitlers mit Bernile am Haus Wachenfeld kam: „Aus dem dichten Menschenhaufen fischt sich der Führer ein kleines blondes Mädelchen. . . mit strahlenden blauen Augen. . .“ Es kann nicht zweifelhaft sein, daß es sich dabei um Bernile handelte. Das Buch enthält fast am Schluß zwei Fotos von Bernile allein und drei Fotos mit Hitler.

¹¹³ Vgl. Abrams, Special Treatment, S. 176f.

1940 Programmleiter beim Fernsehsender in Berlin¹¹⁴. Der Schwur seiner Mutter reichte dem Minister.

Anders lief der Versuch von Harriet Freifrau von Campe. Auch die eidesstattliche Versicherung des angeblichen Erzeugers führte nicht zum Erfolg, weil das Reichssippenamt feststellte, der Ehebruch sei zwar anzunehmen, aber die Rassenmerkmale bei der Untersuchung sprächen dafür, daß sie von ihrem jüdischen gesetzlichen Vater gezeugt worden sei¹¹⁵.

Auch im Falle des Feldmarschall-Leutnants Friedländer, der den Status des Geltungsjudens beanspruchen konnte, unternahm Offizierskameraden im Januar 1941 den Versuch, seine arische Abstammung nachzuweisen. Rechtsanwalt Dr. Ernst Schlenk machte eine Eingabe beim Reichssippenamt, Johann sei nicht der Sohn Ingo Friedländers. Sein leiblicher Vater sei ein Arier gewesen. Aber auch dieser Versuch scheiterte¹¹⁶.

Wenn es einzelnen gelang, auf diese Weise durch die Maschen des Gesetzes zu schlüpfen, blieb das häufig nicht verborgen. Solche Fälle führten zu Unmutsäußerungen und Klagen. Das ergibt sich aus zwei „Meldungen aus dem Reich“ vom 10. August 1942 (Nr. 307)¹¹⁷ und vom 25. September 1942 (Nr. 321)¹¹⁸ des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD. Es heißt dort u. a.: „Der Weg, der von den Juden beschritten werde, sei fast immer der gleiche. Der Jude oder die Jüdin behaupteten plötzlich, ihr bisher gesetzlich anerkannter jüdischer Vater sei gar nicht der Erzeuger, die Mutter habe vielmehr Verkehr mit einem arischen Mann gehabt, so daß dieser der wirkliche Vater sei. Dabei falle auf, daß diese angeblichen arischen Väter in den meisten Fällen gar nicht mehr am Leben seien. Trotzdem werde aber von den amtlichen Stellen den Anträgen auf Überprüfung der Abstammung stattgegeben und ein erb- und rassenkundliches Gutachten beigezogen. Diese Gutachten könnten zwar das Ergebnis fast immer nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit festlegen, trotzdem werde aber auf Grund dieser Gutachten nach dem Grundsatz in dubio pro reo meistens der Jude als Mischling ersten Grades anerkannt.“¹¹⁹ Auch der „Stürmer“ griff diese Klagen auf: „Beim Ostrauer Kreisgericht häufen sich jetzt Klagen, die sich mit der Feststellung der Abstammung zu beschäftigen haben. Juden wollen nicht mehr Juden sein. Sie streben ein Urteil an, worin festgestellt werden soll, daß ein Elternteil arisch sei und daß sie demnach nicht Juden, sondern Halbjuden wären.“¹²⁰ Und 1942 heißt es: „Erbärmliche Judenschwinderei im Protektorat. Juden suchen arische Väter. Meine Manne¹²¹ hat Ehebruch betrieben.“¹²²

¹¹⁴ Vgl. Wistrich, *Wer war wer*, S. 35.

¹¹⁵ BA Koblenz, R 43/F 4112, Eidesstattliche Versicherung Hermann Ende vom 3.3. 1942 und Schreiben des RMI an Dr. Lammers vom 18.3. 1942.

¹¹⁶ Vgl. Senekowitsch, Friedländer, S. 24.

¹¹⁷ BA Koblenz, R 58/174.

¹¹⁸ Ebenda, R 58/175.

¹¹⁹ Ebenda, R 58/174.

¹²⁰ Der Stürmer vom September 1941, zit. bei Steiner, Power, S. 284.

¹²¹ Manne (jiddisch) = Mutter.

¹²² Der Stürmer vom Juli 1942, zit. bei Steiner, Power, S. 285.

Als Beispiel seien aus den „Meldungen aus dem Reich“ des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD zwei Fälle zitiert: So habe der Jude T., der in Tschernowitz, also einem der großen Judenzentren des Ostens, geboren sei, nachdem er bisher stets sich als Jude bekannt habe, plötzlich erklärt, daß er nicht von seinen jüdischen Eltern abstamme. Die Eintragung seiner Geburt in die jüdischen Matrikel sei nachträglich erfolgt. Wie er aus der Mitteilung seiner Mutter wisse, sei er der uneheliche Sohn einer ukrainischen Dienstmagd, von der er aber nur den Vornamen kenne. Die jüdischen Eheleute T. hätten ihn lediglich adoptiert. Seine Adoptivmutter habe ihm kurz vor ihrem Tode dieses in einem Brief mitgeteilt. Die Adoptivmutter ist bereits verstorben. Dafür bringt aber der Jude eine Zeugin, die diesen Brief gelesen haben will, da sie ehemals Haushälterin bei der jüdischen Familie T. war. Nur auf Grund dieses kümmerlichen Materials sei ein rassenkundliches Gutachten angefordert worden, das zu dem Ergebnis kam, daß nach der rassischen Überprüfung T. von artverwandten Eltern abstammen müsse. Infolgedessen habe T. den Bescheid erhalten, daß er nicht als Jude anzusehen sei. In einem weiteren hier bekanntgewordenen Fall wurde der jüdische Mischling W. als deutschblütig erklärt. Hier soll nach der Behauptung der Mutter des Prüflings nicht der bisher anerkannte jüdische Vater L. der eigentliche Vater sein, sondern ein unbekannter Mann, von dem lediglich der Vorname „Fritz“ feststeht. Obwohl das anthropologische Gutachten zu dem Ergebnis kommt, daß sich zwar jüdische Merkmale gezeigt hätten, die sich aber auch in der Familie der Mutter fänden, und weiteres Beweismaterial für die deutschblütige Abstammung des Antragstellers nicht vorhanden ist, wurde die obige Entscheidung gefällt. Von dem jüdischen Vater haben bei der Begutachtung lediglich Lichtbilder vorgelegen, von dem Unbekannten überhaupt keine Unterlagen¹²³.

Aus Hamburg wurde folgender Fall berichtet: „Die Mutter von I.W., Wilma Blumenthal, erwirkte für sich erfolgreich den Status „Mischling ersten Grades“ und erreichte damit, daß ihre Kinder zu Mischlingen zweiten Grades avancierten. I.W. berichtet, daß Mutter und Kinder demütigende rassebiologische Untersuchungen über sich ergehen lassen mußten. Außerdem brachte die Mutter eine Fülle von Beweisen für ein angebliches außereheliches Verhältnis der Großmutter bei, darunter uneidliche Aussagen ‚arischer‘ Verwandter, Nachbarn und eine – falsche – Bescheinigung der Jüdischen Gemeinde, daß sie dort nie Mitglied gewesen sei.“¹²⁴

Es sind aber auch Fälle bekannt geworden, in denen Mischlinge I. Grades versucht haben, eine Besserstellung, in diesem Fall die Deutschblütigkeit, zu erreichen. Das Merkblatt der Reichsstelle für Sippenforschung vom Dezember 1938 befaßt sich auch mit solchen Fällen. Es heißt dort: „Der heute nicht selten aufgestellten Behauptung von jüdischen Mischlingen, deren Vater Jude und deren Mutter Deutsche ist, nicht von ihrem gesetzlichen Vater erzeugt zu sein, ist mit großer Vorsicht zu begegnen. In der Regel ist es eine bloße Behauptung, die aufgestellt wird, um wahrheitswidrig den Deutschblütigkeitsnachweis zu erbringen. Auch die insoweit abgegebe-

¹²³ Meldung Nr. 321 v. 25. 9. 1942, in: BA Koblenz, R 58/175.

¹²⁴ Beate Meyer, Besser ist doch, man taucht unter. Zur Verfolgung der Halbjuden in Hamburg, in: Frank Bajohr/Joachim Szodrzynski (Hrsg.), Hamburg in der NS-Zeit, Hamburg 1995, S. 136.

nen eidesstattlichen Versicherungen beteiligter und nicht beteiligter Personen entsprechen meist nicht den blutmäßigen Gegebenheiten, so daß sie zur Glaubhaftmachung des Ehebruchs der Mutter meist nicht ausreichen dürften. Die Reichsstelle für Sippenforschung hat festgestellt, daß nur bei einem verschwindend geringen Prozentsatz der Fälle, bei denen die Behauptung der Erzeugung im Ehebruch mit einem deutschblütigen Mann aufgestellt wurde, dieses den Tatsachen entsprach. Glaubhaft ist ein solches Vorbringen, wenn die Ehe vor oder kurz nach der Geburt des Kindes geschieden wurde, oder wenn der jüdische gesetzliche Vater die Mutter lange Zeit vor der Geburt des Kindes verlassen hatte, und er es später, vielleicht weil ihm die Geburt des Kindes nicht bekanntgeworden war, unterlassen hatte, die Vaterschaft anzufechten. Wenn durch solche Umstände Ehebruch der Mutter mit einem Nichtjuden glaubhaft gemacht werden kann, erfolgt auch hier die erb- und rassenkundliche Überprüfung der gesetzlichen Abstammung.¹²⁵

Interessanterweise ging das Reichssippenamt in Fällen, in denen die uneheliche Geburt in der Zeit vor Beginn der Judenemanzipation (1918) lag, davon aus, daß der Schwängerer eines jüdischen Mädchens im Zweifel immer ein Jude gewesen sein müsse. Ab 1918 allerdings sah man die Lage genau umgekehrt. Es kam zu der Hypothese, daß der Erzeuger deutschen Blutes sei, wenn nicht besondere Gründe diese Annahme ausschlossen (sog. Emanzipationstheorie). Zu dieser Emanzipationstheorie war es gekommen, weil die NS-Rassentheoretiker der Auffassung waren, vor 1918 hätten sich Juden nicht mit Deutschen vermischt. Das hieß also mit anderen Worten, alle vor 1918 geborenen Kinder mußten einen jüdischen Vater haben, es sei denn, das Gegenteil wäre bewiesen. Nach 1918 habe sich den Juden (den jüdischen Frauen) die Möglichkeit zur systematischen „Zersetzung“ des deutschen „Volkkörpers“ geboten. Außereheliche Beziehungen hätten dazugehört. Also ging man für alle nach 1918 geborenen Kinder davon aus, daß sie einen christlichen Vater hatten. Diese sonderbare Theorie wurde natürlich stark kritisiert. Amtsgerichtsrat Klemm von der Rechtsabteilung der NSDAP bemängelte bei dieser Hypothese, daß, wenn die jüdische Mutter sich weigere, dem Reichssippenamt den wahren Vater zu nennen, ihr Kind automatisch als Mischling I. Grades eingestuft würde. Raul Hilberg meint dazu, diese Emanzipationstheorie sei die vielleicht einzige Nazitheorie, die sich gänzlich zum Vorteil einer Reihe von Volljuden auswirkte.¹²⁶

Als die Versuche überhand nahmen, durch Behauptung der unehelichen Geburt und arischem Vater eine Besserstellung zu erreichen, erließ das Reichsjustizministerium am 24. Mai 1941 folgende Verfügung: „Bei der Feststellung der Abstammung von jüdischen Mischlingen ist streng zu verfahren. In Fällen, in denen der Mischling sich an ein Gericht wendet mit der Behauptung, sein (rechtlicher) Vater sei nicht sein Erzeuger, haben die Gerichte das Zeugnis der Mutter zurückzuweisen, da ihr einziges Interesse darin besteht, ihr Kind vor den Nachteilen seiner jüdischen Abstammung zu schützen.“¹²⁷

¹²⁵ Horst Seidler/Andrea Rett, *Das Reichssippenamt entscheidet*, Wien/München 1982, S. 160.

¹²⁶ Vgl. Hilberg, *Vernichtung*, S. 78 f.

¹²⁷ Walk, *Sonderrecht*, IV 199, S. 341 f.; vgl. Hilberg, *Vernichtung*, S. 79 und Anm. 26.

Mitgliedschaft in der NSDAP

Zu den Ausnahmen, die Hitler sich vorbehalten hatte, gehörte auch seine Zustimmung, daß Mischlinge trotz fehlender Reinrassigkeit in der NSDAP bleiben oder in die Partei aufgenommen werden konnten. Diese Zustimmung erfolgte normalerweise in Form eines Gnadenaktes. Voraussetzung war aber immer, daß die Antragsteller sich ganz besondere Verdienste um die „Bewegung“ in der Kampfzeit erworben hatten, oder daß ihre teilweise jüdische Abstammung nicht einwandfrei festzustellen war¹²⁸.

Wenn die Antragsteller Beamte waren und ihnen mit dem Gnadenakt nicht die sog. Amtsfähigkeit abgesprochen worden war, konnten sie uneingeschränkt öffentliche Ämter bekleiden. War die Amtsfähigkeit dagegen beschränkt, konnten sie dann öffentliche Ämter bekleiden, „bei deren Wahrnehmung die Möglichkeit einer schädlichen Auswirkung des fremden Bluteinschlags gering war“. Ausgeschlossen waren sie jedoch von Ämtern, die der Erziehung der Jugend dienten oder politischen Charakter hatten. Für arische Antragsteller, die mit Mischlingen verheiratet waren, galten die Vorschriften genauso¹²⁹.

Die Mitgliedschaft in der Partei kam zwar keineswegs einer Deutschblütigkeitserklärung gleich, war aber doch ein starker Schutz gegen Diskriminierung und Willkürmaßnahmen. Daß die Entscheidung zu Gunsten der Mischlinge, in der Partei zu bleiben oder in sie aufgenommen zu werden, erhebliche Auswirkungen hatte, zeigt auch die Aufstellung Löseners vom 10. September 1942, die dem Stuckart-Brief an Heinrich Himmler beilag. Es heißt dort unter der Überschrift Deutschblütigkeitserklärungen: Erklärungen auf Grund vereinfachten Verfahrens nach einer positiven Entscheidung über die Mitgliedschaft in der Partei¹³⁰. Die Mitgliedschaft in der NSDAP erleichterte also den Weg, für deutschblütig erklärt zu werden.

Und nun einige Beispiele: Reichsleiter Walter Buch hatte am 5. Mai 1934 Otto Freiherrn von Dungern wegen seiner nichtarischen Ehe den freiwilligen Austritt aus der Partei nahegelegt. Hitler aber hatte anders entschieden und die Parteimitgliedschaft für Herrn von Dungern und seine Söhne gebilligt. Buch mußte das zur Kenntnis nehmen und schrieb entsprechend am 15. Mai 1934 an Staatssekretär Lammers¹³¹.

Curt Conrad hatte eine jüdische Mutter, wovon er bisher nichts wußte. Conrad war seit 1. November 1930 in der Partei und wurde 1931 von Reichsbannerangehörigen schwer verletzt. Am 20. Dezember 1934 gab Hitler dem Gnadengesuch statt. Conrad konnte weiter Mitglied in der Partei bleiben¹³².

¹²⁸ Schreiben Kanzlei des Führers an Dr. Lammers v. 6. 7. 1939, in: IfZ, Fa 199/31, Bl. 71/72.

¹²⁹ RMI an Oberste Reichsbehörden v. 28. 7. 1937, in: Ebenda, Bl. 69/70.

¹³⁰ Handakten Dr. Lösener, in: IfZ, F 71/3, Bl. 335.

¹³¹ Vgl. Heiber, Hakenkreuz, Nr. 264, S. 184 f.

¹³² Vgl. ebenda, Nr. 266, S. 185 f.

Winifred Wagner setzte sich für Melanie Chrambach ein, die mit einem Juden verheiratet war. Die Tochter Esther bekam daraufhin den Bescheid von Hitler vom 18. Oktober 1935, daß sie weiterhin in der Partei bleiben könne¹³³.

Regierungsrat Willy Bukow war mit einer Frau verheiratet, deren Großmutter eine Jüdin war. Er war alter Parteigenosse, hatte schon dem Bund „Oberland“ angehört und als Mitwisser des Rathenau-Attentats in Untersuchungshaft gesessen. Hitler schickte ihm ein Schreiben vom 19. Juni 1936 folgenden Wortlauts: „Nach Vortrag des Chefs der Kanzlei des Führers der NSDAP habe ich auf dem Gnadenwege entschieden, daß Sie trotz nicht rein arischer Abstammung Ihrer Ehefrau weiterhin der NSDAP als Mitglied angehören können.“¹³⁴

Aber selbst die Tatsache, daß die Antragsteller nur zu einem Achtel Mischlinge waren (die Mutter eines Großvaters war Jüdin), führte zu umfangreichen Ermittlungen. Die beiden Brüder Dr. Mario und Dr. Adam Wandruszka, die sich schon seit Jahren um die nationalsozialistische Bewegung verdient gemacht hatten, erhielten schließlich folgende Verfügung Hitlers vom 1. Mai 1941: „Nach Vortrag des Chefs der Kanzlei des Führers der NSDAP verfüge ich auf dem Gnadenwege, daß Dr. Mario und Dr. Adam Wandruszka von Wanstetten trotz nicht arischer Abstammung mit Wirkung vom heutigen Tage ohne Einschränkung der Mitgliedschaftsrechte in die NSDAP aufgenommen werden.“ Als sich dann herausstellte, daß beide schon seit 1933/34 Parteimitglieder waren, wurde Hitlers Entscheidung dahin umgewandelt, daß sie in der Partei bleiben konnten¹³⁵.

Befreiungen in der Wehrmacht

Auch in der Wehrmacht galten die Nürnberger Gesetze. Schon im Wehrgesetz vom 21. Mai 1935¹³⁶ war der Ausschluß der Nichtarier vom aktiven Wehrdienst festgelegt. Die Definition des Nichtariers war dem „Arierparagraphen“ des Gesetzes zur Bereinigung des Berufsbeamtentums entnommen. Ob und in welchem Umfang Ausnahmen hiervon zugelassen werden konnten, bestimmte ein Prüfungsausschuß nach Richtlinien, die das Reichsinnenministerium im Einvernehmen mit dem Reichskriegsminister aufstellte. Der Prüfungsausschuß tagte am Amtssitz der höheren Verwaltungsbehörde und bestand aus einem höheren Verwaltungsbeamten als Vorsitzenden, einem Offizier sowie einem rassenkundlich und erbbiologisch geschulten Amtsarzt als Beisitzer. Die Entscheidung konnte sein: Zulassung zum Wehrdienst, Ablehnung des Antrages oder Aussetzung des Verfahrens¹³⁷. Eine Verordnung vom 25. Juli

¹³³ Vgl. ebenda, Nr. 273, S. 189f.

¹³⁴ BA Koblenz, R 43 II/603b.

¹³⁵ BA Berlin, Auskunft des Document Centers an die United States Mission v. 7. 11. 1977 über Dr. Adam Wandruszka von Wanstetten mit umfangreichen Unterlagen aus dem Zeitraum Juli 1938 bis August 1941.

¹³⁶ RGBl. I, 1935, S. 609f.

¹³⁷ Vgl. Die Judengesetze Großdeutschlands, bearbeitet von Peter Deeg, hrsg. von Julius Streicher,

1935 hatte nämlich inzwischen festgelegt, daß Nichtarier, die nicht mehr als zwei voll nichtarische Großelternanteile hatten, auf Antrag ausnahmsweise zum aktiven Wehrdienst zugelassen werden konnten¹³⁸.

Durch Gesetz zur Änderung des Wehrgesetzes vom 26. Juni 1936 wurde § 15 des Wehrgesetzes geändert und an die inzwischen erlassene 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz angepaßt. Das Gesetz sprach nun von Juden und bestimmte, daß sie keinen aktiven Wehrdienst leisten könnten. Anderes galt aber für jüdische Mischlinge. Sie leisteten Wehrdienst, konnten allerdings nicht Vorgesetzte werden¹³⁹. Auch in der Folgezeit blieben Juden und Geltungsjuden vom Wehrdienst ausgeschlossen. So konzentrierte sich alles auf die Frage, wie man die Mischlinge zu behandeln habe und ob man Unterschiede zwischen Mischlingen I. und II. Grades machen müsse. Schon früh kristallisierten sich zwei Meinungen heraus. Die „Hardliner“, an ihrer Spitze die Vertreter von NSDAP und SS, hätten natürlich am liebsten die Mischlinge ganz vom Wehrdienst ausgeschlossen. Wie sollte, so meinten sie wohl, eine mit Mischlingen durchsetzte Armee die Ziele verfolgen und durchsetzen, die Hitler in seinem Eroberungsdrang vorschwebten. Waren solche Verbände zuverlässig genug, wenn sie unter ihren Soldaten auch jüdische Mischlinge hatten? Die Verfügung des Oberkommandos der Wehrmacht vom 9. September 1939 ist nichts anderes als Ausdruck dieses Mißtrauens. Danach durften Offiziere und Wehrmachtsbeamte, die Mischlinge waren oder mit Mischlingen verheiratet waren, nicht im aktiven Kriegsdienst verwendet werden¹⁴⁰. Hinzu kam, daß die Mischlinge, besonders die I. Grades, die zum Wehrdienst zugelassen waren, früher oder später einen Anspruch daraus herleiten könnten, Deutschblütigen gleichgestellt zu werden, besonders wenn sie sich bewährt oder sogar ausgezeichnet hatten. Die andere, mehr pragmatische Auffassung, vertreten durch die Wehrmachtsführung, meinte, daß man auf die nicht unbeträchtliche Zahl der wehrpflichtigen Mischlinge einfach nicht verzichten konnte und die Frage der Zuverlässigkeit demgegenüber zurücktreten mußte. Wenn man die Mischlinge nicht zu Vorgesetzten-Funktionen aufsteigen ließ, sei das Risiko begrenzt.

Um wie viele Mischlinge ging es überhaupt? Nach einer Anfrage von Major Friedrich Hoßbach, Hitlers damaligem Wehrmachtsadjutanten, bezifferte das Reichsinnenministerium am 3. April 1935 die Zahl der für den Wehrdienst in Frage kommenden Mischlinge I. und II. Grades mit etwa 150 000¹⁴¹. Diese Zahl lag wohl etwas zu hoch. Nach der Volkszählung vom 17. Mai 1938 wurde die Zahl der Mischlinge I. Grades mit 64 000 und die der Mischlinge II. Grades mit 43 000 gezählt¹⁴². Diese Zahlen sind dagegen wahrscheinlich zu niedrig, weil nicht alle Mischlinge ihre rassischen Verhältnisse offenbarten. Davon kamen für den Wehrdienst natürlich nicht

Nürnberg 1939, Kapitel „Judentum und Wehrmacht. Der Ausschluß der Juden vom aktiven Wehrdienst“.

¹³⁸ RGBl. I, 1935, S. 1047 f.

¹³⁹ RGBl. I, 1936, S. 518.

¹⁴⁰ Allgemeine Heeresmitteilungen (künftig: HM) 1939, Nr. 663, S. 288.

¹⁴¹ BA Koblenz, R 43II/602, S. 170.

¹⁴² Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 437.

alle in Betracht, aber es blieb immer noch eine beachtliche Zahl von schätzungsweise mehr als 50000 wehrpflichtigen Mischlingen übrig.

Hitler neigte Anfang des Krieges der Auffassung der Wehrmachtsführung zu, aber je weiter der Krieg fortschritt und je mehr man dieses Reservoir an Menschen hätte nutzen können, auch als Vorgesetzte, um so mehr setzte sich bemerkenswerterweise die Rassenideologie durch und führte dazu, daß Mischlinge entlassen werden mußten, zu einer Zeit, als jeder Mann dringend an der Front gebraucht wurde.

Eine einheitliche Politik gegenüber den Mischlingen aber existierte nicht. Das Beispiel „Kriegsverwendung von Mischlingen als Offiziere“ zeigt deutlich die Unsicherheit bei den Maßnahmen, mit denen man die Mischlingsfrage in der Wehrmacht zu lösen versuchte: Seit dem 9. September 1939 durften Mischlinge als Offiziere nicht im Kriegsdienst verwendet werden¹⁴³. Schon am 16. Januar 1940 wurde die Verfügung aufgelockert. Jetzt konnten auch Offiziere, die mit 25-prozentigen Mischlingen verheiratet waren, Kriegsdienst leisten¹⁴⁴. Aber bereits am 20. April 1940 wurde diese Verfügung wieder aufgehoben¹⁴⁵. Geheime oder offizielle Rundschreiben oder Erlasse des OKW oder des OKH folgten dicht aufeinander und beschäftigten sich mit der gleichen Kategorie von Mischlingen. Immer stärker griff die Partei-Kanzlei in Wehrmachtsfragen ein und verschärfte die Bestimmungen. So ordnete sie am 23. Juni 1942 an, daß Sondergenehmigungen zum Verbleib in der Wehrmacht oder für Rangerhöhungen einer Empfehlung der Partei bedürften. Der Antragsteller müsse seine besondere Treue der Partei gegenüber nachweisen oder sein Vater müsse Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg gewesen sein¹⁴⁶. Im Rundschreiben vom 3. Juli 1942 machte die Partei-Kanzlei die Einstellung in die Wehrmacht davon abhängig, daß der Antragsteller, ohne seine Abstammung als Mischling zu kennen, als Parteimitglied schwer verletzt wurde oder länger in Haft war. Die Partei-Kanzlei ließ dabei durchblicken, es müsse verhindert werden, daß Mischlinge ohne genaueste Prüfung auf dem Umweg über die Aufnahme in die Wehrmacht schließlich ihre Gleichstellung mit Deutschblütigen erreichten¹⁴⁷. Am 20. Oktober 1942 schließlich verlangte Martin Bormann, daß der Partei-Kanzlei einzeln über jeden Fall berichtet werden müsse, in dem noch Mischlinge in der Wehrmacht dienten¹⁴⁸.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung ist es kein Wunder, daß viele Kommandeure, insbesondere die der kämpfenden Truppe, wenn sie nicht überzeugte Nationalsozialisten waren, manche dieser Verfügungen und Rundschreiben einfach unbeachtet ließen oder dilatorisch behandelten. Anders ist ja nicht zu erklären, daß nach dem Erlaß des OKW vom 8. April 1940, der die Entlassung der Mischlinge I. Grades aus der Wehrmacht anordnete, viele dieser Mischlinge weiter in der Wehrmacht blie-

¹⁴³ HM 1939, Nr. 663, S. 288.

¹⁴⁴ HM 1940, Nr. 267, S. 119.

¹⁴⁵ HM 1940, Nr. 718, S. 318.

¹⁴⁶ Vgl. Walk, Sonderrecht, IV 379, S. 378.

¹⁴⁷ Rundschreiben der Parteikanzlei Nr. 91/42 v. 3. 7. 1942, in: Walk, Sonderrecht, IV 385, S. 379. Voraus ging eine Verordnung der Reichsleitung der NSDAP v. 23. 6. 1942, in: BA Koblenz, R 22/4502.

¹⁴⁸ Walk, Sonderrecht, IV 440, S. 390.

ben, als sei nichts geschehen¹⁴⁹. Daß das so war, ließ sich unschwer feststellen, denn weiter gingen Anträge auf Genehmigung für Mischlinge I. Grades bei der Wehrmachtsführung ein. Das führte dazu, daß das Oberkommando des Heeres schon am 28. Juli 1940 auf diesen Mißstand hinwies und diesen Hinweis am 18. September 1940 wiederholte¹⁵⁰. Aber auch 1941 und 1942 hatte das OKH Anlaß, an die Entlassung der Mischlinge zu erinnern, soweit sie keine Ausnahmegenehmigung Hitlers hatten¹⁵¹. Schließlich schaltete sich aus gleichem Grund im Herbst 1942 auch noch die Partei-Kanzlei ein¹⁵². Es lag nicht immer an den Vorgesetzten, wenn diese Anordnungen ins Leere liefen. Vielfach wußten die Betroffenen selbst nichts über ihren Mischlingsstatus oder hatten ihn bewußt verschwiegen¹⁵³.

Die inkonsequente und wechselnde Behandlung der Mischlinge in der Wehrmacht seit Kriegsbeginn war im wesentlichen wohl von drei Gesichtspunkten abhängig: 1. von der wechselnden Kriegslage und der Notwendigkeit, auf bewährte Soldaten und Offiziere nicht verzichten zu können und eingetretene Verluste ausgleichen zu müssen, 2. von der ideologischen Forderung, die Mischlinge früher oder später aus rassischen Gründen aus der Wehrmacht zu entfernen. Diese Frage wurde nach der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, die sich ja nicht nur mit der Endlösung, sondern ganz überwiegend mit dem zukünftigen Schicksal der Mischlinge beschäftigt hatte, noch dringlicher¹⁵⁴, 3. von Hitlers wechselnden Meinungen und Stimmungen.

Zu Beginn des Krieges bestand eine gewisse Zurückhaltung, Mischlinge I. Grades weiterhin in der Wehrmacht zu belassen. Man befürchtete, daß es Spannungen geben könnte, wenn die Mischlinge zu Hause im Urlaub feststellen mußten, welchen Belastungen und Demütigungen ihr jüdischer Eltern-/Großelternanteil oder Ehegatte ausgesetzt war¹⁵⁵. Der Erlaß vom 8. April 1940 des OKW bestimmte daher unter anderem den Ausschluß aller Mischlinge I. Grades und aller Wehrmachtsangehörigen, die mit solchen verheiratet waren, aus der Wehrmacht. Über Ausnahmen entschied Hitler persönlich. Anträge waren ihm durch das OKW vorzulegen¹⁵⁶. Etwa 25 000 Personen wären von diesem Ausschluß betroffen gewesen¹⁵⁷. Aber bis die Anordnung griff, war der Westfeldzug vorüber, und nicht wenige der eigentlich Auszuschließenden hatten sich im Kampf bewährt und Auszeichnungen erworben. Die Geheimverfügung des OKH vom 16. Juli 1941, also knapp vier Wochen nach dem Be-

¹⁴⁹ IfZ, Fd 44.

¹⁵⁰ Oberkommando des Heeres (künftig: OKH), in: HM 1940, Nr. 849, S. 378 und Nr. 1041, S. 449.

¹⁵¹ OKH v. 2. 4. 1941, in: HM 1941, Nr. 315, S. 164, und OKH v. 5. 6. 1942, in: Heeresverordnungsblatt 1942C, Nr. 384, S. 315.

¹⁵² Rundschreiben Nr. 164/42 des Leiters der Parteikanzlei v. 24. 10. 1942 unter Hinweis auf OKW-Verfügung v. 25. 9. 1942, in: BA Koblenz, NS 6/388, und IfZ, MA 127/1.

¹⁵³ Vgl. Rudolf Absolon, Die Wehrmacht im Dritten Reich, Bd. V, Boppard a. Rh. 1988, S. 149f.

¹⁵⁴ Vgl. Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung-Judenmord, Die Wannsee-Konferenz am 20. 1. 1942, Berlin ³1992.

¹⁵⁵ Vgl. Noakes, Nazi Policy, S. 331.

¹⁵⁶ Vgl. Walk, Sonderrecht, IV 84, S. 319; Absolon, Wehrmacht, Bd V, S. 148f.; Noakes, Nazi Policy, S. 332.

¹⁵⁷ Vgl. ebenda, S. 331.

ginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion, brachte eine deutliche Aufweichung der Position, wahrscheinlich unter dem Eindruck der hohen Verluste im Osten. Jeder Soldat wurde nun gebraucht, selbst Mischlinge I. Grades¹⁵⁸.

Das Jahr 1942 zeigte einen gewissen Umschwung, vielleicht unter dem Eindruck der Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 und ihrer ersten Folgekonferenz am 6. März 1942¹⁵⁹. Am 23. Juni 1942 verschärfte der Leiter der Partei-Kanzlei die Anforderungen an die Sondergenehmigungen für Mischlinge. Die Partei mußte nun eine entsprechende Empfehlung geben¹⁶⁰. Hitlers relativ belanglose Unmutsäußerung vor seiner Tischrunde über Mischlinge in der Wehrmacht am 1. Juli 1942 löste eine Kettenreaktion aus. Bormann steckte Dr. Henry Picker, der den Inhalt der Monologe nachträglich festhielt, einen Zettel zu mit folgendem Text: „Besonders genau und ausführlich aufschreiben, was der Führer über Behandlung und Gefährlichkeit unserer jüdischen Mischlinge sagte, warum diese Mischlinge nicht in die Wehrmacht und nicht gleichgestellt werden sollten.“¹⁶¹ Hitlers Äußerung war aus einer gewissen Stimmung heraus erfolgt, wurde aber von Bormann und nachfolgend dem Reichsinnenministerium und dem OKW sofort aufgegriffen. Bormann wies in seiner Anordnung vom 3. Juli 1942 auf die Gefahr hin, daß Mischlinge es darauf anlegen könnten, als gleichberechtigt mit Deutschblütigen angesehen zu werden¹⁶². Das OKW verfügte am 25. September 1942, daß Gesuche von Mischlingen I. Grades nicht mehr vorgelegt werden dürften. Solche Mischlinge seien zu entlassen, wenn keine Ausnahmegenehmigung Hitlers vorliege¹⁶³.

Der gescheiterte Aufstand vom 20. Juli 1944 führte zu einer weiteren Eskalation. Wie im Zivilbereich galten plötzlich die von Hitler persönlich erteilten Genehmigungen nicht mehr. Bis zum 31. Dezember 1944 waren alle Mischlinge I. Grades aus der Wehrmacht zu entlassen, die durch Entscheid Hitlers solange in der Wehrmacht hatten bleiben können¹⁶⁴. Bereits am 20. Juni 1944 hatte die Wehrmacht mit Verfügung des OKH alle Mischlinge, auch die II. Grades, soweit sie Angestellte und Hilfsdienstverpflichtete waren, entlassen¹⁶⁵. Die zu diesem Zeitpunkt angeordnete Entlassungswelle zeigt deutlich die Realitätsferne der nationalsozialistischen Führung und die absurde Tatsache, daß selbst in dieser Situation rassenideologische Gesichtspunkte der Führung wichtiger waren als militärische. Daß diese Anordnung in den Wirren der letzten Kriegsmomente wahrscheinlich nur zum Teil umgesetzt worden ist, ist allerdings anzunehmen.

¹⁵⁸ IfZ, Fd 44. Vgl. Abrams, *Special Treatment*, S. 47 f.

¹⁵⁹ Vgl. Pätzold/Schwarz, *Judenmord*.

¹⁶⁰ Vgl. Walk, *Sonderrecht*, IV 379, S. 378; BA Koblenz, R 22/4502.

¹⁶¹ Picker, *Hitlers Tischgespräche*, S. 400; Adam, *Judenpolitik*, S. 326.

¹⁶² BA Koblenz, R 58/276, und IfZ, MA 445, Rundschreiben der Partei-Kanzlei Nr. 91/42; vgl. Adam, *Judenpolitik*, S. 326. Mit Rundschreiben der Partei-Kanzlei Nr. 92/43 vom 9. 6. 1943 wiederholte Bormann seine Anweisung, in: BA Berlin, NS 51 26, Ka 1, Nr. 83, Bl. 85.

¹⁶³ BA Koblenz, NS 6/338, Bl. 207 und Rundschreiben der Partei-Kanzlei Nr. 164/42 v. 24. 10. 1942, ebenda, sowie in: IfZ, MA 127/1; HM 1942, Nr. 926, S. 501.

¹⁶⁴ Vgl. *Arbeitsrichtlinien des Heerespersonalamts* v. 26. 10. 1944, zit. nach Rudolf Absolon, *Wehrgesetz und Wehrdienst 1933–1945. Zum Personalwesen in der Wehrmacht*, Boppard a. Rh. 1960.

¹⁶⁵ *Heeres-Verordnungsblatt 1944 B*, Nr. 285, S. 167; vgl. auch Absolon, *Die Wehrmacht im Dritten Reich*, Bd. VI, Boppard a. Rh. 1995, S. 806 u. Anm. 1236.

Anträge auf Befreiungen nach der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz führten in den ersten Jahren seit 1935 in einer Reihe von Fällen unter den aktiven Offizieren zu Gleichstellungen mit Deutschblütigen. Das geschah in erster Linie bei Mischlingen II. Grades oder bei denen, die mit solchen Mischlingen verheiratet waren¹⁶⁶. Gleich zu Beginn des Krieges aber, am 2. September 1939, wurde auch eine Reihe von höheren Offizieren, die Mischlinge I. Grades oder mit solchen verheiratet waren, Deutschblütigen uneingeschränkt gleichgestellt. Adolf Hitler hatte sich zu diesem Schritt offenbar entschlossen, weil er im Krieg auf die Erfahrungen dieser Offiziere nicht verzichten wollte. Allerdings handelte es sich um Offiziere, die wegen ihrer Verdienste und Auszeichnungen im Ersten Weltkrieg bis jetzt in der Wehrmacht ohne Einschränkungen gedient hatten. Sie standen unter dem sogenannten „Frontkämpferschutz“. Unter den 21 Fällen, zum Teil namentlich aufgeführt, war auch Major Dr. Ernst Bloch von der Abwehr. Bloch brachte bald darauf auf Anordnung des Chefs der Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris, mit Billigung Hitlers den Großrabbiner von Warschau, Joseph J. Schmeersohn, aus der Stadt heraus und schleuste ihn in die USA¹⁶⁷. In der gleichen Verfügung waren auch weitere 6 Namen aufgeführt, darunter ein General, deren Anträge noch entschieden werden mußten. Diese Liste wurde fortgeschrieben und weist im Januar 1944 insgesamt 77 Namen auf¹⁶⁸. Unter den Namen finden sich nicht weniger als 22 Generäle und 2 Ärzte im Generalsrang. Die Zusammenstellung trägt die Überschrift: „Liste von aktiven Offizieren, die selbst oder deren Ehefrauen jüdische Mischlinge sind und vom Führer für deutschblütig erklärt wurden.“ Eine Analyse der Fälle zeigt folgendes Bild¹⁶⁹:

Dienstgrad	selbst mind. 50 %	selbst 50 %	selbst 25 %	selbst Ur- ohne nicht arisch	selbst ungeklärt	Ehefrau jüdisch
Generaloberst	–	–	–	–	–	–
General	–	–	1	–	–	–
Generalleutnant	–	2	2	–	–	1
Generalmajor	–	2	3	–	1	–
Oberst	–	6	7	1	1	–
Oberstleutnant	1	3	1	1	1	–
Major	–	1	3	–	2	–
Hauptmann	–	–	4	–	2	–
Oberleutnant	–	–	–	3	–	–
Gesamtzahl	1	14	21	5	7	1

¹⁶⁶ Verfügung des OKH/P2 Nr. 4163/39PA2(lc) v. 2.9. 1939, in: BA Aachen, Zentralnachweisstelle (kurz ZNS), S 21; vgl. Absolon, Wehrmacht, Bd. V, S. 148.

¹⁶⁷ Vgl. Abrams, Special Treatment, S. 68 f.; „Die Zeit“ Nr. 15 v. 4. 4. 1997, Dossier, S. 12.

¹⁶⁸ Aufstellung vom 11. 1. 1944 der Amtsgruppe P 2/3. Abt. des OKH, in: BA Aachen, ZNS, S 21.

¹⁶⁹ Die Analyse der 77 Offiziere enthält 78 Eintragungen, weil in einem Fall Kinder und Ehefrau aufgeführt sind. Entgegen der Meinung, daß es unter Adligen keine jüdischen Mischlinge gab, ist festzustellen, daß in der Liste nicht weniger als 16 Adelsnamen vorkommen.

Dienstgrad	Ehefrau 50 %	Ehefrau 25 %	Urahn d. Ehefrau nicht arisch	Ehefrau ungeklärt	Kinder 50 %	Sohn 25 %
Generaloberst	1	–	–	–	–	–
General	–	–	–	–	–	–
Generalleutnant	2	2	–	–	1	–
Generalmajor	4	2	–	–	–	1
Oberst	5	2	–	1	–	–
Oberstleutnant	–	1	1	–	–	–
Major	–	1	1	1	–	–
Hauptmann	–	1	–	1	–	–
Oberleutnant	–	1	–	–	–	–
<i>Gesamtzahl</i>	12	10	2	3	1	1

Aber das waren nicht alle Gleichstellungen mit Deutschblütigen. In einer Anmerkung zu der Liste weist das OKH darauf hin, daß es durchaus denkbar sei, daß in den ersten Jahren nach 1935 erfolgte Gleichstellungen nicht alle erfaßt seien. Auf jeden Fall ging Hitler sehr restriktiv vor. Wie relativ klein die Zahl der Gleichstellungen insgesamt geblieben ist, zeigt auch die Anmerkung in der Übersicht über die Zahl der Anträge und positiven Entscheidungen, abgezeichnet von Regierungsrat Dr. Feldscher am 27. Mai 1941. Dort sind 113 Gleichstellungen in der Wehrmacht bis zu diesem Zeitpunkt erwähnt¹⁷⁰.

Auch später gab es bei den Gleichstellungen mit Deutschblütigen gelegentlich Lockerungen. Als es um die Zulassung zum Hochschulstudium ging, hieß es: „Der Führer hat inzwischen entschieden, daß diejenigen Mischlinge, die infolge persönlicher Tapferkeit vor dem Feind mit Kriegsauszeichnungen bedacht oder befördert wurden, für deutschblütig zu erklären sind.“¹⁷¹ Einmal zeigte sich sogar eine Regung bei Hitler, die im Gegensatz zu den Scharfmachern ein gewisses Gefühl von menschlichem Verständnis aufblitzen ließ. So berichtete das OKW am 16. September 1943 der Kanzlei des Führers über Hitlers Wunsch, daß Mischlinge I. und II. Grades, die im Kampf gefallen oder schwer verwundet worden sind, mit Personen deutschen Blutes gleichgestellt werden können. Und es heißt dann: „Der Führer hat wiederholt geäußert, daß er den Mischlingen gegenüber nicht undankbar sein wolle, die ihr Blut für Deutschland vergossen haben.“¹⁷²

Alle anderen Befreiungen nach der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz mußten in der Wehrmacht zwangsläufig anders ausfallen als im Zivilleben. Bei der Befreiung von Mischlingen I. und II. Grades, ohne daß sie Deutschblütigen gleichgestellt wurden, ging es nur um die Frage, ob sie für „wehrwürdig“ befunden wurden. So bestan-

¹⁷⁰ Handakten Dr. Lösener, in: IfZ, F 71/3, Bl. 333.

¹⁷¹ Schreiben des Stellvertreters des Führers an den Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung v. 16. 12. 1940, in: BA Koblenz, R 21/448.

¹⁷² BA Berlin, 62Ka. I, Bl. 73; vgl. Noakes, Nazi Policy, S. 335 und Anm. 146.

den folgende Möglichkeiten: a) Einberufung zur Wehrmacht, b) weiterer Verbleib in der Wehrmacht, c) Wiedereintritt in die Wehrmacht, d) die Möglichkeit, Vorgesetzter zu sein oder zu werden, e) die Möglichkeit, befördert zu werden. Allen diesen Befreiungsmodalitäten konnte nur Hitler persönlich zustimmen¹⁷³, Gleichstellungen behielt sich Hitler häufig bis nach dem Kriegsende vor.

Wie sah nun so ein Antragsverfahren für eine Ausnahmeregelung aus, und wer konnte solche Anträge stellen? Die Geheimverfügung des OKH vom 16. Juli 1941 gibt darüber im einzelnen Aufschluß¹⁷⁴. An sich waren alle Mischlinge I. Grades oder mit solchen verheiratete Soldaten zu entlassen. Die Disziplinarvorgesetzten aber konnten Anträge auf Belassung im aktiven Wehrdienst stellen, wenn der Betroffene sich durch hervorragende Tapferkeit und Einsatzbereitschaft besonders bewährt und hohe Auszeichnungen erhalten hatte. Der Antrag auf Wiedereinstellung lief den gleichen Weg, er konnte aber auch von Entlassenen selbst gestellt werden. Auch für Mischlinge II. Grades gab es die Möglichkeit, Anträge zu stellen auf a) Weiterverwendung als Vorgesetzter, b) Beförderung bei besonderer Bewährung, c) Wiedereinstellung in die Wehrmacht. Die Entscheidung über die Anträge über den Verbleib in der Wehrmacht von Mischlingen I. Grades und Beförderung und Wiedereinstellung von Mischlingen II. Grades hatte sich Hitler persönlich vorbehalten. Den Anträgen waren beizufügen neben dem Lebenslauf eine Beurteilung, der Nachweis über Auszeichnungen und besondere Verdienste um die „Bewegung“ und im Zivilleben, der Nachweis der Abstammung bis zu den vier Großeltern, eine Erklärung, ob die jüdische Verwandtschaft noch lebe und in welchem Verhältnis der Betreffende zu ihr stehe und je ein Lichtbild von vorn und von der Seite. Die Lichtbilder spielten vermutlich bei Hitlers Entscheidung eine große Rolle. Hatte Hitler weder am Profil noch am Porträt en face etwas zu bemängeln, dürfte eine „Begnädigung“ des Antragstellers wohl sicher gewesen sein¹⁷⁵.

Im Fall von Juergen Krackow sah eine solche Befreiung folgendermaßen aus: „Ich genehmige, daß der Panzerschütze Juergen Krackow, zuletzt Panzer-Regiment 31, unter Ausnahme des § 15 (2) des Wehrgesetzes während des Krieges als Vorgesetzter im aktiven Wehrdienst verwendet und befördert werden kann. Nach Abschluß des Krieges behalte ich mir bei voller Bewährung die Gleichstellung mit deutschblütigen Personen vor.“¹⁷⁶ Im Genehmigungsverfahren des Oberfüsiliers Rüdiger von Briesen (Mischling I. Grades), dessen Vater selbst einen hohen militärischen Rang bekleidete, beantragte der Vater eine Beurteilung seines Sohnes bei dessen Regimentskommandeur. Vorher hatte er auch Hitlers Heeresadjutanten, Major Gerhard Engel, um Rat gefragt. Zwei positive Beurteilungen gingen ein und lagen dem Antrag bei. Hitler entschied am 29. November 1940, daß von Briesen im aktiven Wehrdienst verbleiben

¹⁷³ IfZ, Fd 44, Bl. 19f.

¹⁷⁴ Ebenda.

¹⁷⁵ Vgl. Gerhard Engel, Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943, kommentiert von Hildegard von Kotze, Stuttgart 1974, S. 122, Anm. 375.

¹⁷⁶ Juergen Krackow, Die Genehmigung, Mainz 1991, S. 195.

und befördert werden könne. Die Entscheidung über die Deutschblütigkeit blieb allerdings, wie so häufig, der Zeit nach Abschluß des Krieges vorbehalten¹⁷⁷.

Aber es gab auch Fälle, in denen das Verfahren anders lief. So berichtet Gesandtschaftsrat Hans von Herwarth¹⁷⁸, daß er sich zuerst einen geeigneten Vorgesetzten suchen mußte, von dem er wußte oder annehmen konnte, daß er ihn ohne große Umstände in seine Einheit aufnehmen würde. Das ist ihm dann auch gelungen. Der Regimentskommandeur habe die Möglichkeit, so hieß es, im Kriegsfall selbst darüber zu entscheiden, selbst wenn die Rassengesetze dem entgegenstünden. Offensichtlich hat aber der Kommandeur nachträglich einen Antrag über die Division bei Hitler vorlegen lassen. Denn in einer Antwort des Auswärtigen Amts vom 20. November 1944 auf die Aufforderung des Reichsinnenministeriums, alle rassisch belasteten Beamten der oberen Reichsbehörde zu melden, heißt es: „Der Führer hat seinerzeit erklärt, daß die Deutschblütigkeitserklärung von Herwarth von Bittenfeld, um die die Wehrmacht eingekommen war, zurückgestellt werden solle bis nach Kriegsende, woraufhin der Führer dann je nach Bewährung einen Entscheid hierüber treffen wolle.“¹⁷⁹

Ein besonders interessanter Fall einer Genehmigung war der des Unteroffiziers Heil de Brentani. De Brentani führte als sog. Sonderführer das Kriegstagebuch von Generalfeldmarschall Erwin Rommel während des Afrika-Feldzuges 1942/43. Da seine Frau Mischling I. Grades war, brauchte er diese Genehmigung, um Vorgesetzter sein und auch befördert werden zu können. Am 12. September genehmigte Hitler, „daß der Unteroffizier Mario Heil de Brentani, Propaganda Ersatz Abteilung Ia, während des Krieges weiter als Vorgesetzter im aktiven Wehrdienst verbleiben und bei entsprechender Eignung befördert werden kann“. Brentani wurde Offizier und dann sogar Nationalsozialistischer Führungsoffizier. Das waren jene Offiziere, die für die nationalsozialistische Indoktrination ihrer Einheit sorgen sollten. Der Vergleich mit dem Kommissar der Roten Armee bietet sich an, wenn auch der NSFO vielfach harmloser war als sein russisches Gegenstück. Dennoch, eine erstaunliche Entwicklung: von der „Genehmigung“ bis zum NSFO¹⁸⁰!

Major Engel war als Hitlers Heeresadjutant seit 1938 mit der Bearbeitung und Vorlage aller sogenannten „Gnadengesuche“ von Wehrmachtsangehörigen in Rassenangelegenheiten betraut¹⁸¹. Er hatte alle Anträge zu bearbeiten, in denen Mischlinge oder „jüdisch versippte“ Antragsteller die Aufnahme in die Wehrmacht, den Verbleib in ihr oder einen Status als Vorgesetzter anstrebten. Die Entscheidung über jeden einzelnen Fall hatte sich Hitler vorbehalten¹⁸². Aber es zeigte sich, daß er im Laufe des Krieges zeitlich gar nicht immer in der Lage war, jeden Antrag im einzelnen zu stu-

¹⁷⁷ BA Aachen, Zentralnachweisstelle, S 21.

¹⁷⁸ Vgl. Hans von Herwarth, *Zwischen Hitler und Stalin*, Berlin 1982, S. 184–186, 190f.

¹⁷⁹ BA Koblenz, R 43II/603b.

¹⁸⁰ IfZ, MA 423. Vgl. Abrams, *Special Treatment*, S. 57f.

¹⁸¹ Vgl. Engel, *Heeresadjutant*, S. 32 (Aufzeichnung vom 13. 8. 1938).

¹⁸² Vgl. ebenda, S. 11.

dieren. Maßgebend für Hitler waren die Haltung zum Staat, aber auch das Aussehen der Antragsteller. Offensichtlich hat Engel in manchen Fällen „nachgeholfen“, denn er hat, seinen Angaben zufolge, in Einzelfällen Fotos vertauscht und auch sonst einiges getan, damit die Anträge Erfolg hatten. Nach seinen Worten ist es ihm sogar gelungen, einzelnen 75%-Mischlingen die Aufnahme ins Heer zu ermöglichen, also nach der Definition der Verordnung zum Reichsbürgergesetz Volljuden¹⁸³. Hitler hat diese Versuche Engels, die Anträge ihm entsprechend aufzubereiten, so daß sie durchgingen, wohl durchschaut. Denn er sprach am 30. Mai 1942¹⁸⁴ von Mogeleversuchen, nachdem er sich bereits am 2. Mai 1940¹⁸⁵ im Zusammenhang mit der Frage der Zigeuner in der Wehrmacht über die Mogeleyen aufgeregt hatte, mit denen man Mischlinge im Heer verschwinden ließ. Die Anträge mußten daraufhin von der Partei-Kanzlei geprüft und zur Gegenzeichnung dem Chef des OKW vorgelegt werden. Bis dahin hatte Engel offensichtlich zum Teil immer dann, wenn Hitler keine Zeit hatte, die Anträge als „genehmigt“ gestempelt. Bereits am 10. Mai 1942 nachmittags im Führerhauptquartier Wolfsschanze hatte Hitler die vielen Ausnahmen, welche die Wehrmacht bei der Einstellung von Mischlingen I. Grades mache, beklagt und eine Einschränkung der Ausnahmen angekündigt¹⁸⁶. Am 1. Juli 1942 griff er das Thema wieder auf und kündigte eine ganz radikale Einschränkung der Ausnahmepraxis an¹⁸⁷. Mit Erlaß vom 25. September 1942 endete die großzügige Vorlagepraxis von Engel. Der Erlaß ordnete einen absoluten Vorlagestop für alle Anträge von Mischlingen I. Grades aus rassistischen Gründen an¹⁸⁸. Es scheint so zu sein, daß Engels großzügiges Verhalten bei der Behandlung der Anträge von Mischlingen zu einer Verstimmung mit Hitler und sogar zu der Versetzung Engels im Frühjahr 1943 an die Front geführt hat. Henry Picker jedenfalls kommt zu diesem Schluß. In den Aufzeichnungen Engels dagegen findet sich kein Hinweis darauf. Offensichtlich sind aber trotz des absoluten Vorlagestops für Mischlinge I. Grades Anträge dieser Art bis ins Frühjahr 1944 hinein gestellt und auch bearbeitet worden¹⁸⁹.

War eine solche Befreiung erteilt, hatte das keinerlei Auswirkungen auf die Eltern, von denen ein Teil Volljude oder jüdischer Mischling war. Diese Personen waren den Zwangsmaßnahmen schutzlos ausgeliefert, so als hätte keine Befreiung des Wehrmichtsangehörigen stattgefunden. Ein besonders krasses Beispiel dafür ist der Fall des Oberleutnants Prager, durch Entscheidung Hitlers am 30. Oktober 1941 Deutschblütigen gleichgestellt. Prager war Mischling I. Grades. Bereits am 4. Dezember 1941 hatte Lösener in einer Aufzeichnung über Halbjuden und privilegierte Mischehen diesen Fall geschildert. Der Vater Pragers war als Jude einer besonders entwürdigenden Behandlung ausgesetzt. So mußte er noch nach der Führerentschei-

¹⁸³ Vgl. ebenda, S. 122 u. Anm. 375, sowie Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 399.

¹⁸⁴ Vgl. Engel, Heeresadjutant, S. 122.

¹⁸⁵ Vgl. ebenda, S. 79 f.

¹⁸⁶ Vgl. Picker, Hitlers Tischgespräche, S. 277.

¹⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 399 f.

¹⁸⁸ Vgl. Walk, Sonderrecht, IV 432, S. 388; BA Koblenz, NS 6, Bl. 207.

¹⁸⁹ Vgl. Noakes, Nazi Policy, S. 335 und Anm. 145.

derung zu Gunsten seines Sohnes folgendes erleben: 1. Vorladung vor Polizei, Verletzung der zehn Gebote von Reichsminister Goebbels, Androhung von mehrmonatiger Freiheitsstrafe, wenn er auf der Straße im Gespräch mit Ariern gesehen werde. 2. Vorladung vor Polizei, Androhung von Schutzhaft, wenn er beim Spaziergehen getroffen werde. 3. Verbot der Entgegennahme von Bargeld aus seiner Pensionskasse, Strafverfahren durch Ortspolizei wegen einer Übertretung des Verbotes, obwohl er das Geld bereits an demselben Tage auf Sparkonto eingezahlt hatte. 4. Einsatz in achtstündiger schwerer Arbeit in einem Gärtnereibetrieb¹⁹⁰. Später hat General der Flieger a. D. Wilhelm Haehnelt am 2. April 1943 in einem Schreiben an Reichsminister Lammers diesen Fall erneut aufgegriffen. Offensichtlich war nichts geschehen, um die Verhältnisse zu verbessern, vielleicht, weil die gesetzlichen Bestimmungen für solche Fälle einfach keine Ausnahmen vorsahen. Die Angelegenheit war deshalb noch dramatischer geworden, weil Pragers arische Mutter gestorben war und dem Vater jetzt auch noch die Deportation drohte¹⁹¹. Juergen Krackow schildert in seinem Buch „Die Genehmigung“ einen ähnlichen Fall in seiner eigenen Familie. Trotz der Genehmigung Hitlers für den Sohn wurde der Vater, Mischling I. Grades, für einen Transport in ein Zwangsarbeitslager vorgesehen. Nur mit größter Mühe gelang es Krackow, seinen Vater im letzten Augenblick aus dem Transportzug zu holen¹⁹².

Lediglich beim Heldentod des einzigen Sohnes hatte die nationalsozialistische Führung ein Einsehen. In diesem Fall blieben die Vorteile der privilegierten Mischehe auch nach dem Tod des Sohnes bestehen. Diese Anordnung war nach einer Anregung des Reichsinnenministeriums auf Empfehlung Hitlers eingeführt worden, weil sogar er es unerträglich fand, daß die Familie den Verlust des einzigen Sohnes zu beklagen hatte und anschließend der jüdische Teil der Eltern deportiert worden wäre¹⁹³.

Trotz mancher Einschränkungen zum Ende des Krieges hin kann man davon ausgehen, daß die Mischlinge II. Grades in der Wehrmacht bis zum Kriegsende gedient oder gekämpft haben. Aber es dürften auch manche Mischlinge I. Grades oder mit Mischlingen I. Grades verheiratete Soldaten gewesen sein, die irgendwie durch die Maschen der Verordnungen geschlüpft sind. Es ist eine offene Frage, wie alle diese Soldaten mit der Tatsache fertig geworden sind, daß ihre Eltern, Großeltern oder Ehegatten zu Hause Drangsalierungen, Demütigungen und sogar der Deportation ausgesetzt waren. Wie konnte ein Soldat für Deutschland und seinen obersten Führer Adolf Hitler kämpfen und sein Leben einsetzen, während die Angehörigen zu Hause auf Befehl dieses Führers schlecht behandelt und verfolgt wurden. Nicht jeder Mischling I. Grades wie Werner Goldberg hatte einen so verständnisvollen General wie den Grafen Walter von Brockdorff-Ahlefeldt, der Goldberg vier Wochen Urlaub

¹⁹⁰ Handakten Dr. Lösener, in: IfZ, F 73/3, Bl. 301–305.

¹⁹¹ BA Koblenz, R 43/F 4112.

¹⁹² Vgl. Krackow, *Genehmigung*, S. 318–333.

¹⁹³ BA Koblenz, R 22/455, Schreiben Lammers an RMI v. 4. 3. 1941.

gab, damit er seinen jüdischen Vater vor dem Schlimmsten bewahren und die Verhältnisse ordnen konnte. Er erreichte das durch selbstbewußtes Auftreten, und seine Offiziersuniform verlieh seinem Auftreten den nötigen Nachdruck¹⁹⁴. Ähnliches berichtet Juergen Krackow in seinem Buch. Bei seinen wenigen Heimaturlauben konnte er dank seines Auftretens, seiner Uniform und seiner Auszeichnungen eine schlechte Behandlung seiner Eltern, insbesondere seines Vaters, abwenden¹⁹⁵.

Die Situation der Betroffenen und ihre Versuche, eine Verbesserung zu erreichen

Was eine Befreiung von den Nürnberger Rassegesetzen und ihren Folgebestimmungen wirklich bedeutete, wird klar, wenn man sich deren Konsequenzen noch einmal vor Augen führt:

Volljuden und Dreivierteljuden

Auswanderung ist spätestens ab Anfang 1942 untersagt¹⁹⁶. Deportation in die Vernichtungslager ab Oktober 1941. Praktisch keine Befreiungen durch Hitler nach der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz.

Geltungsjuden

Deportation nach Theresienstadt ab 1943. Von dort vereinzelte Deportationen in die Vernichtungslager. Eine gewisse Zahl von Befreiungen genehmigte Hitler. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Geltungsjuden (1935 ca. 8000) war die Zahl der Befreiungen aber gering¹⁹⁷.

Mischlinge I. Grades

Normalerweise keine Deportationen in die Vernichtungslager (mit Ausnahme derjenigen, die sich in deutschen Konzentrationslagern befanden und Anfang November 1942 deportiert wurden, als alle Lager im Reich „judenfrei“ gemacht wurden¹⁹⁸). Aber ab 1944 Verschickung zum Arbeitseinsatz in der Organisation Todt (OT) oder anderer Zwangs-Einsatz. Das galt auch für jüdisch Versippte und für Arier mit voll-jüdischer Ehefrau.

Seit der Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942, die sich ganz überwiegend mit der Mischlingsfrage beschäftigte, und den Nachfolgekonzferenzen war das zukünftige Schicksal der Mischlinge I. Grades offen. Deren Gleichstellung mit sog. Volljuden war die Linie der NSDAP und der SS¹⁹⁹.

¹⁹⁴ Vgl. Abrams, *Special Treatment*, S. 53–56.

¹⁹⁵ Vgl. Krackow, *Genehmigung*, S. 222–229, 259–265.

¹⁹⁶ Vgl. Walk, *Sonderrecht*, IV 293, S. 361.

¹⁹⁷ Vgl. Meyer, *Halbjuden im Hamburg*, S. 128.

¹⁹⁸ Vgl. Abrams, *Special Treatment*, S. 117 f.; Hilberg, *Vernichtung*, S. 475 und Anm. 196.

¹⁹⁹ Vgl. Pätzold/Schwarz, *Judenmord*.

Mischlinge II. Grades

Keine Deportation oder Arbeitseinsatz, aber vielerlei Beschränkungen, Nachteile und Diskriminierungen.

Privilegierte Mischehen: Jüdischer Ehemann oder jüdische Ehefrau

In der Ehe sind Kinder vorhanden, die Mischlinge I. Grades sind (sie dürfen also nicht jüdischen Glaubens sein), oder kinderlose Ehe mit jüdischer Ehefrau²⁰⁰.

Im Februar 1943 wurden einige jüdische Partner in Hamburg verhaftet und in die Vernichtungslager deportiert²⁰¹. Arische Partner konnten in Arbeitslager kommen.

Einfache Mischehen: Ehemann ist Jude – kinderlose Ehe

In Berlin fand eine zu Hamburg parallele Verhaftungsaktion, „Fabrik-Aktion“ genannt, statt (überwiegend Männer und einige Frauen). Wegen des Protestes der Ehefrauen in der Rosenstraße im März 1943 sah die Gestapo von der Deportation ab²⁰². Arische Partner konnten in Arbeitslager kommen, jüdische Partner blieben häufig unbehelligt²⁰³. Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie absurd die Nürnberger Gesetze gehandhabt wurden.

Durch Tod oder Scheidung beendete Mischehen

Deportation der jüdischen Ehepartner ab 1942 nach Theresienstadt, in Einzelfällen von dort nach Auschwitz.

Ab Januar 1945 wurden alle Juden und Geltungsjuden in Mischehen nach Theresienstadt deportiert²⁰⁴.

Verständlicherweise war die Angst vor Zwangsmaßnahmen und später vor der Deportation, die jüdische Mischlinge mit Voll- und Geltungsjuden teilten, der Hauptgrund, warum sie sich um eine rechtliche Besserstellung bemühten. Das war der einzige legale Weg, den Todeslagern zu entgehen. Dieser Weg könnte heute als eine Art Kollaboration mit den nationalsozialistischen Machthabern ausgelegt werden. Zu einer derart abstrusen Bewertung kann man nur kommen, wenn man die existentielle Angst und Not, die während der Jahre 1933 bis 1945 in Deutschland geherrscht haben, unterschätzt, weil man sie selbst nicht mitgemacht hat²⁰⁵. So warnten zum Beispiel manche Eltern in Bayern unfolgsame Kinder: „Wenn Du nicht hörst (oder folgst), kommst Du nach Dachau.“ Es ist ein völliger Anachronismus, den unvor-

²⁰⁰ Vgl. Walk, Sonderrecht, IV 232, S. 348; Privilegierte Mischehen-Definition; Kennzeichnungs-Verordnung vom 1.9. 1941, in: RGBl. I, 1941, S. 547.

²⁰¹ Vgl. Meyer, Halbjuden in Hamburg, S. 137f.

²⁰² Vgl. Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945, München 1988, S. 592–595 und S. 688; Abrams, Special Treatment, S. 35–40. Siehe auch unveröffentlichter Augenzeugenbericht (1986) von Gerhard Blau (Pseudonym), Kopie im Besitz der Verfasser.

²⁰³ Vgl. Otto Springer, Always on the wrong side, unveröffentl. Buchmanuskript 1992, S. 98–114 und 25–32, soweit Interviews mit J.M. Steiner (im Besitz der Verfasser).

²⁰⁴ Vgl. Walk, Sonderrecht, IV 524, S. 406.

²⁰⁵ Vgl. Seidler/Rett, Reichssippenamt, S. 146. John M. Steiner, Reflections on experiences in Nazi Death Camps, in: Steven Samuels (Hrsg.), Readings in Social Psychology, New York 1996, S. 79f.

stellbaren Terror dieser zwölfjährigen Schreckensherrschaft nicht ernst zu nehmen. „Normale“ Durchschnittsmenschen waren Situationszwängen unterworfen, die nicht übersehen werden dürfen und von heutigen Beobachtern zuweilen völlig unterbewertet werden²⁰⁶.

So führte Edgar von Bleichröder aus Berlin einen jahrelangen Kampf um eine Verbesserung seiner Situation. Zuerst behauptete er, schon in der Kampfzeit die SA-Standarte 7 mit Geldmitteln unterstützt zu haben. Die Nachforschungen, um diese Behauptung zu beweisen, blieben ergebnislos. Gegen den Ausschluß aus der Reichskammer der Bildenden Künste setzte er sich zur Wehr. Später wehrte sich Bleichröder dagegen, daß er den Vornamen „Israel“ führen mußte, was bis zu einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einen Richter ging. Zwischendurch stellte er den Antrag auf Ausstellung eines Wehrpasses. Dann war die sogenannte Reichsfluchtsteuer und Judenvermögensabgabe Gegenstand seiner Eingabe an den Reichsfinanzminister. Schließlich erhob er gegen einen Abstammungsbescheid vom 28. Oktober 1940 Einspruch, der ihn zum Juden erklärte. In diesem Verfahren hatte er behauptet, sein jüdischer Vater sei in Wirklichkeit nicht sein Vater. Der alte Bescheid wurde dann durch einen neuen Abstammungsbescheid vom 23. Februar 1942 bestätigt. Es blieb bei dem Ergebnis, daß Edgar von Bleichröder Jude sei²⁰⁷. Bleichröders Kampf läßt sich von Februar 1935 bis März 1942 in den Akten verfolgen. Er beweist, wie ein intelligenter, einflußreicher Berliner Bürger unter Ausnutzung aller Verbindungen den fast heroisch zu nennenden Versuch unternommen hat, dem Untergang zu entgehen.

Ähnliche Anstrengungen unternahm Harriet Freifrau von Campe geb. von Bleichröder und schaltete einflußreiche Bekannte ein, die mit dem damaligen Staatssekretär Lammers korrespondierten. Trotz der Ablehnung ihres Antrags im Juni 1937, mit deutschblütigen Personen gleichgestellt zu werden, gab sie nicht auf und bot sogar ihr gesamtes Vermögen als Spende an. Es folgte ihr Versuch, ihre arische Abstammung durch Behauptung, von einem arischen Vater gezeugt worden zu sein, zu belegen. Trotz negativer Entscheidung ließ Freifrau von Campe nicht locker und stellte einen neuen Antrag, gnadenweise Mischlingen II. Grades gleichgestellt zu werden. Auch dieser Schritt blieb ohne Erfolg. Auch hier unternahm ein Mensch alle Anstrengungen, die ihm zu Gebote standen, die drohende Deportation zu vermeiden. Beinahe sechs Jahre, von September 1936 bis April 1942, dauerte ihre Korrespondenz und die ihrer Freunde²⁰⁸.

Wenn schon die Befreiung nicht durchsetzbar war, galt es, auf andere Weise seine Situation zu verbessern, etwa durch Antrag auf Aufnahme in die Partei oder in die Hitlerjugend oder andere Organisationen der Partei oder durch finanzielle Erleichterungen, etwa durch Befreiung von der den Juden auferlegten Sozialausgleichsabgabe. Bei der starren Haltung gegenüber den Juden gab es allerdings normalerweise nur

²⁰⁶ Vgl. Günter Bierbrauer, Sozialpsychologie, Stuttgart 1996, S. 92–100.

²⁰⁷ BA Koblenz, R 43/F 4112.

²⁰⁸ Ebenda, Korrespondenz Generalkonsul J. Gaffney u. Rudolf A. Herrschel mit Dr. Lammers.

Ablehnungen, so auch im Fall des Paul Neumann und des Iwan Katz. Lediglich beim früheren Reichsjustizminister Curt Joël hat man eine Ausnahme gemacht²⁰⁹. Drohte die Deportation, fehlte es nicht an Versuchen, einzelne von der Deportation auszunehmen. Das erreichte Staatssekretär a. D. Dr. Lewald für seine 80-jährige jüdische Freundin Ida Herz²¹⁰. Ob das auch Gabriele Gräfin Seyssel d'Aix für ihre Mutter gelungen ist, deren Fall Heinrich Himmler zur Entscheidung vorgelegt wurde, ist aus den Akten nicht ersichtlich²¹¹. Aber selbst ein hoher SS-Führer, nämlich SS-Obergruppenführer Karl Wolff, versuchte in einigen Fällen, für Nichtarier zu intervenieren. In einem Fall, in dem es um zwei jüdische Ärzte ging, wandte er sich direkt an den Leiter des Referates IV B 4, SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Eichmann war aber nicht gewillt, Wolffs Wunsch nachzukommen, da SS-Gruppenführer Heinrich Müller und nicht Wolff sein dienstlicher Vorgesetzter war. Es kam zu einem Wortwechsel, der mit der Drohung Wolffs endete, sich mit Eichmann zu duellieren. Zu diesem Duell aber kam es nicht, Wolff konnte sich nicht durchsetzen²¹².

Es gab andere Versuche, dem Status als Jude, Geltungsjude oder Mischling I. Grades zu entinnen. Dazu gehörten Urkundenfälschungen, falsche uneidliche Aussagen oder falsche Bescheinigungen aus den jüdischen Taufregistern oder den jüdischen Gemeinden²¹³. Eigene eidesstattliche Versicherungen, daß man zwar Jude sei, aber durch und durch deutsch fühle, reichten allerdings nicht aus. Als Frau Dr. Lotte aus Wien an Hitler am 9. April 1938 einen Brief schrieb, in dem sie dem Judentum abschwor und Hitler aufforderte, sie vom Fluch des Judentums freizusprechen, bekam sie einen Brief der Gauleitung Wien mit dem lakonischen Text: „Ich bedauere, Ihnen mitteilen zu müssen, daß im Sinne der bestehenden Gesetze und Verordnungen Schwüre zu einem Antrag gemäß § 7 der I. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 4. XI. 1935 nicht genügen.“²¹⁴

Bei ihren Bemühungen, eine Befreiung oder sonstige Besserstellung zu erreichen, stießen die Antragsteller im Reichsinnenministerium auf Beamte, die zwar überzeugte Nationalsozialisten waren, aber auch geprägt waren von der Rechtstradition des preußischen Staates. Als Berufsbeamte waren sie gewohnt, in gewisser Unabhängigkeit vom jeweils herrschenden System ihre administrative Funktion relativ rationell und gerecht auszuüben. Das war aber nur möglich, solange Parteieinflüsse nicht überhandnahmen²¹⁵. Lösener war alter Parteigenosse (1931) und verfaßte sogar zu-

²⁰⁹ Ebenda, Korrespondenz Dr. Lammers mit Reichsfinanzminister (künftig: RFM), RFM an Reichskanzlei v. 20. 5. 1941 u. 27. 1. 1942, Reichskanzlei an RFM v. 7. 2. 1942.

²¹⁰ Ebenda, Schriftwechsel Lewald mit Lammers August bis Oktober 1942.

²¹¹ Ebenda, Eingabe Gräfin Seyssel an Lammers v. 27. 7. 1942 und Schreiben Lammers an Himmler v. 3. 9. 1942.

²¹² Vgl. Ich, Adolf Eichmann. Ein historischer Bericht, hrsg. v. Dr. Rudolf Aschenauer, Leoni 1980, S. 127; Karl Wolff, Interview mit J. M. Steiner, Tonbandaufzeichnung am 9. 5. 1975 (im Besitz der Verfasser).

²¹³ Vgl. Meyer, Halbjuden im Hamburg, S. 136.

²¹⁴ Heiber, Hakenkreuz, Nr. 217, S. 157f.

²¹⁵ Vgl. Max Weber, Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen 1972, S. 124–130 und S. 551–579.

sammen mit Dr. Friedrich A. Knost einen Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen. An seiner nationalsozialistisch geprägten Einstellung konnte es also keinen Zweifel geben, sonst wäre er auch kaum Rassenreferent im Reichsinnenministerium geworden, eine Schlüsselstellung in allen Judenfragen. Aber es ist wohl anzunehmen – und insofern müssen die Erinnerungen Löseners nicht unbedingt als zu positiv gefärbt angesehen werden –, daß die Beschäftigung mit den vielen Einzelschicksalen ihn verändert hat. Wie sehr Lösener sich schließlich mit den Schicksalen der Antragsteller identifizierte, zeigt seine Eingabe an Minister Frick vom 22. Mai 1940. Er klagt in dieser Notiz über die Belastung seiner Abteilung, die auch viele Besucher persönlich empfing. Offensichtlich wurden die Antragsteller nicht „abgefertigt“, sondern man nahm sich Zeit, sie persönlich anzuhören. Es heißt dazu in dieser Vorlage u. a.: „Eine Stilllegung des Sachgebietes aber ist nicht zu verantworten, da es sich bei den Entscheidungen, die von hier aus getroffen werden, fast immer um solche handelt, die tief in das Dasein des Antragstellers und seiner Familie einschneiden, häufig sogar eine Entscheidung über Sein oder Nichtsein sind, z. B. wenn ein blutmäßiger Halbjuden wegen des Eintreffens bestimmter Voraussetzungen als Jude eingeordnet werden muß. Da aber immerhin auch eine Anzahl von Anträgen einer günstigen Lösung zugeführt werden kann, ist es möglich, die Antragsteller vor den schwerwiegenden Folgen zu bewahren, denen sie im Fall der Stilllegung des Sachgebietes ausgesetzt wären.“²¹⁶

Zu seiner Beratungstätigkeit als Judenreferent im Reichsinnenministerium schreibt Lösener in seinen Erinnerungen: „Daneben lief ebenso lange die ständige Beratung einzelner Hilfesuchender, die sich innerhalb oder außerhalb des Dienstes an mich wandten. Vielen von ihnen konnte ich helfen, entweder durch Hinweise auf etwa versteckte legale Möglichkeiten, die sie noch nicht gesehen hatten, oder aber durch Mitteilungen oder Hilfen, die die völlige beiderseitige Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit voraussetzten, wie Warnungen vor geplanten oder nahe bevorstehenden gesetzlichen oder polizeilichen Maßnahmen, ferner der Erlaß von Bescheiden oder Entscheidungen, die die Verfolgten häufig wirksam schützten, aber freilich einer genaueren Nachprüfung nicht standgehalten hätten.“²¹⁷

Der damalige Amtsrat Culmsee, der engste Mitarbeiter Löseners, versicherte eidesstattlich²¹⁸: „Allen Einwendungen der Beschwerdeführer wurde nachgegangen, auch wenn sie mehr wie fadenscheinig waren. Wir haben den uns aufsuchenden Prüflingen oder deren Rechtsvertretern oft in der Weise den richtigen Tip gegeben, indem wir sie fragten, ob sie denn keine Anhaltspunkte dafür hätten, daß ihre urkundliche Abstammung nicht mit ihrer biologischen Abstammung übereinstimme, ob sie etwa nachweisen könnten, daß der kritische jüdische Vorfahre im Ehebruch von einem Deutschblütigen gezeugt sei usw. Es folgten dann in aller Regel längere Eingaben, anthropologische Untersuchungen und andere langwierige Ermittlungen immer mit

²¹⁶ Handakten Lösener, in: IfZ, F 71/3, Bl. 274–278.

²¹⁷ Lösener, Rassereferent, S. 307 f.

²¹⁸ Ebenda, S. 308 f.

dem Ziel, dem Betroffenen möglichst zu helfen, denn in der Zwischenzeit bis zur endgültigen Entscheidung wurde regelmäßig davon abgesehen, die Vorschriften der Nürnberger Gesetze auf sie anzuwenden. Kam es dann endlich zur Entscheidung, so haben wir von dem Grundsatz ‚in dubio pro reo‘ in weitherzigster Weise Gebrauch gemacht, ein für den Prüfling möglichst Günstiges herausgeholt und dieses oft mit vieler Mühe langatmig begründet. [. . .]

Sofern die volljüdische Abstammung bestritten wurde, erfolgte Anweisung an die zuständige Behörde, daß die Abstammung des Betroffenen im Reichsministerium des Innern geprüft werde und daß der Prüfling bis zum Abschluß des Verfahrens nicht als Jude zu behandeln sei. Diese Bescheinigungen haben vielen Menschen noch im letzten Augenblick das Leben gerettet, da die Gestapo daraufhin von einem Abtransport absah.²¹⁹

Es läßt sich deshalb nachvollziehen, wenn der Altparteigenosse und ehemalige Judenreferent im Reichsinnenministerium ab April 1949 beim Joint Distribution Committee in Frankfurt, der weltweit tätigen jüdischen Hilfsorganisation, seine erste Anstellung nach dem Kriege fand; Menschen, denen er geholfen hatte, hatten ihn empfohlen²²⁰.

Aber auch Staatssekretär Hans Pfundtner half in Grenzfällen²²¹. Löseners direkter Vorgesetzter, Staatssekretär Stuckart, ließ ihn gewähren, sah über manches hinweg und unterschrieb Löseners Vorschläge häufig ohne wesentliche Änderungen. Das wurde erst anders, als er immer höhere Ränge in der SS bekleidete (seit 1944 SS-Obergruppenführer) und damit in größere Abhängigkeit von Reichsführer-SS Heinrich Himmler geriet, der ab August 1943 auch sein Chef als Reichsinnenminister war²²².

Zahl der positiven Entscheidungen bis zum Kriegsende

Wie hoch die Zahl der von Hitler positiv entschiedenen Anträge auf Deutschblütigkeitserklärung, auf eine bessere rassische Eingruppierung oder auf die unterschiedlichen Arten der Befreiung in der Wehrmacht war, läßt sich nur schätzen. Einen ersten Anhaltspunkt liefert eine Aufstellung in den Handakten Löseners vom 10. September 1942. Diese Aufstellung lag dem Brief bei, der von Lösener formuliert und von Stuckart an Himmler geschickt wurde. Danach waren nach dem Stand 10. September 1942 folgende „Gnadenentscheidungen nach dem Reichsbürgergesetz“ ergangen:

²¹⁹ Ebenda, S. 309.

²²⁰ Walter Strauss in der Einführung zu Löseners Erinnerungen, in: VfZ 9 (1961), S. 265.

²²¹ BA Koblenz, R 18/5645, Deutschblütigkeitserklärung für die Töchter von Otto Lummitzsch (Schreiben Lummitzsch an Pfundtner v. 8.11. 1940) und für die Geschwister Hiller (Korrespondenz Leidl mit Pfundtner März 1940 bis Dezember 1942).

²²² Vgl. Adam, Judenpolitik, S. 274.

I. Gleichstellung mit deutschblütigen Personen:	
a) Soldaten und deren Ehefrauen	118
b) Zivile Gleichstellungen, die auch für den Bereich der Wehrmacht gelten	197
c) Gleichstellungen in vereinfachten Verfahren, nachdem über die Zugehörigkeit zur Partei positiv entschieden war. Auch diese gelten für den Bereich der Wehrmacht	79
	<u>Summe</u> 394
Sonstige Gleichstellungen ohne Wirkung für die Wehrmacht sind nicht berücksichtigt.	
II. Entscheidungen des Führers über die Zulassung jüdischer Mischlinge zum Wehrdienst und über die Verwendung als Vorgesetzte	258
III. Gleichstellungen von Geltungsjuden mit jüdischen Mischlingen I. Grades durch den Führer (von 1938 bis 9. 9. 1942)	339
	<u>991</u> ²²³

Für die spätere Zeit liegen noch Statistiken der Wehrmacht vor über die positiv entschiedenen Anträge auf Zulassung, Verbleib oder Wiedereintritt in die Wehrmacht sowie auf Beförderung: 30. 6. 1942–30. 9. 1943

Vorlage durch

Kanzlei des Führers (KdF)	Mischlinge I. oder mit ihnen Verheiratete	13
	Mischlinge II. oder mit ihnen Verheiratete	93

Vorlage durch

Oberkommando der Wehrmacht (OKW)	Mischlinge I. oder mit ihnen Verheiratete	7
	Mischlinge II. oder mit ihnen Verheiratete	31
		144

Hinzugerechnet – Fälle aus der vorhergehenden Statistik unter II. 258
ergibt 402

Positiv entschiedene Anträge auf Gleichstellung mit Personen deutschen Bluts: 1. 7. 1942–30. 9. 1943 10

Hinzugerechnet – Fälle aus der vorhergehenden Statistik unter I. 394
ergibt 404

402
+ 404
+ 339 Gleichstellung mit Mischlingen I. in der vorhergehenden Statistik unter III.
1145 Fälle bis 30. 9. 1943²²⁴

²²³ Handakten Dr. Lösener, in: IfZ, F 73/3, Bl. 335.

²²⁴ BA Berlin, NS 51 26, Ka 1, Nr. 83, Bl. 34 ff., insbesondere Bl. 43–46 (Zusammenstellung der Zahlen durch die Kanzlei des Führers vom 28. 10. 1943).

Ob sich diese Zahlen bis Kriegsende noch erhöht haben, bleibt offen. Zumindest geringfügig kann das der Fall gewesen sein, aber nicht erheblich, und zwar aus den folgenden Überlegungen: 1. Mit der Übernahme der Akten und noch unerledigten Gesuche am 21. Oktober 1943 war das Reichssicherheitshauptamt für die weitere Bearbeitung aller Fälle bis zum Kriegsende zuständig. SS-Untersturmführer Martin, der die Akten übernahm, gehörte seinerzeit zum Referat IV B 4 von Adolf Eichmann²²⁵. Es liegt bei der Einstellung des RSHA auf der Hand, daß die SS in diesen Fragen eine außerordentlich zurückhaltende Politik betrieben und solche Anträge, soweit sie überhaupt noch kamen, eher sabotiert als gefördert hat. Sie war ja nicht daran interessiert, Mischlingen dazu zu verhelfen, aus den Zwangsmaßnahmen auszubrechen. 2. Im September 1943 erreichte einer der „hard-liner“, Reichsleiter Bormann, daß die „Kanzlei des Führers“ nicht mehr die Gesuche Hitler vorlegen durfte, sondern nur noch er mit einer Empfehlung der Partei-Kanzlei²²⁶. Es ist klar, daß ein Mann wie Bormann, der sich von Anfang an gegen die ihm zu großzügig erscheinende Praxis der Gnadenerweise gestellt hatte, nun für weitere Zurückhaltung sorgte. 3. Schließlich war ein allgemeiner Vorlagestopp angeordnet. Das war – wie bereits erwähnt – geschehen durch Runderlaß des Reichsinnenministeriums vom 17. August 1942²²⁷ und in der Wehrmacht durch die Anordnung des OKW vom 25. September 1942²²⁸.

Die Ereignisse des 20. Juli 1944 haben dann sogar eine Art Gegenbewegung ausgelöst. Auch die von Hitler für deutschblütig erklärten höheren Beamten wurden aus den oberen Reichsbehörden versetzt oder mußten in den Ruhestand gehen. In der Wehrmacht geschah Vergleichbares mit den Mischlingen I. Grades²²⁹. Von einigen Gesuchen von Mischlingen I. Grades, die bis zum Frühjahr 1944 vom OKW und der Kanzlei des Führers behandelt wurden, wissen wir. Möglicherweise waren es Fälle, in denen sich die Antragsteller im Kampf besonders ausgezeichnet hatten oder aus anderen Gründen „kriegswichtig“ waren²³⁰.

Vermutlich hat die Zahl aller von Hitler bewilligten Befreiungen jeder Art sowohl im Zivilsektor als auch in der Wehrmacht die Zahl von 1300 nicht überschritten.

Die ganze Befreiungsregelung, so segensreich sie im Einzelfall auch sein konnte, offenbart doch, wie ungerecht, inkonsequent und menschenverachtend auch diese Seite des NS-Regimes war. Der Göring in den Mund gelegte Ausspruch, „Wer Jude ist, bestimme ich“, oder Hitlers Erklärung im Fall Imhausen, „Wenn der Mann die Sache wirklich erfunden hat, dann machen wir ihn zum Arier“, beleuchten, wie sehr es auf die richtigen Beziehungen ankam und wie sehr das Schicksal einzelner von

²²⁵ Hilberg, *Vernichtung*, S. 427.

²²⁶ Noakes, *Nazi Policy*, S. 335.

²²⁷ Vgl. Walk, *Sonderrecht*, IV 410, S. 384.

²²⁸ Ebenda, IV 443, S. 390; BA, NS 6, Bl. 207.

²²⁹ Adam, *Judenpolitik*, S. 331 f. (Anordnung des Heerespersonalamtes vom 26. 10. 1944).

²³⁰ Schreiben OKW an Kanzlei des Führers vom 3. 3. 1944, in: BA Berlin, NS 51 26, Ka 1, Nr. 83, Bl. 54 f. Die Kanzlei des Führers mahnt 25 noch offene Antragsfälle aus der Wehrmacht an. Das OKW weist die Erinnerung als unangemessen zurück.

der Laune des Diktators abhing, die vielfältigen Einflüssen ausgesetzt war. Tausende haben versucht, unter Aufbietung aller Kräfte und unter einer erniedrigenden Verleugnung ihrer eigenen Person und ihrer Vorfahren, ihre wahren oder vorgegebenen Verdienste um den Staat und die Partei darzustellen oder nachzuweisen. Andere, die auch mit einem rassischen „Makel“ behaftet waren, lebten dagegen unbehelligt und brauchten diese furchtbaren Bittgänge nicht zu machen. Filmschauspieler erfreuten sich des Wohlwollens von Reichsminister Goebbels, Göring schützte manchen Theaterschauspieler. Mischlinge und sogar Volljuden erreichten mit der Behauptung, von einem arischen Vater abstammen, in Einzelfällen eine Besserstellung.

So zeigt sich ein fast chaotisches Bild von unterschiedlichen Lagern (Partei und SS gegen Reichsinnenministerium) oder von sich befehdenden Amtsträgern (Martin Bormann gegen Philipp Bouhler). Hitler hielt sich aus diesem Streit meist heraus und schwankte in seinem Urteil. Diese Unentschiedenheit wie auch diese widerstreitenden Instanzen begünstigten letztlich auch das Überleben der Mischlinge I. Grades.

Bei der relativ großen Zahl der von den Nürnberger Gesetzen Betroffenen ist die Zahl der Befreiungen, also der Ausnahmen und Besserstellungen, sehr gering geblieben. Deutlich wird, daß humane Gesichtspunkte bei der Bewilligung von Ausnahmen kaum eine Rolle spielten, sondern vorwiegend politische Rücksichten oder opportunistische Gründe. Es ging in erster Linie darum, ob die Antragsteller in irgendeiner Weise für die politischen, wirtschaftlichen oder militärischen Ziele von Nutzen waren oder sich in der Vergangenheit um das Dritte Reich besonders verdient gemacht hatten. Auf der anderen Seite wird deutlich, daß Persönlichkeiten wie Major Engel oder besonders Ministerialrat Lösener und vielleicht bis zu einem gewissen Grad auch Staatssekretär Stuckart und Staatssekretär Pfundtner Mittel und Wege gefunden haben, um die Härten des Gesetzes hier und da zu umgehen oder zu mildern oder andere Auswege zu finden. Das mag bei allem Zynismus, bei aller Willkür und aller Härte, welche die Praxis der Rassengesetze begleiteten, ein winziger kaum vermuteter Lichtblick in einer sonst düsteren Zeit gewesen sein.

BERND ROTHER

FRANCO UND DIE DEUTSCHE JUDENVERFOLGUNG

Darstellungen über Spaniens Außenpolitik während des Zweiten Weltkriegs berichten bis in die jüngste Zeit immer wieder von großzügiger Hilfe für Juden, die sich vor der Verfolgung durch Deutschland retten wollten¹. Auch der israelische Forscher Haim Avni, der in den sechziger Jahren eine Auswahl spanischer Akten im Archiv des Madrider Außenministeriums einsehen konnte, teilte noch 1964 in einem ersten Aufsatz diese positive Sicht². Nach Abschluß der Arbeit, für die er auch die Akten des deutschen Auswärtigen Amtes und jüdischer Organisationen auswertete und die die erste gründliche Studie zu diesem Thema war, wandelte sich sein Urteil. Er kam zu dem Schluß, daß Spanien zwar in Teilbereichen Juden vor der Verfolgung gerettet, die diesbezüglichen Möglichkeiten aber nicht voll ausgeschöpft habe³. Raul Hilberg setzte nach Prüfung der deutschen Dokumente ebenfalls kritische Akzente bei der Bewertung der spanischen Politik⁴. Ein ungehinderter Zugang zu den spanischen Archivalien war erst nach dem Ende der Franco-Diktatur möglich. Antonio Marquina und Gloria Inés Ospina konsultierten in den achtziger Jahren die Bestände des spanischen Außenministeriums sowie britische, italienische und amerikanische Akten, jedoch nicht die des deutschen Auswärtigen Amtes, für eine Studie über Spaniens Außenpolitik und die Juden im 20. Jahrhundert. Ihr Fazit fiel noch weit negativer aus als das von Avni und Hilberg. Sie sahen auf spanischer Seite durchgängig die Verweigerung von Hilfe, was nur gegen Kriegsende aufgrund von Opportunitätserwägungen und durch internationalen Druck, besonders der Alliierten und des Vatikan, abgemildert worden sei⁵.

¹ So z. B. in den als Taschenbücher verbreiteten Publikationen von Walther L. Bernecker, *Spaniens Geschichte seit dem Bürgerkrieg*, München, 2. erw. Aufl. 1988, S. 82, und von Beatrice Leroy, *Die Sephardim. Geschichte des iberischen Judentums*, Frankfurt a. M. 1991, S. 212.

² Vgl. Haim Avni, *La salvación de judíos por España durante la Segunda Guerra Mundial*, in: Jacob M. Hassan (Hrsg.), *Actas del primer Simposio de Estudios Sefardíes Madrid 1964*, Madrid 1970, S. 81–89.

³ Vgl. Haim Avni, *Spain, the Jews, and Franco*, Philadelphia 1982. Schon 1974 war die hebräische Originalfassung erschienen.

⁴ Vgl. Raul Hilberg, *Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust*, Frankfurt a. M. 1990, S. 747 f.

⁵ Vgl. Antonio Marquina/Gloria Inés Ospina, *España y los judíos en el siglo XX. La acción exterior*, Madrid 1987. Vgl. auch Chaim U. Lipschitz, *Spain, the Jews, and the Holocaust*, New York 1984, und Federico Ysart, *España y los Judíos en la Segunda Guerra Mundial*, Barcelona 1973. Beide werden von der Forschung einhellig als apologetisch abgelehnt.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

Keine dieser Studien hat die heute zugänglichen Akten in ihrer gesamten Breite ausgewertet. Avni mußte sich mit dem begnügen, was zuvor Beamte des spanischen Außenministeriums für ihn ausgewählt hatten⁶. Hilberg dürften die spanischen, Marquina/Ospina die deutschen Sprachkenntnisse gefehlt haben. Außerdem ist eine Reihe von Akten aufgrund von Datenschutzbestimmungen erst in den letzten Jahren zugänglich geworden. Unverständlich aber ist, warum nicht wenigstens Marquina/Ospina die umfangreichen Überlieferungen spanischer Botschaften und Konsulate im Archivo General de la Administración oder andere spanische Archive wie das der Staatskanzlei Francos benutzten. Für die vorliegende Studie wurden erstmals alle öffentlich zugänglichen spanischen⁷ und deutschen Akten ausgewertet.

Thematisiert wird die spanische Haltung gegenüber den sephardischen Juden, die außerhalb der Iberischen Halbinsel wohnten, aber die spanische Staatsangehörigkeit besaßen und während des Zweiten Weltkriegs unter deutscher Herrschaft lebten. Sie waren Nachfahren der 1492 aus Spanien ausgewiesenen Juden und hatten in Sprache und Kultur die spanischen Traditionen über Generationen hinweg bewahrt. Um die Jahrhundertwende lebten sie überwiegend im Osmanischen Reich und dessen Nachfolgestaaten. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts engagierten sich immer mehr spanische liberale Intellektuelle und Politiker für die Aufnahme kultureller Beziehungen des Landes zu ihnen, die man in patriotischem Überschwang als „Spanier ohne Vaterland“ bezeichnete⁸. Zwar reagierte die Mehrzahl der Sephardim kaum darauf, eine kleine Minderheit aber knüpfte engere Kontakte zu Spanien. Eine bis heute nicht bekannte Zahl Sephardim erhielt Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – im Rahmen der Kapitulationen des Osmanischen Reiches – von Spanien den Status eines „Schutzgenossen“ („Protegido“) zuerkannt, wodurch sie nunmehr der spanischen Konsulargerichtsbarkeit unterstanden, nicht mehr den osmanischen Gerichten. Die meisten Nachfolgestaaten des Osmanischen Reiches, einschließlich der Türkei, erkannten diese, ihre Souveränität beeinträchtigenden Verträge nicht an. Spanien,

⁶ Noch heute trägt eine Reihe der einschlägigen Akten des Archivs des spanischen Außenministeriums Sperrvermerke, ohne daß dies jetzt praktische Bedeutung hätte. Hingegen gibt es weiterhin Hürden für Forscher: die extrem kurzen Öffnungszeiten, den unübersichtlichen Katalog, den meist unkooperativen Magazindienst und das Verschwinden von Akten, die frühere Benutzer nachweislich hatten einsehen können. Bemühungen, diese Probleme zu lösen, sind bisher nicht sehr erfolgreich.

⁷ Es ist nicht auszuschließen, daß sich wichtige Unterlagen in Privatbesitz befinden. Nach Auskunft des Archivs des spanischen Ministerpräsidenten geschah es nicht selten, daß ausscheidende Minister zentrale Dokumente mit nach Hause nahmen. Javier Tusell konnte in den letzten Jahren mehrere Privatarchive einsehen, darunter auch den Nachlaß des Grafen Jordana, 1942–1944 Außenminister. Dort befindet sich auch ein Tagebuch Jordanas aus dieser Zeit. Hingegen ist es auch Tusell nicht gelungen, das Privatarchiv der Familie Franco auswerten zu können, über dessen Bestände keine nachprüfbaren Informationen vorliegen.

⁸ So der Titel des wichtigsten Buches dieser Kampagne. Vgl. Angel Pulido Fernández, *Espanoles sin patria y la raza sefardi*, Madrid 1905. Vgl. auch Bernd Rother, Angel Pulido und die Wiederentdeckung der Sephardim durch Spanien, in: *Tranvía. Revue der Iberischen Halbinsel*, H. 39, Dezember 1995, S. 47–52.

wie auch die anderen europäischen Staaten, mußte darauf reagieren und bot seinen bisherigen Schutzgenossen den Erwerb der Staatsangehörigkeit an. Dies geschah 1924 durch ein Dekret, das ihnen bis 1930 die Möglichkeit einräumte, spanischer Bürger zu werden, ohne die Heimat – nach dem Ersten Weltkrieg war dies häufig auch Frankreich, wohin viele Sephardim emigriert waren – verlassen zu müssen. Bei Kriegsausbruch waren in Frankreich ca. 2000 Sephardim registriert, die auf diese Weise die spanische Staatsbürgerschaft erworben hatten⁹, in Griechenland etwa 670, darunter annähernd 550 im später deutsch besetzten Norden des Landes, vor allem in Saloniki¹⁰.

In Spanien selbst entstanden ab Mitte des 19. Jahrhunderts allmählich wieder kleine jüdische Gemeinden. Das Ausweisungsedikt war de facto außer Kraft, insbesondere durch die Gewährung religiöser Toleranz bzw. Freiheit mit den Verfassungen von 1869, 1876 und 1931. Juden kamen aus Marokko oder als Vertreter europäischer Unternehmen nach Spanien. 1877 erbrachte eine Volkszählung, daß in Spanien ganze 406 von ihnen lebten, 0,02 Promille der Gesamtbevölkerung. Wahrscheinlich gab es aber in Wirklichkeit mehr Juden, da es zahlreiche von ihnen vorzogen, sich nicht zu erkennen zu geben¹¹. Während des Ersten Weltkriegs suchten Juden, die vom Kriegsausbruch in gegnerischem Ausland überrascht worden waren, in Spanien Zuflucht; unter ihnen war der Mitbegründer der zionistischen Bewegung, Max Nordau. Anfang der zwanziger Jahre existierte auch eine kleine zionistische Bewegung im Lande. Bis Mitte der dreißiger Jahre stieg die Zahl der Juden auf etwa 6000, von denen etwa die Hälfte Flüchtlinge aus Deutschland waren. Viele von ihnen verließen Spanien nach Ausbruch des Bürgerkrieges wieder¹². Während des militärischen Konfliktes kam es von nationalistischer Seite zu vereinzelt Übergriffen auf Juden, doch kann von einer systematischen Verfolgung der im Lande lebenden Juden durch die aufständischen Militärs und Falangisten nicht die Rede sein. Eine weitere Zuwanderung von Juden nach Spanien aber wurde von ihnen abgelehnt¹³.

Spaniens Reaktion auf die Diskriminierung der Juden in Frankreich 1940–1942

Am 27. September 1940 ordnete der deutsche Militärbefehlshaber für das besetzte Frankreich die Registrierung aller Juden bei der örtlichen Polizei an, am 18. Oktober wurden alle jüdischen Geschäfte unter Treuhänderschaft gestellt; dies war der erste

⁹ Oficina de Información Diplomática, Madrid (künftig: OID), „GO/PM. Europa. Informe. Estado en que se encuentra el problema sefardita.“ 2. 10. 1942. Vgl. auch Avni, Spain, S. 84, 161.

¹⁰ Archivo del Ministerio de Asuntos Exteriores (künftig: AMAE), Madrid, R 2154/11, Spanisches Generalkonsulat Athen, Romero, an Spanische Botschaft Berlin, 13. 5. 1943. Vgl. auch Avni, Spain, S. 82.

¹¹ José Antonio Lisboa Martín, Retorno a Sefarad. La política de España hacia sus judíos en el siglo XX, Barcelona 1993, S. 19.

¹² Vgl. Avni, Spain, S. 42–45.

¹³ Vgl. Bernd Rother, National-Spanien und die Juden 1938/39, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), S. 103–126.

Schritt zur Enteignung¹⁴. Die Vichy-Regierung zog am 3. Oktober mit dem ersten „Statut des Juifs“ nach, das für ganz Frankreich definierte, wer Jude sei, und Juden aus weiten Teilen des Staatsdienstes und vielen Freien Berufen herausdrängte. Tags darauf wurden die Präfekten ermächtigt, staatenlose und ausländische Juden zu internieren oder ihnen einen Wohnort vorzuschreiben¹⁵.

Umgehend informierte der spanische Generalkonsul in Paris, Bernardo Rolland, Madrid über den Inhalt dieser antijüdischen Maßnahmen. Noch bevor eine Antwort von dort vorlag, fragten die spanischen Sephardim bei ihm nach, ob sie der Aufforderung zur Registrierung Folge leisten sollten. Der Generalkonsul hielt dies nicht für notwendig, da es in Spanien keine spezielle Gesetzgebung für Juden gebe und daher auch keine ausländische Macht spanische Juden besonderen Vorschriften unterwerfen dürfe¹⁶. Rolland stellte den betroffenen spanischen Bürgern entsprechende Bescheinigungen aus¹⁷.

Wie wenig Rolland zu einer grundsätzlichen Entscheidung in dieser Frage befugt war, zeigte jedoch eine Anfang November 1940 in Madrid von der Europa-Abteilung des Außenministeriums formulierte Anweisung: Allgemeine Maßnahmen, die nicht nur die spanischen, sondern alle Juden trafen, so der Tenor, müßten hingenommen werden¹⁸. Kurze Zeit später äußerten sich hochrangige spanische Vertreter gegenüber dem deutschen Botschafter in Paris wieder ganz anders. Serrano Suñer, Schwager Francos, einflußreichster Sympathisant der Achsenmächte in der spanischen Regierung und seit kurzem Außenminister, sowie die Leiter der spanischen Botschaft in Vichy, der Vertretung in Paris und des dortigen Generalkonsulats – Lequerica, Pinies und Rolland – sprachen Otto Abetz bei einem Empfang „nacheinander auf die Bedeutung der Judendekrete an. [...] Es wurde allgemein die Auffassung vertreten, daß spanische Staatsangehörige nicht unter diese Verordnung fallen, da sie eben nicht Juden, sondern Spanier seien. [...] Eine große Anzahl von ihnen (habe) Verdienste um die spanische Revolution, da von ihnen Geld zur Verfügung gestellt worden sei. Sowohl der Außenminister wie auch der Botschafter baten, auf diese Tatsachen Rücksicht zu nehmen.“¹⁹

¹⁴ Vgl. Avni, Spain, S. 84; David Douvette, La spoliation des Juifs de France, in: *Le Monde Juif* 47 (1991), No. 141 (N.S.), S. 44–54, hier S. 46; Hilberg, Vernichtung, S. 649f.

¹⁵ Denis Peschanski, Les statuts des Juifs du 3 octobre et du 2 juin 1941, in: *Le Monde Juif* 47 (1991), No. 141 (N.S.), S. 9–20, hier S. 10; Hilberg, Vernichtung, S. 661.

¹⁶ AMAE, Madrid, R 1716/2, Spanisches Generalkonsulat Paris an Auswärtiges Amt (künftig: AA) Madrid, 2. und 24. 10. 1940.

¹⁷ Archivo General de la Administración (künftig: AGA), Alcalá de Henares, Bestand Asuntos Exteriores (künftig: AAEE), 11338, Abschrift der Bescheinigung des Spanischen Generalkonsuls in Paris, Rolland, für Enrique Alberto Saporta Beja, 24. 10. 1940: Der spanische Generalkonsul ist der Ansicht, daß die von der deutschen Militärverwaltung am 27. September 1940 angeordneten Maßnahmen für spanische Juden nicht gelten.

¹⁸ AMAE, Madrid, R 1716/2, AA Madrid, Abt. Europa, an Spanisches Generalkonsulat Paris, 5. 11. 1940.

¹⁹ Politisches Archiv im Auswärtigen Amt (künftig: PA AA Bonn), R 103195, „Aufzeichnung. Betrifft: Besprechung in der Spanischen Botschaft [in Paris]“, Unterschrift: Abetz, 21. 11. 1940.

Wie diese Widersprüche im einzelnen zu erklären sind, wird durch die überlieferten spanischen Akten nicht erhellt. Immer wieder wird in den Akten aber deutlich, daß über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die persönliche Einstellung des jeweils zuständigen spanischen Beamten ein ebenso wichtiger Faktor war wie allgemeine politische Erwägungen der Regierung. In der konkreten Frage zeigt die weitere Entwicklung, daß sich allmählich eine Linie durchsetzte, bei Verhaftungen und – noch nachdrücklicher – bei Enteignungen spanischer Juden zu protestieren, aber alle Maßnahmen unterhalb dieser Grenze, z. B. die Registrierung von Juden und ihres Besitzes, zu tolerieren. In der Enteignungsfrage kam es zu einem Kompromiß beider Seiten. Geschäfte, die spanischen Juden gehörten, wurden unter die Verwaltung spanischer Kommissare gestellt, an deren Beaufsichtigung die spanischen Konsulate beteiligt waren. Diese Regelung galt sinngemäß auch für italienische und portugiesische Juden²⁰ und wurde für die spanischen Juden auch von den französischen Behörden im Vichy-Frankreich übernommen²¹. Auch dies, das besonders starke Engagement Spaniens in Vermögensfragen, hinter dem der Schutz der persönlichen Freiheit seiner jüdischen Bürger etwas zurücktrat, ist ein in den folgenden Jahren wiederkehrendes Leitmotiv der spanischen Politik. Schon Mitte September 1940 hatte der spanische Geschäftsträger in Paris, Mario de Pinies, eine Begründung dafür gegeben, als auch die Enteignung spanischer Juden drohte. Spanien könne dieser Absicht Frankreichs und Deutschlands nicht zustimmen, da es sonst beiden Staaten ein Geschenk machen würde, ohne selbst einen Vorteil davon zu haben. Dieses Denken in Kategorien des ökonomischen Vorteils für die Nation, dem das Schicksal des Individuums untergeordnet war, führte ihn sogar dazu, in allgemeinen Formulierungen eine Gegenleistung der spanischen Sefhardim für den Schutz ihres Vermögens zu erwarten²².

Weniger erfolgreich war Spanien bei der Verhinderung von Verhaftungen. Anfang September 1941 berichtete der Generalkonsul in Paris, daß sie immer häufiger vorkämen. Derzeit säße eine Reihe spanischer Juden nach einer allgemeinen Razzia in

²⁰ Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris, XXIV-14: Der Militärbefehlshaber in Frankreich, Verwaltungsstab, Abteilung Verwaltung, Vermerk von Kriegsverwaltungsrat (KVR) Mahnke, Paris, 13. 2. 1941. Dort auch: „Die hiesigen diplomatischen Vertretungen Italiens, Spaniens und Portugals haben sich mit den Maßnahmen der deutschen Militärverwaltung gegen die Juden im besetzten Frankreich einverstanden erklärt. [...] Die Haltung der spanischen diplomatischen Vertretung im oben ausgeführten Sinne soll auf eine Weisung des Staatsechefs Franco persönlich zurückgehen. (Mitteilung des KVR Dr. Blanke vom 6. 2. 1941).“ Beleg für die Akzeptierung aller Maßnahmen unterhalb von Verhaftung und Enteignung von spanischer Seite in: AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, AA Madrid an Spanische Botschaft Vichy, 8. 7. 1941, und ebenda, 4773, Spanische Botschaft Vichy an spanischen Konsul Marseille, 1. 10. 1941. Einzige Einschränkung war demnach, daß die spanischen Juden bei der Registrierung ihre Staatsangehörigkeit angeben sollten.

²¹ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338: Commissariat General aux Questions Juives, Vichy, an Spanische Botschaft Vichy, 5. 7. 1941.

²² Pinies referierte dies in: AMAE, Madrid, R 1716/2, Embajada de España en Paris, El Ministro Consejero Encargado de la Embajada, Mario de Pinies, an AA Madrid, 7. 12. 1940.

Haft²³. Die ebenfalls verhafteten italienischen Juden seien schon wieder freigelassen worden, die spanischen, türkischen, bulgarischen und andere ausländische Juden trotz Protests ihrer Konsulate jedoch nicht²⁴. Ende Oktober 1941 wurde Rolland von der Pariser Polizeipräfektur mitgeteilt, daß die 14 im Lager Drancy nordöstlich von Paris festgehaltenen spanischen Juden nach Auskunft der deutschen Besatzungsbehörden nur im Falle schwerer Krankheit oder aus besonderen Gründen entlassen werden könnten, was beides nicht zuträfe²⁵.

Angesichts dieser Entwicklung wollten immer mehr spanische Juden sich in dem Land, dessen Bürger sie waren, wo sie aber nie gelebt hatten, niederlassen. Auch in dieser Frage ist eine klare Linie der spanischen Regierung nicht sofort zu erkennen. Im Juni 1941 schilderte Rolland dem Außenministerium in Madrid, daß einigen Sephardim, die nicht auf der Basis des Dekrets von 1924 die spanische Staatsbürgerschaft erhalten hatten, weiterhin Staatsangehörigkeitsbescheinigungen ausgestellt worden seien. Dies widersprach dem Wortlaut des Dekrets, was Rolland aber nicht erwähnte. Nun fragte er nach, ob auch diesen Sephardim die Einreise nach Spanien gestattet werden dürfe. In Madrid wurde die Sicherheitspolizei Dirección General de Seguridad (DGS) eingeschaltet, die aber mit der Bemerkung, es könne sich um eine große Anzahl von Antragstellern handeln, an das Außenministerium verwies. Der dortige Unterstaatssekretär entschied im Juli 1941, daß nicht nur spanischen Staatsbürgern, sondern auch spanischen Schutzgenossen, zu denen diese Gruppe gehörte, die Einreise gestattet sei, vorausgesetzt, ihre „Ehrenhaftigkeit“ sei unumstritten²⁶. Zur Kategorie „Ehrenhaftigkeit“ dürfte neben moralischen und ökonomischen Erwägungen auch die politische Haltung gehört haben. Juden wie allen anderen Spaniern, die die Republik unterstützt hatten, war die Einreise untersagt²⁷. Im Lichte der weiteren Entwicklung ist an dieser Entscheidung bemerkenswert, daß sie die Einreiseerlaubnis für Juden nicht strikt auf spanische Staatsbürger beschränkte. Erst- und

²³ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Spanischer Generalkonsul Paris an Spanische Botschaft Berlin, 2.9. 1941. Diese Juden waren wahrscheinlich während der Aktion vom 20.8. 1941 verhaftet worden, die von den Militärbehörden als Repressalie und „Vorbeugung“ gegen kommunistische Aktionen nach dem Überfall auf die Sowjetunion angeordnet worden war. Insgesamt waren dabei 2894 Juden verhaftet worden. Vgl. das Vorwort von Serge Klarsfeld in: Noel Calef, Drancy 1941. Camp de represailles. Drancy la faim. Édité et présenté par Serge Klarsfeld pour le 50e anniversaire du camp de Drancy, in: *Le Monde Juif* 47 (1991), No. 143 (N.S.), S. XV, XVII.

²⁴ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Spanischer Generalkonsul Paris an AA Madrid, 3.9. 1941.

²⁵ AMAE, Madrid, R 1716/3, Polizeipräfektur Paris an Spanisches Konsulat Paris, 24.10. 1941. Im März 1942 mußte Rolland erneut mitteilen, daß die Freilassung dieser spanischen Juden nicht erreicht werden konnte. Deutsche Stellen hatten ihm eröffnet, daß eine Freilassung nur möglich wäre, wenn alle spanischen Juden die besetzte Zone verlassen würden. Vgl. AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Spanischer Generalkonsul Paris an Spanischen Botschafter Vichy, 3.3. 1942.

²⁶ AMAE, Madrid, R 1716/2, Spanischer Generalkonsul Paris an AA Madrid, 18.6. 1941; DGS Madrid an AA Madrid, 9.7. 1941; AA Madrid, Subsecretario, 19.7. 1941.

²⁷ Ebenda, Handbibliothek der Archivverwaltung, Erlaßsammlung [ohne Signatur], Servicio Nacional de Política y Tratados, Orden Circular Núm. 90, Burgos, 11.5. 1939.

letztmalig wurden hier die Schutzgenossen gleichgestellt. Wieviele von ihnen diese Möglichkeit nutzten, ob sie überhaupt davon erfuhren, ist nicht überliefert.

Zwei Monate später schilderte Rolland dem Außenministerium in Madrid die immer schwierigere Lage der spanischen Juden in Frankreich. Im Moment sei es – von wenigen Ausnahmen abgesehen – noch möglich, ihren Besitz und ihre Freiheit zu schützen. Längerfristig sei aber wohl ihre Ausreise aus Frankreich die einzige Möglichkeit, sie zu retten²⁸. Hatte er im Juni nur wegen individueller Einreise nach Spanien, dabei aber auch von Schutzgenossen, nachgefragt und einen Erfolg erzielt, ging es nun um eine massenhafte Ausreise aus Frankreich. Keine Rede war aber mehr von Spanien als Ziel dieser Auswanderung und von Schutzgenossen. Ob Rolland seinen Vorstoß nicht überladen wollte oder ob ihm Spanien als Ziel und womöglich auch die Einbeziehung der Schutzgenossen nach der vorhergehenden Entscheidung als selbstverständlich erschien, wissen wir nicht. Jedenfalls wurde die spanische Botschaft in Berlin tätig, um Deutschlands Bereitschaft zur Genehmigung der Ausreise zu erkunden. Anders als Rolland machte die Botschaft eine klare Aussage, was die Zielländer dieser Emigration anging. An einer Einwanderung dieser Juden nach Spanien, so der Gesandte Caro, sei die Regierung in Madrid nicht interessiert; Spanien überlege aber, ihnen die Auswanderung nach Amerika²⁹ zu ermöglichen. Noch wichtiger als der Schutz der persönlichen Freiheit der verfolgten Juden war Madrid, anders als dem Generalkonsul in Paris, deren Vermögen. Im deutschen Bericht klang dies so: „Ganz besonders interessiere aber die Spanische Regierung, welches Schicksal der Besitz der spanischen Juden in Frankreich haben werde. Spanien betrachte diesen Besitz als spanisches Vermögen und wolle [...] seinen Schutz übernehmen, falls die seitherigen Besitzer durch irgendwelche Maßnahmen ihres Besitzes verlustig gehen sollten. Dieser Punkt sei, wie Herr Caro mehrfach hervorhob, für die Spanische Regierung wesentlich.“³⁰

Wahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Vorstoß der Botschaft kam es auch in Paris zu einer Initiative ungenannter spanischer Vertreter – nach Lage der Dinge dürfte es sich um Rolland gehandelt haben –, die die Bereitschaft der Deutschen erkunden wollten, spanische Juden ausreisen zu lassen. Vermutlich als Kompromiß zwischen der Madrider Position, Juden nicht nach Spanien einreisen zu lassen, und den großen Problemen, einen Drittstaat für die Aufnahme spanischer Juden zu finden, wurde hier das spanische Protektorat im Norden Marokkos als Aufnahmegebiet ins Spiel gebracht. Dem Pariser Beauftragten des SD wurde Anfang Oktober 1941 der Vorschlag gemacht, „sämtliche noch im besetzten Frankreich befindlichen Juden spanischer Staatsangehörigkeit innerhalb vier bis fünf Wochen nach Spanisch-Marok-

²⁸ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Spanischer Generalkonsul Paris an AA Madrid, 10.9.1941.

²⁹ In spanischen und deutschen Dokumenten der Zeit taucht immer wieder dieser geographische Begriff auf, ohne daß in allen Fällen deutlich wird, ob damit der gesamte Kontinent, nur die USA oder nur Lateinamerika gemeint war.

³⁰ PA AA Bonn, R 103195, Vermerk Dr. Haidlen, AA Berlin, 10.10.1941.

ko zurückzuführen.“ Nach deutschen Schätzungen handelte es sich um 2000, während die französische Polizei nur 304 spanische Juden registriert hatte; die deutschen Stellen hielten diese Zahl aber für unzuverlässig. 20 von ihnen seien derzeit im Lager Drancy. Die „Abteilung Deutschland“ des Auswärtigen Amtes in Berlin schlug Ribbentrop vor, diese Initiative zu billigen. Das RSHA aber, von dem gerade der Erlaß über das allgemeine Auswanderungsverbot für Juden vorbereitet wurde, legte sich quer, „zumal die Spanische Regierung weder den Willen noch die Erfahrungen zu ihrer [der Juden] wirkungsvollen Überwachung in Marokko haben dürfte. Darüber hinaus wären diese Juden aber auch bei den nach Kriegsende zu ergreifenden Maßnahmen zur grundsätzlichen Lösung der Judenfrage dem unmittelbaren Zugriff allzusehr entzogen.“³¹ Von spanischer Seite gab es gegen diese Entscheidung keinen Protest. Es fehlte in Madrid an einer klaren Position, auf der man Deutschland gegenüber hätte insistieren können. Das grundsätzliche Problem bestand im Widerspruch, daß Spanien einerseits die Diskriminierung seiner Juden nicht unbegrenzt hinnehmen, andererseits sie aber auch nicht auf der Iberischen Halbinsel aufnehmen wollte.

Mit der geschilderten Ausnahme bei der Vermögensverwaltung waren die spanischen Sefardim in Frankreich somit allen antijüdischen Maßnahmen unterworfen. Rolland monierte noch Anfang März 1942, daß er trotz mehrfacher Bitte vom Außenministerium keine Anweisung erhalten habe, wie er sich in dieser Situation konkret verhalten solle³². Die Anweisung, die kurz darauf vom Madrider Außenministerium an die Botschaft in Vichy gesandt wurde, ging dennoch nicht über den allgemein gehaltenen Erlaß vom November 1940 hinaus, ja war sogar noch unbestimmter, weil widersprüchlicher. Einerseits durfte den antijüdischen Maßnahmen nicht widersprochen werden, andererseits sollten die Interessen der Betroffenen auf der Grundlage des spanisch-französischen Vertrages über die Rechte ihrer Staatsbürger von 1862 verteidigt werden³³.

Um so mehr hing es von der Einstellung der diplomatischen Repräsentanten Spaniens ab, welche der beiden Varianten dieser Anweisung – Hinnahme antijüdischer Maßnahmen oder Schutz der Interessen spanischer Bürger – stärker betont wurde. In Frankreich waren offenkundig der Pariser Generalkonsul, Rolland, und der Botschafter in Vichy, Lequerica – ab August 1944 Außenminister –, in dieser Frage ganz unterschiedlicher Meinung. Rolland, so zeigen es die Akten und so bescheinigte es ihm auch Lequerica³⁴, engagierte sich sehr für den Schutz der spanischen Juden. Lequerica hingegen war offen antisemitisch eingestellt. Zwar tolerierte er Rollands Engagement und sah auch die Notwendigkeit, Spaniens Rechte in bezug auf

³¹ Ebenda, Vortragsnotiz Luther für den Reichsaußenminister, 13.10. 1941, und ebenda, Nachtrag zur Vortragsnotiz Luther, 17.10. 1941.

³² AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Spanischer Generalkonsul Paris an Spanischen Botschafter Vichy, 3.3. 1942.

³³ AMAE, Madrid, R 1716/1, AA-Madrid an Spanischen Botschafter Vichy, 7.3. 1942.

³⁴ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Spanische Botschaft Vichy an AA Madrid, 16.3. 1942.

das Vermögen seiner Bürger zu wahren, im übrigen aber ließ er an seiner Haltung keinen Zweifel aufkommen. Das Ausweisungsedikt der Katholischen Könige war für ihn weiter gültig; denn das gegenwärtige Spanien befand sich seines Erachtens im Kampf mit einer der Hauptmächte des internationalen Judentums, dem russischen Bolschewismus. „Insbesondere steht es den Vertretungen des heutigen Spaniens nicht zu, auf einem strikten, mehr oder weniger umstrittenen Legalismus zu beharren und dabei die Prinzipien der spanischen Revolution und die internationale Verbreitung des jüdischen Problems zu vergessen. Daher wurde versucht – und gelang es –, in Übereinstimmung mit den jetzt bestätigten Anweisungen des Herrn Ministers, ohne Arroganz, aber auch ohne Weinerlichkeit demoliberaler Art oder nach Manier des ‚Völkerbundes‘ und ohne Glauben an den ‚Sephardismus‘ als Instrument des Spaniertums, sich mit effektiveren Methoden jedem Angriff auf die Interessen der vom ruhmreichen Diktator Primo de Rivera eingebürgerten Sephardim zu widersetzen.“ Die Lage der spanischen Sephardim in Frankreich sei auch deswegen günstiger als die der übrigen Juden in Frankreich, weil ihre Zahl gering sei und sie selbst unter den Juden als von besserer Abstammung gälten: „Diese Botschaft hat niemals versucht, sich der Regelung des Schicksals der französischen Juden durch Frankreich zu widersetzen, ebensowenig – angesichts der Internationalität und Gefährlichkeit dieser Rasse – der Verteidigung Frankreichs gegen Juden anderer Länder, die auf seinem Territorium leben.“ Die Verteidigung der Eigentumsrechte spanischer Juden habe nichts mit einer Ablehnung antisemitischer Maßnahmen zu tun, sei vielmehr die Wahrnehmung nationaler Interessen: Auch wenn die Anweisung aus Madrid besage, daß allgemeinen antijüdischen Maßnahmen nicht entgegengetreten werden solle, „bleibt für uns eine erhebliche Aufgabe, besonders im ökonomischen Bereich, denn wenn einschränkende Maßnahmen gegen das Vermögen der spanischen Juden ergriffen werden müssen, dann ist es die spanische Regierung, die sie anwenden und von ihnen profitieren soll.“³⁵ Auch in weiteren Äußerungen machte Lequerica deutlich, daß es ihm nur darum ging, das Vermögen der spanischen Juden nicht an Deutschland oder Frankreich fallen zu lassen, sondern für Spanien zu sichern³⁶.

Rollands Absicht hingegen war es, die spanischen Juden in Frankreich gänzlich von der Anwendung der Maßnahmen des „Statut des Juifs“ auszunehmen, da es in Spanien keine Differenzierung nach rassischen Gesichtspunkten gebe³⁷. Dieser Haltung schloß sich auch der Konsul in Marseille, Via Ventalló, an. Er beantragte – unter Berufung auf den spanisch-französischen Vertrag von 1862 – bei den französischen Behörden, in die Personaldokumente und Lebensmittelkarten der spanischen Sephardim nicht mehr das Wort „Juif“ zu stempeln. Der zuständige Regionalpräfekt lehnte dies jedoch

³⁵ Ebenda, Spanische Botschaft Vichy an AA Madrid, 16.3. 1942.

³⁶ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Spanische Botschaft Vichy an Spanisches Konsulat Oran, 14.10. 1942.

³⁷ OID, Madrid, Spanisches Generalkonsulat Paris an Directeur-Adjoint du Statut des Personnes du Commissariat General aux Questions Juives, Paris, 23.7. 1942.

ab³⁸. Für Juden, deren Staatsangehörigkeit noch nicht definitiv festgestellt worden sei, erbat Via Ventalló vom Präfekten die vorübergehende Anerkennung als Spanier³⁹.

Angesichts der zunehmenden Verfolgung ausländischer Juden in Frankreich Ende 1942⁴⁰ kam auch die Botschaft in Vichy nicht umhin, in ähnlicher Richtung tätig zu werden, sollte nicht die nationale Souveränität Spaniens Schaden erleiden. Die Konsulate wurden angewiesen, auf Antrag spanischen Juden ein Zertifikat auszustellen. Darin wurde ihnen bestätigt, daß sie spanische Staatsbürger seien und daher wie alle spanischen Bürger in Frankreich unter dem Schutz der spanisch-französischen Abkommen stünden⁴¹. Die Bedeutung der nationalen Souveränität im Kontext der spanischen Reaktion auf antijüdische Maßnahmen war schon früher in einem internen Papier des spanischen Außenministeriums betont worden: Selbst wenn es in Spanien eine rassische Diskriminierung gäbe, müßte die Regierung die in Spanien diskriminierten Bürger im Ausland gegen Diskriminierungen durch andere Staaten schützen, weil nur Spanien diese Diskriminierungen zustünden⁴².

War damit allmählich die spanische Haltung gegenüber der Diskriminierung spanischer Juden definiert worden, schob sich nun ein neues Problem in den Vordergrund: Welche Kriterien sollten für die Anerkennung der spanischen Staatsbürgerschaft eines sephardischen Juden gelten? Auf den ersten Blick schien dies eindeutig zu sein: Wer im Konsulat registriert war und über ein spanisches Personaldokument verfügte, war spanischer Bürger. In der Praxis gab es jedoch mehrere Probleme. Das erwähnte Dekret von 1924 hatte den bisherigen spanischen Schutzgenossen eine Frist bis 1930 eingeräumt, um die spanische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Aufgrund bürokratischer Schwierigkeiten und unzureichender Informationen konnten nur circa drei- bis viertausend sephardische Juden diese Möglichkeit nutzen⁴³. Aber auch nach Ablauf dieser Frist war in der Praxis die Lage nicht eindeutig. Nicht alle, die die spanische Staatsbürgerschaft auf der Basis dieses Dekretes erhalten hatten, hatten sie auch im

³⁸ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 4773, Sammlung von Bescheinigungen des spanischen Konsulats Marseille von Januar/Februar 1943, daß die betreffende Person spanischer Bürger sei und es in Spanien keine Rassendiskriminierung gebe; Spanischer Konsul Marseille an Regionalpräfekt Bouches-du-Rhone, Marseille, 1. 2. 1943; Regionalpräfekt Bouches-du-Rhone, Marseille, an Spanischen Konsul Marseille, 1. 3. 1943. Den spanischen Juden, die nachfragten, ob sie die Eintragung „Juiif“ hinnehmen müßten, teilte der Konsul jedoch weiterhin mit, daß sie dies akzeptieren müßten. Vgl. den Schriftverkehr von Januar/Februar 1943 in: Ebenda.

³⁹ Ebenda, Spanischer Konsul Marseille an Regionalpräfekt Bouches-du-Rhone, Marseille, 28. 11. 1942 und 16. 12. 1942. Ein Ergebnis ist nicht bekannt.

⁴⁰ Vgl. dazu Hilberg, Vernichtung, S. 671, 674, 679, 688.

⁴¹ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11338, Rundschreiben der Spanischen Botschaft Vichy an die Spanischen Konsulate Paris, Bayonne, Hendaye, Bordeaux, Pau, Sète, Toulouse, Marseille, Perpignan, Lyon, 13. 1. 1943.

⁴² AMAE, Madrid, R 1716/2, Ministerio de Asuntos Exteriores, Madrid, Dirección de Política: Relación de antecedentes y informe sobre características y posible solución del problema que plantea la aplicación a súbditos españoles de las medidas de „limpieza“ judía en la zona ocupada de Francia, 26. 2. 1941.

⁴³ Vgl. Inocencio Felix Arias Llamas, Movimientos antisemitas en la primera mitad del siglo XX: Actitud Española, Escuela Diplomática, Madrid 1969 (MS), S. 175.

Standesamtsregister des Konsulats eintragen lassen. Andere erhielten von nachlässigen Konsulaten weiterhin Staatsangehörigkeitsbescheinigungen, ohne das Dekret von 1924 genutzt zu haben, lebten also im nicht unbegründeten Glauben, von Spanien als Staatsbürger anerkannt zu werden⁴⁴. Auch die Haltung während des Bürgerkrieges konnte die rechtliche Situation beeinflussen. Im Dezember 1942 teilte das Außenministerium dem Generalkonsulat in Brüssel mit, daß Juden, die die republikanische Seite unterstützt hatten, zwar weiterhin ihre spanische Staatsbürgerschaft behielten, aber keine Einreiseerlaubnis für Spanien bekommen könnten⁴⁵.

An der spanischen Grenze wurde jedoch nicht nach der Religion gefragt. So konnte ein sehr kleiner Teil – insgesamt 47 – der in Frankreich lebenden spanischen Sefardim bis Ende 1942 im Rahmen der allgemeinen Repatriierung spanischer Staatsbürger das Land verlassen, ohne daß die Behörden innerhalb Spaniens ihre Religionszugehörigkeit erfuhren. Erst durch einen Hinweis der spanischen Vertretung in Paris Anfang Januar 1943 wurde man in Madrid darauf aufmerksam⁴⁶. Dort schrillten sofort die Alarmglocken. Das Außenministerium in Madrid erkannte die spanische Staatsbürgerschaft der Sefardim, die diese aufgrund des Dekrets von 1924 erworben hatten, nun plötzlich nicht mehr an, selbst wenn sie alle Vorschriften beachtet hatten. Für die spanischen Behörden seien sie weiterhin nur Schutzgenossen, nicht spanische Bürger. Die spanische Staatsangehörigkeit sei nur nach außen hin verliehen worden, um sie gegenüber den ausländischen Behörden, die den Status des Schutzgenossen nicht mehr akzeptierten, besser schützen zu können. Dadurch seien sie aber nicht den übrigen Spaniern gleichgestellt worden. Die Botschaft in Vichy wurde infolgedessen angewiesen, diesen Rechtsstandpunkt, dessen einziger Zweck war, Juden aus Spanien fernzuhalten, den Sefardim nicht schriftlich mitzuteilen; nur mündliche Erläuterungen dürften den Antragstellern gegeben werden⁴⁷. Bis zum deutschen Ulti-

⁴⁴ AMAE, Madrid, R 1716/2, Ministerio de Asuntos Exteriores, Madrid, Dirección de Política: Relación de antecedentes y informe sobre características y posible solución del problema que plantea la aplicación a súbditos españoles de las medidas de „limpieza“ judía en la zona ocupada de Francia, 26.2. 1941.

⁴⁵ Ebenda, R 2153/41, AA Madrid an Spanisches Generalkonsulat Brüssel, 23.12. 1942. Diese Entscheidung basierte auf dem Erlaß vom 11.5. 1939 über Ein- und Ausreise von Spaniern und Ausländern, der „abtrünnigen Juden“ („judíos desafectos“) die Einreise auch dann verweigerte, wenn sie die spanische Staatsbürgerschaft besaßen.

⁴⁶ Ebenda, R 1372/2, Spanische Botschaft in Paris (!) an AA Madrid, 8.1. 1943. Zahlenangaben in: Ebenda, R 1716/4, Anejos 1 y 2: Relación de sefarditas españoles que han obtenido visado de entrada en España entre el 1º de Junio de 1940 y el 1º de Abril de 1943.

⁴⁷ Ebenda, R 1716/3, AA Madrid, Dirección General de Política Exterior, an Spanische Botschaft in Vichy, 19.1. 1943. Auf dem Schreiben vom 8.1. 1943 (vgl. Anm. 46) ist handschriftlich vermerkt: „No dar facilidades ordena el Sr Ministro 29 En 1943“; damit ordnete Jordana am 29.1. 1943 an, den spanischen Sefardim im Gegensatz zu den übrigen spanischen Bürgern nicht bei der Repatriierung aus Frankreich behilflich zu sein. Vgl. auch ebenda, R 2153/41, Briefwechsel des spanischen Generalkonsulats Brüssel mit dem AA Madrid zwischen März und Dezember 1942 bezüglich des Einreisebegehrens des spanischen Sefardim Arnold Algranti und seiner Frau, das letztlich abgelehnt wurde, weil sie sich während des Bürgerkriegs nie in der Vertretung Nationalspaniens gemeldet hatten.

matum auf Repatriierung oder Deportierung der Juden aus neutralen und verbündeten Staaten, das für die spanische Politik gegenüber den Sephardim einen Einschnitt bedeutete, verhärtete sich also die Haltung Madrids, da angesichts der immer massiveren Diskriminierung der Juden in Frankreich der spanische Schutz vor Ort nicht mehr ausreichte, vielmehr eine wachsende Zahl spanischer Juden die Einreise in ihr „Vaterland“ versuchte. Diese zu bewilligen aber war Madrid nicht bereit; um die Zuwanderung von Juden abzuwehren, mißachtete das Außenministerium sogar bisher stets befolgte Rechtspositionen.

„Heimschaffungsaktion“

Als die Nationalsozialisten mit der systematischen Ermordung aller Juden begannen, derer sie habhaft werden konnten, stellte sich für das RSHA und das Auswärtige Amt auch die Frage, wie mit den ausländischen Juden zu verfahren sei. In der „Wannsee-Konferenz“ behielt sich das Auswärtige Amt in dieser Angelegenheit die letzte Entscheidung vor⁴⁸. Ab Ende 1942 führten die Beratungen zur „Heimschaffungsaktion“⁴⁹.

Über die unterschiedliche Behandlung ausländischer Juden nach der „Wannsee-Konferenz“ gibt ein Papier des Auswärtigen Amtes vom Mai 1943 Auskunft: „1.) Juden mit Feindstaat-Angehörigkeit werden wie Nichtjuden dieser Staatsangehörigkeit behandelt, also meistens interniert.“ (Dies war nicht ganz zutreffend: nur Juden mit der Staatsangehörigkeit der USA, Großbritanniens und einer Reihe lateinamerikanischer Staaten wurden so behandelt. Man hoffte, sie gegen Deutsche, die in diesen Ländern interniert waren, austauschen zu können.) „2.) Eine Reihe der Regierungen der von uns besetzten Länder haben eigene Judengesetze erlassen, analog den deutschen Judenbestimmungen. Sie haben sich damit ausdrücklich oder de facto an ihren außerhalb ihrer Staatsgrenzen im deutschen Bereich ansässigen Staatsangehörigen jüdischer Rasse desinteressiert (Norwegen, Holland, Protektorat)! 3.) In anderen von uns besetzten Gebieten wird die Regierungsgewalt durch unsere Besatzungsbehörden mehr oder weniger unmittelbar ausgeübt. Hier kommen die deutschen Judenbestimmungen auf dem Verordnungs- oder Befehlswege zur Anwen-

⁴⁸ PA AA, Bonn, R 99445, AA Berlin, von Thadden, Vermerk für Gruppenleiter Inland II, 13.6. 1944: „Das Auswärtige Amt hatte sich grundsätzlich bei Juden ausländischer Staatsangehörigkeit die Entscheidung selbst vorbehalten, so daß insoweit nicht das RSHA, sondern das Auswärtige Amt die Entscheidung hat.“ Vgl. auch Hilberg, Vernichtung, S. 466.

⁴⁹ Der Begriff „Heimschaffungsaktion“ wurde zwar nicht durchgängig, aber überwiegend für diesen Vorgang verwendet. Vgl. u. a. PA AA, Bonn, R 100888, AA Berlin an die Deutsche Botschaft Madrid, 13.8. 1943; Internationaler Militärgerichtshof (Hrsg.), Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. 32, Nürnberg 1948, S. 158–193 (Dokument 3319-PS): Chef der Sicherheitspolizei und des SD, Berlin, 23.9. 1943, Schnellbrief, Geheim (Zitat: S. 187). Zur „Heimschaffungsaktion“ vgl. Eberhard Kolb, Bergen-Belsen. Geschichte des „Aufenthaltslagers“ 1943–1945, Hannover 1962; Christopher R. Browning, The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940–43, New York 1978.

dung (Belgien, bes[etztes] Frankreich, Serbien, Saloniki, Gen[eral-] Gouvernement). Restregierungen oder sonstigen Regierungsorganen dieser Länder ist praktisch keine Möglichkeit gegeben, sich für ihre Staatsangehörigen jüdischer Rasse zu interessieren.⁵⁰

Es fehlten in dieser Aufzählung die neutralen oder mit Deutschland verbündeten Staaten. In der „Heimschaffungsaktion“ galten als solche die zehn Länder Italien, Schweiz, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden, Finnland, Ungarn, Rumänien und die Türkei⁵¹. Ihnen gegenüber plädierte das Auswärtige Amt für ein besonders vorsichtiges Vorgehen. Damit stand es anfänglich im Widerspruch zum RSHA. Eichmann hatte bei einer Konferenz von Gestapo-Beamten aus den besetzten Ländern am 28. August 1942 den Juni 1943 als Schlußtermin für die Deportation der ausländischen Juden gesetzt. „Eine Rückführung ausländischer Juden in ihre Länder ist keineswegs gewünscht.“ Er mußte aber einschränkend hinzufügen, daß in dieser Frage noch Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt im Gange seien⁵². Dieses setzte sich mit seiner Ansicht durch, die Beziehungen mit den neutralen und verbündeten Staaten dürften nicht durch die umstandslose Deportation ihrer Juden belastet werden⁵³.

Statt dessen wurden diese Länder Ende 1942 und Anfang 1943 kurz hintereinander ultimativ aufgefordert, ihre jüdischen Staatsangehörigen aus den deutsch besetzten Gebieten „zurückzuziehen“. Die Fristen dafür lagen anfangs zwischen dem 31. Dezember 1942 (Ungarn) und dem 31. März 1943 (Italien)⁵⁴, wurden aber bald auf Bitten der diplomatischen Vertretungen verschiedener Länder verlängert und einheitlich auf den 31. März festgelegt. Das RSHA wies seine Dienststellen an, die Visa „ohne vorherige Rückfrage bei der Zentralsichtvermerkstelle“ zu erteilen, „falls nicht besondere sicherheitspolizeiliche Belange dagegen sprechen“⁵⁵.

Spanien wurde Ende Januar 1943 durch die Deutsche Botschaft in Madrid von dem Ultimatum in Kenntnis gesetzt. In seiner ersten Fassung beschränkte es sich auf Juden im besetzten Frankreich, Belgien, die Niederlande, Deutschland sowie das Protektorat Böhmen und Mähren und lief bis zum 31. März 1943⁵⁶. Ende Febru-

⁵⁰ PA AA Bonn, R 99403, AA Berlin, Notiz v. Thadden, 4.5. 1943.

⁵¹ Diese Liste findet sich u. a. in: Ebenda, R 99444, Rundschreiben des AA Berlin an die deutschen diplomatischen Vertretungen in diesen Ländern und an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, 12. 8. 1943.

⁵² Bundesarchiv Berlin, 99 US 7, Bd. 510, Final Brief Anklage gegen Weizsäcker, Steengracht etc., S. 130.

⁵³ Avni, Spain, S. 131.

⁵⁴ Zit. nach PA AA Bonn, R 99402, AA Berlin, Referat D III, GR Klungenfuß, „Entwurf“, Ende Januar 1943.

⁵⁵ Ebenda, RSHA, IV B 4b, an AA Berlin, 27. 3. 1943.

⁵⁶ Ebenda, R 100888, Deutsche Botschaft Madrid, Moltke, an AA Berlin, 28. 1. 1943; AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 4773, Apunte, Madrid, 26. 1. 1943. In der deutschen Darstellung wurde die Information der spanischen Seite auf den 27. Januar datiert, in der spanischen auf den 26. Januar. In der spanischen Version fehlt außerdem der Hinweis auf Deutschland und das Protektorat als Geltungsbereich des Ultimatums.

ar wurde es auf alle besetzten Gebiete im Osten ausgedehnt⁵⁷, Ende April auch auf das deutsch besetzte Nordgriechenland mit der großen sephardischen Gemeinde Saloniki. Für dieses Gebiet wurde die Frist auf den 15. Juni 1943 festgesetzt⁵⁸. Die betroffenen spanischen Juden hatten nie in Spanien gelebt. Von einer „Heimschaffung“ oder „Repatriierung“ kann daher im Wortsinne nicht gesprochen werden, auch wenn natürlich Sprache, Kultur und zuletzt auch die Option für die spanische Staatsangehörigkeit eine enge Verbindung zu Spanien zum Ausdruck brachten. Als termini technici sollen diese in den Akten verwendeten Begriffe aber weiter gebraucht werden.

Spaniens Kenntnisse vom Holocaust

Zur Bewertung der spanischen Reaktion auf das deutsche Ultimatum gehört die Frage, was Madrid in der ersten Jahreshälfte 1943 von der massenhaften Ermordung der Juden wußte. Eine gesonderte Untersuchung auf der Basis einer vollständigen Durchsicht der einschlägigen spanischen Akten unter diesem Gesichtspunkt liegt nicht vor. Es darf jedoch unterstellt werden, daß der spanischen Regierung die in der internationalen Presse veröffentlichten Informationen vorlagen. Danach war klar, daß die deutsche Regierung bereits tausende Juden hatte ermorden lassen und dies kontinuierlich fortsetzte. Umstritten waren jedoch konkrete Einzelheiten wie auch die Gesamtzahl der Opfer; kaum glaubhaft erschien ferner, daß den Nationalsozialisten die Ermordung aller Juden wichtiger war als deren Einsatz für die Kriegswirtschaft⁵⁹. Ergebnis dieser Informationen war die gemeinsame Erklärung der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion zusammen mit acht Exilregierungen besetzter Länder vom 17. Dezember 1942, in der die deutsche „Absicht“, das jüdische Volk in Europa zu vernichten, verurteilt wurde.

Einzelne Aktenfunde zeigen, daß auch unabhängig von diesen Nachrichten die spanische Regierung zumindest von einer Gefährdung von Leib und Leben der Juden im deutsch besetzten Teil Europas ausgehen mußte. Im Dezember 1941 berichtete eine spanische Ärztedelegation, die sich u. a. in Polen aufgehalten hatte, vertraulich dem Innenminister, daß die Juden dort in Ghettos festgehalten würden, in denen Typhus sich ausbreite⁶⁰. Im August 1942 war der spanischen Sicherheitspolizei DGS bekannt, daß die in Frankreich verhafteten Juden nach Polen und in die Ukraine de-

⁵⁷ PA AA Bonn, R 10088, Deutsche Botschaft Madrid an AA Berlin, 23.2. 1943 (abgesandt: 24.2.); AMAE, Madrid, R 1716/1, Deutsche Botschaft Madrid an Spanisches AA, 25.2. 1943. Auch hier gibt es wieder Abweichungen in der Datierung: der deutschen Darstellung zufolge wurde Spanien am 23. Februar informiert, nach der spanischen Überlieferung am 25. Februar.

⁵⁸ PA AA Bonn, R 100888, AA Berlin an Deutsche Botschaft Madrid, 29.4. 1943.

⁵⁹ Vgl. u. a. David S. Wyman, *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Frankfurt a. M. 1989, S. 23–28, 63 f., 73 f.

⁶⁰ Dieser Bericht ist publiziert in: *Fundación Nacional Francisco Franco (Hrsg.), Documentos inéditos para la historia del Generalísimo Franco, Bd. II/2, Dokument 191: 1941, Diciembre: Informe secreto sobre el trato a los judíos en Polonia*, Madrid 1992, S. 404.

portiert werden sollten⁶¹. Der spanische Botschafter in Berlin, Ginés Vidal, schrieb im Juli 1943 in einem Brief an den Madrider Außenminister von den „tragischen Konsequenzen“, die die Deportation nach Polen für die spanischen Juden Salonikis haben würde⁶². Viel deutlicher noch wurde direkt im Anschluß an dieses Schreiben der Botschaftsmitarbeiter Fernando Oliván, der mit Vidals Billigung einen privaten Brief an den mit ihm befreundeten Generaldirektor für Außenpolitik im Außenministerium, Doussinague, richtete. Wenn den Juden mit spanischer Staatsangehörigkeit die Einreise verweigert werde, so Oliván, „verurteilt man sie automatisch zum Tode“⁶³.

Spaniens Regierung und besonders dem Außenministerium muß also bewußt gewesen sein, daß ihre Entscheidung über das deutsche Ultimatum für die betroffenen spanischen Juden eine Frage von Leben oder Tod war. Anders als bei der Repatriierung spanischer Bürger aus Frankreich durch die Madrider Regierung seit der deutschen Besetzung ging es nicht um die Rettung davor, womöglich vom Kriegsgeschehen erfaßt zu werden. Deutschland trachtete allen Juden nach dem Leben; Spanien konnte einige wenige – diejenigen mit spanischer Staatsbürgerschaft – retten oder seine jüdischen Bürger dem Holocaust überlassen.

Die Reaktion Spaniens

Bei der Übermittlung des ersten Ultimatum durch den deutschen Botschafter in Madrid erklärte Doussinague, er persönlich gehe davon aus, daß seine Regierung den spanischen Juden keine Einreisegenehmigung erteilen werde⁶⁴. Diese Antwort war zwar ernst gemeint und realistisch; Spanien wollte die Juden aber auch nicht – anders, als Berlin die Äußerung interpretierte – gänzlich der deutschen Verfolgung überlassen. Madrid befürchtete, daß sonst die Gegnerschaft zur spanischen Regierung im Ausland, besonders in den USA, wachsen würde. Daher schlug Doussinague Außenminister Jordana drei alternative Lösungen vor:

1. Die spanischen Sephardim werden in ihre Herkunftsgebiete (Türkei, Griechenland, Balkan) geschickt.
2. Sie dürfen Spanien im Transit aufsuchen, das Rote Kreuz oder eine andere Einrichtung kümmert sich währenddessen um sie und besorgt ihnen ein Visum für die Weiterreise in ein Drittland.
3. Spanien überläßt den Sephardim und den deutschen Behörden die Wahl zwischen Lösung 1 und 2⁶⁵.

⁶¹ Ebenda, Bd. III, Dokument 45: Informe de la DGS, 20.8. 1942, Madrid 1993, S. 550–584, hier S. 571 f.

⁶² AMAE, Madrid, R 2154/11, Spanische Botschaft Berlin an Spanisches AA Madrid, 22.7. 1943.

⁶³ OID, Madrid, Federico [Oliván] an José [Doussinague], Particular, 22.7. 1943. Vgl. auch Marquina/Ospina, España, S. 194 f.

⁶⁴ PA AA Bonn, R 100888, Deutsche Botschaft Madrid, Moltke, an AA Berlin, 28.1. 1943.

⁶⁵ AMAE, Madrid, R 1716,2, AA Madrid, Informe, 28.1. 1943, unterschrieben von Doussinague.

Jordana bevorzugte offenkundig Variante 1. Am 23. Februar ließ jedenfalls Madrid bei der deutschen Regierung anfragen, ob eine Ausreise in andere Länder gestattet werden würde. Wenn dies nicht möglich sei, dann „würde die spanische Regierung die Juden spanischer Nationalität ihrem Schicksal überlassen“⁶⁶. Wie unrealistisch der Wunsch nach Ausreise der spanischen Juden in andere Länder war, war Madrid durchaus bekannt. Schon bei der Übergabe des deutschen Ultimatums hatte Doussinague diese Variante ins Gespräch gebracht; der deutsche Botschafter hatte sie als undurchführbar bezeichnet⁶⁷. Am 27. Februar 1943 wurde die Botschaft in Madrid auch offiziell angewiesen, der spanischen Seite die Ablehnung dieses Begehrens zu übermitteln⁶⁸.

Für das Auswärtige Amt in Berlin stand die spanische Haltung nun fest: Die Regierung in Madrid habe sich für diese Juden nicht interessiert. Die zuständige Abteilung D beabsichtigte daher Ende Februar, dem RSHA die Weisung zukommen zu lassen, ab 1. April 1943 die „allgemeinen Judenmaßnahmen“ auch auf die spanischen Juden auszudehnen⁶⁹. Am 15. März aber wandelte sich das Bild völlig. Zur Überraschung der deutschen Seite teilte Doussinague mündlich der Botschaft in Madrid mit, daß die spanische Regierung „im Gegensatz zu ursprünglicher Absicht jetzt doch dazu neige, einer beschränkten Zahl von im deutschen Machtbereich befindlichen spanischen Staatsangehörigen jüdischer Rasse die Einreise nach Spanien zu gestatten. Es handle sich dabei um höchstens 100 Personen, für die sich prominente Spanier eingesetzt hätten.“⁷⁰

Die Quellen geben keinen Aufschluß darüber, wer diese „prominente(n) Spanier“ waren oder welche anderen Motive zu dieser Entscheidung geführt hatten⁷¹. Befürchtungen einer negativen Reaktion im neutralen und alliierten Ausland dürften dabei eine Rolle gespielt haben⁷², zumal sich Anfang 1943 abzuzeichnen begann, daß die Alliierten die militärische Initiative dauerhaft an sich gerissen hatten⁷³. Wahrscheinlich hatte das Argument, die nationale Souveränität gebiete auch den Schutz ungeliebter Staatsbürger, ebenfalls Gewicht. Schon in früheren Stellungnahmen des Außenministeriums war es verwendet worden⁷⁴.

⁶⁶ PA AA Bonn, R 100888, Deutsche Botschaft Madrid an AA Berlin, 23.2. 1943, mit Bericht des Gesandten Hencke über sein Gespräch mit dem Generaldirektor für Außenpolitik im spanischen Außenministerium, Doussinague.

⁶⁷ Ebenda, Deutsche Botschaft Madrid, Moltke, an AA Berlin, 28.1. 1943.

⁶⁸ Ebenda, AA Berlin an Deutsche Botschaft Madrid, 27.2. 1943.

⁶⁹ Ebenda, AA Berlin, von Hahn, Referat D III, Vermerk, 25.2. 1943.

⁷⁰ Ebenda, Deutsche Botschaft Madrid an AA Berlin, 17.3. 1943.

⁷¹ Protokolle oder andere Aufzeichnungen über die Sitzungen des spanischen Kabinetts sind für die Jahre 1939–1945 nicht überliefert.

⁷² Vgl. dazu auch Marquina/Ospina, *España*, S. 182 f.

⁷³ Yitzhak Weissman, Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in Lissabon, schrieb am 15.4. 1943: „It is known that since the disembarkment in North Africa, Spain is obviously changing her policy gradually in favour of the allies and it is not by accident that Spain is opening Concentration Camps, jails and legalising refugees.“ In: Archiv von Yad Vashem, Jerusalem, M 20/28 I, Bl. 26 f.

⁷⁴ AMAE, Madrid, R 1716/2, Ministerio de Asuntos Exteriores, Madrid, Dirección de Política: Relación de antecedentes y informe sobre características y posible solución del problema que plantea

Im Unterschied zum Vorstoß des Außenministeriums vom Januar 1943 war nun die spanische Staatsbürgerschaft der betroffenen Juden, sofern sie über alle entsprechenden Dokumente verfügten, in Madrid unumstritten. Weiterhin wurde den spanischen Sephardim aber der dauernde Aufenthalt verweigert; nur im Transit sollten sie, entsprechend Variante 2, geduldet werden, wie zwei Briefe des spanischen Außenministers an seinen Kollegen im Innenressort zeigen⁷⁵. Der Madrider Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes verpflichtete sich ihnen zufolge nicht nur, die Aufenthalts- und Reisekosten zu tragen, sondern insbesondere für jeden einreisenden spanischen Juden das Visum eines anderen Landes zu beschaffen, in das er weiterreisen würde. Ausdrücklich warnte die spanische Regierung das Rote Kreuz, jede neue Einreiseerlaubnis würde sofort gestoppt, sobald es zu Verzögerungen bei der Wiederausreise in ein Drittland käme⁷⁶.

Wie wenig erwünscht die spanischen Juden in dem Land waren, dessen Staatsbürgerschaft sie besaßen, machte Jordana im zweiten dieser Briefe deutlich: „Ich glaube, daß diese Erläuterungen [über die Wiederausreise der spanischen Juden] dazu dienen werden, die berechtigte und mir völlig verständliche Unruhe zu beseitigen, die die erste Nachricht über diese Einreise hervorgerufen hat, denn ich habe genauso viel Interesse wie Sie daran, daß dies alles sich so vollzieht, daß uns kein neues Problem entsteht, auch unter Berücksichtigung der Verpflichtung, die wir haben, diese spanischen Bürger zu schützen.“⁷⁷ Auch Franco war von dieser „Unruhe“ erfaßt worden. Einem Schreiben von Doussinague ist zu entnehmen, daß die Entscheidung, den Sephardim nur den Transit zu gestatten, vom Staatschef persönlich getroffen worden war. Franco ordnete an, daß alle erdenklichen Garantien einzuholen seien, um sicherzustellen, daß sie wirklich Spanien wieder verlassen würden⁷⁸.

Aus der Not der spanischen Juden, denen bei Verbleib an ihren bisherigen Wohnorten die Ermordung in deutschen Lagern drohte, hoffte Spanien wirtschaftliche Vorteile ziehen zu können. Auch dies mag ein Motiv gewesen sein, nicht auf der grundsätzlichen Ablehnung ihrer Einreise zu beharren, zeigt aber, wie gering zu veranschlagen die Bedeutung humanitärer Motive ist. Die Generaldirektion für Auswärtige Politik in Madrid legte am 18. März 1943 ein Papier über die Behandlung des Vermögens der zu repatriierenden Sephardim vor. Sie sollten bei der Ausreise aus den deutsch besetzten Gebieten konvertierbare Devisen und Aktien in den spanischen Konsulaten hinterlegen. Beim Eintreffen in Spanien würden sie 20 Prozent die-

la aplicación a súbditos españoles de las medidas de „limpieza“ judía en la zona ocupada de Francia, 26.2. 1941.

⁷⁵ Ebenda, R 1716/1–6, Jordana an Innenminister Blas Perez González, Madrid, „Personal y Reservada“, 18.3. 1943; ebenda, R 1372/2, Jordana an Blas Perez González, Madrid, „Personal y Reservada“, 23.3. 1943.

⁷⁶ Weder im Archiv des Spanischen Roten Kreuzes in Madrid noch in dem des Internationalen Roten Kreuzes in Genf konnten bisher Belege für diese Zusage gefunden werden.

⁷⁷ AMAE, Madrid, R 1372/2, Jordana an Blas Perez González, Madrid, „Personal y Reservada“, 23.3. 1943.

⁷⁸ Ebenda, R 1716/4, AA Madrid, Doussinague, an Carreño, 22.3. 1943.

ses Vermögens in Pesetas erhalten. Ausfuhr oder Umtausch des nicht verbrauchten Restes dieser 20 Prozent – er dürfte recht hoch gewesen sein, da ja der Unterhalt der Flüchtlinge von internationalen Hilfsorganisationen finanziert wurde – bei der Wiederausreise war nicht möglich. Die verbleibenden 80 Prozent erhielten sie erst bei Verlassen Spaniens. Ganz offen heißt es im erwähnten Papier: „Auf diese Art zwingt man sie, Spanien wieder zu verlassen und 20 Prozent ihres Vermögens in Spanien zu lassen, sei es, daß sie ausgegeben wurden oder sei es in nicht ausführbaren Pesetas, und das [Münz-]Institut hat einen Nutzen aus den Devisen, die diesen 20 Prozent entsprechen.“⁷⁹

Schließlich dürfte für die spanische Entscheidung auch von Bedeutung gewesen sein, daß Außenminister Jordana davon ausging, daß es sich in der Summe nur um 60–70 Familien handeln werde, die sich nicht länger als zwei Wochen in Spanien aufhalten würden⁸⁰. Schnell erwiesen sich aber diese Zahlen als viel zu niedrig geschätzt.

Bevor die ersten spanischen Juden von der neuen Lage profitieren konnten, mußten sie die Hürde des Staatsangehörigkeitsnachweises überspringen. Sie wurden nur dann als Spanier anerkannt, wenn sie ihre Staatsbürgerschaft auf der Basis des Dekrets von 1924 erworben und alle darin vorgeschriebenen Formalitäten beachtet hatten und sofern sie dies mit vollständigen Unterlagen nachweisen konnten⁸¹. Die Antragsteller mußten die Dokumente oft von weither beschaffen, wenn sie z. B., wie es häufig der Fall war, die spanische Staatsbürgerschaft in Saloniki oder Istanbul erworben hatten und dann nach Frankreich emigriert waren. Die spanischen Behörden blieben in allen Fällen, in denen die Antragsteller auf ein Wohnheitsrecht pochten, aber nicht alle Papiere vorlegen konnten, unnachgiebig, selbst wenn dies durch schlampige Arbeit spanischer Behörden verursacht worden war⁸². Sogar Ehepartnern und Kindern anerkannter spanischer Staatsbürger, bei denen die Eheschließung oder die Geburt nicht im entsprechenden Verzeichnis des Konsulats registriert worden war, wurde die Einreise verweigert. Spanien interpretierte die Vorschriften über die Staatsangehörigkeit äußerst restriktiv⁸³. Darüber hinaus sollten die Konsulate unter

⁷⁹ Ebenda, AA Madrid, Dirección General de Política Exterior, Informe: Sefarditas, 18.3. 1943.

⁸⁰ Ebenda, R 1372/2, Jordana an Blas Perez González, Madrid, „Personal y Reservada“, 23.3. 1943.

⁸¹ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11773, Spanische Botschaft Berlin an Spanischen Konsul Hendaye, 20.3. 1943; AMAE, Madrid, R 1716/2, Spanisches Generalkonsulat Paris an Spanisches AA, 6.2. 1941, mit ausführlicher Darlegung der komplizierten rechtlichen Lage; ebenda, R 1716/3, Memorandum sobre la situación de los sefarditas domiciliados en la jurisdicción del Consulado General de España en Paris, 15.10. 1943.

⁸² AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11329, Apunte sobre Situación Jurídica Sefarditas y Normas Seguidas por Consulado General Paris, Anlage zum Schreiben des Spanischen Generalkonsulats Paris an die Spanische Botschaft Vichy, 22.4. 1943, daß auch diejenigen nicht als Spanier anerkannt werden könnten, die einen Antrag auf der Grundlage des Dekrets von 1924 gestellt, aber keine Antwort erhalten hatten.

⁸³ Vgl. Avni, Spain, S. 134f., Bericht des damaligen Madrider US-Botschafters Hayes, das spanische Außenministerium habe am 18.3. 1943 die Bereitschaft zur Gewährung einer fiktiven spanischen Staatsbürgerschaft an sephardische Juden in den besetzten Gebieten erklärt. In den spanischen Archiven konnten keine Belege dafür gefunden werden. Das angebliche Angebot widerspricht völlig

den nach diesem Verfahren anerkannten Spaniern eine weitere Auswahl nach sozialem Status, Vermögen und insbesondere politischer Einstellung vornehmen; es findet sich in den Unterlagen jedoch kein Hinweis, daß diese zusätzliche Prüfung tatsächlich stattgefunden hat⁸⁴.

Das komplizierte Verfahren führte dazu, daß Spanien, wie auch die übrigen betroffenen Staaten, mehrfach Fristverlängerungen für die Repatriierung erbitten mußte. Das Auswärtige Amt in Berlin ging darauf ein, weil es die Beziehungen zu diesen Staaten nicht belasten wollte. Schließlich wurde der 26. August 1943 als letzter Termin für die Repatriierung festgesetzt. Im Rundschreiben des Auswärtigen Amtes hieß es: „Es darf gebeten werden, dafür Sorge zu tragen, daß die zuständigen deutschen Polizeibehörden nicht sofort nach Fristablauf, sondern erst nach einer gewissen Karenzzeit die Einbeziehung der noch Zurückgebliebenen und dem Auswärtigen Amt nicht unter Angabe von Gründen gemeldeten ausländischen Juden in die allgemeinen Judenmaßnahmen durchführen.“⁸⁵

Tauziehen um die Rettung spanischer Juden

Die detaillierten Prüfungen der Staatsbürgerschaftsnachweise waren nicht der einzige Grund, warum die Repatriierung so lange auf sich warten ließ. Erst Ende Juli oder Anfang August 1943 erlaubte die Regierung in Madrid die praktische Umsetzung der Repatriierungsgenehmigung, jedoch nur für einen zeitlich begrenzten Transitaufenthalt und nur in Gruppen von jeweils 25⁸⁶. Warum dies so lange hinausgezögert wurde, ist den Quellen nicht zu entnehmen.

Über vier Monate waren vergangen, seit Spanien erstmals Deutschland die Bereitschaft zur Repatriierung signalisiert hatte, und sogar sechs Monate seit Bekanntgabe des deutschen Ultimatums. Doch damit nicht genug. Im Frühjahr 1943 hatte die gerade erst etablierte gemeinsame Vertretung US-amerikanischer Hilfsorganisationen in Spanien, an deren Spitze David Blickenstaff stand⁸⁷, vom Roten Kreuz die Zustän-

der durch zahlreiche Dokumente belegten restriktiven spanischen Haltung bei der Anerkennung seiner Staatsbürgerschaft. Erst in Ungarn Ende 1944 wich Madrid davon ab und stellte, wie auch Portugal, Schweden, die Schweiz und der Vatikan, zahlreiche Juden in Budapest unter seinen diplomatischen Schutz.

⁸⁴ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11329, Spanische Botschaft Vichy an Spanische Konsulate in Frankreich, 3.4. 1943: Das Madrider Außenministerium habe eine strenge Prüfung aller Anträge angeordnet. Es reiche daher nicht aus, nur die Daten der Antragsteller zu erfassen; zuvor müsse eine Auswahl auf der Basis von gesellschaftlichem Ansehen, wirtschaftlicher Position, Kontakten mit Kommunisten und Freimaurern sowie Verhalten gegenüber dem nationalen Spanien seit 1936 erfolgen.

⁸⁵ PA AA Bonn, R 99444, Rundschreiben AA Berlin an die deutschen diplomatischen Vertretungen und an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD, 12.8. 1943.

⁸⁶ AMAE, Madrid, R 1716/3, AA Madrid, Doussinague, z. Zt. San Sebastian, an AA Madrid, Jefe de la Sección de Europa, German Baraibar, 5.8. 1943. Vgl. auch die entsprechende Verbalnote der Spanischen Botschaft in Berlin an das deutsche AA, 9.8. 1943, in: PA AA Bonn, R 100888.

⁸⁷ Vgl. Yehuda Bauer, *American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939-1945*, Detroit 1981, S. 207.

digkeit für die Betreuung und Weiterreise der spanischen Juden übernommen. Die Zusage war aber so vage formuliert, daß es bald zu Differenzen zwischen Blickenstaff und dem spanischen Außenministerium kam.

Das von Blickenstaff repräsentierte „American Joint Distribution Committee“ hatte zwar zugesagt, sich um die finanzielle Unterstützung und die Weiterreise der Sephardim zu kümmern, aber immer verbunden mit der Bemerkung, dies im Rahmen seiner Möglichkeiten zu tun⁸⁸. Blickenstaff hatte Schwierigkeiten, Visa dritter Staaten für die endgültige Aufnahme der spanischen Juden zu erlangen⁸⁹. Die spanische Regierung aber bestand auf ihrer Interpretation der Zusage Blickenstaffs, derzufolge Madrid keinerlei Verantwortung für Aufenthalt und Weiterreise der spanischen Juden trage. Sie war in dieser Phase nur bereit, eine neue Gruppe einreisen zu lassen, wenn die vorherige das Land verlassen hatte⁹⁰. Der zuständige Beamte im Außenministerium, Germán Baraibar, wurde angewiesen, darüber eine gesonderte Kartei anzulegen⁹¹. Der Konflikt mit Blickenstaff spitzte sich so zu, daß Außenminister Jordana am 17. August 1943 anordnete, die gerade angelaufenen Repatriierungen zu stoppen, bis Blickenstaff eine zufriedenstellende Antwort gäbe⁹². Weiter kompliziert wurden die Verhandlungen beider Seiten noch dadurch, daß auch das Außenministerium unter Druck stand. Der Generaldirektor für Außenpolitik, Doussinague, wies seinen Untergebenen (und Freund) Baraibar am 20. August an, mit Blickenstaff nicht offiziell zu korrespondieren, sondern diesen anzurufen oder einen privaten Brief zu schreiben, „da wir uns in dieser äußerst delikaten Angelegenheit, in der nicht alle Welt einer Meinung ist, sehr bedeckt halten müssen“⁹³.

Offen bleibt, gegen wen sich das Außenministerium meinte schützen zu müssen. Sowohl Kritik von seiten der Alliierten, in deren Hände die Korrespondenz mit dem Vertreter US-amerikanischer Hilfsorganisationen durchaus hätte gelangen können, als auch Querschüsse falangistischer Kräfte in der Regierung könnten gemeint sein. Im selben Brief teilte Doussinague mit, daß nach Rücksprache mit dem deutschen Botschafter die Stärke der einzelnen Repatriierungsgruppen von 25 auf 150 er-

⁸⁸ AMAE, Madrid, R 1716/3, Joint Distribution Committee, Madrid, Blickenstaff, an AA Madrid, 24. 3. 1943. Vgl. Bauer, Jewry, S. 211 und 478, Anm. 27.

⁸⁹ AMAE, Madrid, R 1716/4, AA Madrid, Dirección General de Política Exterior. [Sección de] Europa. Informe: „Salida de sefarditas de España“, 26. 10. 1943. In diesem Papier heißt es zwar, daß Blickenstaff unvermutet auf Probleme bei der Visabeschaffung gestoßen wäre, doch dürfte allein schon der Ablauf der Bermuda-Konferenz der spanischen Diplomatie und den US-amerikanischen Hilfsorganisationen die geringe Bereitschaft der Alliierten zur Aufnahme jüdischer Flüchtlinge vor Augen geführt haben.

⁹⁰ Ebenda, R 1716/3, AA Madrid, Doussinague, z. Zt. San Sebastian, an AA Madrid, German Baraibar, 5. 8. 1943.

⁹¹ Ebenda, AA Madrid, Doussinague, z. Zt. San Sebastian, an AA Madrid, German Baraibar, 10. 8. 1943.

⁹² Ebenda, AA Madrid, Doussinague, z. Zt. San Sebastian, an AA Madrid, German Baraibar, 17. 8. 1943.

⁹³ OID, Madrid, AA Madrid, Doussinague, z. Zt. San Sebastian, an AA Madrid, German Baraibar, 20. 8. 1943.

höht worden sei; entgegen dem Anschein dieser Mitteilung aber waren es nicht die Deutschen gewesen, die kleinere Gruppen mit der entsprechenden Verzögerung der Repatriierung bevorzugt hatten, sondern stets die spanische Seite.

Trotz dieses umständlichen Verfahrens, das an eine bewußte Verschleppungstaktik grenzte, trafen nach Unterlagen des American Jewish Joint Distribution Committee bis Anfang Juli 1943 112 spanische Juden aus Frankreich kommend in Spanien ein⁹⁴. In spanischen Akten erscheinen sie nicht, was nicht allein dadurch erklärt werden kann, daß sie keinem vom Generalkonsulat in Paris organisierten Sammeltransport angehört, sondern die Reise in kleinen Gruppen unternommen hatten. Auch so benötigten sie die Unterstützung offizieller spanischer Stellen, um Ausreisevisa zum Verlassen Frankreichs zu erhalten. Am wahrscheinlichsten ist, daß die nicht immer zuverlässig arbeitende spanische Verwaltung ihre Einreise nicht wahrgenommen hatte, was für die Betroffenen natürlich ein großes Glück darstellte, wären sie doch sonst womöglich nicht so schnell nach Spanien gelangt.

Die gruppenweisen Repatriierungen durch das spanische Generalkonsulat in Paris, das für den von Anfang an besetzten Teil Frankreichs zuständig war, begannen aus den geschilderten Gründen erst Anfang August, also kurz vor Ablauf der deutscherseits gesetzten Frist, aber noch vor dem spanischen Widerruf der Einreiseerlaubnis. Aus dem Pariser Konsularbezirk trafen am 11. August 1943 79 spanische Juden in Irún ein⁹⁵. Einige Tage später folgten sechs weitere⁹⁶. Circa 120 früheren spanischen Schutzgenossen blieb die Anerkennung als Staatsbürger und damit die Rettung vor der Verfolgung jedoch verweigert⁹⁷.

Noch härter wurden die spanischen Juden Salonikis vom Hin und Her in Madrid getroffen. In der nordgriechischen Stadt lebten unter den 50 000 sephardischen Juden 511 mit spanischer Staatsangehörigkeit. Von der Ghettoisierung waren sie ausgenommen geblieben; aber auch für sie galt das deutsche Ultimatum, sie nach Spanien zu bringen, wenn sie nicht deportiert werden sollten. Da Spanien ihre Repatriierung verschleppte, wurden 367 von ihnen am 2. August 1943 aus Saloniki deportiert. Der Rest konnte fliehen oder untertauchen⁹⁸. Da das deutsche Außenministerium aus Erfah-

⁹⁴ Archiv des American Jewish Joint Distribution Committee (künftig: JOINT) Jerusalem, Geneva Collection, Box 327, Joint Lissabon, Katzki, an Joint New York, 1. und 6. 7. 1943.

⁹⁵ AMAE, Madrid, R 1716/3, DGS Madrid, an AA Madrid, 16. 8. 1943; JOINT Jerusalem, Geneva Collection, Box 327, Elias Canetti, derzeit in Saragossa, an Samuel Sequerra, Barcelona, 18. 8. 1943.

⁹⁶ AMAE, Madrid, R 1716/3, Spanischer Generalkonsul in Paris, Fiscowich, an AA Madrid, 19. 8. 1943. In dem Schreiben erwähnte Fiscowich diese sechs Sepharden mit dem Hinweis, er habe ihre Repatriierung tags zuvor per Telegramm mitgeteilt. Es fehlte also die letzte Gewißheit, daß sie auch in Spanien eintrafen. Fiscowich führte in dem Brief weiter aus, daß damit alle als spanische Staatsbürger anerkannten Sepharden seines Konsularbezirks repatriiert worden seien. Von den 82, die die Bedingungen erfüllten, seien vier freiwillig, zwei wegen Krankheit und sechs wegen Internierung nicht ausgereist. Unklar bleibt, wie Fiscowich auf seine Zahlen kam.

⁹⁷ Ebenda, Memorandum sobre la situación de los sefarditas domiciliados en la jurisdicción del Consulado General de España en Paris, 15. 10. 1943.

⁹⁸ OID, Madrid, Legación de España, Atenas, an AA Madrid, 8. 8. 1943. Dieser zusammenfassende Bericht wird durch zahlreiche weitere Dokumente in AMAE und OID bestätigt.

zung eine kurzfristige Meinungsänderung der spanischen Seite nicht ausschloß, ging der Transport vorerst in das „Aufenthaltslager“ Bergen-Belsen, wo die Lebensbedingungen zu dieser Zeit für die dort festgehaltenen Juden aus neutralen Staaten noch relativ erträglich waren⁹⁹.

In Madrid kam allmählich wieder Bewegung in die verhärteten Fronten. Obwohl es Blickenstaff bis Ende des Jahres 1943 nicht gelang, die Ausreise der aus Frankreich Anfang August 1943 repatriierten spanischen Juden voranzutreiben, hob die spanische Regierung stillschweigend den Mitte August verfügten Einreisestop auf. Am 15. Oktober 1943 wurden über Perpignan 50 spanische Juden aus Vichy-Frankreich repatriert¹⁰⁰. In diesem Monat reisten noch zwei weitere Gruppen ein, bei denen nicht klar ist, aus welchem Teil Frankreichs sie kamen. Die erste dieser Gruppen mit 39 spanischen Juden reiste ebenfalls am 15. Oktober nach Irún ein¹⁰¹. Am 20. Oktober 1943 folgten 33 weitere Sephardim spanischer Staatsangehörigkeit¹⁰². Damit war die erste Repatriierungswelle abgeschlossen, und mindestens 319 Juden aus beiden Teilen Frankreichs waren gerettet worden.

Ein wichtiger Grund für die nun großzügigere spanische Haltung dürfte gewesen sein – explizite Belege ließen sich nicht finden –, daß international die Problematik nicht unbeachtet geblieben war. Im Frühjahr 1943 berichtete die Presse der alliierten Länder über das deutsche Repatriierungsultimatum¹⁰³. Der Vatikan war durch einen Bericht aus Frankreich auf das zögerliche Vorgehen Spaniens aufmerksam geworden. Der Nuntius in Madrid wurde daraufhin im August 1943 bei der spanischen Regierung vorstellig. Dieses Gespräch zeigt, wie wichtig es Spanien schon damals war, nach außen als Beschützer von Juden zu erscheinen, auch wenn dies momentan nicht der tatsächlichen Politik entsprach. Doussinague erklärte wahrheitswidrig, daß nicht nur spanische Juden mit vollständigem Nachweis ihrer Staatsbürgerschaft ein Einreisevisum erhielten, sondern auch die, deren spanische Nationalität bei Fehlen der Dokumente entweder vom Konsul aufgrund persönlicher Bekanntschaft bestätigt werde oder dadurch, daß sie in früheren Jahren bei nationalen Feiertagen im Konsulat erschienen seien, oder die ihre Staatsangehörigkeit auf andere Art plausibel machen konnten. Er versicherte, daß Spanien diese Vorschriften weitherzig auslegen werde¹⁰⁴. Tags darauf berichtete der Nuntius von einem weiteren Gespräch mit Doussinague über eine Petition spanischer Juden aus Saloniki. Diese hatten sich nach dem Wider-

⁹⁹ Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945, Serie E, Bd. VI, Dok. 164, Göttingen 1979, S. 283–285, Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse von Thadden, Berlin, 21.7. 1943, Geheim. Vgl. zu den Lagerbedingungen im „Neutralenlager“: Kolb, Bergen-Belsen, S. 66, 74 f.

¹⁰⁰ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11371, Passeport Collectif Espagnol, o.D. [ca. September 1943], und ebenda, Spanisches Konsulat Marseille an Spanische Botschaft Vichy, 10.11. 1943.

¹⁰¹ Ebenda, 11773, AA Madrid an Spanisches Konsulat Hendaye, 18.12. 1943.

¹⁰² Ebenda, 11371, Spanische Botschaft Vichy an AA Madrid, 22.10. 1943.

¹⁰³ JOINT Jerusalem, Geneva Collection, Box 327, Joint Lissabon an Joint New York, 24.5. 1943.

¹⁰⁴ Actes et documents du Saint Siège relatifs à la Seconde Guerre Mondiale, Bd. 9: Le Saint Siège et les Victimes de la Guerre. Janvier–Décembre 1943, Vatikanstadt 1975, S. 442, Dok. 307: Nuntius Cicognani, Madrid, an Kardinal Maglione, Vatikan, 23.8. 1943.

ruf der spanischen Einreiseerlaubnis in Anbetracht ihrer bevorstehenden Deportierung an den Papst gewandt. Entgegen den Tatsachen behauptete Doussinague, daß für die Verzögerung der Repatriierung neben den Differenzen mit den US-amerikanischen Hilfsorganisationen die massive Opposition der Deutschen verantwortlich sei¹⁰⁵. Wenn schon Doussinague im vertraulichen Gespräch mit dem Vertreter des Vatikan nicht bereit war, zur wirklichen spanischen Haltung zu stehen, dürfte im Außenministerium die Bereitschaft groß gewesen sein, zur Verbesserung des Ansehens bei den Alliierten wenigstens auf den Einreisestop für weitere schon mit Visa versehene spanische Juden zu verzichten.

Im Oktober 1943, nach Ablauf des Repatriierungsultimatums, begannen die Deutschen entsprechend ihren Ankündigungen mit der Verhaftung der in Frankreich verbliebenen spanischen Juden¹⁰⁶. Deren Zahl lag einer anonymen Quelle zufolge bei 300¹⁰⁷. Bis Anfang Dezember wurden über 50 von ihnen verhaftet¹⁰⁸. Madrid protestierte gegen die Verhaftungen, erreichte aber in der Mehrzahl nicht die Freilassung. Die deutsche Seite verwies sters darauf, daß die immer wieder verlängerte Frist nunmehr abgelaufen sei und Spanien die daraus resultierenden Konsequenzen deutlich gemacht worden seien¹⁰⁹. Hier rächte sich das restriktive und umständliche Anerkennungsverfahren, auf dem Spanien, nicht Deutschland, bestanden hatte und das auch jetzt aufrechterhalten wurde. Dennoch konnten noch Zugeständnisse der Deutschen erreicht werden, wie die Reaktion des Auswärtigen Amts auf die spanische Bitte um erneute Ausreiseerlaubnisse zeigte: Nachdem Spanien – durchaus zu Recht – dafür verantwortlich gemacht worden war, daß sich immer noch Juden mit seiner Staatsbürgerschaft in Frankreich aufhielten, wurde in Aussicht gestellt, daß sie „unter Umständen“ ausreisen könnten. Aber: „Soweit die Überstellung der spanischen Juden aus Frankreich in die Ostgebiete bereits durchgeführt sei, wäre ihre Freilassung vor Kriegsende (!) nicht möglich.“¹¹⁰

Mitte Januar 1944 wurde diese Ankündigung formal bestätigt. Die deutsche Botschaft in Paris informierte das dortige spanische Generalkonsulat, der Chef der Sicherheitspolizei und des SD habe zugestimmt, daß die bisher in Südfrankreich wohnhaften spanischen Juden eine letzte Frist zum Verlassen des Landes bekämen; die im Lager Drancy inhaftierten Juden würden daher freigelassen¹¹¹. Bald darauf gewährten

¹⁰⁵ Ebenda, S. 448, Dok. 311: Nuntius Cicognani, Madrid, an Kardinal Maglione, Vatikan, 24. 8. 1943.

¹⁰⁶ AMAE, Madrid, R 1716/4, Spanisches Konsulat Nizza an AA Madrid, 15. 3. 1944.

¹⁰⁷ JOINT Jerusalem, Geneva Collection, Box 327, Note concernant la situation des Séfardites, 7. 11. 1943. Das Dokument trägt weder Briefkopf noch Unterschrift.

¹⁰⁸ PA AA Bonn, R 99444, Spanische Botschaft Berlin an AA Berlin, 6. 12. 1943.

¹⁰⁹ Vgl. mehrere Fälle in: AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 4773. Vgl. auch ebenda, 11371, Telegramm AA Madrid an Spanische Botschaft Vichy, 1. 12. 1943, und Telegramm AA Madrid an Spanische Botschaft Vichy, 8. 12. 1943.

¹¹⁰ PA AA Bonn, R 99444, AA Berlin, von Thadden, an RSHA, Eichmann, 22. 12. 1943, mit Bericht über ein Gespräch von Thaddens mit einem Vertreter der Spanischen Botschaft am selben Tag.

¹¹¹ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11371, Deutsche Botschaft Paris an Spanisches Generalkonsulat Paris, 12. 1. 1944.

die Deutschen den spanischen Juden die Ausreise auch aus dem übrigen Frankreich und aus Deutschland bis zum 15. Februar 1944. Für die spanischen Sephardim, die in Nordfrankreich gelebt hatten, kam diese Entscheidung aber zu spät; ihre Deportation war schon fast völlig abgeschlossen¹¹². Unklar ist, wieviele spanische Juden diese erneute Ausreisemöglichkeit nutzen konnten. In den Akten befinden sich aus der ersten Jahreshälfte 1944 Listen mit den Namen von 102 spanischen Sephardim, die repatriiert werden sollten. Zwar kann man ihnen entnehmen, daß einige derjenigen, die sich in Haft befanden, wegen der Repatriierungszusage aus Lagern wie Drancy entlassen wurden¹¹³, doch bleibt offen, ob diese Juden zu der Anfang August 1944 über Perpignan repatriierten Gruppe von 117 spanischen Juden gehörten. Im Bericht über deren Ankunft in Spanien wurde sie als „zweite“ Repatriierungsgruppe bezeichnet¹¹⁴. Vielleicht bildeten die 69 spanischen Juden, deren Repatriierung die Deutschen am 5. Juli 1944 genehmigten, die ansonsten nicht dokumentierte erste Gruppe¹¹⁵. Eine Bestätigung über ihre Repatriierung liegt aber nicht vor¹¹⁶.

Die genannten Termine zeigen, daß erneut von deutscher Seite guten Beziehungen zu Spanien der Vorrang vor dem Willen zur Verfolgung und Ermordung aller Juden eingeräumt wurde und daher die ursprünglich gesetzte Frist stillschweigend verlängert wurde. Keine Rettung aber gab es für die spanischen Juden, die schon in die Vernichtungslager geschickt worden waren. Von Drancy aus, das als Durchgangslager gen Osten fungierte, wurden 145 spanische Juden deportiert. In dieser Zahl sind auch Überstellungen in andere französische Lager enthalten, die jedoch im Durchschnitt nur 2% der Zahl der Deportierten ausmachten; andererseits wurden einige Deportationstransporte von dieser Statistik nicht erfaßt¹¹⁷.

Mit der Aufhebung des faktischen Einreiseverbots für spanische Juden konnten auch die in Bergen-Belsen festgehaltenen Sephardim aus Saloniki wieder Hoffnung schöpfen. Mitte Dezember 1943, über vier Monate nach ihrer Verhaftung, war Spanien so weit, ihre Einreise konkret vorzubereiten. Dazu gehörte folgende „Bitte“ des Außenministeriums an die zentrale Polizeibehörde DGS: den Juden, die in Malaga ihre Weiterreise per Schiff antreten sollten, solle vor der Abreise durch die örtliche Polizei mitgeteilt werden, daß von ihrem Verhalten im Ausland abhinge, ob sich Spanien für die Rettung weiterer internierter Sephardim engagiere; jede Kritik an der spanischen Regierung würde automatisch zum Ende der spanischen Verhandlungen mit Deutschland in dieser Angelegenheit führen¹¹⁸. Spanien versuchte also, die Notlage der Juden auszunutzen und sie als Propagandisten des Franco-Regimes zu miß-

¹¹² AMAE, Madrid, R 1716/4, Deutsche Botschaft Madrid an AA Madrid, 18. 1. 1944.

¹¹³ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11371.

¹¹⁴ Ebenda, Spanisches Konsulat Perpignan an Spanische Botschaft Vichy, 3. 8. 1944.

¹¹⁵ AMAE, Madrid, R 1716/4, Spanisches Generalkonsulat Paris an AA Madrid, 17. 7. 1944.

¹¹⁶ Vgl. Avni, Spain, S. 145f.

¹¹⁷ Serge Klarsfeld, Memorial to the Jews deported from France 1942–1944, New York 1983, S. XXXVI.

¹¹⁸ AMAE, Madrid, R 1716/4, AA Madrid, Director General de Política Exterior an Director General de Seguridad, Madrid, 10. 12. 1943.

brauchen. Der Erpressungsversuch macht aber auch deutlich, daß sich Madrid im klaren darüber war, wie unzulänglich und zögerlich, mithin kritikwürdig, sein Verhalten war. Spaniens Ziel gegenüber dem demokratisch gesonnenen Ausland war es, sich zu waschen, ohne sein Fell naß zu machen.

Wichtig für Spaniens Bereitschaft, nun die Sephardim aus Saloniki aufzunehmen, war die Zusage der Alliierten, in Nordafrika ein Auffanglager für Flüchtlinge zu errichten – das einzige konkrete Resultat der „Bermuda-Konferenz“¹¹⁹. Es dauerte aber noch bis Anfang Februar 1944, bis die 365 spanischen Juden aus Bergen-Belsen wirklich in Spanien eintrafen. Dort waren sie überwältigt vom zuvorkommenden Empfang – an der Grenze war für ärztliche Betreuung und für warmes Essen gesorgt –, schnell aber auch bitter enttäuscht, als ihnen eröffnet wurde, daß sie nicht in Spanien bleiben dürften¹²⁰.

Zu diesem Zeitpunkt lebten in Athen noch circa 200 spanische Juden; die Mehrzahl war mit italienischer Hilfe im Sommer 1943 aus Saloniki in die griechische Hauptstadt geflohen. Auch ihre Repatriierung verzögerte Spanien, so daß bis März 1944 kein spanischer Jude Athen verlassen konnte. Am 25. März 1944 wurden die in der Stadt noch lebenden Juden verhaftet. 155 Spanier waren darunter; dem Rest war die Flucht gelungen. Am 2. April wurden sie nach Bergen-Belsen gebracht¹²¹. Sie gelangten bis Kriegsende nicht nach Spanien, sondern wurden Ende April 1945 in der Nähe von Magdeburg von US-amerikanischen Truppen befreit¹²². Viele versuchten nun, über Belgien und Frankreich nach Griechenland zurückzukehren, was ihnen auch mehrheitlich gelang¹²³; einige wenige wollten nach Spanien. Als das spanische Generalkonsulat in Brüssel, bei dem sie wegen Unterstützung vorstellig geworden waren, im Mai 1945 dies nach Madrid telegrafierte, lautete die bezeichnende Antwort, man solle ihnen alle erdenklichen Hilfen gewähren, aber auf keinen Fall dürfe auch nur einer nach Spanien kommen¹²⁴.

Was war in der Zwischenzeit mit den von Spanien aufgenommenen Sephardim geschehen? Hatten sie das Land, wie von der Madrider Regierung immer wieder verlangt, verlassen? Wir haben gesehen, daß die Beschaffung von Einreisevisa für endgültige Aufnahmeländer enorme Schwierigkeiten bereitete. Daher wurde bei der „Bermuda-Konferenz“ beschlossen, in Nordafrika als vorübergehendes Mittel zur

¹¹⁹ Zu dieser Zusage vgl. OID, Madrid, Representation in Spain of American Relief Organizations, Madrid, David Blickenstaff, an José Pan de Soraluce, Under-Secretary of Foreign Affairs, Madrid, 10. 11. 1943.

¹²⁰ AMAE, Madrid, R 1716/1–6: AA Madrid: Entrada en España de dos expediciones de Sefarditas procedentes de Bergen-Belsen, Informe, 17. 2. 1944. In Bergen-Belsen waren zwei Personen gestorben.

¹²¹ OID, Madrid, Spanische Botschaft Berlin an AA Madrid, 28. 4. 1944.

¹²² Kolb, Bergen-Belsen, S. 155 f.; vgl. auch Evelyn Grand, Le deuxième groupe, Les Juifs espagnols internés au Camp de Bergen Belsen 14 Avril 1944–9 Avril 1945, Jerusalem 1994.

¹²³ AGA, AAEE, 7516, Anglo-Jewish Association, London, an Spanische Botschaft London, 14. 5. 1958.

¹²⁴ AMAE, Madrid, R 1716/6, Spanisches Konsulat Brüssel an AA Madrid, 12. 5. 1945.

Entlastung der neutralen Staaten ein Flüchtlingslager zu errichten¹²⁵. Die Fertigstellung verzögerte sich aber bis zum Frühjahr 1944. Daher verließen erst im Mai/Juni 1944 fast alle spanischen Juden Salonikis, die im Februar 1944 über Bergen-Belsen auf die Iberische Halbinsel gekommen waren, wieder das Land, dessen Staatsbürger sie waren, das ihnen aber keine Heimatrechte einräumte. Vom Lager Fedala bei Casablanca ging ihr Weg am 13. Oktober 1944 nach Algier, dann über Italien, Libyen, Ägypten nach Palästina, von wo aus viele nach Griechenland zurückkehrten; ein kleinerer Teil ließ sich in Palästina nieder¹²⁶.

Schwieriger zu verfolgen ist das Schicksal der aus Frankreich repatriierten spanischen Juden. Aus der Anfang August 1943 als erste in Spanien eingetroffenen Gruppe von 73 Sephardim aus dem Pariser Raum verließen 37 – nach vielem Hin und Her, zu dem auch gehörte, daß zuvor für sie auf die Ableistung des Militärdienstes verzichtet werden mußte – am 22. Dezember 1943 per Schiff von Malaga aus das Land in Richtung Französisch-Nordafrika, wo sich ihre Spur verliert. Von den verbliebenen 36 verweigerten 15 wegen Erkrankung die Ausreise zu diesem Termin, acht warteten kurz danach auf ihre Einschiffung, vom Rest konnte auch die spanische Polizei keine Informationen über ihren Verbleib im Lande ermitteln¹²⁷. Am 24. Januar 1944 schifften sich weitere 50 spanische Juden in Cadix an Bord des portugiesischen Dampfers „Nyassa“ ein, um nach Palästina auszuwandern. Unklar ist, ob sie zu den Repatriierungsgruppen gehört oder schon länger in Spanien gelebt hatten¹²⁸. Mit diesen Angaben erschöpfen sich auch schon die Daten über die Ausreise repatriierter spanischer Juden aus diesem Land. Da es sich in allen nicht zu rekonstruierenden Fällen um Personen handelte, die zuvor in Frankreich gelebt hatten, besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, daß sie nach relativ kurzem Aufenthalt in Spanien ab Sommer 1944 in die nun befreiten Gebiete zurückkehrten.

Ungarn 1944: Schutzpässe für Juden

Bis zum Frühjahr 1944 war im deutsch kontrollierten Teil Europas nur noch die jüdische Gemeinde Ungarns von Deportationen und Massenmord verschont geblieben. Anfang Juli 1944 aber waren die außerhalb der Hauptstadt lebenden Juden schon deportiert. Im wesentlichen blieben nun nur noch die circa 200 000 Budapester Juden üb-

¹²⁵ Avni, Spain, S. 117f.

¹²⁶ Central Zionist Archives, Jerusalem, L 32, file 39, United Nations Relief and Rehabilitation Center, Casablanca, Morris Feinman, an Jewish Agency, Lissabon, Fritz Lichtenstein, 21.5. 1944; ebenda, file 36, Fritz Lichtenstein, Lissabon, an David Blickenstaff, Madrid, 15.11. 1944; ebenda, file 30, Fritz Lichtenstein, Lissabon, an Jewish Agency, London, 16.1. 1945; Michael Molho, In Memoriam gewidmet dem Andenken an die jüdischen Opfer der Nazi Herrschaft in Griechenland, Essen 1981, S. 144, 408; Avni, Spain, S. 156; Grand, Groupe, S. 19.

¹²⁷ AMAE, Madrid, R 1716/4, AA Madrid an Spanisches Heeresministerium, Madrid, 6.12. 1943, und Dirección General de Seguridad, Madrid, an AA Madrid, 22.12. 1943.

¹²⁸ Perez Leshem, Rescue Efforts in the Iberian Peninsula, in: Leo Baeck Institute Yearbook, XIV, 1969, S. 231–256, hier S. 253.

rig. Erst nach dem Sturz Horthys Mitte Oktober 1944 begann auch deren Deportation. Ihr Ziel war aber nicht, wie noch bei den Deportationen aus der ungarischen Provinz, Auschwitz, wo die Vernichtungsaktionen kurz vor dem Ende standen. Aus Budapest gingen Fußmärsche zum Arbeitseinsatz in das Großdeutsche Reich; schon unterwegs starben zahlreiche Juden. Etwa 70 000 Juden blieben im Budapester Ghetto¹²⁹.

All dies blieb der Weltöffentlichkeit nicht verborgen. Die USA übten über den Anfang 1944 gegründeten „War Refugee Board“ Druck auf die neutralen Staaten aus, zugunsten der ungarischen Juden aktiv zu werden, u. a. durch Ausstellen von Schutzpapieren¹³⁰. Die spanische Regierung erhielt von ihrem Vertreter in Budapest, Sanz Briz, ab Mitte des Jahres Informationen über das Schicksal der Deportierten. Am 26. August 1944 übermittelte Briz Augenzeugenberichte über Auschwitz und Birkenau, die er aufgrund eigener Nachforschungen bei anderen Diplomaten in Budapest für glaubwürdig hielt¹³¹. Ende Oktober folgte ein dreißigseitiger Bericht von Flüchtlingen aus Auschwitz, Birkenau und Majdanek¹³².

Verglichen mit dem Verhalten während der Repatriierung spanischer Juden aus dem deutschen Machtbereich im Jahr zuvor, war die Regierung in Madrid nun stärker bereit, Juden Hilfe zu gewähren. Drei Faktoren dürften für dieses veränderte Verhalten entscheidend gewesen sein: Spätestens mit der erfolgreichen alliierten Landung in der Normandie war klar, daß Deutschland den Krieg nicht mehr gewinnen konnte. Im vorliegenden Fall ging es außerdem, wie wir sehen werden, nicht um die Einreise von Juden nach Spanien, sondern um deren Schutz vor Ort mit Hilfe von spanischen Dokumenten; die „Gefahr“ der Zunahme der Zahl der Juden in Spanien bestand also nicht. Schließlich engagierte sich der spanische Vertreter in Budapest, Angel Sanz Briz, in dieser Angelegenheit in einem besonderen Maß, was ihm 1989 posthum die Ehrung als „Gerechter unter den Völkern“ zuteil werden ließ¹³³.

Demgegenüber blieb ohne spürbare Auswirkung, daß nach dem plötzlichen Tod des als Neutralist eingeschätzten Jordana mit José Felix de Lequerica ab dem 11. August 1944 ein bislang als deutschfreundlich bekannter Diplomat spanischer Außenminister wurde¹³⁴.

¹²⁹ Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 884–926.

¹³⁰ Wyman, Volk, S. 265–270.

¹³¹ OID, Madrid, Spanische Vertretung Budapest an AA Madrid, 26.8. 1944. Während meiner Recherchen in der OID im März 1995 war nur noch das Begleitschreiben von Sanz Briz auffindbar. Marquina/Ospina konnten offenkundig noch den eigentlichen Bericht konsultieren. Vgl. Marquina/Ospina, España, S. 218.

¹³² AMAE, Madrid, R 1716/4, Spanische Vertretung Budapest an AA Madrid, 26.10. 1944.

¹³³ Raíces, Nr. 6, Verano 1989, S. 21. Vgl. auch ein Gespräch mit Sanz Briz in: Isaac R. Molho, Un hidalgo español al servicio de Dios y la humanidad en Budapest, in: Tesoro de los Judíos Sefardíes, Bd. VII, 1964, S. XXXII–XL.

¹³⁴ Zur Haltung Lequericas während des Zweiten Weltkriegs vgl. Juan Avilés Farré, L'ambassade de Lequerica et les relations hispano-françaises 1939–1944, in: Guerres mondiales et Conflits contemporaines 40, April (1990) H. 158, S. 65–78, hier S. 76, und Avni, Spain, S. 65, der konstatiert, daß Lequerica trotz seiner deutschfreundlichen Vergangenheit nichts an Jordanas außenpolitischem Kurs der Neutralität bei erkennbar größerem Wohlwollen gegenüber den Alliierten änderte.

Die erste Initiative zur Rettung ungarischer Juden durch Spanien ging nicht von der Madrider Regierung aus, sondern von den jüdischen Gemeinden in Tetuan und Tanger, beides Teile des spanischen Protektorates. Ende Mai 1944 baten sie den spanischen Hochkommissar, etwa 500 jüdischen Kindern aus Ungarn die Einreise nach Tanger zu gewähren. Die Gemeinden würden für alle Kosten aufkommen. Zugleich würden 450–500 jüdische Flüchtlinge aus Mitteleuropa, die sich in Tanger aufhielten, in Kürze die Stadt verlassen¹³⁵. Einen Monat später empfahlen die zuständigen Abteilungen des Außenministeriums dem Minister, dem Gesuch stattzugeben, jedoch nur unter der Maßgabe, daß zuvor die erwähnten Flüchtlinge Tanger verlassen haben mußten¹³⁶. Lequerica folgte der Empfehlung und Sanz Briz wurde am 20. Juli angewiesen, zusammen mit dem Roten Kreuz Kinder auszusuchen¹³⁷. Auch die ungarische Regierung stimmte dem zu, doch ergab sich nun das Problem, wie die Kinder nach Spanien gebracht werden sollten. Mit dem alliierten Vormarsch in Frankreich wurde der Landweg nach Spanien immer schwieriger, und Deutschland verweigerte außerdem die Ausreisegenehmigung¹³⁸.

Dennoch war die spanische Zusage von Bedeutung. Sanz Briz konnte Ende August 1944 berichten, daß 500 Kinder ausgewählt seien und bis zur Ausreise unter dem Schutz des Internationalen Roten Kreuzes stünden. Vom internationalen Druck auf Spanien in dieser Phase zeugt, daß in Madrid sofort an die britische und an die amerikanische Regierung Noten versandt wurden, in denen die spanischen Bemühungen dargestellt wurden¹³⁹. Im September trat die jüdische Gemeinde Tanger aufgrund des relativen Erfolges ihrer ersten Initiative erneut an die spanische Regierung heran und bat nun für 700 weitere ungarische Juden um Einreisevisa nach Spanisch-Marokko. Auf Nachfrage erläuterte sie, daß es nicht wirklich um die Einreise ginge, sondern wie im Fall der 500 Kinder darum, aufgrund der Einreisegenehmigung die 700 unter den Schutz der spanischen Vertretung in Budapest stellen zu können¹⁴⁰.

¹³⁵ Vgl. AMAE, Madrid, R 1716/5, Alta Comisaría de España en Marruecos, Secretaría Diplomática, Tetuan, an AA Madrid, 23.5. 1944. Die Eingabe der jüdischen Gemeinden vom Vortag, die Avni noch konsultieren konnte, war nicht mehr auffindbar; Avni, Spain, S. 172.

¹³⁶ AMAE, Madrid, R 1716/5: [AA Madrid], „Apunte“, 22.6. 1944.

¹³⁷ Avni, Spain, S. 172. Auch dieses Schreiben war nicht mehr auffindbar.

¹³⁸ OID, Madrid, AA Madrid, Jefe de la Sección de Ultramar y Asia al Jefe de la Sección de Europa, 13.6. 1944. Unrichtig ist demnach die Behauptung in Juan Bautista Vilar, *Evolución de la población israelita en Marruecos Español (1940–1955)*, in: *Estudios Sefardíes, Anejo de Sefarad*, Nr. 1, 1978, S. 91–120, hier S. 116, die Kinder seien wirklich nach Tanger gekommen.

¹³⁹ AMAE, Madrid, R 1716/4, Spanische Vertretung Budapest an AA Madrid, 28.8. 1944, nebst handschriftlicher Marginalie vom 16.9. 1944 über den erfolgten Versand der Noten. Die jüdische Gemeinde Tetuan berichtete am 7.9. 1944 unter Berufung auf ein Telegramm des Internationalen Roten Kreuzes an den Jüdischen Weltkongreß, daß auch 70 jüdische Erwachsene durch diese Aktion unter dem Schutz des Roten Kreuzes stünden. Vgl. AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 8901. In den Akten der spanischen Gesandtschaft in Budapest und des Außenministeriums in Madrid fand sich dafür keine Bestätigung.

¹⁴⁰ AMAE, Madrid, R 2696/21, Alta Comisaría de España en Marruecos, Secretaría Diplomática, Tetuan, an AA Madrid, 20.9. 1944.

Auch in diesem Fall stimmte die spanische Regierung der Bitte zu, doch scheint die ungarische Regierung die entsprechenden Schutzpapiere nicht anerkannt zu haben¹⁴¹.

Quantitativ noch bedeutender war die Ausstellung von Schutzpässen an ungarische Juden durch Sanz Briz, unabhängig von jedweder auch nur pro-forma erfolgender Erteilung spanischer Einreisevisa. Erfolgversprechend wurde sie dadurch, daß die im Oktober 1944 an die Macht gelangte prodeutsche Regierung Ungarns trotz ihrer prinzipiell antisemitischen Haltung zur Achtung dieser Dokumente bereit war, weil sie sich im Gegenzug die völkerrechtliche Anerkennung durch Spanien und andere neutrale Staaten erhoffte. Die Gewährung der Dokumente geschah auf Anweisung der spanischen Regierung, was durch mehrere Schriftstücke aus dieser Zeit indirekt belegt wird. Die eigentlichen Anweisungen aus Madrid konnten bis heute nicht aufgefunden werden. Überhaupt nicht belegt ist Sanz Briz' Behauptung aus den sechziger Jahren, die Rettungsaktion sei von Franco persönlich angeordnet worden. In den zeitgenössischen Dokumenten findet sich auch nicht der geringste Hinweis darauf. Hingegen zeigen die spanischen Akten, daß vor Beginn der Aktion von den USA und Großbritannien auf Spanien Druck ausgeübt wurde, sich für den Schutz von Juden in Ungarn zu engagieren¹⁴².

Bis Anfang Dezember 1944 wurden neben den erwähnten Einreisevisa für Tanger an 2295 ungarische Juden spanische Schutzpapiere ausgestellt. Den ungarischen Behörden gegenüber behauptete die spanische Vertretung, daß diese Juden Verwandte in Spanien hätten. Als die Regierung in Budapest angesichts der enormen Zahl mißtrauisch wurde, erklärte Sanz Briz, daß der Schutz aller Sephardim traditionell zur spanischen Außenpolitik gehöre. Zwar waren nur 45 wirklich sephardische Juden, doch hatte diese Behauptung Sanz Briz zufolge die Wirkung, daß alle spanischen Schutzdokumente respektiert wurden, während Schweizer und schwedische Papiere gegen Ende des Jahres 1944 immer häufiger ignoriert wurden; in einem Fall gelang

¹⁴¹ Ebenda, Verbalnote der US-Botschaft Madrid an das spanische AA, 14.11. 1944. Ben-Tov berichtete über 6000 ungarische jüdische Kinder, die von der spanischen Regierung nach „Tanger, Mexiko etc.“ eingeladen worden seien und auf dieser Grundlage vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes geschützt werden konnten. Arieh Ben-Tov, Das Rote Kreuz kam zu spät. Die Auseinandersetzung zwischen dem jüdischen Volk und dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1990, S.369. Eine Einladung nach Mexiko durch die Franco-Regierung ist völlig ausgeschlossen, stand doch Mexiko wie kein anderes Land auch nach 1939 auf der Seite der Exil-Regierung. Auch sonst gibt es in den spanischen Archiven keine Belege für diese hohe Zahl.

¹⁴² Erinnerungsbericht von Sanz Briz, in dem er auch Francos persönliche Intervention behauptet, in: Molho, Hidalgo, S.XXXIV–XXXVI: Zur Anordnung der Rettungsaktion durch das spanische Außenministerium neben dem schon erwähnten Schlußbericht von Sanz Briz: AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 8901, AA Madrid an Spanische Botschaft Washington, 17.11. 1944. Zur Hoffnung der ungarischen Regierung auf völkerrechtliche Anerkennung als Gegenleistung für die Respektierung der Schutzpapiere vgl. OID, Madrid, Legación de España en Budapest an AA Madrid, 2.11. 1944. Zur Rolle der Alliierten: AMAE, Madrid, R 1716/4, US-Botschaft Madrid an AA Madrid, 11.8. 1944; Marquina/Ospina, España, S.215–219; Avni, Spain, S.172f.

es ihm sogar, durch persönliche Intervention dreißig schon nach Deutschland in Marsch gesetzte Juden, die spanische Schutzpapiere hatten, nach Budapest zurückzuholen¹⁴³.

Fazit

Spanien gelang es durch die verschiedenen Aktivitäten, circa 3800 Juden vor der Deportation und damit vor dem Tod zu retten. Mit Sicherheit wurden 801 spanische Juden aus Frankreich und Griechenland repatriiert, wahrscheinlich auch weitere 69. 155 waren bis Kriegsende in Bergen-Belsen vor den Vernichtungslagern geschützt. Schließlich erhielten 2795 ungarische Juden spanische Schutzpapiere unterschiedlicher Art, die auch von der dortigen Regierung anerkannt wurden. Nicht außer acht lassen darf man die jüdischen Flüchtlinge, die während des Zweiten Weltkriegs Spanien im Transit passieren konnten. Avni schätzt ihre Zahl auf 37 000, Zur Mühlen die Gesamtzahl aller Transitflüchtlinge auf weit über 50 000¹⁴⁴.

Im Vergleich mit den Rettungsbemühungen der anderen neutralen Staaten¹⁴⁵ nimmt Spanien einen Mittelplatz ein. Schweden und die Schweiz schieden zwar als Transitländer aus und verhielten sich lange Zeit gegenüber jüdischen Flüchtlingen abweisend, repatriierten aber 1943 zügig ihre jüdischen Staatsangehörigen und erteilten in Ungarn deutlich mehr Schutzbriefe als Spanien¹⁴⁶. Portugal war gegenüber den jüdischen Flüchtlingen, die ihren Transit in Richtung des amerikanischen Kontinents nicht fortsetzen konnten, großzügiger als Spanien¹⁴⁷ und verlangte von den repatriierten portugiesischen Juden nicht, das Land umgehend wieder zu verlassen¹⁴⁸. Nur durch das Verhalten der Türkei kam Spanien zu dem Mittelplatz. Sie zeigte sich in der Repatriierungsfrage äußerst restriktiv, so daß aus Frankreich 949 von Ankara als türkische Staatsbürger anerkannte Juden deportiert wurden, da das Ultimatum abgelaufen war¹⁴⁹.

¹⁴³ Zusammenfassende Schilderung in Sanz Briz' Schlußbericht aus Bern, wohin er angesichts der vorrückenden Roten Armee ausgewichen war, nebst einer Liste mit allen 2250 Namen, in: OID, Madrid, Legación de España en Budapest, Bern, an AA Madrid, 14.12. 1944. Zur Rettung der 30 Juden vgl. Archivo de la Presidencia del Gobierno, Madrid, Série Jefatura del Estado, Legajo 4, Legación de España en Budapest an AA Madrid, 21.11. 1944.

¹⁴⁴ Avni, Spain, S. 186; Patrik von Zur Mühlen, Fluchtweg Spanien-Portugal. Die deutsche Emigration und der Exodus aus Europa 1933–1945, Bonn 1992, S. 84.

¹⁴⁵ Die Türkei wird hier trotz der Kriegserklärung an Deutschland Anfang 1945 zu den neutralen Staaten gezählt.

¹⁴⁶ Browning, Final Solution, S. 155–158; Eugene Levai; Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry. Hrsg. von Lawrence P. Davis, Wien 1948, S. 366; Ben-Tov, Das Rote Kreuz, S. 301, 316.

¹⁴⁷ Vgl. die Berichte von Yitzhak Weissman, Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in Lissabon, in: Archiv von Yad Vashem, Jerusalem, M 20/28.

¹⁴⁸ JOINT Jerusalem, Geneva Collection, Box 327, Joint Lissabon an Joint New York, 27.5. 1944.

¹⁴⁹ Klarsfeld, Memorial, S. XXXVI. Die Vergleichszahlen für Deportierte lauten für Portugal 19, für Schweden 3, für die Schweiz 39, für Spanien 145. Diese Zahlen widersprechen der Darstellung in Browning, Final Solution, S. 155 f., derzufolge die Türkei nach langem Zögern alle von ihr anerkannten jüdischen Staatsbürger repatriierte.

Spanien hätte mehr Juden retten können. Daß dies nicht geschah, lag nicht an der zweifelsohne vorhandenen extremen Wirtschaftskrise nach dem Bürgerkrieg, auch nicht an deutscher Obstruktionspolitik. Es war die Furcht der spanischen Regierung vor einer größeren jüdischen Gemeinde. Begründungen für diese Angst wurden nicht gegeben; sie war nicht hinterfragter Ausdruck diffuser Vorbehalte gegen Juden. So sehr das weitgehende Fehlen eines dezidierten, ausformulierten Antisemitismus in der spanischen Regierung dafür sorgte, daß Juden der Transit durch Spanien möglich blieb, so wirkten die diffusen Vorurteile dort, wo von Spanien aktive Hilfe hätte geleistet werden müssen, hemmend. Mit dieser Gewichtung soll nicht verdrängt werden, daß Deutschland die volle Verantwortung für die Judenverfolgungen trug. Aber bei der Analyse der spanischen Handlungsspielräume ergab es sich immer wieder, daß das, was an deutschen Konzessionen erreichbar gewesen wäre, nicht realisiert wurde, weil dazu der spanische Druck fehlte. Spanien selber begrenzte den Kreis der Juden, denen zu helfen es bereit war. Auch noch 1944 beharrte das spanische Außenministerium auf der engen Interpretation der Staatsbürgerschaftsnachweise und einer weiteren Auswahl der als Spanier anerkannten Sephardim nach Kriterien wie politische Zuverlässigkeit und gesicherte ökonomische Existenz¹⁵⁰. Von einer allgemeinen Hilfe für Sephardim unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft kann keine Rede sein. So wurden alleine aus Frankreich circa 7000 Sephardim unterschiedlicher Nationalität in die Vernichtungslager deportiert, aus Saloniki 46000¹⁵¹.

Nach Kriegsende stilisierte sich Franco-Spanien dennoch zum selbstlosen Retter tausender verfolgter Sephardim¹⁵². Ziel war, die außenpolitische Isolierung zu durchbrechen. Franco-Spanien gelang es, bei politisch konservativen Juden als Beschützer der Juden von Anfang an zu erscheinen¹⁵³. Am deutlichsten wurde dies im Nachruf auf Franco, den die Herausgeber einer Zeitschrift der Yeshiva University in New York veröffentlichten¹⁵⁴. Der spanische Diktator wurde dort als „Wohltäter der Ju-

¹⁵⁰ AGA, Alcalá de Henares, AAEE, 11371, Spanisches Generalkonsulat Paris an Spanisches Konsulat Lyon, 1.2. 1944, und ebenda, Spanische Botschaft Vichy an Deutsche Botschaft Vichy, 14.2. 1944.

¹⁵¹ Serge Klarsfeld, Vichy – Auschwitz. Le Rôle de Vichy dans la Solution Finale de la Question Juive en France, Paris 1983/85, S. 401. Diese Schätzung basiert auf einer Auswertung der Deportationslisten, die Klarsfeld auf sephardische Namen hin untersuchte. Danach stellten die Sepharden einen Anteil von 9,3% an den aus Frankreich deportierten Juden. Zu Saloniki vgl. Molho, Memoriam, S. 140.

¹⁵² [Ministerio de Asuntos Exteriores], Oficina de Información Diplomática, España y los Judíos, Madrid 1949; Spanish Embassy (Hrsg.), Spain and the Sephardi Jews, Washington D. C., 1949.

¹⁵³ Vgl. z. B. Michael S. Kogan, The Jews and General Franco, in: Ideas. A Journal of Conservative Thought, Bd. 1, Nr. 2, Winter 1968/69, S. 35–43; Lipschitz, Franco.

¹⁵⁴ Hermann Prins Salomon/Tomás L. Ryan de Heredia, In Memoriam. Francisco Franco (1892–1975). Benefactor of the Jews, in: The American Sephardi, Vol. IX, 1978, S. 215–218. „American Sephardi“ ist laut Editorial eine „publication for congregations and universities under the auspices of the Sephardic Studies Program of Yeshiva University.“ Die Verfasser des Nachrufs sind zugleich die beiden damaligen Herausgeber.

den“ charakterisiert. Im Nachruf finden sich nur positive Würdigungen; die ambivalente Rolle Spaniens bei der Rettung von Juden während des Zweiten Weltkriegs wurde in eine widerspruchsfreie, selbstlose Rettungsaktion umgedeutet. Erst im Kontrast dieses Bildes mit der Realität überwiegt nicht mehr das Erstaunen über die Rettung von Juden durch ein mit Deutschland sympathisierendes Regime, sondern die Enttäuschung darüber, daß die Wirklichkeit nicht der nach dem Krieg großspurig verkündeten Hilfsbereitschaft entsprach.

VALUR INGIMUNDARSON

„DER CHEF DES KALTEN KRIEGES“

C.D.Jackson, psychologische Kriegführung und die deutsche
Frage 1953/54

Nach seinem großen Sieg in den Präsidentschaftswahlen von 1952 gab Dwight D. Eisenhower ganz unterschiedliche Signale über den außenpolitischen Kurs seiner Administration. Einerseits schien er gewillt, die Einsätze im Kalten Krieg zu erhöhen und sich an die republikanische Wahlkampfrhetorik von der „Befreiung“ Ostdeutschlands und Osteuropas zu halten. Anfang 1953 rief er zum Beispiel ein nach William Jackson benanntes Komitee ins Leben, das die amerikanische Propaganda komplett überholen sollte; auch legte er einen streng geheimen Plan zur Bildung antikommunistischer militärischer Einheiten in Westdeutschland vor, eines „Freiwilligen Freiheitskorps“ aus osteuropäischen Exilanten, das im Kriegsfall für den Einsatz in Europa oder Asien gedacht war. Außerdem berief er Charles Douglas Jackson, den Vizepräsidenten von „Time-Life“ und getreuen Anhänger der Befreiungs-Doktrin, in ein neues Amt, das in Zusammenarbeit mit Regierungsstellen wie dem State Department, der Central Intelligence Agency (CIA) und dem Verteidigungsministerium die psychologische Kriegführung der USA zu leiten hatte. Andererseits bekräftigte Eisenhower seine Verpflichtung auf die Kernelemente der Containment-Politik, die von der Truman-Administration in Westeuropa verfolgt worden war. So bekundete er seine volle Unterstützung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) – des Rahmens für die westdeutsche Wiederbewaffnung und der französisch-deutschen Verständigung – wie auch der Westintegration der Bundesrepublik Deutschland.

In diesen gegensätzlichen Impulsen spiegelte sich – in den Worten von Blanche Wiesen Cook – Eisenhowers „geteilte Strategie“, die sowohl „Frieden wie auch politische Kriegführung“ im Auge hatte, „Entspannung wie Propaganda“¹. Das zeigte sich 1953 und 1954 vor allem in den amerikanischen Beziehungen zu Deutschland, während einer Periode also, in der die deutsche Frage als besonders dringlich empfunden wurde, und zwar primär im Zusammenhang mit vier Ereignissen: Stalins Tod, dem Aufstand in Ostdeutschland, der westdeutschen Bundestagswahl und der Berliner Deutschlandkonferenz. Indem sie sich auf die Rolle C.D.Jacksons konzentriert, will die folgende Untersuchung das Verhältnis zwischen den offensiven und

¹ Blanche Wiesen Cook, *First Comes the Lie. C.D.Jackson und Political Warfare*, in: *Radical History Review*, Dezember 1984, S.43.

VfZ 46 (1998)
© Oldenbourg 1998

den defensiven Elementen der Strategie, die von der Eisenhower-Administration im Kalten Krieg verfolgt wurde, genauer bestimmen. Im deutschen Kontext wird sich zeigen, daß die wachsende Spannung zwischen jenen Elementen die neue Administration im Jahr 1953 schließlich dazu zwang, sich auf Kosten der Befreiungs-Doktrin fester an die Containment-Politik zu binden.

Jackson personifizierte in vieler Hinsicht das Grundproblem von Eisenhowers geteilter Strategie: Sie drohte die Sowjetunion zu provozieren und beschwor zugleich eine Entfremdung der westeuropäischen Verbündeten herauf. Jackson und Angehörige des „Psychological Strategy Board“ (PSB) – der Stelle, die für die Koordinierung der amerikanischen Propaganda im Kalten Krieg zuständig war – suchten eine spezifisch amerikanische Außenpolitik zu entwickeln, die mit der Befreiungsrhetorik vereinbar und von westeuropäischer Zustimmung unabhängig sein sollte. Im Gegensatz dazu spielte Dulles – unterstützt von seinen Mitarbeitern im State Department – die Bedeutung der psychologischen Kriegführung gewöhnlich herunter und widersetzte sich einem einseitigen politischen Vorgehen der USA in Europa. Zu diesem Dilemma kam erschwerend hinzu, daß Eisenhower mit beiden Seiten sympathisierte. Allerdings: Obwohl er sehr dazu neigte, die Operationen der psychologischen Kriegführung auszuweiten, ließ er am Ende doch nicht zu, daß sie die Außenpolitik der Vereinigten Staaten bestimmten².

Der „Chef des Kalten Krieges“, wie der kommunistische Propaganda-Apparat in der Tschechoslowakei C.D. Jackson nannte³, war kein Neuling in der psychologischen Kriegführung. Während des Zweiten Weltkrieges hatte er unter Eisenhower als stellvertretender Leiter der Abteilung für psychologische Kriegführung im Hauptquartier der alliierten Luftwaffe in Nordafrika gedient, dann in gleicher Funktion in der Psychological Warfare Division von SHAEF (Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force) in England. In den Anfängen des Kalten Krieges, 1946 und 1947, richtete er sein Augenmerk auf Osteuropa. 1949 gehörte er zu den Gründern von Radio Freies Europa (RFE), und 1951/52 amtierte er als Präsident der Organisation, die als Sponsor von RFE fungierte, des Nationalkomitees für ein freies Europa⁴, einer dem Anschein nach privaten und unabhängigen, tatsächlich aber von der CIA ins Leben gerufenen und kontrollierten Einrichtung⁵. Nachdem er während Eisenhowers Wahlkampagne als Redenschreiber gearbeitet hatte, trat er für ein Jahr in die neue Administration ein, wo er beharrlich für eine dynamischere amerikanische Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion eintrat. Trotz seiner umstrittenen An-

² Dwight D. Eisenhower an John Foster Dulles, 24.10. 1953, in: Dwight D. Eisenhower Library, Abilene, Kansas (künftig: DDEL), Ann Whitman File, Dulles-Herter Series, folder: November 1953, box 1; vgl. auch Eisenhower Diary, 27.7. 1954, in: DDEL, Ann Whitman File, DDE Diary Series, folder: Jan.–Nov. 1954 (1), box 3.

³ Radio Prag, 20.1. 1954, Mitschrift in: DDEL, White House General File, Official File, folder: 182, Germany Government, and Embassy, 1954, box 864.

⁴ Ein chronologischer Abriss der Karriere Jacksons in: DDEL, C.D. Jackson Papers, 1934–1967.

⁵ Vgl. H.W.Brands, *Cold Warriors. Eisenhower's Generation and American Foreign Policy*, New York 1988, S.119.

schauungen unterhielt Jackson stets ein enges Verhältnis sowohl zu Eisenhower wie zu Dulles⁶.

Die Wissenschaft hat Jackson nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt, doch sind immerhin einige höchst unterschiedliche Urteile über seine politische Rolle und über seinen Einfluß auf den amerikanischen Kurs im Kalten Krieg gefällt worden⁷. Cook spricht ihm große Bedeutung zu, bezeichnet ihn sogar als den „Chefarchitekten der psychologischen Kriegführung Amerikas im und nach dem Zweiten Weltkrieg“⁸. In ihren Augen haben Jacksons Projekte für politische Kriegführung in den fünfziger Jahren zur Militarisierung der amerikanischen Strategie im Kalten Krieg beigetragen und eine Erbschaft hinterlassen, die noch eine spätere Generation amerikanischer Politiker, vor allem in den achtziger Jahren, erheblich beeinflusste und zur Legitimierung verdeckter Operationen diente⁹. H. W. Brands hingegen sieht Jackson mehr als einen „bürokratischen Anstifter“ und macht darauf aufmerksam, daß viele seiner Pläne für politische Kriegführung abgelehnt wurden¹⁰. Walt W. Rostow – ein enger Freund Jacksons – bietet eine weit positivere Einschätzung des Beitrags, den Jackson zur amerikanischen Politik im Kalten Krieg geleistet habe; vor allem sei er nach Stalins Tod für eine Beilegung der Differenzen mit der Sowjetunion und für die Wiedervereinigung Deutschlands eingetreten¹¹. Zwar nicht ohne schwache Punkte, enthalten doch alle drei Interpretationen Elemente der Wahrheit. Tatsächlich hat Jackson in der Eisenhower-Administration mehrere und durchaus widersprüchliche Funktionen gehabt: Kalter Krieger, bürokratischer Anstifter und sogar Anwalt der Entspannung. Cook kommt dem, was Jackson repräsentierte – nämlich das offensive Denken in der amerikanischen Strategie während des Kalten Krieges –, am nächsten, wenn sie auch Jacksons Rolle in der Geschichte der amerikanischen Propaganda und der verdeckten Operationen zu groß einschätzt, auf Kosten ebenso einflußreicher Personen wie William Jackson, Frank Wisner, Walter Bedell Smith und Allen Dulles. Brands wiederum unterschätzt Jacksons Einfluß in der Eisenhower-Administration. Im Jahr 1953 hatte er erheblichen Anteil an der internen Debatte über den außenpolitischen Kurs der Administration, an der globalen Ausweitung ihrer propagandistischen Aktivitäten, an den amerikanischen Anstrengungen zur Unterstützung Konrad Adenauers in den Wahlen zum westdeutschen Bundestag und an der Entwicklung der amerikanischen Reaktion auf den Aufstand in der DDR. Rostow schließlich hebt Jacksons Streben nach Entspannung zu sehr und seine Pläne für die psychologische Kriegführung zu wenig hervor. Jackson hat in der Tat mit missionarischem Eifer nach dem

⁶ Vgl. Walt W. Rostow, *Europe after Stalin. Eisenhower's Three Decisions of March 11, 1953*, Austin 1982, S. 76f.

⁷ Vgl. Blanche W. Cook, *The Declassified Eisenhower. A Divided Legacy of Peace and Political Warfare*, New York 1981, S. 120–134; dies., *First Comes the Lie*, S. 42–70; dazu das Kapitel über Jackson bei Brands, *Cold Warriors*, S. 117–137.

⁸ Cook, *First Comes the Lie*, S. 44.

⁹ Ebenda.

¹⁰ Brands, *Cold Warriors*, S. 117.

¹¹ Vgl. Rostow, *Europe after Stalin*, S. 44.

Sieg im Kalten Krieg getrachtet, um „den Dritten Weltkrieg zu gewinnen, ohne ihn führen zu müssen“, wie er das in seiner kecken Sprache ausdrückte, die in scharfem Kontrast zu den Formulierungen der, wie er sie nannte, „Herrschaften in den gestreiften Hosen“ stand, der US-Diplomaten¹².

I.

Es war John Foster Dulles, der dem Begriff „Befreiung“ 1952 während der Kampagne für die Präsidentschaftswahlen zur Popularität verhalf, aber die Doktrin selbst ist im PSB, in der CIA und im Nationalkomitee für ein freies Europa schon einige Zeit zuvor diskutiert worden. C.D.Jackson zählte zu den frühen Befürwortern der „Befreiung“, ständig auf einen Plan aus, den Sowjets im Kalten Krieg „die Initiative zu entreißen“. Doch trotz ihrer republikanischen Konnexionen hatten sich weder Jackson noch Dulles gescheut, verschiedentlich für die demokratische Truman-Administration tätig zu werden. Als Leiter des Nationalkomitees für ein freies Europa war Jackson tief in die Aktionen der amerikanischen psychologischen Kriegführung in Osteuropa verwickelt, wobei er eng mit dem Direktor der CIA, Walter Bedell Smith, und dessen Stellvertreter Allen Dulles zusammenarbeitete. Die Hauptaufgabe des Nationalkomitees bestand ja darin, mit seinen Propaganda-Einrichtungen, etwa Radio Freies Europa, die Sache antikommunistischer Exilanten aus Osteuropa zu unterstützen und dort die kommunistischen Regime zu unterminieren. Auch Dulles hatte sich schon früher für eine von beiden Parteien getragene Außenpolitik eingesetzt, wie er mit seiner Bereitschaft bewies, an den Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Japan teilzunehmen. Tatsächlich hatte er sich hinter alle wichtigeren außenpolitischen Entscheidungen der Truman-Administration gestellt, auch hinter die Entscheidung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland und zur Schaffung der EVG¹³. Indes sammelte sich bis 1952 sowohl bei Dulles wie bei Jackson Unzufriedenheit mit der Strategie Trumans im Kalten Krieg an. Im Wahlkampf um die Präsidentschaft propagierten beide „Befreiung“ als politische Alternative zu Containment. Dulles warf der Regierung Truman vor, nicht auf die politischen Aspirationen der Osteuropäer einzugehen, und erklärte – in einem berühmten Aufsatz, der 1952 in „Life“ erschien –, daß „es lange Zeit nicht zu einer Befreiung vom Moskauer Joch kommen wird [. . .], es sei denn, die USA tun öffentlich kund, daß sie diese Befreiung Realität werden lassen wollen“¹⁴. Es

¹² C.D.Jackson an Eisenhower, 21.9.1953, in: DDEL, C.D.Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2), box 21.

¹³ Vgl. Ronald W.Preussen, John Foster Dulles. The Road to Power, New York 1982, S.344; Rolf Steininger, John Foster Dulles, the European Defense Community and the German Question, in: Richard Immerman (Hrsg.), John Foster Dulles and the Diplomacy of the Cold War, Princeton 1990, S.80.

¹⁴ John Foster Dulles, A New Foreign Policy, in: Life, 19.5.1952. Zu Dulles Befreiungskonzept vgl. Detlef Felken, Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953–1959, Bonn/

fiel Jackson zu, das neue Evangelium der außenpolitischen Elite der Vereinigten Staaten zu predigen. Schon im Frühjahr 1952 war er einer der Sponsoren einer Konferenz über psychologische Kriegführung in Princeton¹⁵, einer geheimen Zusammenkunft von 28 auserlesenen Angehörigen des State Department, der CIA, von Radio Freies Europa und des Center for International Studies (CENIS) im Massachusetts Institute of Technology (MIT)¹⁶, deren Ziel darin bestand, „einige der besten Denker“ in der Regierung zusammenzubringen, damit sie die amerikanische Strategie im Kalten Krieg erörtern und eine „Planskizze“ für den Präsidenten entwerfen konnten¹⁷. Jackson wollte einen neuen „Ton von Amerika aus anschlagen, der durch die freie Welt hallen und hinter dem [Eisernen] Vorhang ein Echo finden wird“. Er wollte einen „vollständigen Wandel der USA, derzeit in der Defensive, furchtsam, sich im eigenen Materialismus suhlend [...], nicht ohne Obertöne einer weltweiten Angst, die USA könnten kriegerisch werden und die Welt in einen Atomkrieg stürzen“¹⁸.

Die Mehrheit der Teilnehmer an der Princeton-Konferenz billigte einen Plan, der sich weitgehend mit den Ideen Jacksons deckte. So hieß es, die Vereinigten Staaten könnten den Dritten Weltkrieg gewinnen, ohne zu den Waffen zu greifen, und müßten die Containment-Doktrin durch „eine dynamischere und positivere Politik der endlichen Befreiung“ Osteuropas ersetzen. Kernstück des Plans war die Vorstellung, daß politische Kriegführung Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik und nicht davon separiert sein sollte¹⁹. Wie nicht anders zu erwarten, fanden einige Teilnehmer keinen Geschmack an diesem offensiven Denken. Vertreter des State Department, so der Rußlandexperte Charles Bohlen, befürchteten, der Plan werde die USA zu einem Kreuzzug verpflichten, den zu führen sie schließlich doch nicht bereit seien²⁰. In der Tat blieb die Befreiungssparole nahezu ohne Konkretisierung: Da weder Dulles²¹ noch Jackson²² für die Anwendung von Gewalt bei der Befreiung Osteuropas eintraten, scheinen sie vor allem daran gedacht zu haben, die innere Opposition gegen die

Berlin 1993, S. 96–103; Manfred Görtemaker, John Foster Dulles und die Neuorientierung der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik 1952/53, in: *Amerikastudien* 39 (1994), S. 111–136; Michael A. Guhin, John Foster Dulles. A Statesman and His Times, New York 1972, S. 170–180; John Lewis Gaddis, *The Long Peace. Inquiries into the History of the Cold War*, New York/Oxford 1987, S. 174–177.

¹⁵ Aufzeichnungen des Treffens Frank Altschul, C.D. Jackson, Allen Dulles, 28.4. 1952, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Princeton Meeting, 10./11.5. 1952, box 69.

¹⁶ CENIS wurde sowohl aus privaten wie aus öffentlichen Mitteln finanziert. Seitens der Regierung war die CIA die Hauptquelle. Vgl. Rostow, *Europe after Stalin*, S. 35.

¹⁷ Abbott Washburn an Eisenhower, o. D. (1952), in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Princeton Meeting, 10./11.5. 1952, box 65.

¹⁸ Wie Anm. 15.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Rostow, *Europe after Stalin*, S. 40.

²¹ Vgl. Görtemaker, John Foster Dulles, S. 119.

²² Jackson an Eisenhower, 21.9. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2), box 21.

kommunistischen Regime in Osteuropa durch Propaganda und verdeckte Operationen der psychologischen Kriegführung zu stärken, ohne dabei blutige Aufstände oder einen Krieg zu verursachen. Was sie dabei vermissen ließen, war jedes Gefühl für die mit einer solchen Politik verbundenen Schwierigkeiten, für die Frage, ob die Vereinigten Staaten im Falle einer politischen Krise in Osteuropa tatsächlich zu einem derart prekären Balanceakt imstande seien.

Die Versuche einiger Historiker, Eisenhowers anfängliche Hinneigung zur Befreiungs-Doktrin herunterzuspielen, können nicht überzeugen²³. Vor der Princeton-Konferenz erhielt Jackson von Eisenhower volle „Zustimmung zu Ihrem Bemühen, unsere Penetration des Eisernen Vorhangs zu verbessern“²⁴. Es ist richtig, daß Eisenhower darauf bestand, die Befreiung dürfe nicht gewaltsam erreicht werden, und er verpaßte Dulles eine scharfe Rüge, weil dieser in einer Rede zum Thema das Wort „friedlich“ ausgelassen hatte²⁵. Aber er war sehr wohl dafür, gegen die Sowjets in die politische Offensive zu gehen²⁶. Eisenhowers öffentliche Festlegung auf die Befreiungs-Doktrin hat sogar viele Westeuropäer dazu gebracht, seine Kandidatur für die Präsidentschaft in einem neuen Lichte zu sehen. In den frühen Stadien der Wahlkampagne hat die westeuropäische Presse – einschließlich der westdeutschen – eindeutig für Eisenhower Partei ergriffen; als Kriegsheld und NATO-Oberbefehlshaber genoß er weithin großen Respekt, und der demokratische Kandidat, Adlai Stevenson, war im Ausland praktisch unbekannt. Aber nach seiner Rede zur Außenpolitik, die er Ende August 1952 auf dem Konvent der American Legion hielt – einer scharf anti-kommunistischen Rede²⁷, in der er die „Befreiung“ Osteuropas forderte²⁸ –, nahm Eisenhowers Popularität in der Bundesrepublik Deutschland und etlichen anderen westeuropäischen Staaten merklich ab. Eisenhower erkannte, daß er mit der Befreiungsrhetorik zu weit gegangen war, und abgesehen von einer Rede im Oktober, die Jackson geschrieben hatte, kam er im weiteren Verlauf der Wahlkampagne nicht mehr auf das Thema zurück²⁹.

²³ Vgl. zum Beispiel Stephen Ambrose, *Eisenhower: Soldier, General of the Army, President-Elect, 1890–1952*, New York 1983, S. 547, und Robert Divine, *Eisenhower and the Cold War*, Oxford/Toronto/New York/Melbourne 1981, S. 15–17.

²⁴ Eisenhower an Jackson, 8. 5. 1952, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Princeton Meeting, 10./11. 5. 1952, box 65.

²⁵ Divine, *Eisenhower and the Cold War*, S. 16.

²⁶ Eisenhower an Jackson, 10. 5. 1952 (wie Anm. 24).

²⁷ *The New York Times*, 25. 8. 1952.

²⁸ Vgl. den Bericht „Foreign Press Reactions to U.S. Presidential Campaign“, o.D., in: Truman Presidential Library, Independence, Missouri, President's Secretary's File, Political Campaign Material, folder: Miscellaneous Material Relating to 1952 election and aftermath, box 277. Zur deutschen Reaktion vgl. *General-Anzeiger*, 30. 8. 1952.

²⁹ Divine, *Eisenhower and the Cold War*, S. 16.

II.

Als Eisenhower im Januar 1953 sein Amt antrat, war mithin unklar, ob er versuchen werde, die republikanische Wahlkampfrhetorik in politisches Handeln zu übersetzen. Der Präsident selbst hielt das Unbehagen, mit dem man in Westeuropa da und dort seiner Administration entgegensah, für unangebracht, schließlich bewiese seine bisherige Haltung in der Frage der deutschen Wiederbewaffnung und der europäischen Integration deutlich genug, daß er ohne wenn und aber auf amerikanisch-europäische Zusammenarbeit eingeschworen sei³⁰. Für ihn traf das ja auch durchaus zu, aber während des Wahlkampfes hatten andere prominente Republikaner erhebliche Zweifel an ihrer Unterstützung einer „Europe-First“-Politik geweckt. Adenauer hatte bereits die westdeutschen Wahlen von Juni auf September 1953 verschoben, da er befürchtete, eine Verzögerung der Ratifizierung des EVG-Vertrags durch andere Länder werde seine Wahlchancen gefährden³¹.

Eisenhowers Entschluß, Dulles und Harold Stassen, den Direktor der Mutual Security Agency, Ende Januar 1953 nach Europa zu schicken, entsprang seinem Wunsch, Westeuropa zu versichern, daß er sich für die militärische und politische Integration Europas einsetzen werde³². In Bonn bestand Dulles' Hauptaufgabe darin, auf die EVG-Ratifizierung zu dringen, jedoch kam er in Unterhaltungen mit dem Bundeskanzler und Bundespräsident Theodor Heuss auch auf die Befreiungs-Doktrin zu sprechen³³. Dabei war er darauf bedacht, den friedlichen Charakter der Doktrin hervorzuheben: „Ihre Brüder und Schwestern verdienen das Schicksal nicht, das ihnen auferlegt ist. Es muß ein Weg gefunden werden, sie von diesem Schicksal zu befreien und – durch friedliche Mittel – ihre Wiedervereinigung mit ihren Brüdern im Westen zu erreichen.“³⁴ Manches deutet darauf hin, daß auch Adenauer³⁵ die Befreiungsrhetorik mit Skepsis aufgenommen hat³⁶, indes äußerte er nie, nachdem er entgegen einem europäischen Trend den republikanischen Sieg begrüßt hatte, öffentlich Opposition. Und wenn er auch seine Reaktion auf Dulles' Darlegung nicht

³⁰ Bericht „West German Political Weekly“, 26.1.1953, in: National Archives, Washington, D. C. (künftig: NA), Record Group (künftig: RG) 59, 762A.00/1-2253, box 3860.

³¹ Walter Donnelly an Dean Acheson, 19.11.1952, in: Ebenda, 762A.00/11-1952, Department of State Records, box 3860.

³² Eisenhower an Alfred Gruenther, 24.12.1952, in: DDEL, folder: Alfred Gruenther 1952–1953 (4), box 16.

³³ Aufzeichnung des Gesprächs Adenauer – Dulles, 5.2.1953, in: Bundesarchiv Koblenz (künftig: BA Koblenz), Nachlaß Herbert Blankenhorn, 351/18 a.

³⁴ Aufzeichnung des Gesprächs Heuss – Dulles, 5.2.1953, in: BA Koblenz, Akte: Bundespräsidialamt, Amtszeit Prof. Dr. Theodor Heuss, B-122, box 491.

³⁵ Verschiedentlich wird die Auffassung vertreten, Adenauer habe die Befreiungs-Doktrin nicht ganz verstanden. Vgl. Hans-Jürgen Grabbe, Konrad Adenauer, John Foster Dulles and West German-American Relations, in: Immerman, Dulles and the Cold War, S. 110.

³⁶ Adenauer, Teegespräche 1950–1954, bearb. von Hanns Jürgen Küsters, hrsg. von Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Berlin 1984, S. 328 f.

kundtat, so ist es doch zweifelhaft, daß er die Worte des Außenministers in seinen Memoiren hervorgehoben hätte, wäre er ihnen entgegengetreten³⁷.

Die Eisenhower-Administration sollte, wie sich dann herausstellte, viel größeres Gewicht auf die Integration Westdeutschlands in die westliche Allianz legen als auf die deutsche Wiedervereinigung. Anfänglich aber erweckte sie den Eindruck, von der Containment-Politik der Truman-Administration abgehen zu wollen, und zwar in Bereichen, die von unmittelbarer Bedeutung für ihre Deutschlandpolitik sein mußten. Zum einen machte Eisenhower sein Versprechen wahr, die amerikanischen Propagandaeinrichtungen im Ausland – Deutschland eingeschlossen – umzukrempeln. Der PSB hatte seit seiner Gründung im Jahre 1951 unter einem Mangel an Autorität und unter institutionellen Konflikten gelitten. Allenthalben herrschte das Gefühl, daß er – zusammen mit der „Stimme Amerikas“ und der International Information Administration (IIA) – der sowjetischen Propaganda nicht effektiv genug entgegenwirke; während der Truman-Ära hatte das die republikanische Kritik an der amerikanischen Propaganda im Kalten Krieg wieder und wieder behauptet. Eisenhower handelte nach der Empfehlung der Princeton-Konferenz, indem er das gerade gegründete Jackson-Komitee damit beauftragte, die amerikanische Strategie im Kalten Krieg zu überprüfen und Wege zu ihrer Verbesserung zu finden. Fünf Mitglieder des Komitees waren in und nach dem Zweiten Weltkrieg bereits in der psychologischen Kriegführung aktiv gewesen: sein Vorsitzender William Jackson, C. D. Jackson, Gordon Gray, Abbott Washburn und John C. Hughes³⁸. Mit Ausnahme Grays hatten alle an der Princeton-Konferenz teilgenommen.

Die Eisenhower-Administration begann auch konkrete Pläne zur Verwirklichung ihrer Befreiungs-Doktrin zu entwickeln, so für die Schaffung des Freiwilligen Freiheitskorps (VFC = Volunteer Freedom Corps)³⁹. Dieses streng geheime Vorhaben hatte eine doppelte Funktion: Auf der einen Seite war es ein Propagandamanöver und dazu bestimmt, potentielle Überläufer in Osteuropa und der Sowjetunion zu ermutigen; andererseits sollte es die militärische Kraft des Westens im Kalten Krieg stärken. Die psychologischen Aspekte des Plans sind gewiß stets wichtiger genommen worden als die militärischen, aber so glühende Verfechter des VFC wie C. D. Jackson und Henry Cabot Lodge⁴⁰, der amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, haben zur Rechtfertigung des Projekts stets die doppelte Begründung benutzt.

³⁷ Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, Bd. I, Stuttgart 1965, S. 558.

³⁸ Eisenhower an James Ley, 24. 1. 1953, in: *Foreign Relations of the United States* (künftig: FRUS) 1952–1954, Bd. 2, Teil 2, Washington 1984, S. 1867.

³⁹ Ein Teil der Dokumente zum Freiwilligen Freiheitskorps ist inzwischen deklassifiziert worden. Noch wurde das Projekt nicht im Detail wissenschaftlich analysiert. Vgl. aber Felken, Dulles und Deutschland, S. 131; James Hershberg, *Harvard to Hiroshima. James B. Conant and the Making of the Nuclear Age*, New York 1993, S. 661; Josef Foschepoth, Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands, in: *Deutschland Archiv* (künftig: DA) 17 (1984), S. 1294.

⁴⁰ Eisenhower Diary, 7. 1. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, DDE Diary Series, folder: DDE Diary Dec. 52-July 53 (4).

Der Gedanke, ein VFC zu schaffen, war nicht neu. Der Kersten-Zusatz zum Mutual Security Act von 1951 ermächtigte den Präsidenten, mit 100 Millionen Dollar aus dem für das militärische Hilfsprogramm in Europa bestimmten Fonds sowjetische und osteuropäische Flüchtlinge in „Elemente der zur Unterstützung der NATO oder für andere Zwecke vorgesehenen militärischen Einheiten“ einzugliedern. Dahinter stand auch die Ansicht, daß in Europa stärkere Kräfte erforderlich seien, Hauptziel war aber die Unterstützung osteuropäischer Oppositionsgruppen. Der Plan fand gewiß den Beifall von Osteuropäern in Westeuropa und den Vereinigten Staaten, wies aber erhebliche Mängel auf. Wie das State Department schon damals argumentierte, befand er sich im Gegensatz zur defensiven Aufgabe der NATO: Die politischen Führer Westeuropas konnten kaum nationale militärische Einheiten akzeptieren, die sich aus Osteuropäern zusammensetzten und einerseits eindeutig an die NATO angebunden waren, andererseits jedoch „dem politischen Zweck dienten, sich an der ‚Befreiung‘ ihrer Heimatländer zu beteiligen“. Das Verteidigungsministerium wiederum äußerte Zweifel daran, daß genügend Überläufer für einen nennenswerten militärischen Beitrag zur Verfügung stünden. Die Befürworter des Vorschlags erklärten dagegen, das VFC dürfe nicht abgetan werden, weil es ihm an militärischem Wert fehle, es stehe oder falle vielmehr mit der bestmöglichen Einschätzung seiner psychologischen Wirkungen im Kalten Krieg⁴¹.

Schließlich war es Eisenhower selbst, der den VFC-Vorschlag im Februar 1953 in einem Schreiben an den Nationalen Sicherheitsrat machte und damit bekräftigte, daß er hinter dem Konzept der psychologischen Kriegführung stehe. Das Grundprinzip war unverändert geblieben: „einen Kader ausgebildeten Personals [bereitzustellen], um im Kriegsfall jede größere Gruppe von Überläufern aus dem sowjetischen Bereich organisieren, kontrollieren und zum Vorteil der USA nutzen zu können“⁴². Das Korps sollte in Westdeutschland ausgebildet und stationiert werden. Ethische Deutsche aus Osteuropa mußten jedoch ausgenommen werden, da die Bundesrepublik sie als westdeutsche Staatsbürger betrachtete und der Bonner Bundestag die Rekrutierung von Deutschen für den Dienst in nichtdeutschen Streitkräften zum strafbaren Delikt erklärt hatte. Eine westdeutsche Beteiligung hätte auch dem politischen Grundsatz der USA widersprochen, die westdeutsche Wiederbewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu unterstützen⁴³.

Dulles und das State Department widersetzten sich dem VFC-Plan zwar nicht, hegten aber die Befürchtung, daß er die amerikanischen Beziehungen zu Westeuropa

⁴¹ Bericht von Townsend Hoopes „The Role of the Defense Department in the Cold War“, in: DDEL, Jackson Committee Records, folder: J[ackson] C[ommittee], [Numbered Documents] (2), box 11.

⁴² Report to the National Security Council on the Activation of a Volunteer Freedom Corps, 14.6.1955, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, OCB Secretariat, folder: Volunteer Freedom Corps (NSC 143/2), box 8.

⁴³ Vgl. Memorandum „Department of State Comments on Volunteer Freedom Corps“, Charles B. Marshall an Willis D. Crittenger, 13.4.1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: VFC, Corresp. re., box 6.

stören könne. Als Hauptproblem galt die Rekrutierung von Osteuropäern in Staaten, die, wie vor allem Frankreich, auf sowjetische Interessen und Besorgnisse sensitiv reagierten. Eisenhower fand dieses Argument jedoch nicht überzeugend, da ihm nicht einleuchtete, warum die USA auf eine eigenständige Politik verzichten sollten. Die Franzosen hatten schließlich Deutsche für die Fremdenlegion rekrutiert, und Eisenhower meinte, „daß die Vereinigten Staaten von der Aufnahme etlicher guter Bürger profitieren würden, wenn die Personen, die das Korps bilden, mit den Immigrationsquoten ihrer Herkunftsländer verrechnet werden könnten“⁴⁴. Jackson nahm enthusiastisch für Eisenhowers Auffassung Stellung, und der Nationale Sicherheitsrat stimmte – trotz Dulles' Vorbehalten – dem Vorschlag im Prinzip zu; ein ad hoc gebildeter Ausschuß sollte Empfehlungen für die Realisierung erarbeiten⁴⁵.

III.

Im Frühjahr 1953 wurde freilich immer klarer, daß die Eisenhower-Administration den Versuch machte, beides gleichzeitig zu tun: sowohl die EVG wie das VFC ins Leben zu rufen, also sowohl die amerikanische Strategie im Kalten Krieg mit den europäischen Verbündeten zu koordinieren wie zugleich einseitig und ohne Konsultation der Bündnispartner zu handeln. Gerade während dieser Periode der Unsicherheit sah sich die neue Administration ihrer ersten größeren außenpolitischen Erprobung konfrontiert, dem Tod Stalins am 5. März. Unter den Gesichtspunkten der psychologischen Kriegführung kam die Krise ungelegen. Das Jackson-Komitee stand mitten in der Überprüfung des amerikanischen Instrumentariums für den Kalten Krieg, und der antikommunistische Feldzug der republikanischen Rechten, angeführt von Senator Joseph McCarthy, beschädigte das Ansehen der Eisenhower-Administration in Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland⁴⁶. Statt nun – zum Beispiel – mit Vorschlägen zur deutschen Wiedervereinigung hervorzutreten oder – um mit der Befreiungsrhetorik in Einklang zu bleiben – die sowjetischen Völker zum Widerstand gegen die neue kommunistische Führung aufzurufen, reagierte daher die amerikanische Regierung auf Stalins Tod mit Passivität. Wie Adenauer, so glaubten auch Eisenhower und Dulles, daß dies nicht der rechte Moment sei, außenpolitische Schwenks vorzunehmen und damit womöglich das EVG-Projekt zu gefährden.

Daß Washington und Bonn auf den Machtwechsel in Moskau so wenig flexibel reagierten, hat Historiker wie Richard Löwenthal und Rolf Steininger dazu geführt, dem Westen eine weitere „verpaßte Gelegenheit“ zur Lösung der deutschen Frage

⁴⁴ Aufzeichnung der Diskussion, 25.2. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 134th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Vgl. Valur Ingimundarson, *East Germany, West Germany, and U.S. Cold War Strategy 1950–1954*, Diss. Columbia University 1993, S. 242–274.

vorzuwerfen (nach der verfehlten Behandlung von Stalins Märznote im Vorjahr)⁴⁷. Nun haben die Sowjets im Frühjahr 1953 gewiß keine neuen konkreten Vorschläge zur deutschen Wiedervereinigung präsentiert, doch hat sich die westliche Diplomatie zu dieser Zeit in der Tat starr gezeigt und damit den Sowjets die Eröffnung ihrer Friedensoffensive erleichtert. Die offizielle amerikanische Reaktion verdeckte jedoch, daß damals innerhalb der Eisenhower-Administration heftig darüber diskutiert wurde, ob die Vereinigten Staaten eine Deutschlandkonferenz der vier Besatzungsmächte vorschlagen sollten⁴⁸.

In dieser Debatte fochten Dulles und das State Department gegen Jackson und einige Mitarbeiter des PSB. Die Konfrontation zeigte erstmals, daß Dulles die Befreiungs-Doktrin nicht forcieren wollte. Jackson hingegen verstand die Nachrichten von Stalins ernster Erkrankung, am 4. März, und von möglichen Veränderungen in der sowjetischen Führung als einen Augenblick der Wahrheit: Jetzt sei den Vereinigten Staaten die lang erwartete Gelegenheit beschert worden, im Kalten Krieg „die Initiative zu ergreifen“. Alarmiert durch den Mangel an amerikanischer Vorbereitung auf den Machtwechsel in der Sowjetunion – und die Pläne des PSB für Stalins Tod als wertlos verwerfend –, machte sich Jackson daran, seine eigenen Ideen zu formulieren. Er war überzeugt davon, daß „nun die Möglichkeiten der Sowjets für den Beginn des Dritten Weltkriegs praktisch auf Null gesunken sind und in den niedrigen Zahlen bleiben werden, solange die Konfusion anhält“. Daher müsse, so empfahl er, eine Kampfgruppe gebildet werden, um „die Konfusion so lange wie möglich am Leben zu halten und so lange wie möglich jede neue Kristallisierung zu verhindern“. Das Resultat könne sehr wohl „die Desintegration des sowjetischen Imperiums“ sein⁴⁹. Der erste Schritt in einer „psychologischen Offensive“ zur Ausnutzung von Stalins Krankheit habe in einem direkten Appell des Präsidenten an die Bevölkerung der Sowjetunion zu bestehen. Eisenhower stellte sich hinter diesen Gedanken; er betonte dabei, daß eine solche Erklärung als psychologischer und nicht als diplomatischer Schritt anzusehen sei: „Der Moment ist günstig, das rechte Wort direkt in die Sowjetunion zu bringen [...] den Eisernen Vorhang zu penetrieren.“⁵⁰

Dulles hingegen hatte Vorbehalte gegen jede Erklärung. Offenbar mit Bezug auf die Befreiungs-Doktrin meinte er, Jacksons Entwurf könne als Appell an die sowjetischen Völker verstanden werden, sich gegen die neue Führung zu erheben, und das in einer Zeit der Trauer beziehungsweise in einer Zeit, in der die Bevölkerung der So-

⁴⁷ So Richard Löwenthal in seiner Einführung zu Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Stuttgart 1983, S. 16, und Rolf Steininger, *The German Question. The Stalin Note of 1952 and the Problem of Reunification*, New York 1990, S. 111 f.

⁴⁸ Harold Stassen/Marshall Houts, *Eisenhower: Turning the World Toward Peace*, St. Paul (MN) 1990, S. 153–174.

⁴⁹ Jackson an Robert Cutler, 4.3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, Administration Series, folder: Psychological Warfare, box 29.

⁵⁰ Aufzeichnung der Diskussion, 5.3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 135th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

wjetunion stärkere Gefühle der Verehrung für Stalin als je zuvor hegen müsse. Eisenhower lehnte es zwar ab, auf die Erklärung ganz zu verzichten, stimmte jedoch einer Änderung des Textes zu, die Dulles' Bedenken Rechnung tragen sollte. Der endgültige Wortlaut erwies sich dann als recht zahm – mitnichten der Beginn einer psychologischen Offensive im Sinne Jacksons⁵¹.

Nach diesem Rückschlag erhielt Jackson jedoch eine weitere Chance, seine Ideen zu testen. Am 5. März 1953 beauftragte ihn der Nationale Sicherheitsrat mit der Leitung einer Gruppe, die einen Plan für die psychologische Ausbeutung von Stalins Tod ausarbeiten sollte. Jackson regte eine von Präsident Eisenhower am Tag nach Stalins Beisetzung an die „Regierung und die Völker der Sowjetunion“ zu richtende „Botschaft“ an. Walt W. Rostow, ein Mitglied von CENIS, der damals in enger Verbindung mit Jackson stand, formulierte einen Entwurf, in dessen Zentrum der Vorschlag stand, eine Viermächte-Konferenz einzuberufen, auf der vor allem vier Themen erörtert werden sollten: die deutsche Wiedervereinigung, die Regelung der koreanischen Probleme, der österreichische Friedensvertrag und die Abrüstung. Im Gegensatz zu Jacksons Planungen für eine psychologische Kriegführung, die zur Unterminierung des sowjetischen Imperiums gedacht waren, schloß Rostows Text die Möglichkeit einer umfassenderen Verständigung mit der Sowjetunion nicht aus. Um dies ganz klar zu machen, behauptete Jackson, der Vorschlag sei sowohl ein ernsthafter diplomatischer Schritt wie ein psychologisches Manöver⁵².

Noch bevor Jackson dem Nationalen Sicherheitsrat den Text vorlegte, machten Angehörige des State Department geltend, daß der Vorschlag nicht mit den europäischen Verbündeten abgestimmt sei und daß außerdem Viermächte-Gespräche den Prozeß der europäischen Integration, namentlich die EVG, nur abbremsen könnten. Jackson wandte sich leidenschaftlich gegen ein solches Denken. Er sagte, eine „langwierige vorherige Diskussion mit unseren Bündnispartnern“ werde „uns nur dazu bringen, den psychologischen Zeitpunkt zu verpassen, und außerdem die amerikanische Initiative und Führerschaft so weit verwässern, daß die Operation ihren Effekt verlieren muß“. In Jacksons Augen war es klar, daß „eine auf langfristiger Planung mit definitiven Zielen beruhende Demonstration alliierter Geschlossenheit, weit davon entfernt, die EVG zu schwächen (mit der es ohnehin bald so und bald anders steht, was immer wir auch tun mögen), viele Zweifel der Europäer beseitigen und die EVG eher beschleunigen als bremsen wird“⁵³.

Nun war es gewiß naiv anzunehmen, das tief sitzende französische Mißtrauen gegen Deutschland und die französische Skepsis gegenüber der westdeutschen Wiederbewaffnung könnten durch die Aussicht auf ein einziges Treffen mit der sowjetischen Führung ausgeräumt werden⁵⁴. Ebenso wenig überzeugend klang Jacksons Behaup-

⁵¹ Ebenda.

⁵² Jackson an Dulles, 10.3. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Stalin's Death.

⁵³ Ebenda.

⁵⁴ Vgl. Rostow, *Europe after Stalin*, S. 79.

tung, EVG und deutsche Wiedervereinigung seien vereinbar, obschon diese Behauptung der amerikanischen Deutschlandpolitik genau entsprach. Die Sowjets hatten schließlich die Opposition gegen die EVG zum Kernstück ihrer Diplomatie und Propaganda in Europa gemacht; die Vorstellung einer westdeutschen Wiederbewaffnung im Rahmen einer eng mit der NATO verbundenen europäischen Armee zu akzeptieren, hätte eine Schwenkung um 180 Grad bedeutet. Indes scheinen Jackson und Rostow in Wirklichkeit etwas ganz anderes im Auge gehabt zu haben, nämlich die Verwendung der EVG als Tauschobjekt: Sollten die Sowjets bereit sein, freie Wahlen in der DDR zuzulassen und ihre Besatzungstruppen abzuziehen, würden die USA darauf verzichten, die Integration eines wiedervereinigten Deutschland in die EVG zu verlangen⁵⁵.

Auf der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates am 11. März 1953 wurde der Konflikt zwischen Jackson und Dulles ausgetragen. Dulles erklärte, Viermächte-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung bedeuteten derzeit, „den Sturz der französischen, der deutschen und der italienischen Regierung herauszufordern und möglicherweise sogar die Position Mr. Edens in der britischen Regierung unhaltbar zu machen“⁵⁶. Das war eine grobe Übertreibung, jedoch nicht ganz unbegründet. Sollten die Vereinigten Staaten ihre Haltung in der Frage der deutschen Wiedervereinigung plötzlich ändern, mußte das die Stellung Adenauers und de Gasperis in ihren Ländern erschüttern, die beide 1953 vor Wahlen standen und ihr politisches Geschick an die EVG gebunden hatten. Dulles wußte außerdem, daß das britische Foreign Office, insbesondere Anthony Eden, Winston Churchill seine wiederholten Rufe nach Viermächte-Gesprächen verübelten⁵⁷.

Da Eisenhower glaubte, die Sowjets würden schon die Besprechung der Tagesordnung einer Viermächte-Konferenz endlos in die Länge ziehen, stellte er sich in der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates eindeutig hinter Dulles. Statt für eine bedeutende diplomatische Initiative optierte daher der Nationale Sicherheitsrat für ein weit bescheideneres Vorgehen. Er wies C. D. Jackson an, eine Rede des Präsidenten zum Tode Stalins zu entwerfen⁵⁸. Dulles sah selbst für eine solche Geste keinen brennenden Grund und warnte vor möglichen Komplikationen bei der EVG-Ratifizierung, aber darauf wenigstens bestand der Präsident. Das State Department war mit Jacksons Entwurf der Rede nicht sehr glücklich, da darin so großes Gewicht auf Osteuropa gelegt war, und für die endgültige Fassung zeichnete dann vor allem Eisen-

⁵⁵ Ebenda, S. 44.

⁵⁶ Aufzeichnung der Diskussion, 11.3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 136th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

⁵⁷ Vgl. M. Steven Fish, *After Stalin's Death. The Anglo-American Debate Over a New Cold War*, in: *Diplomatic History* 10 (1986), S. 333–355; Martin Gilbert, *Churchill. A Life*, New York 1991, S. 910–912; Foschepoth, *Churchill, Adenauer und die Neutralisierung Deutschlands*, S. 1286–1301; Peter G. Boyle (Hrsg.), *The Churchill-Eisenhower Correspondence*, Chapel Hill/London 1990, S. 30–32, 36–44, 48–58, 67–69.

⁵⁸ Aufzeichnung der Diskussion, 11.3. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 136th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

howers Redenschreiber Emmet Hughes verantwortlich⁵⁹. Am Ende hat Eisenhower die Rede, die eine seiner berühmtesten werden sollte, erst am 16. April gehalten, weil sowohl der Beginn der sowjetischen Friedensoffensive wie Dulles' anhaltende Bedenken im Hinblick auf die Rückwirkungen in Westeuropa für weitere Verzögerungen sorgten⁶⁰.

Die Rede selbst – gehalten auf einer Versammlung der „American Society of Newspaper Editors“ – blieb im Allgemeinen⁶¹. Eisenhower betonte die Wichtigkeit der Rüstungskontrolle und erwähnte die Befreiungs-Doktrin mit keinem Wort. Obwohl die Rede keine konkreten Vorschläge bot, wurde sie in Westdeutschland und Westeuropa gut aufgenommen⁶², und sogar die sowjetische Führung übte nur milde Kritik⁶³. Adenauer war zu dem Absatz über die deutsche Wiedervereinigung konsultiert worden, einem recht banalen Absatz, in dem der Präsident den amerikanischen Wunsch nach der deutschen Einheit in Freiheit zum Ausdruck brachte, ohne zu sagen, auf welchem Wege dieses Ziel erreicht werden solle⁶⁴. Jackson fiel es zu, für die Verbreitung der Rede im Ausland zu sorgen, und er entledigte sich dieser Aufgabe mit gewohntem Eifer; nach einem Bericht hat die Botschaft „praktisch den ganzen Globus erfaßt“⁶⁵.

Einer solch gewaltigen Propagandaanstrengung ungeachtet, unterschätzte die Eisenhower-Administration die nach Stalins Tod einsetzende sowjetische Friedensoffensive. Dulles sagte öffentlich, daß sich in der Sowjetunion nichts geändert habe und daß die neuen sowjetischen Führer kein Anzeichen von Kooperationsbereitschaft gezeigt hätten⁶⁶. Die CIA hingegen entdeckte in der sowjetischen Politik bedeutsame Veränderungen, was in der Bereitschaft zum Ausdruck komme, über eine Beilegung des Koreakonflikts zu verhandeln und sowohl über Abrüstung wie über Atomkontrolle zu reden. Tatsächlich machten die Sowjets in kontroversen Fragen wie Korea, Berlin und Türkei etliche versöhnliche Gesten⁶⁷. In einem Brief an Eisen-

⁵⁹ Vgl. Emmet John Hughes, *The Ordeal of Power. A Political Memoir of the Eisenhower Years*, New York 1963, S. 102–113; Rostow, *Europe after Stalin*, S. 51–60.

⁶⁰ Dulles an Eisenhower, 6. 4. 1953, in: DDEL, John Foster Dulles Papers, Presidential Speech Series, folder: President's Speech, April 1953, box 1. Vgl. auch Rostow, *Europe after Stalin*, S. 8.

⁶¹ Die Rede z. B. in: Ebenda, S. 113–122.

⁶² Bericht „Foreign Radio Reaction to President Eisenhower's Speech of 16 April before the American Society of Newspaper Editors“, in: DDEL, White House Office of Special Assistant for National Security Affairs, NSC-Series, Briefing Notes Subseries, folder [CIA Foreign Broadcast Information Jan. to April 1953], box 4.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Vgl. Rostow, *Europe after Stalin*, S. 51, 138 f.

⁶⁵ Bericht „Foreign Policy Speech. American Society of Newspaper Editors“, 4. 6. 1953, in: DDEL, White House Office of the Staff Secretary, L. Arthur Minnich Series, folder: Miscellaneous-F [January 1953–July 1958], Notes „Europe-Foreign Policy Speech“, box 1.

⁶⁶ Dulles' Rede vom 18. April in: Rostow, *Europe after Stalin*, S. 122–131.

⁶⁷ Memorandum der CIA, 8. 4. 1953, in: DDEL, White House Office, Office of Special Assistant for National Security Affairs, NSC-Series, Subject Series, Miscellaneous, folder: Stalin's Death 4/8/53 (9), box 5. Vgl. auch Bericht des CIA „Soviet Lures and Pressures since Stalin's Death, March 5 to 25, 1953“, 26. 3. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff, PSB, folder: PSB 092 USSR (1),

hower beklagte Jackson am 2. April, daß „wir nun einen Monat lang den Sowjets praktisch ein Monopol über die Geister der Menschen in aller Welt eingeräumt haben, und in diesem Monat sind sie mit Eifer und entwaffnender Plausibilität vorgegangen“. Die Sowjets hätten jedermann „die Idee eingehämmert, daß allein sie für den Frieden“ seien, und das mit ihrem Vorschlag gekrönt, eine Konferenz der vier Besatzungsmächte über die deutsche Wiedervereinigung abzuhalten. Kein Wunder, daß Jackson die ersten sechs Wochen in seiner neuen Stellung als „Fehlschlag“ bezeichnete⁶⁸.

IV.

Mitte Juni hat dann der Aufstand in der DDR die Eisenhower-Administration zum Überdenken ihrer Deutschlandpolitik genötigt⁶⁹. Am 16. und 17. Juni war es in Berlin und anderen Städten, ausgehend von Forderungen nach Rücknahme einer Regierungsverordnung, die in der Industrie die Arbeitsnorm um zehn Prozent erhöht hatte, zu Straßendemonstrationen von Arbeitern gekommen, bei denen auch der Rücktritt der kommunistischen Regierung und freie Wahlen verlangt wurden. Die sowjetische Besatzungsarmee machte den Unruhen am 17. Juni wieder ein Ende.

Verglichen mit der hitzigen Debatte, die es im Nationalen Sicherheitsrat nach Stalins Tod gegeben hatte, fiel die Reaktion der Eisenhower-Administration auf den Aufstand in der DDR merkwürdig passiv aus. Niemand redete von Befreiung⁷⁰ oder deutscher Wiedervereinigung. Statt dessen sagte Eisenhower während einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 18. Juni, der Aufstand zeige, daß die EVG-Ratifizierung noch dringlicher geworden sei und daß die USA nun erst recht allen Grund hätten, sich Churchills Rufen nach einer Viermächte-Konferenz zu widersetzen. Jackson hat dem Präsidenten und Dulles nicht mehr widersprochen, vielleicht auf Grund der klaren Worte Eisenhowers. Zwar wurde er mit der Aufgabe betraut,

box 18, und CIA-Bericht „Soviet Lures and Pressures since Stalin's Death, March 26 to April 13, 1953“, 15. 4. 1953, in: Ebenda.

⁶⁸ Jackson an Eisenhower, 2. 4. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. – Correspondence thru 1956 (20), box 41.

⁶⁹ Zum Aufstand in der DDR vgl. Armin Mitter/Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993; Gerhard Beier, „Wir wollen freie Menschen sein.“ Der 17. Juni 1953. Bauleute gingen voran, Köln 1993; Manfred Hagen, *DDR – Juni '53. Die erste Volkserhebung im Stalinismus*, Stuttgart 1992; Torsten Diedrich, *Der 17. Juni 1953 in der DDR. Bewaffnete Gewalt gegen das Volk*, Berlin 1991; Rudolf Herrstadt, *Das Herrstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953*, hrsg. von Nadia Stulz-Herrstadt, Reinbek 1990; Ilse Spittmann, *Zum 40. Jahrestag des 17. Juni*, in: DA 26 (1993), S. 635–638. Von früheren Arbeiten vor allem Arnulf Baring, *Der 17. Juni 1953*, Bonn 1957; vgl. auch Ilse Spittmann/Karl Wilhelm Fricke (Hrsg.), *17. Juni 1953. Arbeiteraufstand in der DDR*, Köln 1982.

⁷⁰ Bericht des NSC „Records of Actions by the National Security Council“, 18. 6. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: NSC 1953 (2), box 1.

einen PSB-Plan zur Ausnutzung der Unruhen in der DDR vorzubereiten, doch unterließ die amerikanische Regierung jede sofortige Aktion.

Auch Adenauer reagierte recht gedämpft. Er hielt am 17. Juni lediglich eine eher matte Rede im Bundestag, in der er das Vorgehen der sowjetischen Streitkräfte verurteilte⁷¹. Nachdem ihm aber seine Tatenlosigkeit heftige Angriffe der sozialdemokratischen Opposition eingetragen hatte, suchte er sich politisch zu decken, indem er an Eisenhower und andere westliche Führer appellierte, sich für die Wiedervereinigung Deutschlands einzusetzen. Um die politische Stellung des Bundeskanzlers zu stärken, betonte Eisenhower am 25. Juni in einer schriftlichen Antwort, die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten trachteten gemeinsam ernsthaft danach, „die berechtigten Ansprüche des deutschen Volkes auf Frieden und Einheit“ zu befriedigen⁷². Tatsächlich war aber eine neue Runde in der Deutschlandfrage das letzte, was beide Regierungen zu diesem Zeitpunkt wünschten. Gleichwohl gehörte es zu den unausweichlichen Folgen des Aufstands, daß die deutsche Wiedervereinigung erneut an die Spitze der politischen Tagesordnung rückte. Wie Ernst Reuter, der sozialdemokratische Bürgermeister von West-Berlin, sagte: „Es muß den Alliierten nun klar sein, daß die Vereinigung Deutschlands um fast jeden Preis erreicht werden muß.“⁷³

Angesichts des Drucks, den Churchill in der Frage einer Viermächte-Konferenz ausübte, und angesichts des Adenauer bevorstehenden Wahlkampfs begann daher die Eisenhower-Administration mehr deutschlandpolitische Flexibilität an den Tag zu legen⁷⁴. Dulles war nun bereit, Jacksons Vorschlag direkter Gespräche mit den Sowjets anzunehmen, beharrte aber darauf, daß solche Gespräche erst nach den Bundestagswahlen stattfinden dürften und daß Briten wie Franzosen sich energischer um die Ratifizierung der EVG bemühten⁷⁵. Nachdem aber Ende Juni die Bermuda-Konferenz der Westmächte⁷⁶ auf Grund der Erkrankung Churchills verschoben worden war, suchte die amerikanische Regierung dennoch Mittel und Wege zur Verringerung des politischen Drucks zu finden, den der Aufstand in der DDR erzeugt hatte⁷⁷. Am 3. Juli schrieb Jackson an Eisenhower, eben „das, was so erfreulich war, nämlich daß diese deutschen Entwicklungen spontan und nicht von außen organisiert waren, erweist sich nun, da wir nicht interveniert haben, als Bumerang“⁷⁸.

⁷¹ Tagebuch Blankenhorn, 21. 6. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 351/21.

⁷² Eisenhower an Adenauer, 25. 6. 1953, in: FRUS 1952-1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1593.

⁷³ Notizen von Eleanor Dulles „New Political Factors in Germany“, 25. 6. 1953, in: DDEL, Eleanor Dulles Papers, folder: Berlin, June 12-23, box 25.

⁷⁴ Jackson an Dulles, 16. 4. 1953, in: Seeley G. Mudd Library, Princeton, New Jersey (künftig: ML), John Foster Dulles Papers, Selected Correspondence, folder: Jackson, C. D., box 71.

⁷⁵ Niederschrift „Bermuda Conference: Four Power Meeting with the USSR“, 22. 6. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Records, folder: Bermuda Conference Briefing Book, box 2.

⁷⁶ Georg Federer an Blankenhorn, 25. 6. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 351/21.

⁷⁷ Vgl. Aufzeichnung Eleanor Dulles „New Political Factors in Germany“, 25. 6. 1953, in: DDEL, Eleanor Dulles Papers, folder: Berlin, June 12-23, 1953, box 25.

⁷⁸ Jackson an Eisenhower, 3. 7. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time Inc. File, Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2), box 41.

Jackson hatte zu diesem Zeitpunkt bereits mit der Arbeit an etlichen kleineren Aktionen der psychologischen Kriegführung begonnen, mit denen er sich den Aufstand zunutze machen wollte. Eines der Unternehmen war die Organisierung einer „Woche der Sklaverei“ in Westeuropa, mit der die falsche Behauptung der Regime in der Sowjetunion und in der DDR entlarvt werden sollte, hinter dem Aufstand hätten die USA gestanden⁷⁹. Ein anderes Projekt sah vor, daß die CIA westdeutsche Privatleute dazu brachte, eine weltweite Bewegung zum Gedenken „der Märtyrer der Freiheit“ in Gang zu setzen⁸⁰. Als Teil dieser Kampagne zu Ehren der Opfer des 17. Juni stellte sich Jackson die Errichtung eines Denkmals in West-Berlin vor, wo dann alljährlich am 17. Juni Gedenkfeiern stattfinden könnten⁸¹. Ernst Reuter stand dem Denkmal-Projekt anfänglich positiv gegenüber, und zur Realisierung wurde ein westdeutsches Komitee ins Leben gerufen⁸². Jedoch erhielt keines dieser Vorhaben jene Unterstützung und Förderung, die sich Jackson erhoffte.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die amerikanische Regierung und das Kabinett Adenauer überhaupt keine Notwendigkeit empfunden hätten, auf die Vorgänge in der DDR zu reagieren. Anfang Juli tauchten zwei Vorschläge auf: erstens für eine Deutschlandkonferenz der vier Besatzungsmächte, zweitens für ein Projekt zur Verteilung von Lebensmitteln in der DDR. Beide Vorschläge waren nach Jacksons Geschmack. Der erste zeigte die Akzeptierung seiner Idee eines Treffens mit den Sowjets an, und der zweite stellte immerhin – wenn auch zu bescheiden, um „Befreiung“ erreichen zu können – eine Erweiterung der Möglichkeiten dar, den Kalten Krieg in Deutschland mit psychologischen Operationen zu führen.

Es begann mit Adenauers plötzlichem Meinungswechsel in der Frage einer Viermächte-Konferenz. Daß er auf einmal für eine solche Konferenz eintrat, sollte die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik beruhigen und seine Wahlchancen verbessern, nicht etwa die Sache der Wiedervereinigung fördern⁸³. Um Adenauer politisch zu stützen, bezeugten State Department und PSB Sympathie für die Haltung des Bundeskanzlers, zumal dies für den Westen Propagandagewinne im Kalten Krieg verhieß. Und kurz danach, Mitte Juli, schlugen die in Washington tagenden Außenminister der Westmächte vor, im Herbst ein Treffen der vier Besatzungsmächte zu

⁷⁹ Jackson an Ed. Taylor, 22. 6. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, PSB, folder: PSB 091, Germany 7, box 12.

⁸⁰ Vgl. Memorandum „Points to be stressed at meeting in Mr. C.D. Jackson's office“, 6. 7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: PSB – Exploitation of Unrest in Satellite Europe, box 1.

⁸¹ Bericht „National Committee for Martyrs of Freedom Memorial“, 21. 7. 1953, in: DDEL, White House Central File, Confidential File, folder: PSB, Memo, box 61.

⁸² Edward M. O'Connor an Abbott Washburn, 18. 8. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: PSB – Miscellaneous Memos (2), box 1.

⁸³ Vgl. die Aufzeichnung eines Gesprächs James Riddleberger – Blankenborn, 10. 7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, Teil 2, S. 1606 f. Dazu auch Tagebuch Blankenborn, 2. 7. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenborn 351/22, und Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 85–87.

veranstalten⁸⁴. Der sowjetische Außenminister, Wjatscheslaw Molotow, befürchtete nun, Adenauers Schwenkung habe die sowjetische Stellung in der Deutschlandfrage geschwächt, und auf sein Drängen hin machte die Regierung der DDR den Vorschlag, selber mit westdeutschen Politikern in Verhandlungen über die Wiedervereinigung einzutreten⁸⁵. Indes hatte die SED nach dem 17. Juni jede Glaubwürdigkeit verloren, und so konnte das Kabinett Adenauer die Offerte ignorieren.

Die amerikanische Regierung suchte den Druck auf die Sowjets und auf die Führung der DDR aufrechtzuerhalten, indem sie, gemeinsam mit dem Kabinett Adenauer und dem Westberliner Senat, einen Plan zur Lieferung von Lebensmitteln in die DDR entwickelte⁸⁶. Jackson hatte schon seit längerem erwogen, Nahrung nach Osteuropa zu schicken, und deshalb jetzt dafür gesorgt, daß der Gedanke in die PSB-Programme für die Reaktion auf den 17. Juni eingebaut wurde⁸⁷. Wohl legte das State Department wenig Begeisterung an den Tag, da es befürchtete, daß dann die USA zu ähnlichen Aktionen anderswo genötigt sein könnten⁸⁸, doch war es schließlich gerade Dulles, der zur Wiederbelebung des Plans beitrug, und zwar nach einer Pressekonferenz am 30. Juni, auf der er gefragt worden war, ob denn die Vereinigten Staaten der ostdeutschen Bevölkerung nicht mit Lebensmitteln helfen könnten⁸⁹.

Anfang Juli faßten die Eisenhower-Administration und die Regierung Adenauer⁹⁰ gemeinsam den Beschluß, in West-Berlin spezielle Zentren zur Verteilung von Lebensmitteln an Ostdeutsche einzurichten⁹¹. Auf amerikanischer Seite leitete Jackson

⁸⁴ Kommuniqué des Treffens der Außenminister der USA, des Vereinigten Königreichs und Frankreichs, 14. 7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 5, Teil 2, S. 1705.

⁸⁵ Aufzeichnungen Otto Grotewohls, 10. 7. 1953, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin, Zentrales Parteienarchiv, Nachlaß Otto Grotewohl.

⁸⁶ Zu der Lebensmittel-Aktion vgl. Valur Ingimundarson, *The Eisenhower Administration, the Adenauer Government, and the Political Uses of the East German Uprising in 1953*, in: *Diplomatic History* 20 (1996), S. 381–409; ders., *East Germany, West Germany*, S. 317–403. Vgl. auch Christian Ostermann, *The United States, the East German Uprising of 1953, and the Limits of Roll-back*, Washington 1994, S. 1–43; Diethelm Prowe, *Welstadt in Krisen. Berlin 1949–1958*, Berlin/New York 1973; Willy Brandt/Richard Löwenthal, *Ernst Reuter*, München 1957; Stassen/Houts, *Eisenhower. Zur britischen Reaktion* vgl. Klaus Larres, *Neutralisierung oder Westintegration? Churchill, Eisenhower, die USA und der 17. Juni*, in: *DA* 27 (1994), S. 568–585; Fish, *After Stalin's Death*, S. 333–355.

⁸⁷ Bericht „Records of Actions by the National Security Council“, 18. 6. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: NSC 1953 (2), box 1.

⁸⁸ Arthur Cox an Browne, 8. 5. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, PSB Central Files, folder: PSB 430 (1), box 28.

⁸⁹ James Riddleberger an Dulles, 3. 7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1609f.

⁹⁰ Bericht „Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone“, 1. 10. 1953, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (künftig: PA AA), Bundestag-Allgemeines 1953–1954, Abteilung II, 003-00. Vgl. auch *Die Neue Zeitung*, 9. 4. 1953, und U.S. High Commission in Germany (HICOG), Berlin, an HICOG, Bonn, 11. 5. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1574 f.

⁹¹ Jackson an Walter Bedell Smith, 18. 8. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Smith, General Walter Bedell, box 6. Ferner Aufzeichnung „Informal Meeting of the PSB“, 8. 7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1614; Eisenhower an Adenauer, 10. 7. 1953, in: Ebenda, S. 1617.

die Aktion, zusammen mit Harold Stassen, dem Direktor der „Mutual Security Agency“, und Eleanor Dulles, einer einflußreichen Beamtin des State Department, damals im Berliner Büro der Deutschland-Abteilung tätig. Der Regierende Bürgermeister Reuter, der Senat von West-Berlin und das Bundeswirtschaftsministerium waren für die Organisation an Ort und Stelle zuständig⁹². Die amerikanische Regierung verfolgte mit dem Angebot von Nahrungsmitteln vor allem das Ziel, den Aufstand in der DDR propagandistisch auszunützen, wenn auch humanitäre Motive als sekundärer Faktor eine Rolle spielten⁹³. Die Regierung der Bundesrepublik hingegen reagierte vor allem auf die Nöte der Bevölkerung in der DDR, war sich aber der propagandistischen Aspekte des Unternehmens sehr bewußt⁹⁴.

Die Lebensmittel-Aktion, die am 27. Juli begann, war anfänglich viel erfolgreicher als erwartet: In den ersten beiden Tagen kamen mehr als 250 000 Bewohner der DDR nach West-Berlin⁹⁵. Die Behörden der DDR wurden völlig überrascht; erst am 1. August verhängten sie strenge Reisebeschränkungen, um den Strom nach West-Berlin zu stoppen. Jackson schlug daraufhin vor, die Arbeiter in der DDR über RIAS aufzurufen, „die Sache selber in die Hand zu nehmen“, doch gelang es dem State Department, diese riskante Idee zu Fall zu bringen⁹⁶. Im weiteren Verlauf verschärfen die Behörden in Ost-Berlin ihre repressiven Maßnahmen noch, brachten es aber nicht fertig, die Bewegung nach West-Berlin völlig zu unterbinden.

Bedenkt man, welch großes Gewicht Dulles auf enge Absprache mit den europäischen Verbündeten legte, um die EVG-Ratifizierung zu sichern, und welch geringe Neigung er für die psychologische Kriegführung aufbrachte, so mag es seltsam erscheinen, daß er Jacksons Lebensmittelprojekt zustimmte, zumal Briten und Franzosen nichts als Hohn und Spott für die einseitige amerikanische Aktion übrig hatten⁹⁷. Um seine Haltung zu verstehen, muß man berücksichtigen, daß er unter Druck von allen Seiten stand. Der rechte Flügel der Republikanischen Partei übte scharfe Kritik an der, wie er meinte, lauen amerikanischen Reaktion auf ein wichtiges Ereignis im Kalten Krieg. Es bedurfte der Intervention Jacksons, um einen Kongreßabgeordneten, der die Angestellten des RIAS fälschlicherweise kommunistischer Sympathien beschuldigt hatte, von dem Antrag abzuhalten, dem Sender die Gelder zu sperren⁹⁸.

⁹² Conant an State Department, 30.9. 1953, in: Ebenda, S. 1655; ferner Conant an Dulles, 17.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Germany, Telegram Bonn-Secretary of State, box 3.

⁹³ Hierzu Jackson an Smith, 18.8. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Smith, General Walter Bedell, box 6, und persönlicher Brief Conants an Dulles, 8.8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1639f.

⁹⁴ Aufzeichnung einer Unterhaltung Hallstein – Steere, 7.7. 1953, in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 351/22.

⁹⁵ Liste „Food Packages Distributed to East Germans“, 27.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: PSB – Miscellaneous Memos (2), box 1.

⁹⁶ McKnight an Smith, 3.8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1636f.

⁹⁷ Vgl. Fish, *After Stalin's Death*, S. 345.

⁹⁸ Riddleberger an Dulles, 9.7. 1953, in: NA, RG 59, Records of the Executive Secretariat, folder: Germany (East), box 23; Jackson an John Taber, 22.7. 1953, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: RFE, box 5.

Ferner hatte Dulles' Schwester Eleanor, die in West-Berlin in Hilfswerken für Flüchtlinge engagiert war, gewarnt, ein Mangel an Anteilnahme für die Deutschen in der DDR könne das Vertrauen der westdeutschen Bevölkerung in die amerikanische Politik nachhaltig erschüttern⁹⁹. Dulles' Hauptgrund dürfte aber seine Überzeugung gewesen sein, daß das Projekt Bundeskanzler Adenauer im Wahlkampf zugute kommen werde¹⁰⁰. Bereits am 18. Juni hatte Eisenhower im Nationalen Sicherheitsrat erklärt, daß er fast alles tun werde, um Adenauer zu helfen¹⁰¹.

Darin kam der Glaube zum Ausdruck, daß die Europapolitik der Vereinigten Staaten vom politischen Überleben Konrad Adenauers abhängen würde, zumal die Sozialdemokraten gegen die EVG opponierten. Es ist daher nicht überraschend, daß die amerikanische Regierung mehrere Schritte unternahm, um dem Bundeskanzler im Sommer 1953 beizustehen. So begrüßte der Präsident – neben dem Schreiben, das er am 25. Juni an Adenauer richtete – Anfang Juli öffentlich die Meinungsänderung des Kanzlers hinsichtlich der Viermächte-Konferenz. Auch griff Eisenhower den Gedanken Jacksons auf, eine weitere Botschaft an Adenauer zu richten, um die Kritik an dessen Behandlung des Aufstands in der DDR zu beschwichtigen. Jackson schrieb selbst den Entwurf zu dem Brief und konstatierte, er habe „die Elemente der Sympathie, der friedlichen Hilfe, der Ermutigung, der freien Wahlen, der Vereinigung und der EVG“ hineinzupacken versucht – „(der geschickteste Trick der Woche)“¹⁰².

Dieser Brief, in dem es – nicht gerade sehr logisch – hieß, die Unruhen in der DDR bewiesen die Vereinbarkeit von EVG und deutscher Wiedervereinigung, wurde am 23. Juli übermittelt. Es handelte sich um eine der offenkundigsten amerikanischen Interventionen in westdeutsche Innenpolitik, die in jenem Sommer zu verzeichnen war. Adenauer verfehlte nicht, in seinem Wahlkampf guten Gebrauch von dem Schreiben zu machen; wieder und wieder zitierte er es in seinen Reden, um sein exzellentes Verhältnis zum amerikanischen Präsidenten darzutun¹⁰³. James B. Conant, damals Hochkommissar in Bonn, warnte allerdings, unterstützt von seinem Mitarbeiterstab, zu viel Rückendeckung für Adenauer könne auch gegenteilige Effekte haben¹⁰⁴. Die Warnung war durchaus berechtigt, da es die Sozialdemokraten zunehmend verärgerte, daß die Eisenhower-Administration Adenauer und seine Partei so offenkundig bevorzugte¹⁰⁵. Im Juli schrieb der einflußreiche SPD-Politiker Fritz Erler in einem scharf formulierten Artikel, die Westmächte, insbesondere die Vereinigten Staaten, würden alle wichtigeren Entscheidungen in europäischen Fragen vertagen, nur um sicherzugehen, daß sie Adenauer politisch nicht schadeten. Er äußerte sich auch kritisch über die Lebensmittel-Aktion, die er als Wahlhilfe für Adenauer bezeichne-

⁹⁹ Wie Anm. 73.

¹⁰⁰ Conant an State Department, 2.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1600f.

¹⁰¹ Aufzeichnung der Diskussion, 18.2. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, NSC Series, folder: 150th Meeting of the NSC, 1953, box 4.

¹⁰² Jackson an Eisenhower, 3.7. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1608f.

¹⁰³ Zum Beispiel am 20. Juli 1953 in Dortmund; Text in: BA Koblenz, Nachlaß Blankenhorn 353/20.

¹⁰⁴ Conant an Dulles, 19.6. 1953, in: NA, RG 59, Lot 53 D444, Germany box 23.

¹⁰⁵ Fritz Erler, Wahlhilfe made in the USA, in: Neuer Vorwärts, 10.7. 1953.

te¹⁰⁶. Das war zwar eine Übertreibung, spießte aber sicherlich einen der Gründe auf. Briten und Franzosen blieben bei ihrer Ablehnung der Lebensmittel-Aktion, eines, wie ein britischer Beamter sagte, „als Nächstenliebe aufgeputzten Propagandamanövers“¹⁰⁷. Dulles weigerte sich jedoch, die Aktion einzustellen. In der Überzeugung, die Operation sei „die schnellste und reibungsloseste [. . .], die ich gesehen habe, seit ich hier unten bin“, wollte Jackson sogar ähnliche Unternehmen in anderen Ländern des Ostblocks in Gang setzen¹⁰⁸. In einem Brief an den amerikanischen Gesandten in Budapest schrieb er: „Wir sind bereit, eine Aktion für Ungarn zu starten, wann immer Sie das Signal dazu geben.“¹⁰⁹ Jackson war auch der Meinung, Schlüssel zum Erfolg der Operation sei gerade das Fehlen einer Abstimmung mit den westeuropäischen Verbündeten gewesen. Er hegte den Verdacht – vermutlich zu Recht –, daß sie versucht hätten, das Unternehmen als unnötig provozierend zu verhindern; dabei stand hier nach seiner Ansicht sowohl die amerikanische Strategie im Kalten Krieg wie auch die politische Zukunft Adenauers auf dem Spiel¹¹⁰. Jackson überschätzte gewiß die Wirkung der Lebensmittel-Aktion auf Adenauers Wahlkampf, doch traf er den Nagel auf den Kopf, wenn er die Aktion als Beispiel der unilateralen amerikanischen Politik und der psychologischen Kriegführung verstand. Allerdings war ein Haken bei der Sache: Dulles war auf ein anderes Prinzip eingeschworen, das mit Jacksons Grundsätzen oft kollidierte, nämlich auf Bündnispolitik.

Jacksons Lieblingsprojekt, das VFC, zeigte dies sehr deutlich. In Übereinstimmung mit dem PSB-Plan vom 25. Juni, der sofortige Konsultation der Westeuropäer vorsah, um die Bildung des VFC zu beschleunigen, warb Jackson im Juli und August 1953 eifrig für das Freiwillige Freiheitskorps¹¹¹. Aber Dulles und Walter Bedell Smith – der sein Amt als Direktor der CIA aufgegeben hatte und als Staatssekretär ins State Department gewechselt war – standen dem VFC zutiefst skeptisch gegenüber, da sie europäische Kritik voraussahen. Sie fürchteten auch die internationalen Auswirkungen, sollten Einzelheiten des Plans der Presse bekannt werden. In einem Memorandum an Jackson machte Smith klar, daß die „deutsche Situation prekär ist und es in unserem Interesse liegt, alles zu vermeiden, das, ob Wort oder Tat, die Wahlchancen des Bundeskanzlers verringern wird“¹¹².

Wie sich herausstellte, waren Briten, Franzosen und Westdeutsche allesamt gegen das Projekt. Mit Blick auf die Wahlen befürchtete Adenauer, das VFC werde seiner

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ Zit. nach Fish, *After Stalin's Death*, S. 350.

¹⁰⁸ Jackson an Christian Ravndall, 7. 8. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Records, folder: R, box 5.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Jackson an Smith, 18. 8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1642f.

¹¹¹ Bericht „The Psychological Program“, in: DDEL, White House Office, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, NSC Series, Status of Projects Series, folder: NSC 161, Vol. II (3), box 4.

¹¹² Conant an Dulles, 11. 7. 1953, in: NA, RG 59, 762A/00-7/11-1953. Vgl. auch Smith an Jackson, o. D., in: DDEL, White House Central File, Confidential File, folder: MSA [1953] (10) memo (1), box 37.

innenpolitischen Stellung schaden¹¹³; die Sowjets würden darin eine Provokation und einen Beweis für westliche Aggressivität sehen wollen¹¹⁴, und deshalb sei laute Opposition der Sozialdemokraten und der Freien Demokraten zu erwarten¹¹⁵. Conant nahm jedoch an, das Nein des Bundeskanzlers müsse nicht endgültig sein; „zu einem späteren Zeitpunkt, so nach einer erfolgreichen Wahl, ist [er] vielleicht für die Idee empfänglicher“. Für Dulles war das Grund genug, die Verwirklichung des Plans zu verschieben¹¹⁶. Die Bewahrung des Zusammenhalts der westlichen Allianz erhielt Vorrang vor dem Recht auf unilaterale Aktionen der psychologischen Kriegführung.

V.

Im August kam die amerikanische Regierung zu der Überzeugung, daß ihre Deutschlandpolitik – namentlich der Konferenzvorschlag und die Lebensmittel-Aktion – nicht nur die Position der USA im Kalten Krieg verbessert, sondern tatsächlich auch Bundeskanzler Adenauer in seinem Wahlkampf gestärkt hatte. Jackson glaubte jedoch, daß noch mehr getan werden müsse. Die Sowjets, die am 4. und 16. August mit je einer Note die westliche Aufforderung zu Viermächte-Gesprächen formell beantwortet hatten, ließen keine Zweifel, daß die Ratifizierung des EVG-Vertrags die Wiedervereinigung Deutschlands unmöglich machen werde. Zwar boten die Noten in der Tat keinen neuen Gedanken zur deutschen Frage und vermieden auch die Nennung eines Termins für eine Deutschland-Konferenz. Aber Jackson sah die sowjetische Haltung doch als Bestätigung seiner bisherigen Argumentation: nämlich, daß die Sowjets niemals das amerikanische Paket „mit EVG, Vereinigung und freien Wahlen“ akzeptieren würden. Mit Recht urteilte er, daß die Vereinigten Staaten von den Sowjets im Grunde die Zustimmung zu „ihrer – in ihren eigenen Augen und in den Augen der Welt – kompletten, totalen und vernichtenden Niederlage“ verlangten¹¹⁷. Und er fragte sich, in einer für ihn ganz ungewohnten Anwendung von Konzessionsbereitschaft, ob es nicht „mögliche Alternativen gibt, die es den Russen erlauben, wenigstens einen kleinen Teil ihres Gesichts zu wahren, und uns doch unserem Endziel ein paar Schritte näherzubringen, wobei zu bedenken ist, daß Konzessionen in beiden Richtungen wirken und daß jede Verbesserung, die für das Los der Ostdeutschen erreicht wird, sie nur hungriger nach mehr und es den Russen von Mal zu Mal schwerer machen wird, ihnen weitere Schritte zu verweigern“¹¹⁸.

¹¹³ Smith an Jackson, o.D., in: Ebenda.

¹¹⁴ Conant an Dulles, 11.7. 1953, in: NA, RG 59, 762A/00-7/11-1953.

¹¹⁵ Walter A. RADIUS an [PSB] Board Assistants, 28.10. 1954, in: Ebenda, 672A/00-10/28-1954.

¹¹⁶ Vgl. Memorandum „Revised Contingency Guidance during Preparatory Phase of the Volunteer Freedom Corps“, 20.7. 1953, in: DDEL, White House Central File, Confidential File, folder: MSA [1953] (10), box 37.

¹¹⁷ Jackson an Dulles, 8.8. 1953, in: ML, John Foster Dulles Files, White House Memo Series, White House Correspondence (2), box 1.

¹¹⁸ Ebenda.

Dieses Plädoyer für ein Überdenken der amerikanischen EVG-Politik und für die Suche nach Alternativen blieb ohne Erfolg. Gestützt von Eisenhower¹¹⁹, widersetzte sich Dulles allen Bemühungen Jacksons und des Verteidigungsministeriums, für den Abschluß der EVG-Ratifizierung in Westeuropa einen festen Endtermin – nämlich Ende 1953 – zu nennen¹²⁰. Daß die EVG der Eckstein der amerikanischen Interessen in Europa bleiben werde, fand eine Bekräftigung, als Mitte August eine neue deutschlandpolitische Formel – NSC 160/1 – festgelegt wurde¹²¹. Sie besagte, die ideale Lösung sei ein mit dem Westen verbundenes wiedervereinigtes Deutschland, wenn aber die Sowjets freie Wahlen zulassen und einem wiedervereinigten Deutschland Bündnisfreiheit zugestehen sollten, müßten die Vereinigten Staaten das Risiko eingehen, daß die Deutschen für Neutralität oder sogar für den Anschluß an den Ostblock optieren könnten¹²². Im Hinblick auf die sozialdemokratische Opposition gegen die EVG suchte Dulles das Risiko so weit wie möglich zu verringern, indem er alles tat, was er nur konnte, um Adenauers Wahlsieg zu sichern. Auch eine umstrittene Intervention¹²³, die er in letzter Minute, drei Tage vor den Bundestagswahlen, zugunsten Adenauers für angebracht hielt, muß vor diesem Hintergrund gesehen werden¹²⁴; auf einer Pressekonferenz hatte Dulles tatsächlich erklärt, daß es für die deutsche Wiedervereinigung und die Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands katastrophale Folgen haben würde, sollte Adenauers Koalitionsregierung abgewählt werden. Ob Dulles' Intervention dem Kanzler genützt hat, ist eine offene Frage, doch hat sie ihm gewiß nicht geschadet.

Tatsächlich stellte das Ausmaß des Adenauerschen Wahlerfolgs eine große Überraschung dar: Der Kanzler und seine Koalition erhielten über 45 Prozent der Stimmen und die absolute Mehrheit im Bundestag¹²⁵. Profitierte er einerseits vom Aufschwung der westdeutschen Wirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres 1953, so brachte er es

¹¹⁹ Memorandum Robert Cutler, 13. 8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 1, S. 509f.

¹²⁰ Aufzeichnung der Diskussion, 13. 8. 1953, in: Ebenda, S. 502, 505 f.

¹²¹ Aufzeichnung „Statement of Policy by the National Security Council“, 17. 8. 1953, in: Ebenda, S. 510–520. Zu NSC 160/1 vgl. auch Felken, Dulles und Deutschland, S. 117–127. Felken irrt, wenn er (S. 120) sagt, Jackson habe sich gewöhnlich auf die Seite von Dulles geschlagen und die Meinungsverschiedenheit, die zwischen den beiden hinsichtlich der EG entstand, sei ein Ausnahmefall gewesen. Vgl. auch Hermann-Josef Rupieper, *Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1954*, Opladen 1991, S. 348–351, und Thomas Alan Schwartz, *America's Germany. John J. McCloy and the Federal Republic of Germany*, Cambridge (MA)/London 1991, S. 283 f.

¹²² „Statement of Policy by the National Security Council“, 17. 8. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 1, S. 518.

¹²³ Conant diary, 3. 9. 1953, in: Harvard Pusey Library, James B. Conant, Personal Papers.

¹²⁴ Niederschrift der Pressekonferenz von Dulles, 3. 9. 1953, in: ML, John Foster Dulles Files, Selected Correspondence, folder: re Germany, box 70.

¹²⁵ Zur Bundestagswahl Wolfgang Hirsch-Weber/Klaus Schütz, *Wähler und Gewählte. Eine Untersuchung der Bundestagswahlen 1953*, Köln 1975. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz, *Adenauer. Der Staatsmann*, S. 66–105, und Hans Rättinger/Walter Puschner, *Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953–1980*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 22 (1981), S. 265–286.

andererseits auch fertig, ausgeprägt pro-amerikanische und antikommunistische Positionen mit der Forderung nach der Wiedervereinigung Deutschlands zu verbinden. In einem politischen Klima, in dem nach dem Aufstand in der DDR ein leidenschaftlicher Antikommunismus herrschte, war das eine sichere Kombination. Der amerikanische Einfluß auf Adenauers Wahlsieg sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Der Bundeskanzler wünschte die amerikanische Rückendeckung, und trotz des Widerstrebens der amerikanischen Hochkommission in Bonn (HICOG), die für Neutralität eintrat¹²⁶, hat er sie auch bekommen: durch die Herzlichkeit des Empfangs, als er im Frühjahr 1953 die Vereinigten Staaten besuchte, durch das Aufgreifen seiner Initiative in der Frage einer Viermächte-Konferenz, durch Eisenhowers Schreiben vom 23. Juli und durch die Lebensmittel-Aktion.

So ist es nicht überraschend, daß sich Eisenhower und Dulles durch Adenauers Wahlsieg bestätigt und angespornt sahen¹²⁷. Jackson, der das Ergebnis der Bundestagswahl als einen der Haupterfolge des ersten Halbjahres der Eisenhower-Administration charakterisierte¹²⁸, konnte mit seinem Beitrag ebenfalls zufrieden sein. Er hatte als erster die Idee gehabt, vor der EVG-Ratifizierung eine Viermächte-Konferenz anzubieten, er hatte den Brief vom 23. Juli an Adenauer entworfen, und er hatte bei der Ausarbeitung und Durchführung der Lebensmittel-Aktion eine Schlüsselrolle gespielt.

Wie es die Ironie der Geschichte wollte, leitete ausgerechnet Adenauers Wiederwahl eine merkliche Abnahme von Jacksons Einfluß auf die amerikanische Deutschlandpolitik ein. Es begann mit dem Abbruch der Lebensmittel-Aktion am 3. Oktober. Die Bundesregierung war zu der Überzeugung gelangt, daß die Gegenmaßnahmen des DDR-Regimes, darunter Entlassungen und Reisebeschränkungen, die Unterstützung des Programms durch die Öffentlichkeit erheblich gemindert hatten¹²⁹. Jackson und der PSB-Stab wollten die Aktion noch ausweiten, doch angesichts der geschlossenen Opposition Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik glaubte die amerikanische Regierung nachgeben zu müssen¹³⁰. Alles in allem konnte die Lebensmittel-Aktion als bescheidener Erfolg gelten: Mehr als fünf Millionen Pakete waren zwischen 27. Juli und 3. Oktober an Ostdeutsche verteilt worden¹³¹. Auch war nicht nur das DDR-Regime vorübergehend in die Defensive gedrängt, sondern überdies der nach dem 17. Juni starke innenpolitische Druck auf die Eisenhower-Administration und die Regierung Adenauer gemildert worden. Aber inzwischen hatten

¹²⁶ Conant diary, 3. 9. 1953 (wie Anm. 123).

¹²⁷ Dulles an Conant, 8. 9. 1953, in: ML, John Foster Dulles Files, International Series, Subject Series, folder: Germany 1953–1954 (2), box 8.

¹²⁸ Jackson an Eisenhower, 21. 9. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time-Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2).

¹²⁹ Conant an State Department, 30. 9. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1655. Zur damaligen Pressekritik vgl. Süddeutsche Zeitung, 23. 9. 1953.

¹³⁰ Memorandum des Acting High Commissioner an State Department, 24. 9. 1953, in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 2, S. 1651.

¹³¹ Bericht „Lebensmittelhilfe für die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone“, 1. 10. 1953, in: PA AA, Bundestag-Allgemeines 1953–1954, Abt. II, 003-00.

sich die anfänglichen Vorteile im Propagandakrieg auf Grund der Repressionsmaßnahmen des DDR-Regimes in Nachteile verwandelt.

Die Entscheidung, die Lebensmittel-Aktion einzustellen, war für Jackson und seine Bundesgenossen im PSB-Stab ein Rückschlag. Die amerikanischen Missionschefs in Europa hatten solche Streiche der psychologischen Kriegführung allerdings nie gern gesehen. Mitte September trafen sie sich in Luxemburg und sagten danach in einem Bericht: „Der Druck der Ereignisse und die Mängel des kommunistischen Systems werden zur Auflösung des sowjetischen Imperiums mehr und unausweichlicher beitragen, als wir es mit Aktivitäten der psychologischen Kriegführung vermögen, die ihrer Natur nach unkontrollierbar sind und deren Resultate sich nur allzuoft als das Gegenteil des Beabsichtigten erweisen können.“¹³² Auch erklärten die Botschafter, unilaterales amerikanisches Vorgehen sei gefährlich und Unternehmungen der politischen Kriegführung müßten mit den westeuropäischen Verbündeten koordiniert werden.¹³³ Wie zu erwarten war, nahm Jackson solche Kritik nicht leicht, die schließlich die grundsätzlichen Voraussetzungen seiner Aktivitäten in Frage stellte. Er warf den Missionschefs vor, mit ihrer Behauptung, der Juni-Aufstand habe ernste Schwierigkeiten mit den Westeuropäern verursacht, über jedes Ziel hinausgeschossen zu sein: „Erstens klingt das, als hätten wir die Unruhen angestiftet, wogegen wir doch wissen, daß nicht einmal der deutsche Nachrichtendienst eine Ahnung hatte, so etwas könne in der Luft liegen. Und zweitens, was haben denn die Botschafter von der amerikanischen psychologischen Kriegführung erwartet? Daß sie den Aufständischen sagt, geht nach Haus und seid nett zu den Kommunisten? Obiges, Wert fünf Cent, von mir zu dieser Sache.“¹³⁴

Eisenhower sympathisierte mit Jacksons Standpunkt und meinte, die Missionschefs hätten den Begriff „psychologische Kriegführung“ zu eng definiert. Er gab die Notwendigkeit der Abstimmung mit den europäischen Verbündeten zu, stimmte aber „mit C.D. Jackson darin überein, daß wir ein amerikanisches Ziel haben und genau wissen müssen, was es ist“¹³⁵. Smith hingegen verteidigte den Bericht der Botschafter, den Jackson mißverstanden habe¹³⁶. In der Tat hatten die Missionschefs nie angedeutet, die Vereinigten Staaten hätten den Aufstand angezettelt. Der wahre Grund für Jacksons Ausbruch ist denn auch darin zu suchen, daß ihn der Mangel an Vertrauen in die psychologische Kriegführung irritierte, den er beim State Department wahrnahm.

¹³² Bericht „Principal Conclusions. Chief of Mission Meeting in Vienna, September 22–24, 1953“, in: DDEL, C.D. Jackson Records, folder: Luxemburg Meeting, box 4.

¹³³ Bericht „Concept and Ideas for Psychological Warfare in Europe developed by the Chief of Mission Meeting at Luxemburg in September 18–19, 1953“, in: Ebenda.

¹³⁴ Jackson an L. A. Minnich, 5. 10. 1953, in: DDEL, White House Office, NSC Staff Papers, OCB Central File Series, folder: OCB 09.4 Eastern Europe (File 1 1) (1), box 6.

¹³⁵ Eisenhower an Dulles, 24. 10. 1953, in: DDEL, C. D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2).

¹³⁶ Smith an Eisenhower, 6. 11. 1953, in: DDEL, Ann Whitman File, Dulles-Herter Series, folder: Dulles, John F., box 1.

Jackson mußte einen weiteren Schlag einstecken, als im Herbst 1953 seine Versuche scheiterten, das Freiwillige Freiheitskorps doch noch ins Leben zu rufen¹³⁷. Das State Department wandte die gleiche Taktik an wie vor den Wahlen in der Bundesrepublik und erreichte mit dem Hinweis auf eine mögliche Viermächte-Konferenz eine Vertagung des Projekts¹³⁸; später benutzte es mit Erfolg die Ungewißheit über die EVG-Ratifizierung. Abermals setzte sich der Standpunkt durch, daß alliierte Geschlossenheit größere politische Gewinne in Westeuropa verspreche als unilaterales Handeln der USA. Obwohl Jackson und Henry Cabot Lodge weiterhin beharrlich bohrten, ist das Freiwillige Freiheitskorps nie geschaffen worden, wenn auch die offizielle Beerdigung des Projekts erst 1960 stattfand. Die Vereinigten Staaten waren nicht gewillt, ihre Beziehungen mit Westeuropa durch Aktionen der psychologischen Kriegführung in Deutschland zu belasten. Dies wurde im Dezember 1953 ganz klar, als die Eisenhower-Administration eine neue Formel für die Politik gegenüber den „sowjetischen Satelliten in Osteuropa“ festlegte: NSC 174. Die Formel zeigte ein grundlegendes Dilemma der amerikanischen Strategie im Kalten Krieg. Das langfristige Ziel war nach wie vor die Zurückdrängung der sowjetischen Macht in Osteuropa, auch in der DDR, doch galten für amerikanische Aktionen so viele Beschränkungen, daß man dem Ziel auch weiterhin nicht näherkommen konnte. So wurde in NSC 174 betont, daß die Vereinigten Staaten keinen Krieg mit der Sowjetunion provozieren und verfrühte Aufstände in Osteuropa verhindern sollten, ferner die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Verbündeten hervorhoben¹³⁹.

VI.

Die Festlegung auf Allianzpolitik hatte ihren ersten Test Anfang 1954 auf der Berliner Außenministerkonferenz zu bestehen¹⁴⁰. Während dieser Zusammenkunft bestand das dominierende kurzfristige Ziel der USA darin, durch eine Demonstration der Vergeblichkeit ernsthafter Verhandlungen mit den Sowjets die EVG-freundlichen Elemente in Frankreich zu stärken¹⁴¹. Das bedeutete, daß alle Aktivitäten einer psy-

¹³⁷ Jackson an Smith, 21.9. 1953, in: DDEL, C.D.Jackson Records, folder: Volunteer Freedom Corps, Corresp. re., box 6.

¹³⁸ Smith an Robert Cutler, 14.9. 1953, in: DDEL, 762A/00-9/14-1953.

¹³⁹ Progress Report an NSC, 7.7. 1954, in: DDEL, White House Office, Office of the Special Assistant for National Security Affairs, folder: NSC 174 – Policy toward Satellites in Eastern Europe 7/16/34, box 8.

¹⁴⁰ Zur Berliner Konferenz u. a. Nikolaus Katzer, Eine Übung im Kalten Krieg. Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954, Köln 1995. Vgl. auch Ruper, Der besetzte Verbündete, S.375–380; ders., Die Berliner Außenministerkonferenz von 1954. Ein Höhepunkt der Ost-West-Propaganda oder die letzte Möglichkeit zur Schaffung der deutschen Einheit, in: VfZ 34 (1986), S. 427–453.

¹⁴¹ Bericht „Possible Mass Demonstrations against German People's Republic during Course of Quadrite Conference“, 8.2. 1954, in: DDEL, C.D.Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Berlin Basics, Mass Demos, box 27.

chologischen Kriegführung mit Großbritannien und Frankreich abzustimmen waren und einseitige amerikanische Operationen wie die Lebensmittel-Aktion zu unterbleiben hatten. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Eisenhower-Administration auf Propaganda als Mittel der Einflußnahme in Europa verzichten wollte. Es ist bezeichnend, daß Jackson von Dulles eingeladen wurde, ihn als Mitglied der amerikanischen Delegation nach Berlin zu begleiten – was im übrigen auch zeigte, daß politische Meinungsverschiedenheiten das persönliche Verhältnis der beiden nicht berührten. Dulles glaubte damals, die Sowjetunion habe im Propagandakrieg wieder etwas Boden gut gemacht¹⁴², nicht zuletzt auf Grund der Verzögerungen bei der EVG-Ratifizierung. Gegen die Außenwelt war Jacksons Arbeit durch Geheimhaltung abgeschirmt. Nicht einmal die Bonner Regierung wußte Genaueres über seine Rolle in der Eisenhower-Administration¹⁴³. Die Nachricht von seiner Anwesenheit in Berlin weckte ein gewisses Interesse in der westeuropäischen Presse und provozierte einige anzügliche Kommentare – und Witzeleien – in den osteuropäischen Medien. So hieß es in „Radio Prag“: „Es ist sehr kalt in Berlin; die Kinder fahren Schlittschuh zwischen den Ruinen der zerbombten Straßen; die Erwachsenen, ihre Nasen tief in den hochgeschlagenen Mantelkrägen, haben es eilig, zu den U-Bahn-Stationen zu kommen [. . .]. Nach dem neuesten Berliner Witz ist dieses kalte Wetter ganz natürlich, da der Chef des Kalten Krieges in Berlin eingetroffen ist.“¹⁴⁴

Das Berliner Treffen – vom 25. Januar bis zum 18. Februar 1954 – stellte den letzten Versuch der vier Besatzungsmächte dar, eine Verständigung in der deutschen Frage zu erreichen. Danach, 1955, ist die Teilung Deutschlands durch den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO und der DDR zum Warschauer Pakt vorerst zementiert worden. Die Hauptfrage lautete, ob die Franzosen in der deutschen Frage eine unabhängige Stellung einnehmen würden. Georges Bidault zeigte indes, obwohl von den Sowjets heftig umworben, keine Neigung, sich von den Standpunkten Dulles' und Edens zu distanzieren¹⁴⁵. Die Westmächte präsentierten einen gemeinsamen Vorschlag – den Eden-Plan – zur Wiedervereinigung Deutschlands, der freie Wahlen für eine verfassunggebende Versammlung vorsah, die von den vier Besatzungsmächten und vielleicht auch einigen neutralen Staaten kontrolliert werden sollten¹⁴⁶. Molotow wies den Eden-Plan zurück, der keine Basis für die deutsche Wiedervereinigung sei, und bekräftigte die sowjetische Position, ein wiedervereinigtes Deutschland

¹⁴² Vgl. zum Beispiel Konrad Adenauer, *Erinnerungen 1953–1955*, Stuttgart 1966, S. 247.

¹⁴³ Heinz Krekeler an Auswärtiges Amt, 11. 3. 1954, Politische Bemühungen zwischen dem Gastland und dritten Staaten und zwischen dritten Staaten 1950–1953, in: PA AA, Abteilung II, 211-00/80, Bd. I.

¹⁴⁴ Mitschrift Radio Prag, 20. 1. 1954, in: DDEL, White House General File, Official File, folder: 182, Germany Government, and Embassy, 1954, box 864.

¹⁴⁵ Vgl. Erster Bericht über den Verlauf der Berliner Konferenz für die Zeit vom 25. 1. 1954 – o. D. [Januar–Februar 1954], in: PA AA, Abteilung III, 232-00, Bd. 1.

¹⁴⁶ Vorschlag des Vereinigten Königreichs am 29. 1. 1954 „Plan for German Reunification in Freedom“, 28. 1. 1954, in: NA (Suidland), RG 466, folder: 4-Power-Meeting, Berlin, Jan. 1954, Vol. II, box 145.

dürfe sich niemals der EVG anschließen. Der Eden-Plan wollte einem wiedervereinigten Deutschland vollständige Bündnisfreiheit zugestehen, wobei die Amerikaner natürlich darauf zählten, daß die Deutschen nach der Wiedervereinigung der EVG beitreten würden. Aber Molotow beharrte darauf, daß ein wiedervereinigtes Deutschland neutral zu sein habe und Allianzen fernbleiben müsse, die gegen eine der vier Besatzungsmächte gerichtet seien. Überdies verlangten die Sowjets die Bildung einer provisorischen deutschen Regierung – zusammengesetzt aus Vertretern der westdeutschen wie der ostdeutschen Regierung – noch vor gesamtdeutschen Wahlen¹⁴⁷. Da die Annahme dieser Forderung nur zur sofortigen Legitimierung des DDR-Regimes geführt hätte, lehnten die Westmächte sogleich ab. So blieben die Berliner Gespräche, kaum begonnen, gleich wieder stecken; zu ernsthaften Diskussionen kam es weder über den Eden-Plan noch über die sowjetische Auffassung¹⁴⁸. Schließlich stimmten beide Seiten zu, die Konferenz am 18. Februar zu beenden.

Jackson zog den Schluß, daß die „Berliner Konferenz die wichtigste und erfolgreichste Begegnung zwischen dem Osten und dem Westen in zehn Jahren gewesen ist“¹⁴⁹. Angesichts des Scheiterns der Konferenz war das ein seltsames Urteil, aber Jackson kam es darauf an, daß die Geschlossenheit des Westens erhalten geblieben war – und das mit sowjetischer Hilfe. So war Molotow offensichtlich zu weit gegangen, als er einen europäischen Sicherheitspakt vorschlug, der den Ausschluß der Vereinigten Staaten aus den europäischen Angelegenheiten und die Auflösung der NATO verlangte. Jackson suchte daher die Konferenz sogleich für Propagandazwecke zu nutzen und drängte auf eine kühnere amerikanische Strategie im Kalten Krieg¹⁵⁰. Wie er es ausdrückte: „Wenn wir 1954 den Mumm und das Geschick haben, alle Punkte des sowjetischen Bereichs unter konstantem Druck zu halten, wird uns eine solche Politik Gewinne einbringen.“¹⁵¹ Jacksons Ansicht fand in der Eisenhower-Administration viel Aufmerksamkeit, doch legte das State Department ein Veto gegen seine Empfehlungen ein. Zwar schlossen sich die Vertreter des State Department der Auffassung an, es sei sehr unwahrscheinlich, daß die Sowjetunion 1954 zu militärischen Mitteln greifen werde, brachten aber „ihre feste Überzeugung“ zum Ausdruck, „daß die Annahme außerordentlich gefährlich wäre, die Sowjetunion sei durch innere Schwierigkeiten oder Probleme mit den Satelliten so geschwächt, daß sie unter keinen Umständen zum Krieg Zuflucht suchen werde“¹⁵². Es sei daher im Augenblick nicht erforderlich, die antisowjetische Rhetorik zu verstärken oder die Operationen der psychologischen Kriegführung auszuweiten. Tatsächlich waren die entscheidenden Politiker in Washington nach den Erfahrungen mit dem Aufstand

¹⁴⁷ Die sowjetischen Vorschläge in: FRUS 1952–1954, Bd. 7, Teil 1, S. 1182–1194.

¹⁴⁸ Vgl. den Bericht „Einige Bemerkungen zu dem Ergebnis der Berliner Konferenz“, 3.3. 1954, in: PA AA, Abteilung III, 212–19, Bd. 8.

¹⁴⁹ Wie Anm. 141.

¹⁵⁰ Bericht von Jackson „Post-Berlin Thoughts on the Current Soviet Psyche“, 22. 2. 1954, in: DDEL, Ann Whitman File, Administration Series, folder: C.D. Jackson, 1954 (2), box 22.

¹⁵¹ Ebenda.

¹⁵² Memorandum für das Weiße Haus, 2. 3. 1954, in: Ebenda.

in der DDR eher daran interessiert, verfrühten Revolten in Osteuropa vorzubeugen, da „die zu erwartenden Repressalien oder sonstige Resultate nur Verluste, gemessen an den Zielen der USA, bescheren würden“¹⁵³.

VII.

Im Januar 1954 unterrichtete Jackson den Präsidenten über seine Absicht, aus der Administration auszuschneiden¹⁵⁴. Sein Rücktritt nach der Berliner Konferenz war jedoch nicht die Folge politischer Differenzen mit Dulles oder der Ablehnung seiner Befreiungs-Doktrin¹⁵⁵. Er hatte, als einer der Sonderreferenten Eisenhowers, ohnehin nur ein Jahr bleiben und dann wieder zu „Time-Life“ zurückkehren wollen¹⁵⁶. Eisenhower und Dulles empfanden denn auch, obschon sie vor vielen Plänen zurückschreckten, die er für die psychologische Kriegführung schmiedete, Jacksons Abgang als Verlust; er habe „eine Lücke hinterlassen“¹⁵⁷. Im Mai machte Dulles in einem Brief an Jackson die Europäer für den Mangel an Aktivität auf dem Felde der psychologischen Kriegführung verantwortlich: „Ich habe ein gewisses Gefühl der Entmutigung, und zwar deshalb, weil es unmöglich ist, jene dynamischere und kühnere Politik in Gang zu setzen, die ich für notwendig hielt, als ich dieses Amt übernahm; der Hauptgrund dafür ist die Tatsache, daß wir ständig dadurch blockiert sind, daß unsere wichtigsten Verbündeten nicht bereit sind, irgendein Risiko einzugehen.“¹⁵⁸ Das war allerdings nur die halbe Wahrheit. Im Gegensatz zu dem Bild des Kalten Kriegers, das seine aggressive Rhetorik suggerierte, hat Dulles gegenüber Westeuropa und der Sowjetunion stets mit vorsichtiger Diplomatie operiert. Zu Aktionen der psychologischen Kriegführung war er hier nur dann bereit, wenn sie, wie die Verteilung von Lebensmitteln, klare Vorteile versprachen und nicht mit allzu großen Risiken verbunden waren.

Jackson wollte tatsächlich ein dynamisches Vorgehen, das die Grenzen der Containment-Doktrin überschreiten und schließlich zur Auflösung des sowjetischen Imperiums führen sollte. Stark von Rostow beeinflusst, sah er nach Stalins Tod eine Chance für die Eisenhower-Administration, eine dramatische Geste zu machen. Mit

¹⁵³ Wie Anm. 139.

¹⁵⁴ Jackson an Eisenhower, 6. 1. 1954, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (2). Interview des Verfassers mit Walt W. Rostow, 26. 2. 1991.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Jackson an Eisenhower, 3. 3. 1954, in: DDEL, Ann Whitman File, Administration Series, folder: C.D. Jackson, 1954 (2), box 22.

¹⁵⁷ Eisenhower und Dulles benutzten genau diese Worte in mehreren Briefen an Jackson, zum Beispiel Eisenhower an Jackson, 3. 3. 1954, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: Eisenhower, Dwight D. Corresp. thru 1956 (1), box 41, und Dulles an Jackson, 21. 5. 1954, in: Ebenda, folder: Dulles, John Foster, box 40.

¹⁵⁸ Dulles an Jackson, 21. 5. 1954, in: Ebenda.

der von ihm vorgeschlagenen Viermächte-Konferenz gedachte er, die Position der USA im Ost-West-Konflikt zu verbessern und die sowjetischen Absichten nach dem Machtwechsel in Moskau herauszufinden¹⁵⁹. Außerdem spürte Jackson, daß Dulles' Versuche, die EVG als Voraussetzung für die deutsche Wiedervereinigung zu präsentieren, nicht wirklich glaubwürdig waren. Die EVG-Politik schloß jeden Ausgleich mit der Sowjetunion aus und unterschätzte zugleich das westeuropäische, namentlich das französische, Mißtrauen gegen Deutschland. Daß die französische Kammer im Herbst 1954 die EVG zu Fall brachte, hat Jacksons Ansicht nur bestätigen können, und der Erfolg der Lebensmittel-Aktion übertraf anfänglich alle Erwartungen. Trotz massivster Gegenpropaganda machten viele Deutsche der DDR von dem Lebensmittelangebot Gebrauch; man kann sogar sagen, daß die Amerikaner mit anderen propagandistischen Operationen nie eine gleich große Anzahl von Ostdeutschen erreichten. Und als die Sowjets im Sommer 1953 die Lebensmittelhilfe zurückwiesen, kam es in der DDR erneut zu Arbeiterdemonstrationen. Zusammen mit dem Konferenzvorschlag setzte die Lebensmittel-Aktion Bundeskanzler Adenauer in den Stand, antikommunistische Propaganda als eine der Hauptwaffen im bundesdeutschen Wahlkampf einzusetzen¹⁶⁰. In diesem Sinne hat Jackson einige konkrete Resultate zu verzeichnen.

Sein Problem bestand jedoch darin, daß er nie in der Lage war, einen Weg zur Befreiung Osteuropas zu zeigen. Überdies war eine gute Portion Unredlichkeit im Spiele: Während er von der Notwendigkeit beidseitiger Konzessionen und einer Verständigung mit der Sowjetunion sprach, plante er gleichzeitig Operationen der psychologischen Kriegführung, die zur Zerstörung des Sowjetblocks beitragen sollten, und einige seiner Projekte, so das Freiwillige Freiheitskorps, hätten in der Tat als gefährliche Provokationen wirken können. Naiven Enthusiasmus für die psychologische Kriegführung mit aufrichtiger Anteilnahme am Geschick der osteuropäischen Oppositionellen verbindend, suchte Jackson der amerikanischen Außenpolitik mehr Risikofaktoren einzupflanzen, als Eisenhower oder Dulles zu akzeptieren bereit wa-

¹⁵⁹ In der deutschen Frage war die neue sowjetische Führung im Frühjahr 1953 gespalten. Berija scheint bereit gewesen zu sein, ein wiedervereinigtes, kapitalistisches Deutschland zu akzeptieren, sofern es neutralisiert wurde, während andere sowjetische Führer, vor allem Molotow und Chruschtschow, dies ablehnten. Zu Berija und seiner Haltung in der Deutschlandfrage vgl. Albert Resis (Hrsg.), *Molotow Remembers. Inside Kremlin Politics. Conversations with Felix Chuev*, Chicago 1993; Lew Besymenski, „1953 – Berija will die DDR beseitigen“, in: *Die Zeit*, 15. 10. 1993, S. 81–83; D.M. Stickle (Hrsg.), *The Beria Affair. The Secret Transcripts of the Meetings Signalling the End of Stalinism*, New York 1992; Amy Knight, *Beria. Stalin's First Lieutenant*, Princeton 1993; James Richter, *Reexamining Soviet Policy towards Germany during the Beria Interregnum*, Juni 1992; Vladislav M. Zubok, *Soviet Intelligence and the Cold War. The „Small“ Committee of Information, 1952–1953*, Dezember 1992; Wilfriede Otto, *Sowjetische Deutschlandpolitik 1952/53. Forschungs- und Wahrheitsprobleme*, in: *DA* 26 (1993), S. 948–1054. Vgl. auch Gerhard Wettig, *Zum Stand der Forschung über Berijas Deutschland-Politik im Frühjahr 1953*, in: *Ebenda*, S. 74–82; ders., *Nochmals: Berijas Deutschland-Politik*, in: *Ebenda*, S. 1089–1093; ders., *Neue Erkenntnisse über Berijas Deutschland-Politik*, in: *Ebenda*, S. 1412 f.

¹⁶⁰ Liste „Food Packages Distributed to East Germans“, in: DDEL, C. D. Jackson Records, box 1.

ren. So ist der Präsident denn auch den Rufen nach einer aggressiveren amerikanischen Politik nicht gefolgt, die von Jackson nach dessen Ausscheiden aus der Administration kamen¹⁶¹, vor allem im Herbst 1956, als die Sowjets den Aufstand in Ungarn gewaltsam niederwarfen¹⁶². Solange er als Eisenhowers Spezialist für psychologische Kriegführung fungierte, hat Jackson Politik gemacht und sich als bürokratischer Anstifter betätigt; das beweist seine Rolle in der amerikanischen Deutschlandpolitik. Doch verfehlte er sein eigentliches Ziel: eine an der Befreiungs-Doktrin orientierte fundamentale Änderung der amerikanischen Strategie in Europa. Es ist nicht ohne Ironie, daß er mit seiner Begeisterung für die psychologische Kriegführung wahrscheinlich zur Bekräftigung der Containment-Doktrin durch die Eisenhower-Administration beitrug. Nachdem der Präsident und Außenminister Dulles etwas spät erkannt hatten, daß es unmöglich war, in Europa gleichzeitig eine offensive wie eine defensive Strategie zu verfolgen, waren sie gezwungen, sich eindeutig für die Integration der Bundesrepublik Deutschland in den Westen zu entscheiden und die Befreiung Ostdeutschlands hintanzustellen – eine Politik, an der Präsident Eisenhower bis zum Ende seiner Amtszeit festgehalten hat.

(Aus dem Englischen übersetzt von Hermann Graml)

¹⁶¹ Jackson an Lewis Banks, 11.11.1954, in: DDEL, C.D. Jackson Papers, Time Inc. File, folder: B-misc., box 25.

¹⁶² Vgl. Brands, *Cold Warriors*, S.132f.; Kenneth Kitts/Betty Glad, *Presidential Personality and Improvisational Decision Making. Eisenhower and the 1956 Hungarian Crisis*, in: Shirley Ann Warshaw (Hrsg.), *Reexamining the Eisenhower Presidency*, Westport/London 1993, S.195.

Miszelle

HEIKE BUNGERT

DEUTSCHE EMIGRANTEN IM AMERIKANISCHEN KALKÜL

Die Regierung in Washington, Thomas Mann und die Gründung
eines Emigrantenkomitees 1943

Die Versuche deutscher Emigranten, die vor dem Nationalsozialismus in die Vereinigten Staaten geflüchtet waren, ein Komitee zur gemeinsamen Interessenvertretung gegenüber den Alliierten und zum Kampf gegen das Hitler-Regime zu gründen, sind hinlänglich bekannt. Bislang wurde von den meisten Historikern angenommen, daß das amerikanische Außenministerium derartigen Einigungsbestrebungen deutscher Emigranten grundsätzlich ablehnend gegenübergestanden hatte¹. Neue Quellen ergeben jedoch ein anderes Bild. Hier sind vor allem die kürzlich von der CIA freigegebenen Akten des amerikanischen Geheimdienstes Office of Strategic Services (OSS) zu nennen. Dessen Foreign Nationalities Branch (FNB), Ende 1941 gegründet, sollte Kontakt zu den „Foreign Nationality Groups“ oder sogenannten „Bindestrich-Amerikanern“ halten, über politische Trends innerhalb der Emigrantengruppen berichten, Entwicklungen in den Heimatländern der Emigranten voraussagen sowie über geplante Aktivitäten von Lobby-Organisationen informieren². Aus den neu erschlossenen OSS- und FNB-Quellen läßt sich entnehmen, daß sich das State Department und das OSS gegenüber Plänen der sozialdemokratischen German Labor Delegation (GLD) vorübergehend durchaus aufgeschlossen zeigten, als die Sozialdemokraten im Herbst 1943 als Antwort auf die Bildung des Nationalkomitees Freies

¹ Vgl. Dieter Lange, Studien zur Geschichte des Nationalkomitees und der Bewegung „Freies Deutschland“, Diss. B (Habil.), Ost-Berlin 1978, S. 178–187; Joachim Radkau, Die deutsche Emigration in den USA, Düsseldorf 1971, S. 201; Ehrhard Bahr, Paul Tillich und das Problem einer deutschen Exilregierung in den Vereinigten Staaten, in: Exilforschung 3 (1985), S. 40; so auch noch kürzlich Alexander Stephan, Im Visier des FBI: Deutsche Exilschriftsteller in den Akten amerikanischer Geheimdienste, Stuttgart 1995, bes. S. 101–118, der jedoch von den Akten des Office of Strategic Services nur jene der Foreign Nationalities Branch benutzte, die bereits seit Anfang 1980 für die Forschung freigegeben sind. Allerdings werden diese Akten bislang kaum für die Exilforschung genutzt, vgl. ebenda, S. 45.

² FNB an William Donovan, Direktor des OSS, 31.12. 1944, The Study of Foreign Political Developments in the United States, in: National Archives, Washington, D. C. (künftig: NA), Record Group 226: Records of the Office of Strategic Services (künftig: RG 226), Entry (künftig: E) 165, Box (künftig: B) 15, Folder (künftig: F) 136, S. 3–5.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

Deutschland (NKFD) in Moskau einen Council of Free Democratic Germans in den USA gründen wollten. Die Akten, die allerdings nicht vollständig überliefert sind, lassen sogar die Vermutung zu, daß die Initiative zur Bildung des Council, in dem auch der Schriftsteller Thomas Mann mitwirken sollte, von den Amerikanern ausging.

Zwischen 1933 und 1945 wanderten etwa 132 000 deutschsprachige Emigranten in die Vereinigten Staaten ein, von denen die meisten ihre Heimat aufgrund religiöser und rassistischer Verfolgung verlassen hatten. Nur wenige waren aus rein politischen Motiven emigriert, und von diesen waren in den USA lediglich vierhundert bis fünfhundert politisch aktiv. Hierbei handelte es sich um einige Kommunisten, die – relativ erfolglos – versuchten, in der German-American League for Culture, in der German Anti-Axis League, im Victory Committee of German-American Trade Unionists und in der German American Emergency Conference Emigranten und Deutschamerikaner um sich zu scharen. Emigrierte Sozialdemokraten, die eher dem rechten Flügel der SPD zuzurechnen waren, bildeten 1939 die German Labor Delegation unter der Führung von Gerhart Seger, Rudolf Katz und Friedrich Stampfer. Die linkssozialistische Splittergruppe Neubeginnen um Karl Frank alias Paul Hagen schaffte sich eine eigene Gruppe von Schirmherren zur Unterstützung ihrer Untergrundarbeit in Deutschland, die American Friends of German Freedom unter Vorsitz von Reinhold Niebuhr. Weiterhin gab es die im November 1941 gegründete Association of Free Germans, eine Verbindung von Sozialdemokraten und deutschen Konservativen unter der Präsidentschaft des sozialdemokratischen früheren preußischen Innenministers und Polizeipräsidenten von Berlin, Albert Grzesinski, den seit Juni 1940 existierenden German American Congress for Democracy unter Thomas Mann und dem amerikanischen Journalisten Frank Bohn sowie die Loyal Americans of German Descent, eine hauptsächlich aus Deutschamerikanern bestehende Organisation unter dem Vorsitz von George N. Shuster, dem Präsidenten des Hunter College³.

Die Haltung der amerikanischen Regierung gegenüber den Emigranten schwankte, wie schon Walter E. Peterson in dem einzigen zu diesem Thema bis dato erschienenen Artikel vermerkte. Einerseits standen die amerikanischen Behörden in ihren öffentlichen Äußerungen deutschen Emigrantenorganisationen ablehnend gegenüber, andererseits nahmen sie inoffiziell die Dienste einzelner Emigranten in Anspruch⁴. Die offizielle amerikanische Haltung gegenüber Freien Deutschen Bewegungen wurde kurz nach dem Kriegseintritt der USA am 10. Dezember 1941 formuliert. Um sich

³ Vgl. Walter F. Peterson, Zwischen Mißtrauen und Interesse: Regierungsstellen in Washington und die deutsche politische Emigration 1939 bis 1945, in: Manfred Briegel/Wolfgang Frühwald (Hrsg.), Die Erfahrung der Fremde, Weinheim 1988, S. 45 f., 49; Eike Middell u. a., Exil in den USA, Leipzig 1979, S. 14, 60, 105, 116, 128, 144 f.; Jean-Michel Palmier, Weimar en exil, Bd. 2: Exil en Amérique, Paris 1988, S. 297–308; Radkau, Emigration, S. 126, 141, 157 f., 164, 172 f., 181, 193; Forschungsabteilung des OSS (Research and Analysis, R & A) [Autor wohl Walter Dorn], 3. 12. 1943, #1568 The German Political Emigration, in: NA, RG 226, E 100, Mikrofiche INT-13GE-955.

⁴ Vgl. Peterson, Mißtrauen, S. 56.

die Loyalität der sogenannten „Bindestrich-Amerikaner“ zu erhalten und um den Zusammenhalt der multinationalen und multiethnischen amerikanischen Gesellschaft zu gewährleisten, riet die Regierung amerikanischen Bürgern ab, sich an „freien Bewegungen“ zu beteiligen. Ausländischen Staatsbürgern wurde die Gründung derartiger Organisationen zwar gestattet; sie sollten das Außenministerium jedoch ständig über ihre Pläne und Tätigkeiten informieren. Zu einer formellen Anerkennung war die amerikanische Regierung nicht bereit: „Das Ministerium hat Kenntnis genommen von der Existenz einer Anzahl von Komitees, die freie Bewegungen repräsentieren, aber hat sie in keiner Form anerkannt, weder formell noch informell.“⁵ Auch gegenüber freien Bewegungen in anderen Exilländern sollten die amerikanischen Botschaften lediglich freundliches Interesse zeigen, inoffiziell die Bedeutung der Organisationen aber herunterspielen⁶.

Dennoch brachten amerikanische Regierungsbehörden deutschen Emigrantenbewegungen durchaus Sympathie entgegen. Den Nutzen des German American Congress for Democracy und der Loyal Americans of German Descent sahen State Department und OSS darin, daß beide Organisationen pro-nationalsozialistische Strömungen unter den Deutsch-Amerikanern bekämpften⁷. Den ehemaligen Reichskanzler und Zentrumsolitiker Heinrich Brüning befragten Mitglieder von FNB und State Department häufiger zu Entwicklungen in Deutschland und in der Emigrantenzene⁸. Obwohl viele OSS-Mitarbeiter die alte Garde der SPD-Politiker negativ beurteilten und ihnen schuldhaftes Verhalten beim Untergang der Weimarer Republik, übersteigerten Antikommunismus, persönliches Machtstreben und ihr Eintreten für ein starkes Nachkriegsdeutschland vorwarfen, suchte die amerikanische Regierung bevorzugt die punktuelle Zusammenarbeit mit deutschen Sozialdemokraten und Linkssozialisten⁹. Vorschläge der Association of Free Germans zur Rundfunkpropa-

⁵ Pressemitteilung des Außenministeriums, 10.12. 1941, in: NA, Record Group 59: General Records of the Department of State (künftig: RG 59), B 57, 600.

⁶ Unterstaatssekretär Adolf A. Berle an diplomatische und konsularische Vertreter der USA in Mittel- und Südamerika, 23.3. 1943, in: Ebenda, B 2945, 800.01/160A, Supplement.

⁷ George A. Gordon, Direktor pro tempore der Foreign Activity Correlation Division des Außenministeriums, an Berle, 13.6. 1941, in: Ebenda, B C282, 862.20211 German-American Congress for Democracy/16; FNB an R & A, 28.9. 1942, German Political Refugees in the United States, in: NA, RG 226, E 16, Mikrofilm-Edition M1499, Filmrolle 122, Bildnr. 47-74, S.20.

⁸ Brüning selbst zeigte jedoch kein Interesse mehr an einer aktiven Rolle in der Politik. Vgl. Ray Atherton, Europa-Abteilung des Außenministeriums, 9.3. 1943, Protokoll Gespräch mit Brüning, in: NA, RG 59, B 5355, 862.00/4363 1/2; Malcolm W. Davis, FNB, 12.2. 1944, Protokoll Gespräch mit Brüning, 12.2. 1944, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-990; FNB an Donovan, 31.5. 1945, in: Ebenda, INT-33GE-98; Bahr, Tillich, S.36. Das OSS war auch bald zu der Überzeugung gelangt, Brüning sei aufgrund seiner konservativ-nationalen Einstellung für eine Rolle in Nachkriegsdeutschland nicht geeignet. Vgl. Jürgen Heideking/Christof Mauch (Hrsg.), USA und deutscher Widerstand. Analysen und Operationen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Tübingen 1993, S.81, Anm.102.

⁹ Richard Rohman, FNB, an John C. Wiley, Mitglied der OSS-Planungsgruppe, 25.9. 1942, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-354; FNB an R & A, 28.9. 1942, German Political Refugees in the United States, E 16, M1499, Filmrolle 122, Bildnr. 47-74.

ganda wurden im State Department und im OSS eine Zeitlang ernsthaft erwogen¹⁰. Zu einer partiellen Kooperation kam es mit der ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Mitarbeiterin in der Association, Toni Sender. Sender wurde zur Gründung eines Office of European Labor Research animiert, in dem sie Daten über die europäische Arbeiterbewegung und mögliche Untergrundkontakte sammelte und inoffiziell an das OSS weiterleitete¹¹. Selbst die amerikanische Einstellung gegenüber den kommunistisch beherrschten deutschen Emigrantenorganisationen war erstaunlich positiv. Zwar kritisierte man die Fixierung der kommunistischen Emigranten auf die Sowjetunion und die versteckte Personalunion zwischen vielen der volksfrontähnlichen Organisationen, doch lobte insbesondere das OSS die Aktionsfreudigkeit der kommunistischen Bewegungen, ihre ausgeprägte Feindschaft gegenüber dem Nationalsozialismus und die Mitgliedschaft vieler liberaler Idealisten in den kommunistisch geprägten Organisationen¹².

Gegenüber den Linkssozialisten um Paul Hagen verhielten sich amerikanische Instanzen besonders widersprüchlich. Hier zeigt sich, wie schwierig es ist, verallgemeinernde Aussagen über die amerikanische Haltung zu deutschen Emigranten zu machen. Die Einschätzungen Hagens durch Geheimdienst, Außenministerium und Weißes Haus klafften weit auseinander, nicht zuletzt weil der österreichische Psychoanalytiker eine bewegte Vergangenheit hatte. Von 1919 bis 1929 hatte er der österreichischen beziehungsweise deutschen kommunistischen Partei angehört und an Aufstandsvorbereitungen teilgenommen; anschließend wechselte er über die kommunistische Opposition zu den Linkssozialisten. Zusammen mit Richard Löwenthal gründete Hagen 1933 in der Tschechoslowakei die Gruppe Neubeginnen, mit der er konspirative Untergrundarbeit im Dritten Reich leistete. 1935 gab Hagen die These von der Diktatur des Proletariats auf und näherte sich der linken sozialdemokratischen Parteiopposition an. 1939 kam Hagen in die USA¹³. Während er gute Bezie-

¹⁰ Foreign Activity Correlation Division an Gordon, 21.6. 1941, sowie handgeschriebener Kommentar, 24.6. 1941, in: NA, RG 59; B C282, 862.20211 German-American Congress for Democracy/20; Allen Dulles, OSS, an Hugh R. Wilson, Mitglied der OSS-Planungsgruppe, 23.5. 1942, sowie Wilson an Dulles, o.D. [wohl 24./25.5. 1942], in: NA, RG 226, E 92, B 54, F 27/7507; Davis an Katz, 6.7. 1942, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-175.

¹¹ Maj. Arthur J. Goldberg, Direktor der Labor Division, an George K. Bowden, 12.8. 1942, in: Ebenda, E 168, B 65, F 838; Christof Mauch, Subversive Kriegführung gegen das NS-Regime, in: Jürgen Heideking/Christof Mauch (Hrsg.), Geheimdienstkrieg gegen Deutschland. Subversion, Propaganda und politische Planungen des amerikanischen Geheimdienstes im Zweiten Weltkrieg, Göttingen 1993, S.76.

¹² FNB an R & A, 28.9. 1942, German Political Refugees in the United States, in: NA, RG 226, E 16, M 1499, Filmrolle 122, Bildnr. 47-74, S.21-23; Kommentar Rohrman zu Bericht Robert Rowell, 9.4. 1942, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-71; Wiley an Alan Cranston, Office of Facts and Figures, 24.7. 1942, in: Ebenda, INT-13GE-221.

¹³ Vgl. Herbert A. Strauss/Werner Röder, Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München 1980, S.187f.; Kurt Kliem, Der sozialistische Widerstand gegen das Dritte Reich, dargestellt an der Gruppe „Neubeginnen“, Marburg 1957.

lungen zur Präsidentengattin Eleanor Roosevelt unterhielt¹⁴, wurde er vom Federal Bureau of Investigation (FBI), das sich teilweise auf Anweisung des Weißen Hauses mit Hagen beschäftigte¹⁵, zu einem berufsmäßigen Revolutionär gestempelt, der an „mehreren Verschwörungen gegen die demokratische Regierungsform in Deutschland“ teilgenommen habe¹⁶. Auch im Außenministerium und im OSS wurde Hagen teilweise als „ein führender Kommunist in diesem Land“¹⁷ und „unablässiger politischer Verschwörer“¹⁸ bezeichnet, während andere Beamte auf Hagens Unabhängigkeit von der Sowjetunion hinwiesen und ihn als „faszinierenden Geist“ lobten¹⁹. Trotz der vielfach negativen Einschätzung Hagens gelang es dem Hauptrepräsentanten von Neubeginnen in den USA, Mitarbeiter in amerikanischen Rundfunksendern zu plazieren und zeitweilig mit dem Office of War Information (OWI), der Propagandaorganisation der US-Regierung, zusammenzuarbeiten²⁰. Außerdem konnte Hagen die Planungen des Geheimdienstes zum Aufbau einer Untergrundorganisation in Deutschland beeinflussen²¹. Im Mai 1942 stimmte er zu, mit dem früheren Konsul

¹⁴ Eleanor Roosevelt an Hagen, 14.5. 1942, in: Franklin D. Roosevelt Library, Hyde Park, NY. (künftig: Roosevelt Library), Eleanor Roosevelt Papers 1884–1964, B 641, F 100, Personal Letters, 1942.

¹⁵ D. M. Ladd, FBI, an Tamm, FBI, 16.3. 1943, Washington, D. C., U.S. Department of Justice, Federal Bureau of Investigation, FOIA/PA Section Karl Frank File, File Nr. 100–91015, Section 1, Nr. 14.

¹⁶ J. Edgar Hoover, Leiter des FBI, an Roosevelt, 16.3. 1943, in: Roosevelt Library, Official File, 1933–1945, B 18, F 10b, Department of Justice, FBI Reports 1943. Hierbei bezog man sich auf seine Entführung eines Berliner Redakteurs, um im Rundfunk eine Rede gegen den Bau des Panzerkreuzers „A“ halten zu können. Vgl. Strauss/Röder, Handbuch, S. 187.

¹⁷ Fletcher Warren, Visa-Abteilung, an Long, 18.12. 1941, in: NA, RG 59, B 2935, 800.00B, Hagen, Paul/3; vgl. auch Raymond E. Murphy, Europa-Abteilung des Außenministeriums, an Außenministerium, 5.12. 1941, in: Ebenda, 800.00B Hagen, Paul/1.

¹⁸ Emmy C. Rado, OSS, an John C. Hughes, Direktor des New Yorker OSS-Büros, 25.5. 1943, in: NA, RG 226, E 142, B 3, F 19.

¹⁹ Arthur J. Goldberg, Direktor der Labor Division, an Dulles, 11.7. 1942, in: Ebenda, E 106, B 12, F 88; vgl. auch H. Freeman Matthews, Counselor Amerikanische Botschaft London, an Außenminister, 8.6. 1942, in: NA, RG 59, B 2935, 800.00B Hagen, Paul/10; Rado an Hagen, o.D. [Mitte 1943], in: Stanford University, Hoover Institution on War, Revolution and Peace (künftig: HI), Karl Frank Papers (künftig: Frank), B 9, F P. Claus-Dieter Krohns Bewertung, Hagen habe im OSS einen guten Ruf genossen, stellt in diesem Zusammenhang eine zu starke Verallgemeinerung dar. Vgl. Claus-Dieter Krohn, Exilierte Sozialdemokraten in New York. Der Konflikt der German Labor Delegation mit der Gruppe Neu Beginnen, in: Michel Grunewald/Frithjof Trapp (Hrsg.), *Autour du „Front Populaire Allemand“. Einheitsfront – Volksfront*, Bern 1990, S. 93.

²⁰ Vgl. Rundbrief Niebuhr an American Friends of German Freedom, 1940, in: Library of Congress (künftig: LC), Reinhold Niebuhr Papers (künftig: Niebuhr), General Correspondence, B 1, F American Association for a Democratic Germany; A. Heckscher an Wiley, 18.4. 1942, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-91; Conrad Pütter, Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Deutschsprachige Rundfunkaktivitäten im Exil 1933–1945, München 1986, S. 135.

²¹ Hagen an OSS, 10.4. 1942, in: NA, RG 226, E 106, B 12, F 88, neuerdings abgedruckt in: Jürgen Heideking/Christof Mauch (Hrsg.), *American Intelligence and the German Resistance to Hitler: A Documentary History*, Boulder, CO, 1996, S. 17–19; Rohman an Wiley, 21.5. 1942, in: NA, RG 226, E 190, M 1642, Filmrolle 68, Bildnr. 366–368; Donald C. Downes an George K. Bowden, 19.10. 1942, in: Ebenda, E 136, B 4, F 71; Mauch, *Subversive Kriegführung*, S. 53–55.

Paul Schwarz, dem ehemaligen Zentrumsolitiker Karl Spiecker und dem Ex-Diplomaten Wolfgang zu Putlitz „Mitglied der Kommission zur Beratung der amerikanischen Regierung in Fragen der politischen Strategie gegenüber deutschlandpolitischen Problemen“ zu werden²². Die Spitze des OSS lehnte ein offizielles Beratungsgremium deutscher Flüchtlinge, das mehr Autorität genießen sollte als die einzelnen Emigranten, die vom OSS bereits konsultiert wurden, jedoch im Herbst 1942 ab²³.

Die Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere in der Sowjetunion im Sommer 1943 brachte Bewegung in die Emigrantengruppen. Die Bildung dieser Komitees deutscher kommunistischer Emigranten und deutscher Kriegsgefangener führte zu verstärkten Bemühungen unter den Deutschen in den Vereinigten Staaten, auch dort eine Emigrantenorganisation zu gründen, sei es als Imitation des NKFD oder als Konkurrenzunternehmen. Hierbei suchten die verschiedenen Emigrantenkreise besonders die Mitarbeit des prominenten Exulanten Thomas Mann. Zugleich zeigten amerikanische Regierungsinstanzen erstmals stärkeres Interesse an der Konstituierung eines Komitees deutscher Emigranten, das sie als Gegengewicht zum NKFD verstanden wissen wollten.

Bereits im Frühjahr und Frühsommer 1943 hatte das Außenministerium Überlegungen darüber angestellt, ob die amerikanische Regierung für den Zeitpunkt des Zusammenbruchs des NS-Regimes nicht eine Gruppe deutscher Politiker zusammenstellen solle, um einen Gegenpol zu einer kommunistischen Machtkonzentration im Nachkriegsdeutschland bereitzuhalten und eine „kommunistische Führungsposition unter anti-nationalsozialistischen Deutschen“ zu verhindern²⁴. Zumindest dachten Diplomaten wie James C. Dunn daran, deutsche Emigranten im Rahmen der psychologischen Kriegführung einzusetzen: „Ich hatte immer den Eindruck, daß wir ein wertvolles Element verlieren, wenn wir nicht das Potential dieser freien Bewegungen nutzen und ihre Energien und Bemühungen in eine Richtung lenken, die dieser Regierung helfen würde.“²⁵ Im Frühsommer 1943 hatte man aber einen Konflikt mit den Sowjets noch nicht riskieren wollen: „Unser Krieg ist *im Augenblick* nicht gegen den Kommunismus gerichtet.“²⁶ Außerdem hatte das Außenministerium bis dato noch „keine oppositionelle Persönlichkeit oder Gruppe, die unsere Unterstützung

²² Hagen an Downes, 16.5. 1942, in: NA, RG 226, E 136, B 4, F 71; vgl. auch Memorandum für Dulles, 14.5. 1942, und Dulles an Wilson, 16.5. 1942, in: Ebenda, E 92, B 45, F 7022.

²³ Lithgow Osborne an Dulles, 9.10. 1942, in: Ebenda, E 142, B 3, F 19; Albrecht Ragg, *The German Socialist Emigration in the United States, 1933 to 1945*, Ph.D. Diss., Loyola University of Chicago 1977, S. 276f.

²⁴ Perry Laukhuff, Außenministerium, an Atherton, 2.3. 1943, in: NA, RG 59, B 5355, 862.00/4363 1/2; vgl. auch Memorandum Hugh S. Fullerton, Assistant Chief der Europa-Abteilung des Außenministeriums, 5.2. 1943, in: Ebenda; Rebecca Wellington, Außenministerium, an Berle, 23.6. 1943, in: NA, RG 59, B 2945, 800.01/6-2343; Laukhuff an Fullerton und J.W. Jones, 23.6. 1943, in: Ebenda, B 5355, 862.00/4363 1/2.

²⁵ James C. Dunn, Politischer Berater im Außenministerium, an Berle, 28.6. 1943, in: Ebenda, B 2945, 800.01/6-2343.

²⁶ Laukhuff an Fullerton et al., 4.2. 1943, in: Ebenda, B 5355, 862.00/4363 1/2 [Hervorhebung durch die Verfasserin].

verdient,“ gefunden²⁷. Auch Pläne der Foreign Language Division des Office of War Information vom Herbst 1942, aufgrund einer kurzfristigen Initiative des Weißen Hauses Deutschamerikaner und deutsche Emigranten in den United Americans of German Descent zu sammeln, waren am Mangel an geeigneten Gruppen gescheitert; das OWI hatte sich nach einem Konflikt der Konservativen mit der GLD aus dem Projekt zurückgezogen²⁸.

Die Situation änderte sich mit der Bildung des NKFD. Nun knüpfte man an die früheren Überlegungen an und diskutierte verschiedene Optionen. Die Planungsgruppe des amerikanischen Geheimdienstes dachte an die Gründung eines „konkurrierenden Komitees oder einer Exilregierung“ oder die Einberufung einer Konferenz aller deutschen Gegner des Nationalsozialismus, wobei man ebenfalls Vertreter des Nationalkomitees einladen wollte, um diplomatische Verwicklungen zu vermeiden²⁹. Irving H. Sherman, ein führender Mitarbeiter des OSS, plante die Bildung eines Save Germany Committee aus acht bis zehn repräsentativen deutschen Emigranten und beteuerte, sein Projekt sei lediglich als Ergänzung des russischen Komitees gedacht und „keine Konkurrenz oder Gegenmaßnahme“³⁰. Seinen Kollegen erschien jedoch die Zusammenarbeit des Ex-Nationalsozialisten und ehemaligen Senatspräsidenten von Danzig Hermann Rauschnig, des Journalisten und früheren SPD-Abgeordneten Wilhelm Sollmann, des Diplomaten und Politikers der Deutschen Demokratischen Partei Kurt Riezler, des Kriminologen und Nationalbolschewisten Hans von Hentig, des religiös-sozialistischen Theologen Paul Tillich, des sozialdemokratischen Ex-Oberbürgermeisters von Altona Max Brauer und der mit den Kommunisten sympathisierenden Schriftsteller Heinrich Mann und Oskar Maria Graf sowie schließlich Thomas Manns nicht erreichbar zu sein, weil „eine Gruppe mit einer derartigen Bandbreite an politischen Überzeugungen“ unrealistisch sei³¹.

²⁷ Memorandum Wellington, 30.1. 1943, in: Ebenda, B 3219, 810.00B/1-3043; vgl. auch Berle an Sumner Welles, Stellvertretender Außenminister, 11.2. 1943, Roosevelt Library, Adolf A. Berle Papers, 1912-1974, State Department Subject Files 1938-1945, B 73, F Welles, Sumner (1943). Dies schloß den von Laukhuff wärmstens empfohlenen Brüning ein, vgl. Laukhuff an Atherton, 11.1. 1943, in: NA, RG 59, B 5355, 862.00/4363 1/2.

²⁸ Thomas M. Ruprecht, Felix Boenheim. Arzt, Politiker, Historiker, Hildesheim 1992, S. 245-246, 259f.; Ragg, German Socialist Emigration, S. 306-315.

²⁹ Protokoll der 168. Sitzung der OSS-Planungsgruppe, 31.7. 1943, in: NA, RG 226, E 144, B 5, F 37. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß auch an die sowjetische Regierung von seiten des Bundes Deutscher Offiziere (BDO) der Vorschlag einer Zusammenarbeit des NKFD mit deutschen Emigranten in den USA herangetragen wurde, vgl. Leonid Babitschenko, Zur Neubewertung der Zusammenarbeit des Zentralkomitees der KPdSU und anderer sowjetischer Stellen mit dem NKFD und dem BDO, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und der Bund Deutscher Offiziere, Frankfurt a. M. 1996, S. 88; Gerd R. Ueberschär, Ausgewählte Dokumente zum NKFD und BDO, in: Ebenda, S. 286.

³⁰ Irving H. Sherman, OSS New York, an James Grafton Rogers, Leiter der OSS-Planungsgruppe, 9.10. 1943, in: NA, RG 226, E 144, B 15, F P. G. #41 Save Germany Group; vgl. auch Sherman an Wilson, 3.8. 1943, in: Ebenda, und abgedruckt in: Heideking/Mauch, American Intelligence, S. 49-51.

³¹ Bennett W. Hinks, Psychological Warfare Staff, an OSS-Planungsgruppe, 23.9. 1943, in: NA, RG 226, E 144, B 15, F P. G. #41 Save Germany Group.

Bereits in diesem Zusammenhang hatte der Geheimdienst also an Thomas Mann gedacht.

Am weitesten gedieh das eingangs erwähnte gemeinsame Projekt von OSS und Außenministerium, unter der Ägide der German Labor Delegation einen Council of Free Democratic Germans zu gründen. Hierbei ergriff, wie sich anhand der FNB-Akten zeigen läßt, der Geheimdienst die Initiative. Aufgrund einer regelmäßigen Korrespondenz zwischen OSS und State Department, die im Umgang der beiden Behörden miteinander nicht der Regelfall war, darf man zudem zumindest annehmen, daß das Außenministerium im voraus über die geplante Aktion des Geheimdienstes im Bilde war und diese billigte. Es ist aber durchaus möglich, daß die Idee zur Gründung eines Emigrantenkomitees in den Vereinigten Staaten vom State Department selbst ausging, dessen Beamte aus diplomatischen Erwägungen dann die Foreign Nationalities Branch ins Feld schickten. Die amerikanischen Regierungsstellen waren offensichtlich durch die Bildung des NKFD derart beunruhigt, daß sie sich gegenüber möglichen Manövern Moskaus absichern wollten. Vor allem sollten Versuche der Kommunisten abgeblockt werden, in den USA ein Unterstützungskomitee für das NKFD zu bilden³². Insbesondere die FNB zeigte sich außerdem zunehmend besorgt über die versuchte Manipulation von deutsch-amerikanischen Gruppen durch kommunistische Volksfrontorganisationen und über den starken Einfluß der Kommunisten unter den deutsch-amerikanischen Gewerkschaftlern und ihren Sozialfürsorge-Organisationen³³.

Daher wies der Direktor der FNB, DeWitt C. Poole, lobend auf die antikommunistische und antinationalistische Gesinnung der Mitglieder der German Labor Delegation hin, die er als „herausragende Personen der Deutschen Arbeiterbewegung“ bezeichnete³⁴. Aufgrund ihrer politischen Einstellung empfahl er die GLD als „das Element, mit dem die alliierten Nationen am ehesten zusammenarbeiten könnten“³⁵. Was der amerikanische Geheimdienst der Führung der German Labor Delegation aber antrug, wird sich wohl nicht mehr ermitteln lassen. Wahrscheinlich dürfte es sich lediglich um einen allgemeinen Hinweis gehandelt haben, daß die amerikanische Regierung infolge der Gründung des Nationalkomitees Freies Deutschland nunmehr die Konstituierung eines Komitees deutscher Emigranten auf amerikanischem Boden begrüßen würde. Das SPD-Vorstandsmitglied Friedrich Stampfer schrieb jedenfalls

³² Ann C. Stewart, FNB, an Rado, 9.10. 1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-823; FNB, 18.10. 1943, Memorandum #1102, Boenheim, Felix, M.D., in: Ebenda, E 100, INT-13GE-857. Das amerikanische Außenministerium war nervös, seitdem sich Anfang Januar 1943 Kontakte zwischen der German American Emergency Conference und kommunistischen Emigrantenorganisationen in Lateinamerika anbahnten. Vgl. DeWitt C. Poole, Leiter der FNB, an Außenministerium, 21.1. 1943, in: NA, RG 59, B C282, 811.00B, German American Emergency Conference/6.

³³ LtCol. Robert B. Hall, San Francisco, an Poole, 6.5. 1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-646.

³⁴ Poole an Berle, 3.8. 1943, in: Ebenda, INT-13-GE-729.

³⁵ Poole an Donovan, 12.8. 1943, in: Ebenda, INT-13GE-750.

an seine Parteigenossen in England, daß er „von einer einflußreichen Stelle ermuntert“ worden sei, „eine überparteiliche Zusammenfassung zu versuchen, die vielleicht als Gegengewicht gegen das Moskauer Komitee gedacht war“³⁶. Ende Juli meldete DeWitt C. Poole den Erfolg seiner Mission an Unterstaatssekretär Adolf A. Berle: Max Brauer von der GLD „verstand sofort den Vorschlag, den ich ihm zu vermitteln versuchte“³⁷.

Am 17. August wurden Max Brauer und Siegfried Aufhäuser von Berle im Außenministerium empfangen. Sie schlugen ihm vor, eine Organisation namens Trustees for Democratic Germans, National Council for a Democratic Germany oder Council of Free Democratic Germans zu gründen. Die geplante Bewegung repräsentativer Exilpolitiker sollte mit finanzieller Unterstützung amerikanischer Gewerkschaften und unter Ausschluß deutscher Emigranten der extremen Rechten und der extremen Linken Appelle an das deutsche Volk richten und Pläne für den Wiederaufbau Deutschlands entwerfen. Das Programm des Komitees sah in explizitem Gegensatz zum NKFD-Manifest das Verbot einer deutschen Armee und die Eliminierung des deutschen Militarismus vor³⁸. Intern ging die GLD nach Ansicht der Foreign Nationalities Branch davon aus, daß die geplante Organisation einen „Kampf mit Sowjetrußland um Deutschland und um die Kontrolle und Gestaltung des ganzen Lebens auf dem europäischen Kontinent in der Nachkriegszeit“ einleiten werde. Der Zusammenschluß sollte dennoch keine Exilregierung darstellen und seine Unabhängigkeit von der amerikanischen Regierung bewahren. Der Council of Free Democratic Germans wünschte vom Außenministerium lediglich moralischen Beistand. In fernerer Zukunft erhoffte man sich auch die Hilfe der amerikanischen Regierung bei der geplanten Flugblatt- und Radiopropaganda in Deutschland. Im übrigen bat die GLD um Unterstützung bei dem Versuch, mit deutschen Exilpolitikern in anderen Ländern Kontakt aufzunehmen und ihnen die Einreise in die USA zu ermöglichen. Hierbei dachte man an Persönlichkeiten wie Otto Braun und Josef Wirth aus der Schweiz sowie den DNVP-Politiker und ehemaligen Minister Brünnings Gottfried Treviranus und den bereits erwähnten Karl Spiecker aus Kanada; für eine Landeskongress der Sozialdemokraten und Gewerkschaften wurde die Einreise der SPD-Politiker Hans Vogel und Erich Ollenhauer und des Gewerkschaftsfunktionärs Hans Gottfurcht aus Großbritannien, der SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre Emil Stahl und Fritz Tarnow und des Finanzfachmanns und Reichstagsabgeordneten Kurt Heinig aus Schweden sowie des ehemaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten von Preußen Otto Braun und des Richters und bayerischen SPD-Politikers Wilhelm Hoegner aus der Schweiz gewünscht³⁹.

³⁶ Stampfer an SPD-Parteivorstand London, 9.3. 1944, in: Mit dem Gesicht nach Deutschland. Eine Dokumentation über die sozialdemokratische Emigration. Aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer, hrsg. von Erich Matthias, Düsseldorf 1968, S. 641-644.

³⁷ Poole an Berle, 30.7. 1943, in: NA, RG 59, B 5358, 862.01/346.

³⁸ Poole an Berle, 23.8. 1943, in: Ebenda, 862.01/429; GLD an Berle, 30.8. 1943, in: Ebenda, 862.01/441.

³⁹ FNB, 15.9. 1943, Memorandum #B-78, The German Social Democrats and Soviet Russia, in: NA, RG 226, E 100, INT-33GE-24; vgl. auch Poole an Berle, 23.8. 1943, in: NA, RG 59, B 5358,

Beamte der Europa-Abteilung des Außenministeriums lobten die Pläne der GLD als „eine Entwicklung von großer Bedeutung“ und „eine willkommene Entwicklung“, obwohl das Außenministerium dem Projekt etwas abwartender gegenüberstand als die Foreign Nationalities Branch und die Mitwirkung konservativer Politiker wie Treviranus und Spiecker kritisierte⁴⁰. Insgesamt konstatierten die Diplomaten aber eine „Übereinstimmung zwischen unserer politischen Philosophie“ und der der Foreign Nationalities Branch. Daher wollte sich das State Department die Mitglieder des geplanten Komitees gewogen halten, um nach dem Krieg eine Gruppe einsetzen zu können, die für die politischen Interessen der Vereinigten Staaten Verständnis aufbringen und ein Gegengewicht gegen den erwarteten sowjetischen und kommunistischen Einfluß in Nachkriegsdeutschland bilden würde⁴¹. Aus demselben Grund wurde auch der Vorschlag von H. Freeman Matthews, des Direktors der Europa-Abteilung des State Department, abgelehnt, den im Entstehen begriffenen Council mit dem NKFD zusammenarbeiten zu lassen; man wollte der UdSSR keinen Startvorteil in Nachkriegsdeutschland verschaffen und eine Beherrschung der geplanten Emigrantenorganisation durch die Kommunisten vermeiden⁴². Um das Projekt der German Labor Delegation zu fördern und das geplante Emigrantenkomitee auf den Weg zu bringen, wollte das State Department der GLD die Aufnahme von Kontakten mit Gesinnungsgenossen in Großbritannien, Schweden und der Schweiz ermöglichen. Zu diesem Zweck sollte das OSS der GLD seine Kommunikationskanäle zur Verfügung stellen. Die Foreign Nationalities Branch sollte die German Labor Delegation bei ihrer Kontaktaufnahme mit den vorgesehenen Komiteemitgliedern unterstützen, dabei aber zugleich auf die Auswahl der Mitglieder für das geplante Komitee Einfluß nehmen⁴³.

Weitere Schritte schienen den Beamten des Außenministeriums zum damaligen Zeitpunkt nicht möglich, da sie auf keinen Fall die Beziehungen zur Sowjetunion gefährden und den Eindruck erwecken wollten, „daß wir einen möglichen Rivalen zum ‚Nationalkomitee Freies Deutschland‘ ermutigen“. Daher beschlossen die Diplomaten, zuerst die Position der sowjetischen Regierung abzuklären, die sie auf der ge-

862.01/429; GLD an Berle, 30. 8. 1943, in: Ebenda, 862.01/441; Raag, German Socialist Emigration, S. 355–357.

⁴⁰ Matthews, inzwischen Direktor der Europa-Abteilung des State Department, an Berle, 4. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5358, 862.01/441; vgl. auch Berle an Dunn, 20. 9. 1943, in: Ebenda, 862.01/442; Raag, German Socialist Emigration, S. 357.

⁴¹ Poole an Sherman, 22. 10. 1943, in: NA, RG 226, E 92, B 442, F 17/26899; vgl. auch Matthews an Berle, 4. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5358, 862.01/441; Poole an Berle, 15. 10. 1943, in: Ebenda, 862.01/463.

⁴² Matthews an Berle, 7. 9. 1943, in: Ebenda, 862.01/441; Hickerson an Laukhuff und Matthews, 11. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5355, 862.00/4363 1/2; Laukhuff an Matthews und Hickerson, 13. 9. 1943, in: Ebenda.

⁴³ Matthews an Berle, 4. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5358, 862.01/441; Poole an Sherman, 22. 10. 1943, in: NA, RG 226, E 92, B 442, F 17/26899; Whitney H. Shepardson, Direktor der Abteilung Secret Intelligence Washington, an Col. Russel Forgan, Stellvertretender Direktor des OSS, 11. 11. 1943, in: Ebenda.

planten interalliierten Konferenz in Moskau zu erfahren hofften. Bis zu diesem Zeitpunkt sollten keinerlei Verpflichtungen gegenüber der German Labor Delegation eingegangen werden⁴⁴. Selbst eine Absprache über die amerikanische Haltung gegenüber der GLD mit der britischen Regierung wurde auf die Zeit nach der Moskauer Konferenz verschoben⁴⁵, zumal die Angelegenheit durch die Einschaltung der amerikanischen Gewerkschaft American Federation of Labor nach Ansicht von Berle bereits unnötig politisiert worden war⁴⁶.

Dies entsprach der Linie, die das Außenministerium gegenüber den Plänen des OSS in bezug auf ein Save Germany Committee verfolgte. Auch hinsichtlich dieses Vorschlags betonten die Diplomaten, daß die Ergebnisse der interalliierten Konferenz abgewartet werden sollten, um keine Schritte zu unternehmen, „die als Nachahmung verstanden werden könnten oder eventuell zur Rivalität mit dem in Moskau gebildeten Komitee führen könnten, zumindest nicht bevor die anstehende Dreier-Konferenz die sowjetische Haltung gegenüber Deutschland geklärt hat“⁴⁷. Außerdem verstehe es die amerikanische Regierung im Gegensatz zur diktatorischen Sowjetunion nicht, derartige Komitees zu manipulieren; und sie dürfe nicht durch die Unterstützung einzelner privilegierter politischer Gruppen die Handlungsfreiheit der europäischen Völker nach Kriegsende beschneiden⁴⁸.

Das GLD-Projekt scheiterte jedoch letztendlich, weil sich inzwischen Paul Hagen unter die Akteure gemischt hatte. Der Repräsentant von Neubeginnen hatte zuvor bereits zweimal erfolglos versucht, ein German National Committee zu bilden, einmal mit Hilfe der den deutschen Emigranten freundlich gesonnenen Journalistin Dorothy Thompson, das zweite Mal in Zusammenarbeit mit der militanten Free World Association⁴⁹. Außerdem hatte er sich Ende Juli bemüht, Thomas Mann zur Unterzeichnung eines von Hagen als Gegengewicht zum NKFD verfaßten Appells namhafter Deutscher zu bewegen⁵⁰.

⁴⁴ Matthews an Berle, 9. 9. 1943, in: Ebenda; vgl. auch Dunn an Berle, 16. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5358, 862.01/442; Berle an Dunn, 20. 9. 1943, in: Ebenda; Ragg, German Socialist Emigration, S. 358.

⁴⁵ Matthews an Berle, 7. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5358, 862.01/441; Berle an Dunn, 20. 9. 1943, in: Ebenda, 862.01/442. Der von Ragg postulierte Kontakt mit den Briten wurde also nicht in die Wege geleitet. Vgl. Ragg, German Socialist Emigration, S. 359.

⁴⁶ Berle an Außenminister Cordell Hull, 7. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5358, 862.01/442.

⁴⁷ Laukhuff an John Van A. MacMurray, Special Assistant des Außenministers, 22. 9. 1943, in: NA, RG 226, E 144, B 15, F P.G. #41, Save Germany Group.

⁴⁸ Ebenda; Protokoll der Besprechung der OSS-Planungsgruppe, 30. 9. 1943, in: Ebenda; Laukhuff an John D. Hickerson, Europa-Abteilung des Außenministeriums, und Matthews, 13. 9. 1943, in: NA, RG 59, B 5355, 862.00/4363 1/2.

⁴⁹ Sherman an Wilson, 24. 8. 1943, in: NA, RG 226, E 92, B 365, F 2/22201; Rado an Poole, Sherman und J. Hughes, 24. 9. 1943, in: Ebenda, E 106, B 13, F 96; Ann C. Stewart, FNB, an Rado, 9. 10. 1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-823; Ragg, German Socialist Emigration, S. 267, 324.

⁵⁰ Hagen an Mann, 26. 7. 1943 und 10. 8. 1943, in: HI, Frank, B 5, F Council for a Democratic Germany; Hagen, o. D. [wohl Juli/August 1943], „Proposed Statement“, in: Ebenda, B 1, F Articles, Book MSS. and Other Writings 1943.

Thomas Mann weigerte sich jedoch bis zum Herbst standhaft, an einer gemeinsamen Reaktion auf die Bildung des NKFD mitzuwirken. Hagen gegenüber machte er zwar klar, daß er die nationalbolschewistischen Tendenzen des Nationalkomitees und den „sonderbar militaristischen Geist des Aufruf [sic]“ nicht gutheißt und man nicht länger davon ausgehen könne, „dass Deutschland *nichts geschehen dürfe*“. Darüber hinaus betrachtete er das NKFD-Manifest als sowjetisch inspiriert. Er hielt aber eine gemeinsame Erklärung eines Kreises deutscher Emigranten für unklug, verfrüht und des Nationalismus verdächtig⁵¹. Desgleichen zog Mann am 2. August seine Unterschrift unter einer Erklärung einer Schriftstellergruppe um Bert Brecht, Lion Feuchtwanger, den Philosophieprofessor und Journalisten Ludwig Marcuse und den Autor und engagierten Schriftstellerverbandsvertreter Bruno Frank zurück; auch dieser Aufruf war in Thomas Manns Augen „eine ‚patriotische Erklärung‘, mit der man den Alliierten ‚in den Rücken falle‘“⁵²; zudem fürchtete Mann die Folgen einer zu rückhaltlosen Unterstützung der Sowjetunion⁵³. Hinzu kam, daß der Schriftsteller seit Kriegsbeginn Zweifel daran hegte, ob man zwischen Deutschland und dem Nationalsozialismus noch ohne weiteres unterscheiden könne, und daher vor entsprechenden Erklärungen zurückschreckte⁵⁴. Mann war nur dazu bereit, auf Bitten der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS eine verhalten zustimmende Erklärung zur Bildung des NKFD zu verfassen, in der er aber lediglich die Notwendigkeit einer Revolution in Deutschland bekräftigte⁵⁵.

Ende Oktober 1943 gab Thomas Mann den Überredungsversuchen Hagens jedoch nach und willigte ein, die Präsidentschaft eines Free German Committee zu übernehmen, das als inoffizielles „Clearinghaus für mögliche Anfragen“ der amerikanischen Regierung dienen sollte. Das Free German Committee sollte überparteilich sein, und Mitglieder der extremen Rechten und extremen Linken sollten nicht zugelassen werden. Als Mitglieder schlug Hagen den evangelischen Theologen Paul Tillich,

⁵¹ Mann an Hagen, 6. 8. 1943, in: HI, Frank, B 9, F M; vgl. auch Mann an Agnes Meyer, Sponsorin und gute Bekannte Manns, 9. 8. 1943, in: Thomas Mann – Agnes E. Meyer: Briefwechsel 1937–1955, hrsg. von Hans Rudolf Veget, Frankfurt a. M. 1992, S. 502–505; Claus-Dieter Krohn, Der Council for a Democratic Germany, in: Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hrsg.), Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Aufsätze und Dokumente, Frankfurt a. M. 1995, S. 20 f.

⁵² Bertolt Brecht, Tagebucheintrag 2. 8. 1943, in: Bertolt Brecht. Arbeitsjournal, hrsg. von Werner Hecht, Bd. 2: 1942 bis 1955, Frankfurt a. M. 1974, S. 599; vgl. auch Tagebucheintrag 1. 8. 1943, S. 597, in: Ebenda.

⁵³ Vgl. Tagebucheinträge 1. 8. 1943 und 9. 9. 1943, in: Ebenda, S. 597, 621; vgl. auch Herbert Lehnert, Bert Brecht und Thomas Mann im Streit über Deutschland, in: John M. Spalek/Joseph Strelka (Hrsg.), Deutsche Exilliteratur seit 1933, Bd. 1: Kalifornien, Teil 1, München 1976, S. 67–69.

⁵⁴ Vgl. Tagebucheinträge 2. 8. 1943 und 9. 9. 1943, in: Brecht, Arbeitsjournal, S. 597, 621; Mann an Meyer, 9. 8. 1943, in: Veget, Briefwechsel, S. 503 f.; vgl. hierzu auch ausführlich Lehnert, Brecht und Mann, S. 62–88, sowie Helmut Koopmann, Das Phänomen der Fremde bei Thomas Mann. Überlegungen zu dem Satz: ‚Wo ich bin, ist die deutsche Kultur‘, in: Wolfgang Frühwald/Wolfgang Schieder (Hrsg.), Leben im Exil: Probleme der Integration deutscher Flüchtlinge im Ausland 1933–1945, Hamburg 1981, S. 109–112.

⁵⁵ Für den Text der Erklärung vgl. Lehnert, Brecht und Mann, S. 66.

den Neubeginnen nahestehenden Paul Herz, den linken Sozialdemokraten und Ethnologen Julius Lips und den linkssozialistischen Journalisten Hermann Budzislowski vor⁵⁶. Das Manifest des zu gründenden Komitees sollte Carl Zuckmayer verfassen. Thomas Mann bestand aber zu Hagens Leidwesen auf einer Teilnahme der Sozialdemokraten Siegfried Aufhäuser und Hans Staudinger, was dem Linkssozialisten in seiner Abneigung gegenüber der alten Garde der SPD-Politiker ungelegen kam⁵⁷. Die Sozialdemokraten wiederum sahen die Pläne für ihren eigenen Council akut gefährdet. Aufgrund der Reputation Thomas Manns mußten sie aber zähneknirschend eine Teilnahme an Hagens Komitee zusagen, wenn sie auch nur als Einzelpersonen und nicht als Vertreter ihrer Partei mitzuarbeiten bereit waren⁵⁸.

Amerikanische Regierungsbeamte reagierten mit Ärger und Enttäuschung auf das Projekt Hagens. Ihnen erschien das geplante Komitee Hagens als „schlechte Aktion“, „nicht weise zusammengestellt“ und ohne große „Effektivität“⁵⁹. Viele OSS-Angehörige standen Hagen nach wie vor ablehnend gegenüber. Die verhalten positive Reaktion von Reinhold Niebuhr und der American Friends of German Freedom auf das NKFD-Manifest hatte ihren Verdacht wieder verstärkt, daß Hagen ein Kommunist sei, obwohl er und Niebuhr ihre Erklärung lediglich als Anstoß für eine verbesserte psychologische Kriegführung der Alliierten verstanden wissen wollten und ihre Präferenzen für die demokratischen Mächte deutlich gemacht zu haben glaubten⁶⁰. OSS-Mitarbeiter fühlten sich von Hagen dupiert. So beschwerte sich Irving Sherman: „Paul Hagen ist uns jetzt zuvorgekommen.“⁶¹ Emmy C. Rado klagte, daß

⁵⁶ Rado an Poole, 29.10. 1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-841; zur Mitgliedsliste vgl. Rado an Donovan, 6.11. 1943, in: Ebenda, E 92, B 365, F 2/22201. Über die vorgesehenen Mitglieder gibt es unterschiedliche Angaben: Im Bericht vom 29.10. 1943 über einen Besuch Hagens bei dem katholischen Sozialdemokraten und Journalisten Werner Thormann sprach Hagen auch davon, Vertreter der Loyal Americans of German Descent (Max Bronisch), der German Democratic Study Group (Horst Baerensprung), der New School of Social Research (Hans Staudinger), des Institute of Social Research (James Pollock), des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (Eva Pfister-Lewinski), der Sozialistischen Arbeiterpartei (Jacob Walcher), der German American Emergency Conference (Felix Boenheim) sowie der GLD (Aufhäuser oder Brauer) einzuladen. Vgl. Rado an Poole, 29.10. 1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-841. Diese Idee scheint Hagen jedoch wieder fallengelassen zu haben, wenn er auch bald für eine Erweiterung seines geplanten Komitees nach links eintrat. Vgl. Rado an Donovan, 6.11. 1943, in: Ebenda, E 92, B 365, F 2/22201; Rado an Poole, 15.11. 1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-913, neuerdings abgedruckt in: Stephan, Visier, S. 113.

⁵⁷ Rado an Donovan, 6.11. 1943, in: NA, RG 226, E 92, B 365, F 2/22201.

⁵⁸ Rado an Poole, 6.11. 1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-847; Poole an Berle, 23.11. 1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-880.

⁵⁹ Sherman an Wilson, 6.11. 1943, in: Ebenda, E 92, B 365, F 2/22201; vgl. auch Rado an Poole, 29.10. 1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-841.

⁶⁰ Pressemitteilung der American Friends of German Freedom, 12.8. 1943, in: HI, Frank, B 1, F Articles, Book MSS. and Other Writings 1943; Hagen an Niebuhr, 5.10. 1943, in: LC, Niebuhr, General Correspondence, B 1, F American Association for a Democratic Germany; Protokoll Gespräch Philip Horton, FNB, und Hagen, 2.8. 1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-732; Rado an Poole, 16.8. 1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-755.

⁶¹ Sherman an Wilson, 6.11. 1943, in: Ebenda, E 92, B 365, F 2/22201.

Hagen plane, „ihn [Thomas Mann] für irgendein Deutsches Komitee einzufangen“. (...) und indem er diese Sache mit Hilfe von Thomas Mann organisiert, wird er die Fäden in der Hand behalten“⁶². Auch der Direktor des OSS, General William J. Donovan, betrachtete ein Komitee unter dem vorherrschenden Einfluß von Paul Hagen als „unerwünscht“, weil der Vertreter von Neubeginnen hinter den Kulissen die Fäden in der Hand behalten werde⁶³. Thomas Mann, den Geheimdienstmitarbeiter als „äußerst wichtig und nützlich“ einstufen, wollten sie für ein zukünftiges, in den Diensten der Amerikaner stehendes Emigrantenkomitee reservieren⁶⁴. Daher hatte das OSS bereits panikartig reagiert, als Thomas Mann, dem man kein gutes politisches Urteilsvermögen zutraute, im August im Begriff schien, Brechts Erklärung zum NKFD zu unterstützen⁶⁵. Eine Verbindung Thomas Manns mit Hagen erschien selbst der Planungsgruppe, dem höchsten Entscheidungsgremium des OSS, als „bedauerlich“ und „übereilt“. Ein eventuelles Emigrantenkomitee unter der Mitwirkung Thomas Manns sollte unter der Ägide der GLD aufgebaut und erst nach der Moskauer Konferenz in Angriff genommen werden⁶⁶.

Bevor es zur Gründung des von Hagen organisierten Emigrantenkomitees kommen konnte, bestand Thomas Mann auf einer Nachfrage beim State Department, ob der amerikanischen Regierung ein derartiges Unterfangen genehm sei⁶⁷. Hiermit war der Ansatzpunkt für ein Eingreifen der Amerikaner gegeben: Der amerikanische Geheimdienst beschloß auf höchster Ebene und mit Einverständnis von General Donovan, „daß man schnell Mann und andere verständigen soll, daß die Regierung es im Augenblick vorzieht, daß in dieser Beziehung nichts unternommen wird“⁶⁸. Daher trat Poole an Unterstaatssekretär Berle mit der Bitte heran, Thomas Mann in der von ihm gewünschten Unterredung anzudeuten, daß die amerikanische Regierung ein deutsches Komitee zum gegenwärtigen Zeitpunkt ablehne. Wichtig war dem OSS dabei, daß die Öffentlichkeit nicht erfahren sollte, „daß das Außenministerium aktiv im negativen Sinne interveniert hat“⁶⁹. Da das State Department ein von Hagen beherrschtes Komitee als Zweigorganisation des NKFD auf amerikanischem Boden interpretierte, kam Berle dieser Bitte gern nach. Er machte Mann am 25. November

⁶² Rado an Poole, 29.10.1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-841.

⁶³ Sherman an Wilson, 6.11.1943, in: Ebenda, E 92, B 365, F 2/22201.

⁶⁴ Sherman an Wilson, 6.11.1943, in: Ebenda; vgl. auch Protokoll der 253. Sitzung der OSS-Planungsgruppe, 9.11.1943, in: NA, RG 226, E 144, B 5, F 39.

⁶⁵ Rado an Poole, 27.8.1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-769; für eine allgemeine Einschätzung Manns vgl. FNB, 25.9.1943, Memorandum #1037, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-867.

⁶⁶ Protokoll der 253. Sitzung der OSS-Planungsgruppe, 9.11.1943, in: Ebenda, E 144, B 5, F 39; vgl. auch Sherman an Wilson, 6.11.1943, in: Ebenda, E 92, B 365, F 2/22201.

⁶⁷ Mann an Berle, 18.11.1943, in: NA, RG 59, B 5359, 862.01/523, neuerdings abgedruckt in: Stephan, Visier, S.106f.; Thomas Mann, Gesammelte Werke, Bd.12, Berlin 1956, S.221. Mann hoffte wohl insgeheim auf eine Ablehnung seitens der Regierung. Vgl. Donald A. Prater, Thomas Mann. Deutscher und Weltbürger, München 1995, S.488.

⁶⁸ Sherman an Wilson, 6.11.1943, in: NA, RG 226, E 92, B 365, F 2/22201.

⁶⁹ Poole an Berle, 10.11.1943, in: NA, RG 59, B 5359, 862.01/522; vgl. auch Protokoll der 253. Sitzung der OSS-Planungsgruppe, 9.11.1943, in: NA, RG 226, E 144, B 5, F 39.

klar, daß das Außenministerium zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein deutsches Komitee nicht gerne sehe und daß Mann aufgrund seines hohen Ansehens und seiner zu dieser Zeit laufenden Bewerbung um die amerikanische Staatsbürgerschaft von einem derartigen Vorhaben Abstand nehmen solle⁷⁰. Daraufhin lehnte Mann, der dem geplanten Komitee ohnehin stets skeptisch gegenübergestanden hatte, die Mitgliedschaft in einer deutschen Emigrantenorganisation ab und publizierte seine Absage. Er schaffte damit im doppelten Sinne des Wortes die Situation „Mann über Bord“⁷¹.

Trotz des Rücktritts von Thomas Mann hielt Hagen weiter an seinen Plänen fest, die im Mai 1944 zur Gründung des Council for a Democratic Germany führten. Die Sozialdemokraten zogen sich jedoch aus Hagens Projekt zurück. Wegen der Weigerung Thomas Manns, an einem Emigrantenkomitee mitzuwirken, war auch das geplante Komitee der German Labor Delegation zum Scheitern verurteilt: Ein Komitee ohne die illustre Persönlichkeit Thomas Manns war nicht zu verwirklichen. Zudem machte das Außenministerium klar, daß es offiziell seine Objektivität bewahren mußte und nicht für ein Komitee Partei ergreifen konnte, nachdem es ein anderes abgelehnt hatte⁷². Somit war der Plan eines Gegenkomitees zum NKFD vorläufig ad acta gelegt, zumal die OSS-Planungsgruppe, die auf Bitten des Außenministeriums die Vor- und Nachteile eines Komitees deutscher Emigranten und Kriegsgefangener analysiert hatte, von der Bildung eines solchen Ausschusses abriet. Laut Beschluß der Planungsgruppe konnte ein deutsches Komitee zwar als Katalysator für mögliche Widerstandstätigkeiten „patriotischer“ Deutscher wirken, aber „im Hinblick auf mögliche Entwicklungen in der internationalen Situation wäre es wünschenswert, Überlegungen über die Bildung eines Deutschen oder Österreichischen Komitees in den Vereinigten Staaten zu verschieben“⁷³. Das OSS war lediglich dazu bereit, wie geplant den Mitgliedern der GLD seine Kommunikationskanäle in die anderen Emigrationsländer zur Verfügung zu stellen⁷⁴. Im übrigen zeigte der Geheimdienst weiterhin Interesse an der Persönlichkeit Thomas Manns, wollte ihm, der als intelligenter deutscher Realist galt, aber erst für die Zeit nach der Niederlage Deutschlands eine Rolle zubilligen⁷⁵.

An den oben geschilderten Vorgängen läßt sich erkennen, daß die amerikanische Regierung einerseits aus Furcht vor Schwierigkeiten mit ihren Bündnispartnern und andererseits aufgrund interner Querelen unter den Emigranten und der Aktivitäten so schillernder Persönlichkeiten wie Paul Hagen von ihrem ursprünglichen Vorhaben

⁷⁰ Protokoll Gespräch Mann und Berle, 25.11.1943, in: Stephan, Visier, S.108; Rado an Poole, 8.12.1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-904, neuerdings abgedruckt in: Stephan, Visier, S.114f.

⁷¹ Rado an Poole, 8.12.1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-904; vgl. auch New York Times, 29.11.1943, 18:7; Vaget, Briefwechsel, Mann an Meyer, 5.12.1943, S.524f.

⁷² Friediger an Poole, 1.12.1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-896; Rado an Poole, 8.12.1943, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-904, neuerdings abgedruckt in: Stephan, Visier, S.114f.

⁷³ Protokoll der 268.Sitzung der OSS-Planungsgruppe, 26.11.1943, in: NA, RG 226, E 144, B 5, F 39; vgl. auch Protokoll der 265.Sitzung der OSS-Planungsgruppe, 23.11.1943, in: Ebenda.

⁷⁴ Poole an Berle, 23.11.1943, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-880.

⁷⁵ Vgl. Friediger an Poole, 10.1.1944, in: Ebenda, E 100, INT-13GE-946.

wieder abbrückte, die Komiteepläne der German Labor Delegation zu unterstützen. Statt dessen entschied man sich in State Department und OSS dafür, vorerst abzuwarten⁷⁶. Der erfolgreiche Abschluß der Teheraner Konferenz Anfang Dezember 1943 rückte die Anerkennung einer deutschen Emigrantenorganisation durch die amerikanische Regierung dann in weite Ferne. Nachdem sich eine militärische und politische Zusammenarbeit mit der Sowjetunion als möglich erwiesen hatte, wollte man die getroffenen Vereinbarungen nicht gefährden. Außerdem fürchteten amerikanische Regierungsbehörden die kommunistische Unterwanderung eines potentiellen deutschen Emigrantenkomitees und überzogene Ansprüche der Emigranten in bezug auf einen milden Frieden für Deutschland⁷⁷. Daher erfolgte auch von Regierungsseite keinerlei Unterstützung des im Mai 1944 von Hagen ohne Teilnahme Thomas Manns gegründeten Council for a Democratic Germany. Vielmehr wurde der Council aufgrund seiner Verbindung zu Hagen als Ableger des NKFD⁷⁸ mit zudem übertrieben deutschfreundlichem Charakter⁷⁹ abgelehnt.

Dennoch haben die in den letzten Jahren freigegebenen OSS-Akten gezeigt, daß im Sommer 1943, zu einer Zeit der wiederholten Krisen im Verhältnis zwischen den drei Alliierten – bedingt durch den Abbruch der sowjetisch-polnischen Beziehungen und die Verschiebung der geplanten Invasion Frankreichs –, als die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den USA und der Sowjetunion für kurze Zeit gefährdet schien, von den Amerikanern alternative Szenarien entworfen wurden. Diese Phase war mit den erfolgreichen Konferenzen von Moskau und Teheran überwunden. Lediglich auf strikt militärisch-operativem Gebiet sollten im Herbst 1944 und zu Beginn des Jahres 1945 vom Geheimdienst und von den amerikanischen Militärbehörden noch Projekte zur Gründung einer Art Gegenkomitee zum NKFD entworfen werden, die aber letztendlich nicht zustande kamen⁸⁰.

⁷⁶ Am 28. August hatte das Außenministerium nochmals öffentlich seine abwartende Haltung gegenüber Emigrantenorganisationen bekräftigt und sich gegen die Anschuldigung verwahrt, reaktionäre Exilbewegungen zu unterstützen. Vgl. Pressemitteilung des Außenministeriums, 28. 8. 1943, in: NA, RG 59, B 62, 361.

⁷⁷ Zu letzterem Argument vgl. Friediger an Poole, 28. 1. 1944, in: NA, RG 226, E 100, INT-13GE-966.

⁷⁸ FNB an Donovan, 12. 5. 1944, in: Ebenda, E 100, INT-33GE-45; Hoover an Harry L. Hopkins, Vertrauter Roosevelts, 11. 12. 1944, in: Roosevelt Library, Harry L. Hopkins Papers, 1928–1946, B 146, F General Intelligence Survey in the U.S.

⁷⁹ FNB an Donovan, 12. 5. 1944, in: NA, RG 226, E 100, INT-33GE-45; OSS Washington an OSS Bern, 18. 5. 1944, in: Ebenda, E 134, B 341, F 1824; vgl. auch Walter F. Peterson, Das Umfeld: Die Vereinigten Staaten und die deutschen Emigranten, in: Langkau-Alex/Ruprecht, Deutschland, S. 72f.

⁸⁰ Vgl. Heike Bungert, „Den deutschen Widerstandswillen brechen“. Anglo-amerikanische Pläne zur Gründung eines deutschen Komitees als Antwort auf das NKFD, in: Ueberschär, Nationalkomitee, S. 52–63.

Diskussion

ECKART CONZE

KONFRONTATION UND DÉTENTE

Überlegungen zur historischen Analyse des Ost-West-Konflikts

Die Welt befindet sich im Umbruch. Der Ost-West-Konflikt, der über vier Jahrzehnte die internationale Ordnung, das internationale System und die internationalen Beziehungen dominierte, der aber auch tief in die Staaten und ihre Gesellschaften hineinwirkte, ist zu Ende. Eine „neue Weltordnung“, von US-Präsident George Bush 1990/91 vielfach beschworen¹, hat sich aus dem Zusammenbruch der alten bisher nicht entwickelt, ja es ist fraglich, ob so rasch eine Ordnung entstehen kann, deren Strukturen ähnlich stabil sind wie diejenigen des Ost-West-Konflikts. In jedem Fall ist die Euphorie aus den ersten Jahren der Dekade längst verfliegen. Sie hat, trotz punktueller Stabilisierungserfolge wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Erklärung über die Beziehungen zwischen der NATO und Rußland vom Mai 1997, einem ernüchterten, zum Teil pessimistischen Realismus Platz gemacht. Die Welt der neunziger Jahre ist unübersichtlich und instabil, und hinter vorgehaltener Hand beschwört heute manch einer die Stabilität und Übersichtlichkeit des internationalen Systems in den gut vier Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg.

Die aktuellen Bemühungen um ein tragfähiges Sicherheitssystem für die Zukunft rechtfertigen selbstverständlich auch den Blick in die Geschichte, die historische Analyse vergangener Sicherheitsordnungen. So haben unter anderem die gegenwärtigen sicherheitspolitischen Diskussionen Andreas Wenger veranlaßt, in seinem Aufsatz „Der lange Weg zur Stabilität“ danach zu fragen, wie sich die europäische Sicherheitsordnung der Nachkriegszeit herausbildete und stabilisierte². Eine so motivierte Untersuchung wird freilich dann problematisch, wenn sie vor dem Hintergrund der Komplexität der Gegenwart und der Ratlosigkeit der Politiker ein allzu glattes und einseitiges Bild der Vergangenheit entwirft. Die These Wengers, daß seit Beginn der sechziger Jahre eine amerikanisch-sowjetische Interessenskongruenz in der deutschen und der nuklearen Frage Europa Stabilität, ja Frieden gebracht habe, ist ohne die Unübersichtlichkeit der internationalen Ordnung der neunziger Jahre nicht zu verstehen, und sie ist insofern ganz typisch für eine

¹ Vgl. insbesondere die Rede von George Bush vor dem Kongreß zum Ende der Golf-Krise vom 6.3. 1991, Auszüge zur „Neuen Weltordnung“, abgedruckt in: Europa-Archiv (EA) 46 (1991), S.D 218–220; des weiteren die Rede Bushs zur „Neuen Weltordnung“ auf dem Luftwaffenstützpunkt Maxwell (Alabama) vom 13.4. 1991, Auszüge abgedruckt in: Ebenda, S.D 254–258; vgl. auch Bushs Botschaft zur Lage der Nation vom 29.1. 1991, abgedruckt in: Ebenda, S.D 119–125, vor allem S.124f.

² Andreas Wenger, Der lange Weg zur Stabilität: Kennedy, Chruschtschow und das gemeinsame Interesse der Supermächte am Status quo in Europa, in: VfZ 46 (1998), S. 69–99, hier S.69.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

Studie zur Geschichte der internationalen Beziehungen im Ost-West-Konflikt aus der Zeit nach seinem Ende.

Die Entstehung der amerikanisch-sowjetischen Interessenübereinstimmung schreibt Wenger einem „Verständigungsprozess zwischen Kennedy und Chruschtschow“ zu, und dieser steht im Zentrum seiner Analyse. Der amerikanische Präsident und der sowjetische Parteichef hätten bis 1963 einen informellen Accord in den Kernfragen der europäischen Sicherheit erzielt: in der deutschen und in der nuklearen Frage. Moskau habe den territorialen Status quo in Mitteleuropa akzeptiert, sprich: die deutsche Teilung und die Präsenz der USA in Westeuropa, Washington im Gegenzug darauf verzichtet, der Bundesrepublik Deutschland Verfügungsgewalt über nukleare Waffen einzuräumen. Auf diese einfache, zu einfache Formel bringt Wenger den amerikanisch-sowjetischen Interessenausgleich, und er sieht in diesem Quid pro quo zugleich die Grundlage der Entspannungspolitik der sechziger und siebziger Jahre.

Wengers Untersuchung setzt mit Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 ein, dem Beginn der zweiten Berlin-Krise. Den sowjetischen Druck auf Berlin betrachtet Wenger so gut wie ausschließlich als Reaktion auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen. Von der Administration Eisenhower seien „sowjetische Klagen über den deutschen Militarismus und die Gefahr einer nuklearen Bundeswehr nicht als Symptome echter sowjetischer Sicherheitsinteressen“ wahrgenommen worden³. Dies habe erst die Regierung Kennedy getan und entsprechend die amerikanische Nuklearstrategie verändert. Die erneute sowjetische Pression auf Berlin im Sommer 1961 erklärt Wenger nunmehr mit der Überzeugung Moskaus, Kennedy sei ein schwacher Präsident und Washington verfüge insbesondere nach dem Schweinebucht-Debakel weder über die Fähigkeit noch den Willen zu einer harten Vorgehensweise. Das Nuklearisierungsargument bezüglich der Bundesrepublik taucht nicht mehr auf. Nach Wenger wären die Monate zwischen dem Mauerbau und der Kuba-Krise gekennzeichnet durch einen amerikanisch-sowjetischen Bilateralismus, der, von der Berlin-Problematik ausgehend, schließlich zu der beiderseitigen Erkenntnis geführt habe, daß eine Lösung der Spannungen am besten auf der Basis des territorialen *und* nuklearen Status quo erreicht werden könne. Die Kuba-Krise habe diesen Stabilisierungsimperativ dann noch einmal drastisch verstärkt. Anfang der sechziger Jahre sei, so das Resümee des Aufsatzes, die konfrontative Phase des Kalten Krieges in eine Periode der Entspannung übergegangen, befördert durch die entstehende amerikanisch-sowjetische Interessenkongruenz in der deutschen und der nuklearen Frage. Die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems habe zu strukturellen Veränderungen des internationalen Systems geführt, die schließlich in der strategischen Wende der Jahre 1989/91 und dem Ende des Kalten Krieges kulminiert seien.

Wengers Darstellung beruht auf zwei unausgesprochenen Grundannahmen: Zum einen setzt er sicherheitspolitische Stabilität und Frieden gleich. Dies wirft die Frage nach dem Friedensbegriff auf, den er verwendet. Zum anderen reduziert er – und erst dies ermöglicht es ihm, eine gerade Linie zwischen den Jahren 1961/62 und 1989/91 zu ziehen – den Ost-West-Konflikt insgesamt auf seine rein machtpolitische Dimension. Die folgende Auseinandersetzung mit den Thesen Wengers wird zunächst auf diese prinzipiellen Probleme eingehen, bevor sie sich, in einem zweiten Schritt, mit den konkreten Argumenten des Beitrags beschäftigt. Am Ende wird schließlich kurz auf die Frage einzugehen sein,

³ Ebenda, S. 77.

ob tatsächlich eine direkte Entwicklung der internationalen Politik von den sechziger Jahren bis 1989/91 führte, ob der Zusammenbruch der durch den Ost-West-Gegensatz gekennzeichneten internationalen Ordnung wirklich allein aus den Veränderungen in den sechziger Jahren zu erklären ist.

„Kalter Krieg“ und „Langer Frieden“

„Paix impossible, guerre improbable“ – „Frieden unmöglich, Krieg unwahrscheinlich“, so beschrieb Raymond Aron schon sehr früh ein Grundcharakteristikum der Ost-West-Beziehungen nach 1945⁴. Diesem, wenn auch schlagwortartigen Befund liegt ganz offensichtlich ein anderer Friedensbegriff zugrunde als der Analyse Wengers, der nicht nur über die sicherheitspolitischen Grundlagen spricht, die im Europa der sechziger Jahre den Frieden sicherten, sondern – noch viel weiter – die Zeit zwischen 1945 und 1990 als „eine lange Epoche des Friedens“ betrachtet⁵. Frieden ist hier ganz offensichtlich die Abwesenheit von Krieg, und Wenger macht diese zum Definiens der Epoche. Doch bereits die Verwendung des Begriffs „Kalter Krieg“ in der zeitgenössischen Sprache deutet auch andere Interpretationsmöglichkeiten an. Man muß nicht, wie jüngst Eric Hobsbawm unter Bezug auf Thomas Hobbes, den Kalten Krieg als den Dritten Weltkrieg bezeichnen⁶. Aber wer den Terminus „Frieden“ wissenschaftlich verwenden will, der kommt an einer klaren Begriffsbestimmung nicht vorbei. So schwer es ist, einen wissenschaftlich brauchbaren Friedensbegriff zu entwickeln⁷, so sehr ist gerade auch ein Historiker, der sich mit den internationalen Beziehungen im Ost-West-Konflikt beschäftigt, auf präzise Definitio-

⁴ Erstmals taucht diese Wendung auf in dem Leitartikel „Stupide résignation“ in: *Le Figaro* vom 21./22. 9. 1947, Wiederabdruck in: Raymond Aron, *Les articles de politique internationale dans le Figaro de 1947 à 1977*, Bd. 1: *La guerre froide* (Juin 1947 à mai 1955), hrsg. von Georges-Henri Soutou, Paris 1990, S. 47–50, hier S. 49. Vgl. auch das Kapitel mit genau dieser Überschrift, basierend auf dem *Figaro*-Leitartikel, in: Ders., *Le Grand Schisme*, Paris 1948.

⁵ Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 69.

⁶ Vgl. Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 1995, S. 286. Das Hobbes-Zitat lautet: „Krieg besteht nicht nur aus Schlachten oder Kampfhandlungen, sondern auch aus einer Zeitspanne, in der der Wille, sich zu bekriegen, ausreichend vorhanden ist.“ Vgl. aber beispielsweise auch die Interpretation von Gregor Schöllgen, *Geschichte der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991*, München 1996, S. 464: „In diesem 20. Jahrhundert hat die Menschheit nicht nur zahllose Krisen, Katastrophen und Revolutionen durchlebt und überlebt, sondern auch hunderte von regionalen und drei globale Kriege: den Ersten (1914–1918) und den Zweiten Weltkrieg (1939–1945) sowie den Dritten – den Kalten Krieg (1941–1991). Wie der Erste und der Zweite hat er alle Bereiche des politischen, militärischen, wirtschaftlichen, aber auch des sozialen Lebens erfaßt und der Menschheit zudem die Möglichkeit ihrer eigenen Vernichtung vor Augen geführt. Kein Volk, kein Staat auf dem Planeten ist von den Wirkungen dieses Dritten Krieges unberührt geblieben.“ Vgl. im Gegensatz hierzu aber auch den aus der Systemstabilität und der Absenz von Großmachtkriegen abgeleiteten Begriff „Long Peace“, den John L. Gaddis zur Charakterisierung der internationalen Beziehungen nach 1945 verwendet. Vgl. John L. Gaddis, *The Long Peace. Inquiries Into the History of the Cold War*, New York/Oxford 1987.

⁷ Vgl. hierzu Ernst-Otto Czempel, *Friedensstrategien. Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft*, Paderborn u. a. 1986, vor allem S. 25.

nen und den Rückgriff auf theoretische Instrumentarien, beispielsweise aus der politikwissenschaftlichen Nachbardisziplin, angewiesen. Löst man sich von dem „negativen“ Friedensbegriff, der Frieden schlicht als Nicht-Krieg definiert, so wird man unter anderem, jenseits der Absenz von Krieg (im Sinne der Anwendung militärischer Gewalt), den Ersatz von Krieg durch andere, nicht-gewaltsame Austragungsmodi zur Lösung von Konflikten in einem internationalen System als Frieden bestimmen können⁸. Wenn man einer übergreifenden oder auch einer segmentären historischen Analyse des Ost-West-Konflikts diese Begriffsbestimmung von Frieden zugrundelegt, wird man die Dekaden des Ost-West-Konflikts nach 1945 weder in ihrer Gesamtheit noch in einzelnen Zeitabschnitten ohne weiteres als Friedensjahre bzw. -jahrzehnte bezeichnen können.

In jedem Falle führt die Gleichsetzung von sicherheitspolitischer Stabilität und Frieden zu einem verzerrten historischen Bild mit politisch nicht unbedenklichen Folgen. Dieses Argument gewinnt an Gewicht in Anbetracht des Erkenntnisinteresses von Wenger, welches – zumindest implizit – von aktuellen politischen Überlegungen determiniert ist⁹. Mit Hilfe des von Czempiel verwandten Friedensbegriffs läßt sich eine prozeßhafte Entwicklung von Krieg zu Frieden entfalten, in der Fortschritte in Richtung Frieden in erster Linie durch den Rückgang von militärischer Gewaltanwendung oder deren Androhung festzumachen sind. Die sechziger Jahre können dafür als Exempel dienen, denn es ist unbestreitbar, daß auf der „Friedensskala“ die weitgehend normalisierten Beziehungen zwischen den Staaten Westeuropas unter Einschluß der Bundesrepublik Deutschland anders zu verorten sind als die Beziehungen zwischen USA und Sowjetunion. Letztere standen noch immer ganz eindeutig unter dem Dominat des Militärischen. Gerade die Entspannungspolitik der sechziger Jahre, deren Genese das Zentrum des Aufsatzes von Wenger bildet, war keine Ablösung dieses Dominats, sondern ein Versuch, in der machtpolitischen Konkurrenz andere Formen des Konfliktaustrags zu schaffen, beispielsweise durch handelspolitische Maßnahmen. Die entscheidende Moderierung und Steuerung des nach wie vor andauernden Machtkonflikts aber vollzog sich durch die Stabilisierung der – nuklearen – Abschreckung. Rüstung endete nicht, sondern Rüstungswettläufe wurden lediglich konsequent kanalisiert. Rüstungskontrolle und nicht Rüstungsbegrenzung oder gar Abrüstung charakterisierten die Entspannungspolitik bis in die siebziger Jahre. Im übrigen blieb die Gefahr, daß sich die Trends umkehren könnten, bestehen, und die Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen seit Mitte der siebziger Jahre belegt, wie leicht der Friedensprozeß reversibel war, solange er noch durch Militär, Rüstung und Gewaltandrohung determiniert blieb¹⁰.

Wengers These, daß „erst die Herausbildung einer amerikanisch-sowjetischen Interessenkongruenz in der deutschen und in der nuklearen Frage (...) zu einer Stabilisierung der europäischen Sicherheitsordnung“ führte¹¹, ist deshalb zu relativieren. Geht man von einem umfassenden Konfliktverständnis aus, das den Ost-West-Konflikt nicht eindimensional, beispielsweise als rein machtpolitische Auseinandersetzung, begreift, sondern als seine Konstitutiva die entgegengesetzten, unvereinbaren Hauptmerkmale kommunistischer und liberal-demokratischer Ordnung im innergesellschaftlichen und im internationalen Bereich sieht, dann wird man aus partiellen Interessenüberschneidungen, beispiels-

⁸ Vgl. ebenda, S.35f.

⁹ Vgl. Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S.69.

¹⁰ Zum „Kontinuum des Friedensprozesses“ vgl. Czempiel, *Friedensstrategien*, S.49–51.

¹¹ Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S.70.

weise in der nuklearen Frage, nicht ohne weiteres allgemeine Übereinstimmung ableiten. Dieses weite Verständnis des Ost-West-Konflikts zugrundegelegt, war Konfliktregulierung, nicht Konfliktüberwindung das Ziel der Entspannungspolitik (im Sinne einer Spannungssenkungspolitik) der sechziger Jahre¹², einer Politik, die allein auf der machtpolitischen Ebene ansetzte. Der Konfliktkern hingegen blieb unverändert: Entspannung bedeutete weder ost-westliche Konvergenz noch ost-westliches Kondominium¹³. Auch minderte der Détente-Prozess nicht den Status der westeuropäischen Allianzpartner der USA, der Allianzzusammenhalt war vielmehr eine seiner Voraussetzungen. Der Konsolidierungsgrad der NATO, wie er um 1955 insbesondere mit dem Beitritt der Bundesrepublik und Italiens erreicht wurde, machte Entspannungsschritte, die ja zu keinem Zeitpunkt die Auflockerung der NATO oder des Warschauer Pakts anvisierten, erst möglich. „Allianzpolitische Stabilisierung“, so stellte Werner Link schon 1980 fest, „erwies sich als eine Grundbedingung der politischen Entspannung“¹⁴. Link charakterisiert die Entspannungspolitik zu Recht als eine „Mischung aus kooperativ-integrativen und konfrontativ-regressiven Elementen der Konfliktregulierung“, als „zweiten Versuch einer antagonistischen Kooperation“¹⁵. „Agree to disagree“ lautete der gemeinsame Nenner. Es bedurfte also weniger des nuklearen Konsenses, um das europäische Sicherheitssystem zu stabilisieren, um den machtpolitischen Gegensatz zu entschärfen, sondern vielmehr der verfestigten Polarisierung, wie sie ihren Ausdruck in der Konsolidierung von NATO und Warschauer Pakt und vor allem in der Einbeziehung von Bundesrepublik und DDR in das jeweilige Bündnis fand. Der Beginn der Kuba-Krise zeigt jedenfalls deutlich, daß das nukleare Kräfteverhältnis zu Beginn der sechziger Jahre durchaus destabilisierende Wirkung hatte¹⁶, obwohl nach Ausbruch der Krise die politische Funktion nuklearer Waffen in ihrer eskalationsverhindernden und disziplinierenden Wirkung lag¹⁷.

Mit Blick auf die historische Bewertung der Entspannungspolitik der sechziger Jahre wird aber auch deutlich, wie wichtig eine präzise Begriffsbildung ist. Die Détente, von der Eisenhower-Administration punktuell bereits bei den Gipfeln von Genf 1955, von Camp David 1959 und von Paris 1960¹⁸ angestrebt, wurde ab 1963, also erst nach Ende

¹² Vgl. hierzu Ernst-Otto Czempiel, Zum theoretisch-methodischen Ansatz der Analyse des Ost-West-Konflikts, in: Werner Link (Hrsg.), Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts. Konstanten und Veränderungen, Köln u. a. 1984, S. 29–33, vor allem S. 31.

¹³ Vgl. Werner Link, Die neueren Entwicklungen des Ost-West-Konflikts – Konstanten und Veränderungen, in: Ders., Die neueren Entwicklungen, S. 3–18, hier S. 17.

¹⁴ Werner Link, Der Ost-West-Konflikt. Die Organisation der internationalen Beziehungen im 20. Jahrhundert, Stuttgart u. a. 1988, S. 201.

¹⁵ Nach dem ersten Versuch in Form der Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkriegs. Vgl. ebenda, S. 168.

¹⁶ Wenger räumt dies zwar explizit ein, löst aber den Widerspruch zu seiner These von der stabilisierenden Funktion der nuklearen Frage nicht auf.

¹⁷ Zur Kuba-Krise vor allem: On the Brink. Americans and Soviets Reexamine the Cuban Missile Crisis, hrsg. von James G. Blight und David A. Welch, New York 1990; James G. Blight/Bruce J. Allyn/David A. Welch, Cuba on the Brink. Castro, the Missile Crisis, and the Soviet Collapse, New York 1993; Raymond Garthoff, Reflections on the Cuban Missile Crisis, Washington 1989; McGeorge Bundy, Danger and Survival. Choices about the Bomb in the First Fifty Years, New York 1988, S. 391–462.

¹⁸ Zu den bilateralen sowie den Vierergipfeln der Eisenhower-Jahre vgl. Michael Jochum, Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955–1960, Paderborn 1996.

der Kuba-Krise, von der Regierung Kennedy systematisch betrieben¹⁹. Die entspannungs-politischen Maßnahmen von 1963 – vom Limited Test Ban Treaty über die Einrichtung eines „heißen Drahtes“ bis hin zu einem amerikanisch-sowjetischen Getreidehandelsge- schäft im Werte von 65 Millionen Dollar – führten allesamt zu einem eher kooperativ- konfliktierenden Bilateralismus, zu einer neuen Austragungsform des Ost-West-Konflikts, nicht aber zum Ende der Konfrontation. Diese blieb in ihrem ordnungspolitischen und ideologischen Kern bestehen, welcher sich erst infolge der revolutionären Umbrüche am Ende der achtziger Jahre auflöste.

Wer das Ende des Ost-West-Konflikts analysieren und erklären will, muß zunächst die immer wieder und besonders auch in der politischen Alltagssprache anzutreffende irreführende Gleichsetzung von Ost-West-Konflikt und Kaltem Krieg aufgeben²⁰. Der Kalte Krieg war nichts anderes als eine spezifische Variante des Ost-West-Konflikts, welcher als ordnungspolitischer und ideologischer Gegensatz bereits 1917 entstanden war²¹. Die konfrontative Regulierung dieses Konflikts, die noch während, vor allem aber seit Ende des Zweiten Weltkriegs einsetzte und auf dem machtpolitischen Antagonismus zwischen USA und UdSSR beruhte, begründete den Kalten Krieg als *eine* Phase des Ost-West-Konflikts. Gekennzeichnet war diese Phase insbesondere durch die Militarisierung der Beziehungen zwischen West und Ost wie auch durch die Entstehung der amerikanischen und der sowjetischen Suprematie im internationalen System. Legt man diese Betrachtungsweise zugrunde, so endete der Kalte Krieg mit der Entspannungspolitik der späten sechziger und der siebziger Jahre, deren Genese freilich schon Ende der fünfziger Jahre einsetzte. An die Stelle regressiv-konfrontativer Konfliktregulierung traten integrativ-kö- operative Austragungsmodi²², die allerdings weder die grundsätzliche Abgrenzung außer Kraft setzten, noch restlos alle Strukturen des Kalten Krieges aufhoben. Ganz im Gegen- teil: Sie gaben der UdSSR zum einen die Möglichkeit zur machtpolitisch-ideologischen Expansion in Bereiche, die bislang vom Ost-West-Konflikt nicht oder nur am Rande erfaßt worden waren, insbesondere in den Staaten der „Dritten Welt“. Zum anderen wur- den sie begleitet von Moskaus zunehmender ideologisch-propagandistischer Unterstür-

¹⁹ Vgl. hierzu Amitai Etzioni, Das Kennedy-Experiment, in: Ekkehart Krippendorff (Hrsg.), Frie- densforschung, Köln 1970, S. 393–412.

²⁰ Es sei konzediert, daß allgemein anerkannte wissenschaftliche Definitionen dieser Termini nicht existieren. Dies entbindet den Historiker jedoch nicht von der Aufgabe, seine Begriffsverwendung klarzulegen und zu bestimmen. Der Verfasser selbst folgt vor allem den Interpretationsansätzen von Link, Ost-West-Konflikt. Vgl. auch Hans-Peter Schwarz, Die Ost-West-Spannungen als Ori- entierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, in: Ders. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Au- ßenpolitik, München 1976, S. 465–479; Wilfried Loth, Die Teilung der Welt. Geschichte des Kal- ten Krieges 1941–1955, München 1990, S. 343–351.

²¹ Vgl. in diesem Zusammenhang auch die begrifflichen Überlegungen bei Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, vor allem Kap. 1: Der Kalte Krieg – ein problematischer Be- griff. Dort findet sich auch die weitestgehende Definition des Kalten Krieges als „ideologisch- machtpolitischer Kampf um die künftige Gestalt einer einheitlichen Welt seit 1917 und ansatzwei- se 1776 auf unabsehbare Zeit zwischen mehreren militanten Universalismen, von denen jeder im Besitz mindestens eines Großstaates ist“, ebenda, S. 39. Vgl. hierzu auch Anselm Doering-Man- teuffel, Ernst Noltes „Deutschland und der Kalte Krieg“ im zeitgenössischen Kontext der frühen siebziger Jahre, in: Weltbürgerkrieg der Ideologien. Antworten an Ernst Nolte. Festschrift zum 70. Geburtstag, hrsg. von Thomas Nipperdey u. a., Berlin 1993, S. 315–329.

²² Vgl. Link, Ost-West-Konflikt, S. 168–179.

zung pro-östlicher Interessengruppen in den westlichen Gesellschaften. Davon abgesehen blieben insbesondere die im und durch den Kalten Krieg geprägten militarisierten Beziehungsstrukturen des Ost-West-Konflikts erhalten.

Es wäre in diesem Zusammenhang zu diskutieren, ob die Verschlechterung der ost-westlichen Beziehungen seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre die Bezeichnung „zweiter Kalter Krieg“ verdient, bevor die Politik Gorbatschows nicht nur zu einer neuen, umfassenden Détente führte, sondern gleichzeitig durch das Bemühen um wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen das Ende des Ost-West-Konflikts einleitete. Der These, wonach die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren gewissermaßen den Anfang vom Ende des Kalten Krieges markierte²³, wäre also nur dann zuzustimmen, wenn man sie auf den Kalten Krieg als die konfrontativ-regressive Phase des Ost-West-Konflikts zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Mitte der sechziger Jahre bezöge. Der Kalte Krieg, nicht der Ost-West-Konflikt insgesamt, war in seinem Kern ein Machtkonflikt. Er wurde in seiner Brisanz durch die sicherheitspolitischen Maßnahmen der Détente-Politik entschärft, wenn auch nicht völlig beendet. Direkte Linien von diesen Maßnahmen, also von der Überführung des Ost-West-Konflikts in einen anderen Aggregatzustand, zu seinem Ende 30 Jahre später lassen sich nicht ziehen. Sie unterschlagen das, was man als „zweiten Kalten Krieg“ bezeichnen könnte, und sie reduzieren vor allem den Ost-West-Konflikt auf seine macht- und sicherheitspolitische Dimension. Eine präzise Bestimmung und Unterscheidung der Termini „Ost-West-Konflikt“ und „Kalter Krieg“ hätte der Analyse größere Schärfe verliehen.

Der Status quo der Teilung: Entwicklung und Festigung zwischen 1955 und 1963

Auch wenn eine Untersuchung der sechziger Jahre mit großer Gewißheit keine konkreten Lehren für Gegenwart oder Zukunft bereithält, gerade weil die entstehende Détente allenfalls einen Schritt in Richtung Frieden bedeutete und ansonsten den Zustand des permanenten Nicht-Kriegs stabilisierte, bedürfen die Rahmenbedingungen und Gründe der Entspannungspolitik genauer historischer Analyse. Den Jahren zwischen 1955 und 1963 kommt eine zentrale Bedeutung in der Geschichte des Ost-West-Konflikts zu, insbesondere als Zeit des Übergangs vom Kalten Krieg zum kooperativ-konfligierenden Bilateralismus der sechziger und siebziger Jahre. Entscheidende Voraussetzung für die Modifizierung der Formen des Konfliktaustrags war dabei, was auch Wenger betont, die Anerkennung des geopolitischen Status quo, bezogen vor allem auf Deutschland und Europa. Sie resultierte primär aus der Einsicht in die extremen Risiken eines jeden Versuchs, diesen Status quo, das heißt also: die Teilung Deutschlands und Europas, so wie sie sich seit 1945/49 herausgebildet hatte, gewaltsam zu verändern. Besonders augenfällig wurde dies mit dem Bau der Berliner Mauer im August 1961. Doch nicht ex post factum, wie es Wengers Aufsatz suggeriert²⁴, fanden sich die USA als die westliche Führungsmacht mit dem Mauerbau ab und akzeptierten damit implizite den Status quo in Berlin, Deutschland und Europa, sondern bereits vor dem 13. August 1961, und als Ergebnis harter intradministrativer Ausein-

²³ Vgl. Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 99.

²⁴ Ebenda, S. 81 f.

andersetzungen in Washington²⁵ hatte US-Präsident Kennedy mit seinen „Three Essentials“ der sowjetischen Führung die amerikanische Position signalisiert, welche die Erhaltung des Status quo zur Maxime erhob. Die vergleichsweise unaufgeregte und alles andere als eskalierend wirkende Reaktion der US-Regierung auf die Berliner Ereignisse belegt das frühe unausgesprochene Einvernehmen zwischen den beiden Supermächten.

Freilich hatte sich diese Übereinstimmung nicht erst seit Amtsantritt von Präsident Kennedy im Januar 1961 abgezeichnet. Schon in den letzten Jahren der Eisenhower-Administration wichen die konfrontativen Konfliktmuster des Kalten Krieges, wenn auch nur in Ansätzen, Schritt für Schritt und immer wieder von Rückfällen unterbrochen, einer zumindest partiellen Interessenkoinzidenz zwischen USA und UdSSR. Das begann bereits mit dem Genfer Vierergipfel von 1955. Dieser scheiterte zwar, markierte aber dennoch Möglichkeiten und Grenzen ost-westlicher Übereinkünfte vor allem in der Deutschlandfrage und der Frage der europäischen Sicherheit und fror zudem, gerade durch sein Scheitern und die Ergebnislosigkeit der sich ihm anschließenden Außenministerkonferenz, den territorialen Status quo in Europa ein²⁶. „Roll back“ blieb Rhetorik, und mit dem Jahr 1955, der Einbindung der Bundesrepublik in die NATO und der Aufnahme der DDR in den Warschauer Pakt, endeten auch die Moskauer Bemühungen, durch gesamtdeutsche Initiativen – wie insbesondere 1952 – die Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Während der Ungarnaufstand 1956 unterstrich, daß die Washingtoner Führung nicht an Maßnahmen im Sinne eines „Roll back“ dachte, ließ die Suez-Krise gleichzeitig die Konturen eines Supermachtcondominiums hervortreten, das in diesem Falle zu Lasten der europäischen Mittelmächte Großbritannien und Frankreich ging. Doch weder Paris noch London zogen aus dem Debakel von Suez die Lehre, eine stärker national orientierte Politik zu betreiben²⁷. Hatte nicht gerade die Krise gezeigt, daß die Bipolarisierung der internationalen Beziehungen im Zeichen des Ost-West-Konflikts nationale Alleingänge im Stile der nationalen Machtpolitik des 19. und frühen 20. Jahrhunderts ausschloß? Während Großbritannien in der Folgezeit seine Außenpolitik noch stärker an der Prämisse der „special relationship“ mit den USA orientierte – und dies insbesondere im Nuklearbereich –, verfolgte das Frankreich der IV. Republik, ebenfalls hauptsächlich auf nuklearem Sektor, eine Politik der gegen die Dominanz der USA gerichteten Europäisierung. In diesem Kontext stehen die Gründung von Euratom und das Projekt einer trilateralen französisch-italienisch-deutschen Nuklearkooperation²⁸.

²⁵ Siehe hierzu Adrian W. Schertz, Die Deutschlandpolitik Kennedys und Johnsons. Unterschiedliche Ansätze innerhalb der amerikanischen Regierung, Köln 1992, S. 51–150.

²⁶ Vgl. hierzu den Sammelband von Günter Bischof/Saki Dockrill (Hrsg.), The Dawn of Détente: The Geneva Summit of July 1955, New Orleans 1998 (i. E.).

²⁷ So die Argumentation bei Wenger, Der Lange Weg zur Stabilität, S. 74.

²⁸ Zu Euratom vgl.: Peter Weilemann, Die Anfänge der Europäischen Atomgemeinschaft, Baden-Baden 1983. Zu der trilateralen Nuklearkooperation vgl. Colette Barbier, Les négociations franco-germano-italiennes en vue de l'établissement d'une coopération militaire nucléaire au cours des années 1956–1958, in: Revue d'histoire diplomatique 104 (1990), S. 81–113; Eckart Conze, La coopération franco-germano-italienne dans le domaine nucléaire dans les années 1957–1958, in: Ebenda, S. 115–132; Leopoldo Nuti, Le rôle de l'Italie dans les négociations trilatérales 1957–1958, in: Ebenda, S. 133–156; Peter Fischer, Das Projekt einer trilateralen Nuklearkooperation. Französisch-deutsch-italienische Geheimverhandlungen 1957/58, in: Historisches Jahrbuch 112 (1992), S. 143–156. Neuerdings auch: Georges-Henri Soutou, L'alliance incertaine. Les rapports politico-stratégiques franco-allemands 1954–1996, Paris 1996, S. 55–121.

Erst unter de Gaulle verbanden sich seit 1958 die Europäisierungsbestrebungen mit anti-amerikanischen Zügen und einer dezidiert nationalen Politik, der die europäische Integration oder auch die deutsch-französische Partnerschaft eher Mittel waren als Ziele²⁹.

Der sogenannte Sputnik-Schock von 1957 leitete das Ende der amerikanischen nuklearen Superiorität ein. Es hatte sich gezeigt, daß die Sowjetunion nun über ballistische Trägersysteme interkontinentaler Reichweite verfügte und damit das nordamerikanische Territorium verwundbar wurde. Dies war in der Tat ein entscheidender Auslöser für ein konzeptionelles politisches und strategisches Nachdenken, das später in die Entspannungspolitik der sechziger Jahre mündete. Der Schock war aber nicht der alleinige Auslöser der amerikanisch-sowjetischen Annäherung. Wenger führt aus diesem Grunde als zweiten entspannungsauslösenden Faktor, als zweiten Pfeiler der sowjetisch-amerikanischen Interessenkongruenz die Übereinstimmung in der deutschen Frage ins Feld³⁰. Dabei meint Konsens in der deutschen Frage für Wenger nichts anderes, als daß beide, USA und Sowjetunion, ein nukleares Deutschland und eine westdeutsche Teilhabe am amerikanischen Nuklearpotential ablehnten³¹. Diese These läßt sich zum einen mit dem Verweis auf amerikanische Initiativen in Richtung westdeutscher bzw. westeuropäischer Nuklearpartizipation, vom sogenannten Norstad-Plan 1959 über den Herter-Plan von 1960 bis hin zum Vorschlag einer Multilateral Force (MLF), bestreiten³². Während die ersten beiden Vorstöße primär nukleare Alleingänge Frankreichs sowie die Entstehung eines unabhängigen nuklearen Entscheidungszentrums in Paris verhindern sollten, diente das MLF-Konzept, bereits 1961 ventiliert und 1963 revitalisiert, dazu, nukleare Entscheidungen in Washington zu zentralisieren und westdeutsche Nuklearambitionen zu kanalisieren. Vor allem sollte die MLF die Bundesregierung gegenüber französischen Nuklearofferten immunisieren, welche man in Washington durchaus für möglich hielt³³. Zum anderen aber wird in Wengers Sichtweise die vielschichtige deutsche Frage, die für ihn konstitutiv ist für die amerikanisch-sowjetische Annäherung, letztlich zu einem Teil der nuklearen Frage gemacht. Ein solcher „nuklearer Reduktionismus“³⁴ nach dem Muster: „Because everything may be destroyed by the bomb, everything may be explained by it“³⁵, kann jedoch weder der Komplexität internationaler Beziehungen im Ost-West-Konflikt gerecht werden, noch kann er konkrete Entwicklungen wie beispielsweise die Berlin-Krise 1958–61 hinreichend verständlich machen.

Bereits Marc Trachtenberg, auf den sich Wenger bezieht, hat Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom November 1958 nahezu monokausal mit dem Bestreben der sowjetischen Führung erklärt, die Ausrüstung der Bundeswehr mit nuklearen Trägersystemen zu verhindern³⁶. Selbst wenn man rein machtpolitisch argumentiert, wird man indes den

²⁹ Vgl. Eckart Conze, Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958–1963, München 1995, S. 63–120.

³⁰ Vgl. Wenger, Der lange Weg zur Stabilität, S. 69f.

³¹ Ebenda, S. 71.

³² Vgl. hierzu Christoph Hoppe, Zwischen Teilhabe und Mitsprache: Die Nuklearfrage in der Allianzpolitik Deutschlands 1959–1966, Baden-Baden 1993.

³³ Vgl. ebenda, S. 71–87 und S. 102–117; vgl. auch Conze, Gaullistische Herausforderung, S. 276–294.

³⁴ Vgl. hierzu Link, Die neueren Entwicklungen, S. 3.

³⁵ Leon Wieseltier, The Great Nuclear Debate, in: The New Republic, 10./17. 1. 1983, S. 12, zit. nach: Link, Die neueren Entwicklungen, S. 3.

³⁶ Vgl. Marc Trachtenberg, The Berlin Crisis, in: ders., History and Strategy, Princeton 1991, S. 169–234; vgl. Wenger, Der lange Weg zur Stabilität, S. 73.

sowjetischen Druck auf Berlin auch mit den geostrategischen Interessen der UdSSR in Verbindung bringen müssen, mit dem Interesse, den Status quo in Berlin und damit in Deutschland zu eigenen Gunsten zu verändern. Auch war die Stabilisierung der DDR eine wichtige Motivation für Moskaus Berlin-Politik dieser Jahre. Wenn es der Sowjetunion nur darum gegangen wäre, die Nuklearisierung der Bundeswehr zu verhindern, welchen Sinn hätte dann beispielsweise die Drohung mit einem separaten Friedensvertrag mit der DDR gemacht? Wenger wendet sich zwar an mehreren Stellen seines Beitrags dagegen, das sich abzeichnende nukleare Gleichgewicht als Stabilisierungsfaktor überzubewerten, dennoch sind seine eigenen Ausführungen von dieser Konzentration auf das Nukleare nicht völlig frei.

Auch wenn die zentrale Bedeutung der nuklearen Frage und insbesondere des nuklearen Kräfteverhältnisses zwischen der Sowjetunion und den USA für Verlauf und Regulierung des Ost-West-Konflikts nach 1945 und damit auch für die Entwicklung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht zu bestreiten ist, bietet der nukleare Faktor dennoch nicht den Passepartout für eine historische Analyse amerikanischer oder sowjetischer Politik. Im Zusammenhang mit der Frage nach den Motiven des Chruschtschow-Ultimatums von 1958 wurde darauf bereits hingewiesen. In diesem Sinne reicht auch der Verweis auf sicherheits- und militärpolitische Argumente allein nicht hin, um die amerikanische Unterstützung der europäischen Integration zu erklären³⁷. Natürlich spielten solche Überlegungen in den langfristigen Konzeptionen insbesondere der Truman- und der Eisenhower-Administration eine Rolle. Ihr Gewicht war indes nicht groß genug, um alle anderen Erwägungen zu überwölben, wie es Wengers Beitrag suggeriert. Die sicherheitspolitische Engführung verstellt hier den Blick auf grundlegende Prämissen amerikanischer Europapolitik nach 1945. Angesichts ihrer Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit und als Reaktion auf die machtpolitische Herausforderung durch die Sowjetunion seit Ende des Zweiten Weltkriegs machten die USA unmittelbar nach 1945 die europäische Einigung zu einer zentralen außenpolitischen Maxime³⁸. Die Vereinigten Staaten konnten von der Integration Europas „aufgrund ihrer strukturellen Überlegenheit eine Ausdehnung ihrer nationalen Einflußchancen, die Entlastung von Sicherheitskosten und damit eine Erweiterung ihrer globalen Handlungsfreiheit“ erwarten³⁹. Darüber hinaus ließ sich die Truman-Administration von der Überzeugung leiten, daß der Fortbestand einer „dynamischen Wirtschaft“ in den USA den Wiederaufbau der europäischen Handelspartner und deren Eingliederung in ein multilaterales Welthandelssystem erforderlich mache⁴⁰. Strategische Überlegungen in der Anfangsphase des Kalten Krieges gesellten sich den politischen und wirtschaftlichen Argumenten hinzu: „American policymakers viewed European markets, sources of supply, manpower resources, and industrial capacity as strategic assets that must not be controlled by a hostile power or coalition.“⁴¹ Dieses Integrationskonzept wohnte bereits dem Marshall-Plan des Jahres 1947 inne. Dieser half

³⁷ Vgl. ebenda, S. 76.

³⁸ Vgl. hierzu Eckart Conze, Hegemonie durch Integration? Die amerikanische Europapolitik und ihre Herausforderung durch de Gaulle, in: VfZ 43 (1995), S. 297–340, vor allem S. 297–311.

³⁹ Vgl. Gunther Mai, Dominanz oder Kooperation im Bündnis? Die Sicherheitspolitik der USA und der Verteidigungsbeitrag Europas 1945–1956, in: HZ 246 (1988), S. 327–364, hier S. 329f.

⁴⁰ Vgl. Michael J. Hogan, The Marshall Plan. America, Britain, and the Reconstruction of Western Europe, 1947–1952, Cambridge 1987, S. 26.

⁴¹ Ebenda.

Westeuropa ökonomisch zu revitalisieren – bei eindeutiger Ausrichtung des Handels auf die westliche Hemisphäre –, stabilisierte die westeuropäischen Staaten, die entstehende Bundesrepublik eingeschlossen, und immunisierte sie damit gegen sowjetische Expansions- und Durchdringungsversuche⁴².

In diesem Kontext spielt der Begriff „Dritte Kraft Europa“ eine wichtige Rolle: Der Marshall-Plan sollte nämlich unter anderem auch die Notwendigkeit eines amerikanisch-europäischen Militärpakts beseitigen. Er war insofern nicht, wie vielfach behauptet, Meilenstein auf dem Weg zur NATO und zu dauerhafter militärischer US-Präsenz in Europa⁴³. Noch 1948 favorisierte das amerikanische Außenministerium die Integration Europas als „Dritte Kraft“: „(. . .) not merely the extension of US influence but a real European organization strong enough to say ‚no‘ both to the Soviet Union and to the United States, if our actions should seem so to require“⁴⁴. Erst nach der NATO-Gründung 1949, insbesondere aber seit dem Koreakrieg, verlor diese Zielsetzung ihre politische Bedeutung. Die Ablösung von wirtschaftlicher Aufbauhilfe durch Militärhilfe und die langfristige Stationierung amerikanischer Truppen in Europa marginalisierten den Gedanken der „Dritten Kraft“ und ließen statt dessen das Ziel einer Atlantischen Gemeinschaft als Sicherheitsgemeinschaft in den Vordergrund treten. In diesem Sinne war die „Dritte Kraft Europa“, von der auch Eisenhower sprach⁴⁵, nur mehr ein zweites Kraftzentrum innerhalb des westlichen Lagers, durch vielfältige Bande politischer, ökonomischer und militärischer Art mit der Hegemonialmacht USA verbunden.

Auch am Ende der fünfziger Jahre waren es nicht allein militärische oder sicherheitspolitische Argumente, die Washington an seiner Unterstützung des europäischen Integrationsprozesses und, in dessen Kern, der deutsch-französischen Aussöhnung festhalten ließen⁴⁶. Es wurde zu einem zentralen Anliegen der amerikanischen Außenpolitik spätestens seit Ende der fünfziger Jahre, die europäische Einigung weiter zu unterstützen – selbst in Anbetracht der gegen die amerikanische Hegemonie über Westeuropa gerichteten Politik de Gaulles –, dabei aber das stetig an Eigengewicht gewinnende Westeuropa weiterhin in der Rolle des kollektiven Juniorpartners in der atlantischen Gemeinschaft zu halten. Kennedys „Grand Design“, dessen Konturen sich freilich schon in den letzten Jahren der Eisenhower-Administration abzeichneten, war der Versuch, die beiden europapolitischen Imperative miteinander zu verknüpfen: politisch durch die Unterstützung des britischen EWG-Beitritts, ökonomisch durch den Trade Expansion Act von 1962 und militärisch-sicherheitspolitisch durch eine Beteiligung der europäischen Staaten an nuklearen Entscheidungsprozessen, ohne indessen am nuklearen Primat der USA zu rühren. Ein unabhängiges europäisches Nuklearpotential bejahten weder Eisenhower⁴⁷ noch Kennedy⁴⁸. Insofern wäre Wengers nuklear- und sicherheitspolitische Begründung der amerikanischen

⁴² Zu den langfristigen Zielsetzungen des Marshall-Plans vgl. grundlegend Charles S. Maier, Die konzeptuellen Grundlagen des Marshall-Plans, in: Othmar N. Haberl/Lutz Niethammer (Hrsg.), *Der Marshall-Plan und die europäische Linke*, Frankfurt a. M. 1986, S. 47–58.

⁴³ Vgl. Mai, *Dominanz*, S. 334f.

⁴⁴ *Foreign Relations of the United States 1948*, Bd. III, S. 11 f.

⁴⁵ Vgl. Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 76.

⁴⁶ Vgl. Conze, *Gaullistische Herausforderung*, S. 88–120.

⁴⁷ Dies im Gegensatz zu der Behauptung bei Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 76.

⁴⁸ Vgl. hierzu Hoppe, *Teilhabe und Mitsprache*, S. 31–155; Colette Barbier, *La force multilatérale*, in: *Relations internationales* 69 (1992), S. 3–18.

Europapolitik unter Eisenhower durch andere Faktoren zu erweitern, seine Folgerung bezüglich einer europäischen Nuklearstreitmacht zu relativieren und schließlich der Begriff „Dritte Kraft Europa“ zu präzisieren.

Systemstabilisierung und Systemüberwindung

Wer die Stabilisierung des europäischen Sicherheitssystems in den frühen sechziger Jahren, die zentral war für den Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannung, primär der Existenz nuklearer Waffen zuschreibt – und nicht anderes tut Wenger ja, wenn er auch die deutsche Frage im Kern zu einer nuklearen Frage erklärt –, läßt viele Aspekte außer acht und greift auch mit Blick auf die systemischen Strukturen des Ost-West-Konflikts zu kurz. Nuklearwaffen und insbesondere die Ausbildung eines nuklearstrategischen Gleichgewichts mit wechselseitig gesicherter Zweitschlagfähigkeit trugen zur Systemstabilisierung bei. In der Tat waren Atomwaffen vor allem für Washington und Moskau eine Art Kristallkugel, die den politischen Entscheidungsträgern die Folgen eines Krieges im Nuklearzeitalter sichtbar machte. In den 13 Tagen der Kuba-Krise wurde dies besonders deutlich. Die Neigung von Staaten, Konflikte mit militärischen Mitteln zu lösen, nimmt ab, wenn sie – im Gegenzug – ihre eigene Zerstörung zu gewärtigen haben: Nuklearwaffen erzeugen gleichsam einen kriegsverhindernden Pessimismus⁴⁹. Doch nukleare Abschreckung allein erklärt noch nicht, warum der Ost-West-Konflikt zwar Phasen von Spannung und Entspannung hatte, nicht aber zu einer direkten militärischen Konfrontation führte. John L. Gaddis argumentiert in diesem Zusammenhang, daß es der amerikanisch-sowjetischen Bipolarität bedurfte, des Endes eines multipolaren internationalen Systems, um dem „nuklearen Frieden“ Dauerhaftigkeit zu verleihen⁵⁰. Auch ohne die Existenz atomarer Waffen wäre nach dem Zweiten Weltkrieg ein bipolares internationales System mit den USA und der Sowjetunion als Trägern dieser Bipolarität entstanden. Die „duale Hegemonie“, welche die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, wenn auch auf ganz unterschiedlichen Grundlagen ruhend, über das internationale System ausübten, trug ebenfalls zum Erhalt der systemischen Stabilität im Ost-West-Konflikt bei. In jeder Phase des Kalten Krieges, besonders aber seit Anfang der sechziger Jahre, und trotz verschiedener bilateraler Krisen ordneten die beiden Supermächte ihre Beziehungen wie auch ihre internationale Politik im allgemeinen so, daß sie weder in einen Krieg stolperten, noch andere Mächte die Möglichkeit hatten, das internationale System zu erschüttern oder gar aus den Angeln zu heben⁵¹.

Solche systembezogenen Überlegungen ersetzen gewiß nicht die historische Untersuchung insbesondere derjenigen Phasen, in denen der Ost-West-Konflikt seinen Aggregatzustand veränderte, wie beispielsweise in den frühen sechziger Jahren. Und sie sind

⁴⁹ Vgl. hierzu John L. Gaddis, *Great Illusions, the Long Peace, and the Future of the International System*, in: Ders., *The United States and the End of the Cold War. Implications, Reconsiderations, Provocations*, New York/Oxford 1992, S. 168–192, hier S. 171. Zum „kriegsverhindernden Pessimismus“ vgl. Geoffrey Blainey, *The Causes of War*, New York 1988, S. 53 f.

⁵⁰ Vgl. Gaddis, *Great Illusions*, S. 172 f.

⁵¹ Vgl. ebenda, S. 176. Gaddis verweist als Beleg für das Ende der „dualen Hegemonie“ und des gemeinsamen „hegemonialen Managements“ von USA und Sowjetunion seit 1989 auf den Einmarsch irakischer Truppen in Kuwait im August 1990: „This was exactly the kind of crisis that tends to occur when hegemons cease to behave in a hegemonic manner.“ Ebenda, S. 178 f.

auch nicht dazu angetan, die Rolle historischer Persönlichkeiten und ihrer Entscheidungen zu schmälern. So sehr politische, wirtschaftliche oder militärische Entscheidungs- und Verantwortungsträger dazu beitrugen, einen kriegerischen Austrag des Ost-West-Konflikts zu verhindern, so sehr waren gerade auch politische Entscheidungen zentral mitbestimmt durch die Konditionen des internationalen Systems, wie es sich seit dem Zweiten Weltkrieg entwickelt hatte. Hält man sich die Natur dieses Systems vor Augen, so wird man die „Erkenntnis, daß die Sicherheit Europas langfristig nur auf der Basis des territorialen und nuklearen Status quo gewährleistet werden konnte“, nicht ohne weiteres als „staatsmännische Leistung“ charakterisieren können⁵². Es war nicht eine von den beiden „Staatsmännern“ Kennedy und Chruschtschow klug ins Werk gesetzte Politik, die zu einer Stabilisierung des europäischen Status quo und, darauf aufbauend, zu einer Politik der Entspannung führte, sondern viel eher die Erkenntnis, daß der Ost-West-Konflikt andauern würde und daß die durch ihn geschaffenen Strukturen nur gewaltsam – und das hieß im Nuklearzeitalter eben nicht – zu verändern waren. Deshalb blieb trotz des Übergangs vom Kalten Krieg zur Détente der Ost-West-Konflikt, der natürlich mehr war als nur ein Machtkonflikt zwischen zwei Blöcken⁵³, in seinem Kern ein Konflikt zwischen zwei Blöcken, zwischen Ost und West. Die Entspannungspolitik, die Anfang der sechziger Jahre begann, führte nicht zu einer Auflösung der Blöcke, nicht zur Verwischung ihrer Grenzen und auch nicht zur Entstehung neuer Blöcke oder dritter Akteure zwischen Ost und West. Die Formen der Konfliktaustragung änderten sich, Brisanz und Bedrohlichkeit der Konfrontation ließen nach, doch ihre grundlegenden Strukturen blieben bis an die Schwelle der neunziger Jahre erhalten. Und wer auf die Stabilität der Sicherheitsstrukturen in den Ost-West-Beziehungen blickt, der darf den Preis nicht vergessen, den diese Stabilität kostete. Sie hatte zwei fundamentale Rahmenbedingungen: Zum einen die Tatsache, daß über 40 Jahre lang Krieg in Europa nur durch das Risiko des Atomkriegs und der atomaren Vernichtung verhindert wurde. Diese ost-westliche Interessenkoinzidenz machte die Sowjetunion, welche Westeuropa länger als vier Jahrzehnte lang bedrohte, gleichzeitig zu einem wichtigen Träger der „Sicherheitskultur“ des Ost-West-Konflikts⁵⁴. Zum anderen jedoch beruhten Sicherheit und Stabilität in den Ost-West-Beziehungen auf der wechselseitigen Anerkennung der Machtverteilung zumindest auf der nördlichen Erdhalbkugel. Mit anderen Worten: Sie basierten auch auf der faktischen westlichen Akzeptanz der kommunistischen Staats- und Gesellschaftsordnungen, der Unfreiheit der Menschen auf der anderen Seite des Eisernen Vorhangs. Um den Ost-West-Konflikt zu beenden, wenn er denn überhaupt schon zu Ende gegangen ist⁵⁵, bedurfte es daher

⁵² Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 97. Zu der in den letzten Jahren erheblich kritischer gewordenen Bewertung der Außenpolitik John F. Kennedys vgl. beispielsweise die Beiträge in: Thomas G. Paterson (Hrsg.), *Kennedy's Quest for Victory: American Foreign Policy, 1961–1963*, New York/Oxford 1989.

⁵³ Vgl. Wenger, *Der lange Weg zur Stabilität*, S. 97.

⁵⁴ Vgl. hierzu Uwe Nerlich, *Europäische Sicherheitskultur: Das Ziel und der Weg*, in: Albrecht Zunker (Hrsg.), *Weltordnung oder Chaos? Beiträge zur internationalen Politik*, Baden-Baden 1993, S. 21–36, hier S. 21.

⁵⁵ Zum grundsätzlichen Konfliktpotential in den Ost-West-Beziehungen auch nach 1989/91 und jenseits außen- und sicherheitspolitischer Probleme wie beispielsweise im Zusammenhang mit der Ost-Erweiterung der NATO, vgl. den kurzen Problemaufriß in: Reimund Seidelmann/Michael Krennerich, *Ost-West-Beziehungen*, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), *Wörterbuch Staat und Politik*, Bonn 1995, S. 488–493, vor allem S. 491 f. (mit weiterführenden Literaturhinweisen).

mehr als nur einer Fortsetzung der Entspannungspolitik der sechziger Jahre. Die Akzeptanz des Status quo war zwar Voraussetzung dafür, ihn später zu überwinden. Doch die Entwicklung bis dahin war komplexer und vor allem unvorhersehbarer, als es das rein lineare und reduktionistische Interpretationsmuster Wengers nahelegt. Die Geschichte eines Vierteljahrhunderts, die zum Teil dramatischen Entwicklungen der internationalen Beziehungen, aber auch die Veränderungen in den Staaten und Gesellschaften, insbesondere des Ostens, lassen sich nicht in einem Halbsatz abtun. Der „benefit of hindsight“ ist für den Historiker von hohem heuristischen Nutzen. Er sollte jedoch nicht die Einsicht in die grundsätzliche Offenheit geschichtlicher Entwicklungen relativieren oder gar verdrängen.

Dokumentation*

WOLFGANG LEONHARD

IM FADENKREUZ DER SED

Meine Flucht von der Parteihochschule „Karl Marx“ im März 1949 und die Aktivitäten der Zentralen Parteikontroll- Kommission

Am 12. März 1949 floh ich – bis dahin Lehrer an der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow – aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Nach 13 tägiger, keineswegs ungefährlicher Flucht erreichte ich am 25. März 1949 Belgrad, die Hauptstadt Jugoslawiens, das damals das einzige kommunistisch regierte, von der Stalin-Führung unabhängige Land war. 47 Jahre später – 1996 – erhielt ich von dem österreichischen Historiker Hans Schafranek¹, der sich in seinen Forschungen auf das Schicksal österreichischer und deutscher kommunistischer Emigranten in der Sowjetunion konzentriert, 300 Seiten Dokumente der Zentralen Parteikontroll-Kommission der SED². Es war erstaunlich und erschütternd: Protokolle der damaligen Konferenzen, Veranstaltungen, Anklagen und selbstkritischen Erklärungen, die sich ausschließlich mit meiner Flucht beschäftigten.

* Vorbemerkung der Redaktion: Der folgende Text fällt strenggenommen weder in die Kategorie „Dokumentation“, wie sie für die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte charakteristisch ist, noch in die Kategorie „Aufsatz“. Herausgeber und Redaktion haben sich entschlossen, den Text trotzdem und an dieser Stelle zu publizieren, weil es sich um ein autobiographisches Dokument eines bedeutenden Zeitgenossen handelt. Der besondere Reiz liegt in der kontrastiven Ergänzung durch quellengestützte Forschung.

¹ Dr. Hans Schafranek, österreichischer Historiker, seit 1977 Forschungen im Bereich Kommunistische Internationale, Stalinismus und Trotzismus in Deutschland, USA, Mexiko, Spanien, Frankreich, Niederlande und Belgien. Veröffentlichungen u. a.: Zwischen NKWD und Gestapo. Die Auslieferung deutscher und österreichischer Antifaschisten aus der Sowjetunion an Nazi-Deutschland, Frankfurt a. M. 1990; Österreicher als Opfer stalinistischen Terrors in der Sowjetunion, Wien 1991.

² Dokumente der Zentralen Parteikontroll-Kommission der SED (künftig: ZPKK), in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED (künftig: SAPMO-BA, ZPA), IV/2/4/398, Akte Leonhard.

I. Von Zweifeln und Kritik zu Opposition und Flucht

Meine Flucht nach Jugoslawien im März 1949 war der Schlußpunkt einer langen Kette von Zweifeln und Besorgnissen – wir nannten es „politische Bauchschmerzen“ –, die sich immer mehr verstärkten, bis sie schließlich zum Bruch mit dem System führten.

„Politische Bauchschmerzen“ in der Sowjetunion

Im Juni 1935 war ich (Jahrgang 1921) gemeinsam mit meiner Mutter von Schweden aus in die Sowjetunion gekommen – wie viele andere deutsche antifaschistische Emigranten auch. Wenige Wochen nach meiner Ankunft in Moskau wurde ich in die bekannte deutschsprachige „Karl-Liebknecht-Schule“ aufgenommen. Schon bald war ich davon überzeugt, der Marxismus-Leninismus sei die einzige wissenschaftliche Weltanschauung und in der Lage, alle Probleme aller Völker in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu erkennen. Vor allem glaubte ich damals, die Sowjetunion sei das erste Land des Sozialismus, einer höheren Gesellschaftsordnung. Zwar waren die Schwierigkeiten und Mängel offensichtlich, aber ich stufte sie als unwichtige Nebenerscheinungen ein, dadurch zu erklären, daß sich der sozialistische Aufbau in einem früher rückständigen Land vollzog.

Während jenes Jahrzehnts in der Sowjetunion gab es jedoch einige Ereignisse, die in mir nagende Zweifel hinterließen – so bedeutsam, daß sie den Grundstein für meine spätere Opposition und Flucht legten. Das waren vor allem:

- Die „große Säuberung“, die Schauprozesse und insbesondere die riesige Verhaftungswelle in den Jahren 1936 bis 1938: Am 26. Oktober 1936 erlebte ich die Verhaftung meiner Mutter; es folgten die Verhaftungen aller Lehrer der Moskauer Karl-Liebknecht-Schule und vieler Bekannten und Freunde. Das damals fast überall spürbare Gefühl der Angst und des Schreckens bedrückte mich tief.
- Der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, der Ende September durch den Vertrag über Freundschaft und gemeinsame Grenzen mit Hitler-Deutschland erweitert wurde: Gewiß, ich wußte damals noch nichts über die Geheimabkommen und ahnte auch nichts von der Auslieferung deutscher Kommunisten an die Gesta-po bei der Brücke in Brest-Litowsk. Wohl aber erlebte ich, wie sehr sich dieser Vertrag auf die Innenpolitik der Sowjetunion auswirkte: In den sowjetischen Bibliotheken waren die Bücher bekannter antifaschistischer Autoren (darunter auch kommunistischer Autoren wie Anna Seghers und Friedrich Wolf) nicht mehr zu erhalten. Antifaschistische Filme wurden zurückgezogen, selbst der Begriff „Faschismus“ verschwand aus der Sowjetpresse.
- Die Zwangsumsiedlung aller Deutschen nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion Anfang September 1941: Ich erlebte sie, damals 20 Jahre alt, mit vielen deutschen Antifaschisten in einem überfüllten Güterzug. Unter Bewachung folgte eine 21tägige Fahrt, bis wir im nord-kasachischen Karaganda-Gebiet ankamen.

- Die inquisitorische Atmosphäre in den Kritik- und Selbstkritik-Sitzungen in der Schule der Kommunistischen Internationale in Kuschnarenkovo nördlich von Ufa, die ich 1942/43 erlebte: Von mir völlig arglos geäußerte Sätze (später auch die anderer Kursanten) wurden zu (niemals ausgesprochenen, ja nicht einmal gedachten) Konzeptionen aufgebauscht und dann in (ebenfalls niemals beabsichtigte) reale Handlungen transformiert. Dies erzeugte ein tiefes Schuldgefühl. Erst sehr viel später wurde mir bewußt, daß wir damit zu gefügigen Funktionären erzogen werden sollten.

Diese und manche anderen schwer zu ertragenden Ereignisse führten jedoch noch nicht zum Bruch mit dem Sowjetsystem. Die Grundüberzeugungen wirkten weiter, und ich hoffte, es handele sich um vorübergehende Ereignisse. Die Situation werde sich, so meine Vorstellung, allmählich verbessern.

Zwischen Hoffnung und Zweifel

Seit Mai 1944 war ich Rundfunksprecher des Senders „Freies Deutschland“ in Moskau. Vielfach wurde damals angenommen, daß sich die Sowjetunion nach dem schon abzusehenden Sieg über Hitler-Deutschland in eine freiheitlichere Richtung entwickeln, eine große Amnestie folgen würde und daß unschuldig Verhaftete aus den Lagern zurückkehren würden.

Ende April 1945 flog ich als jüngstes Mitglied der „Gruppe Ulbricht“ von Moskau nach Deutschland³. Ich war damals erfüllt von der Hoffnung auf eine relativ selbständige politische Entwicklung Deutschlands, auf die Möglichkeit, vieles anders machen zu können als in der Sowjetunion Stalins. Als ich in Berlin ankam, war ich erschrocken über die grauenvolle Ruinenstadt. Ich erlebte weitere prägende Ereignisse: die massenhaften Vergewaltigungen deutscher Frauen beim Einmarsch der sowjetischen Truppen, Ulbrichts überhebliches Verhalten gegenüber den einheimischen deutschen Kommunisten, die Auflösung der spontan entstandenen antifaschistischen Komitees. Dennoch überwogen 1945 noch meine Hoffnungen.

Diese schienen sich zu bestätigen, als im Aufruf zur Neugründung der KPD am 11. Juni 1945 versprochen wurde, Deutschland nicht das Sowjetsystem aufzuzwingen. Statt dessen hieß es, daß sich die KPD für die Errichtung eines „antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“ einsetzen werde⁴. Ich glaubte damals auch, daß die Mitte Juli 1945 gebildete „antifaschistisch-demokratische Einheitsfront“ aus KPD, SPD, CDU und LDPD eine gleichberechtigte Zusammenarbeit garantieren würde⁵.

³ Wolfgang Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*, Köln 1955, S. 217–221.

⁴ Die Programme der politischen Parteien im neuen Deutschland, zusammengestellt von Karl Mahler, Berlin 1945, S. 21–29, hier S. 26.

⁵ Gerhard Keiderling, *Scheimpluralismus und Blockparteien. Die KPD und die Gründung der Parteien in Berlin 1945*, in: VfZ 45 (1997), S. 292 f.

Seit August 1945 war ich Funktionär in der Abteilung „Agitation und Propaganda“ der KPD-Führung in Berlin. Dort schrieb ich die Schulungshefte, die sich ab Oktober 1945 vor allem mit der geplanten Vereinigung von SPD und KPD befaßten. Ich war damals der Ansicht – was sich später als verhängnisvolle Illusion erweisen sollte –, die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) werde keine Fortsetzung der KPD, sondern eine wirklich neue Partei sein, und ich glaubte – wie viele andere auch – an die fest zugesagte Parität zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten in der neuen Einheitspartei, an das Bekenntnis zur antifaschistisch-demokratischen Republik, an die Zielsetzung einer „Verwirklichung des Sozialismus in der sozialen Demokratie“, nicht zuletzt an die offizielle Erklärung, die Einheitspartei werde eine „unabhängige deutsche sozialistische Partei“ mit einer demokratischen Organisationsstruktur sein, in der freie Meinungsäußerung und freie geheime Wahl aller Organe unveräußerliche Rechte der Mitglieder seien.

So war ich beeindruckt, daß der Vereinigungsparteitag am 20. und 21. April 1946 im Admiralspalast (an dem ich teilnahm) unter den Porträts von Karl Marx und Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht und August Bebel stattfand, während Bilder von Lenin und Stalin fehlten. Keiner von beiden wurde während des Gründungsparteitags auch nur erwähnt, ebenso wenig wie der „Marxismus-Leninismus“.

Nach der Gründung der SED war ich in der Abteilung „Schulung und Werbung“ im Zentralsekretariat tätig. Ich schrieb die zweimal monatlich erscheinenden „Sozialistischen Bildungshefte“, die als zentrales Schulungsmaterial für die gesamte Partei dienten. Über ein Jahr lang verfaßte ich jene Schulungshefte, die meine anfänglichen Hoffnungen auf eine unabhängige demokratisch-sozialistische Partei zunächst zu bestätigen schienen.

Anfangs langsam und vorsichtig, seit der zweiten Hälfte 1947 immer deutlicher, wurden – nach dem berühmten Ausspruch Molotows – „die Schrauben fester angezogen“. Seit September 1947 war ich Lehrer an der historischen Fakultät der SED-Parteihochschule „Karl Marx“. Kritisch registrierte ich bedenkliche Anzeichen: Die versprochene Parität zwischen SPD und KPD wurde zunehmend zugunsten der Kommunisten durchlöchert, der besondere deutsche Weg zum Sozialismus immer weniger erwähnt, die enge Verbindung mit der Sowjetunion häufiger und dicker unterstrichen. Am 20. Februar 1948, bei der 100-Jahr-Feier des „Kommunistischen Manifests“, wurde erstmals offen erklärt: „Vom Marxismus führen alle Fäden hin zum Leninismus.“⁶ Am 1. Mai 1948 enthüllte Ulbricht in Eisleben das erste Lenin-Denkmal in der Sowjetzone. Die selbständigen Sozialdemokraten wurden zunehmend als „Schumacher-Agenten“ diffamiert. Im Juni 1948 erklärte Grotewohl: „Die Ausrichtung unserer Partei hat sich eindeutig und ohne jeden Vorbehalt nach dem Osten zu orientieren.“ Die SED werde sich zu einer „Partei neuen Typus“ entwickeln, die „unerschütterlich und kompromißlos auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht“⁷.

⁶ Neues Deutschland vom 21. 2. 1948, S. 3.

⁷ Werner Müller, Der Transformationsprozeß der SED, in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel

Der Konflikt zwischen Jugoslawien und Stalin

Ende Juni 1948 spitzte sich die Kampagne des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) gegen die jugoslawischen Kommunisten zu. Auf der SED-Parteihochschule las ich die berüchtigte Kominform-Resolution vom 28. Juni 1948 mit ihren völlig aus der Luft gegriffenen, grotesken, sich widersprechenden Angriffen gegen die Jugoslawen⁸. Ich war entsetzt und zutiefst erschüttert. Einige meiner Freunde und ich hofften: „Hoffentlich lehnen die Jugoslawen ab.“ Zwei Tage später, am 30. Juni, hörte ich die Stimme des BBC-Nachrichtensprechers: „Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Jugoslawiens hat die Anwürfe der Kominform als unberechtigt zurückgewiesen.“ Ich war elektrisiert und wie von einer Last befreit: Endlich, endlich hatte eine kommunistische Partei den Mut gefunden, sich vom Diktat Stalins zu befreien. Die Jugoslawen seien, so BBC, nicht bereit, Fehler einzugestehen, die sie nicht begangen hätten. Mehr noch: Sie brachten von sich aus kritische Einwände gegen die Sowjetunion vor. So verwahrten sich die Jugoslawen gegen Versuche des sowjetischen Geheimdienstes, Agenten in die brüderliche kommunistische Partei einzuschleusen.

Dies war der Wendepunkt zu einer schrittweisen Emanzipationsbewegung in Jugoslawien. Jugoslawien verfügte bekanntlich über die einzige Widerstandsbewegung in Europa, die das Land selbst von der deutschen Besatzungsherrschaft befreit hatte. Schon 1941 gab es die ersten befreiten Gebiete, ihre Fläche dehnte sich mehr und mehr aus. Während dieses Befreiungskampfes war es – damals verheimlicht, aber 1950 in Jugoslawien bekannt gemacht – zu Kontroversen mit der sowjetischen Führung gekommen. Die von den Sowjets versprochenen Waffen, 1942 zugesagt, wurden zurückgehalten.

Weitere Enttäuschungen erlebten die jugoslawischen Kommunisten nach 1945. Das Land wurde von sogenannten sowjetischen „Beratern“ überschwemmt, die in Wirklichkeit Kontrollfunktionen ausübten. Ein riesiges sowjetisches Spitzel- und Informationsnetz überzog Jugoslawien. Auf die Wirtschaft wurde durch sogenannte „gemischte Gesellschaften“, die de facto sowjetische Unternehmen auf jugoslawischem Boden waren, zunehmend von Moskau kontrolliert. Hinzu kam die wachsende sowjetische Einmischung im kulturellen Bereich und in den Massenmedien. Sowjetische Kulturfunktionäre verlangten, daß vor allem sowjetische Theaterstücke und Filme gespielt werden sollten, und bombardierten die jugoslawischen Zeitungs-

der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, S. 57 und 76, sowie Werner Müller, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), in: SBZ Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, hrsg. von Martin Broszat und Hermann Weber im Auftrag des Arbeitsbereiches Geschichte und Politik der DDR an der Universität Mannheim und des Instituts für Zeitgeschichte, München 1990, S. 497.

⁸ Dietrich Staritz, Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1984, S. 152 f.

redaktionen mit vorgefertigten sowjetischen Artikeln. Zwischen 1945 und 1947 erkannten immer mehr jugoslawische Kommunisten, daß ihr Land von Moskau nicht als gleichberechtigt anerkannt wurde.

Die vorsichtigen Bestrebungen Jugoslawiens zur Verselbständigung blieben in Moskau nicht unbemerkt. Am 10. Februar 1948 wurden die jugoslawischen Führer nach Moskau eingeladen. Stalin warf ihnen vor, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben, und verlangte die sofortige Unterzeichnung eines Vertrages, wonach alle Schritte in absoluter Übereinstimmung mit der Sowjetunion zu vollziehen seien. Der damalige jugoslawische Außenminister Eduard Kardelj schilderte später, wie er mitten in der Nacht in den Kreml gebracht wurde, wo bereits der Vertragstext vorlag: „Unterschreiben Sie das!“, verlangten die Sowjets. Kardelj, damals noch sowjet-treu, fühlte sich gedemütigt, das waren Großmachtallüren gegenüber einem kleinen Land. Zitternd unterschrieb er – aber nicht dort, wo seine Unterschrift vorgesehen war, sondern an der Stelle, wo der sowjetische Außenminister Molotow unterzeichnen sollte. Sowjetische Funktionäre zerrissen das Papier wütend und schrien Kardelj an⁹.

Zehn Tage später, am 20. Februar 1948, brach die Sowjetführung die Wirtschaftsbeziehungen zu Jugoslawien ab und lieferte keine Rohstoffe mehr in den Balkanstaat. Am 18. März zog Moskau sämtliche Berater aus Jugoslawien zurück in der Annahme, dies werde Jugoslawien zum Nachgeben bewegen – doch das Gegenteil trat ein. Seit 27. März 1948 schickte Stalin mehrere Schreiben an die jugoslawische Parteiführung. Im zweiten Brief forderte er Tito auf, vier seiner engsten Mitarbeiter abzusetzen. Damit sollte der erste Rückzieher erzwungen werden, um weitere Zugeständnisse zu erpressen. In diesem Brief verglich Stalin die jugoslawischen Führer mit Trotzki, sein Brief endete mit den Worten: „Wir halten Trotzkis politische Karriere für lehrreich genug.“

Belgrads Bruch mit Moskau – mein Bruch mit dem Stalinismus

Tito entwarf eine Antwort, in der er die sowjetische Forderung zurückwies, und am 1. April 1948 fand eine Geheimsitzung des jugoslawischen Zentralkomitees statt – nicht im Parteigebäude, sondern in der Bibliothek von Dedinje und erstmals ohne Anwesenheit von Stenographen. Mit Ausnahme des damaligen Vorsitzenden der jugoslawischen Volksfront, Sreten Zujovic, stimmten alle Mitglieder des Zentralkomitees dem Entwurf Titos zu. Zum ersten Mal sah sich Stalin nun dem Widerstand einer ganzen kommunistischen Partei gegenüber – noch dazu einer Partei, die in ihrem Land die Macht innehatte.

Daraufhin schaltete Stalin andere kommunistische Führer ein, um Tito aus seinem Land zu locken. Darunter war auch Wilhelm Pieck, der Tito den Vorschlag machte, sich an der jugoslawisch-ungarischen Grenze zu treffen, allerdings bereits auf ungarischer Seite.

⁹ Dazu und zum folgenden: Milovan Djilas, *Jahre der Macht. Kräftespiel hinter dem Eisernen Vorhang*. Memoiren 1945–1966, München 1983, S. 183–193, 206.

schem Territorium. Am 19. April 1948 traf eine bulgarische Delegation unter Führung von Georgi Dimitrow in Belgrad ein. Dieser vertrat zunächst die offizielle Linie, sah sich dann um und flüsterte Milovan Djilas zu: „Bleibt fest!“¹⁰ So erkannten die Jugoslawen, daß es führende Funktionäre in den kommunistischen Parteien anderer Länder gab, die auf ihrer Seite standen.

Anfang Mai 1948 teilte die sowjetische Führung Belgrad mit, es würde eine Tagung des Kommunistischen Informationsbüros, also des Kominform, geben, zu der die Jugoslawen unbedingt kommen sollten. Die Tagung sollte zunächst in der Ukraine stattfinden, wurde aber später, am 21. Juni 1948, nach Bukarest umdirigiert. Es folgten dringende Briefe aus Moskau, die Jugoslawen sollten unbedingt teilnehmen. Doch diese lehnten ab – wohl wissend, daß sie kaum zurückgekehrt wären. Statt dessen schlugen sie vor, sich mit den Sowjetführern in Jugoslawien zu treffen, um die Probleme zu klären. Auf der Kominform-Tagung in Bukarest Ende Juni 1948 wurden die grotesken Beschuldigungen gegen die Jugoslawen in einer Resolution zusammengefaßt. Auffällig war, daß zwei Führer auf der Kominform-Tagung fehlten: Wladislaw Gomulka aus Polen und Georgi Dimitrow aus Bulgarien.

Am 30. Juni 1948 hatten die jugoslawischen Kommunisten die Kominform-Resolution zurückgewiesen. Wie viele andere damals auch, wartete ich auf der SED-Parteihochschule gespannt darauf, wie sich die SED-Führung verhalten würde. Es war eine herbe Enttäuschung: Das SED-Organ „Neues Deutschland“ druckte nur die Kominform-Erklärung ab – nicht aber die Antwort der Jugoslawen. Am 4. Juli veröffentlichten die SED-Zeitungen auf der ersten Seite die „Erklärung zur jugoslawischen Frage“. Darin wurde – obwohl die SED dem Informationsbüro nicht angehörte! – der Inhalt der Kominform-Resolution vorbehaltlos begrüßt. Erst viele Jahre später erfuhr ich, daß von den 14 Mitgliedern des Zentralsekretariats eines gegen die Resolution gestimmt hatte: der ehemalige Sozialdemokrat Erich W. Gniffke, der wenige Monate später, Ende Oktober 1948, aus der Sowjetzone floh. Er stand in der SED nicht allein. In den Tagen des Kominform-Konflikts mit Jugoslawien gab es keineswegs nur vorbehaltlose Zustimmung: Viele konnten sich mit den Behauptungen der Kominform-Resolution nicht identifizieren.

Die Vorlesungen und Seminare auf der Parteihochschule hielt ich weiter, aber ich war nicht mehr mit dem Herzen dabei. Immer wieder schwenkten meine Gedanken zu den Jugoslawen, zu einer Partei, die verwirklichte, was mir oft vorgeschwebt hatte: die Errichtung einer von Moskau unabhängigen sozialistischen Gesellschaft. Schon kurz darauf erhielt ich, über die Schweiz versandt, die deutsche Übersetzung der wichtigsten Materialien der KP Jugoslawiens. Ich war fasziniert und erfreut, mußte diese Schriften aber verstecken. Die Argumentation der Jugoslawen war überzeugend. Erstaunt und beeindruckt war ich, daß in Jugoslawien beide Erklärungen – die Kominform-Resolution vom 28. Juni und die Antwort der jugoslawischen Kommunisten vom 30. Juni – veröffentlicht wurden. Es war das erste Mal in 25 Jahren Stalinismus, daß eine kommunistische Partei in ihrem Zentralorgan zwei unterschiedli-

¹⁰ Ebenda, S. 214.

che Auffassungen wiedergab, um den Lesern die Möglichkeit zu bieten, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Ich sprach mit mir näher bekannten Kollegen und Kursanten der SED-Parteihochschule und mit Freunden in Berlin über die jugoslawischen Auffassungen. Einigen gab ich auch die – damals verbotenen und verfeimten – Materialien der Jugoslawen. Dies schien mir völlig gerechtfertigt, da die SED nur die anti-jugoslawischen Materialien veröffentlicht hatte, nicht aber die jugoslawischen Antworten. Heimlich traf ich mich damals auch mit meinen jugoslawischen Freunden in Ost-Berlin. Erstmals, so wurde mir klar bewußt, gehörte ich nun einer Opposition an.

Inzwischen lief die Sowjetisierung der SBZ auf Hochtouren. Es bestand kein Zweifel: Mit aller Macht wurde eine Angleichung an das Stalin-System betrieben. Am 28./29. Juli 1948 faßte die SED-Führung den Beschluß „Über die organisatorische Festigung der Partei und ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“¹¹. Es lief mir kalt über den Rücken. Das Wort „Säuberung“ kannte ich aus den dreißiger Jahren. Am 15./16. September folgte die Bildung der „Zentralen Parteikontroll-Kommission“ (ZPKK) – eine Institution, die ich ebenfalls aus der Sowjetunion Stalins kannte und fürchtete. Am 18. Oktober wurde die Konzeption des „besonderen deutschen Weges zum Sozialismus“ – die mir so viel bedeutet hatte! – auch offiziell zurückgenommen; eine Entwicklung analog zu der der Sowjetunion sei der „einzig mögliche Weg zum Sozialismus“¹². Der Geburtstag Stalins am 21. Dezember 1948 wurde pompös gefeiert: Stalin, so ließ die SED-Führung verlauten, gehöre mit Marx, Engels und Lenin zu den „großen Theoretikern der internationalen Arbeiterbewegung“.

Ende Januar 1949, auf der I. Parteikonferenz der SED, war von den Versprechungen bei der Parteigründung nichts mehr übrig geblieben. Die SED sei, so hieß es nun, eine „marxistisch-leninistische Kampfpartei“; die Duldung von Gruppierungen sei unvereinbar mit dem „marxistisch-leninistischen Charakter“ der Partei. Die Konferenz verkündete das Prinzip „höchster Wachsamkeit“ und die Anerkennung der „führenden Rolle der Sowjetunion und der KPdSU“. Die Parität von Sozialdemokraten und Kommunisten wurde offiziell aufgehoben; die früher umworbenen „sozialdemokratischen Genossen“ galten jetzt als „Schumacher-Agenten“. Mehr als die Hälfte der bei der Gründung der SED bejubelten SPD-Führer wurde degradiert und die Macht in die Hände eines „kleinen Sekretariats“ unter dem Vorsitz Ulbrichts gelegt¹³.

Zu jener Zeit bereitete ich längst meine Flucht nach Jugoslawien vor, denn es war mir klar geworden: In der SBZ ging es darum, ein stalinistisches System zu errichten – und einer solchen Zielsetzung wollte ich als Parteifunktionär nicht dienen.

¹¹ Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Ostbüro) 0051, Dokumente der SED, Bd. II, Bonn o. J., S. 84 f.

¹² Ebenda, S. 100 ff.

¹³ Protokoll der I. Parteikonferenz der SED, 25. bis 28. Januar 1949 in Berlin, Ost-Berlin 1949, S. 530 f.

Meine Flucht nach Jugoslawien

In den letzten Tagen vor meiner Flucht sprach ich davon, daß ich einen „Sonderauftrag“ erhalten hätte – wohl wissend, daß damit mein Fernbleiben für einige Tage erklärt, die Suche verzögert und damit mein Vorhaben erleichtert würde. An eine Flucht in den Westen habe ich nie gedacht. Es ging mir vielmehr darum, von einem diktatorischen, stalinistischen System in ein Land zu kommen, das – unabhängig von Moskau – einen eigenen Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft beschritten hatte.

Am 12. März 1949 um 14.30 Uhr war es soweit: Von der SED-Parteihochschule „Karl Marx“ in Kleinmachnow fuhr ich zunächst zu meiner Wohnung nach Pankow, dann nach Süden in Richtung Tschechoslowakei. Nach fünfeinhalb Stunden Fahrt, etwa um 23 Uhr, befand ich mich wenige Kilometer von der Grenze zur Tschechoslowakei entfernt. In einem kleinen Lokal traf ich, wie vorher verabredet, mit Schmugglern zusammen: Einer betätigte sich nun als Fluchthelfer und sollte mich über die Grenze bringen. Er wollte weder meinen noch ich seinen Namen wissen. Nach etwa zwei Stunden waren wir an der Grenze. Wir durchwateten einen Bach. Obwohl es März war, lag noch hoher Schnee, und ein eisiger Wind blies uns ins Gesicht. Nach weiteren anderthalb Stunden Fußmarsch kamen wir in einem kleinen verschneiten Grenzdorf an. Hier wohnten Bekannte meines Helfers.

Doch der geplante weitere Fluchtweg nach Podmokly (früher Bodenbach, inzwischen Decin) war abgeschnitten; der Schnee hatte den Autobusverkehr unterbrochen. So kam ich mit mehreren Stunden Verspätung in Podmokly an. Mein Freund, den ich dort treffen wollte, hatte lange gewartet, war aber dann in der Annahme, meine Flucht sei mißlungen, weggefahren. So ging ich zum Bahnhof, bestellte auf russisch eine Fahrkarte nach Prag und machte mich auf eigene Faust auf die Reise.

Ich kam spätabends in Prag an und lief unschlüssig im Bahnhof umher, weil tschechoslowakische Polizisten den Saal durchkämmten und die Dokumente der Bahnhofsbesucher prüften. Auf der Treppe vor dem Bahnhof traf ich einen mir unbekanntem Tschechen. Wir kamen ins Gespräch. Ich hatte alle Vorsicht abgelegt. Auf seine Frage, wohin ich wolle, sagte ich nur: „Nach Belgrad.“ „Nach Belgrad?“ flüsterte er aufgeregt und schaute sich blitzschnell um. Jugoslawien war damals, im Frühjahr 1949, auch für viele Tschechen ein Hoffnungsschimmer. Mein Zufallsbekannter schlug vor: „Kommen Sie mit, Sie können bei mir übernachten!“ Durch das nächtliche Prag gingen wir zu seiner Wohnung. Er machte mir eine Schlafstelle zurecht, und ich fiel, von der Flucht völlig erschöpft, in einen tiefen, fast bleiernen Schlaf. Morgens wurde ich freundlichst von meinem neuen Freund geweckt. Ich wollte mich für die Hilfe bedanken, aber er winkte nur ab: „Man muß in diesen Zeiten Leuten helfen, die fliehen – und gute Fahrt nach Jugoslawien. Wenn Sie dort ankommen, sagen Sie, daß es viele Tschechen gibt, die freundschaftlich an Jugoslawien denken.“ Das versprach ich.

Nach weiteren zwölf Tagen schwieriger Flucht kam ich am 25. März 1949 um 6 Uhr abends in Belgrad an. Ich war am Ziel. Endlich in Jugoslawien! Meine Flucht

war die wohl entscheidendste Handlung meines Lebens, und ich habe diesen Schritt nie bereut. Im Gegenteil. Aber erst 1996 – 47 Jahre danach – erfuhr ich durch das umfangreiche Material der Zentralen Parteikontroll-Kommission, wie die SED-Funktionäre, die ZPKK und die Funktionäre der SED-Parteihochschule darauf reagierten.

II. Die Kampagne auf der SED-Parteihochschule gegen den „Trotzkisten“ Leonhard

Am 25. März 1949 war ich in Belgrad angekommen. Die SED-Führung wußte nicht, wo ich mich befand. Über meine Flucht dürfte sie wahrscheinlich am 27. oder 28. März informiert worden sein, denn am 29. März begann die große Wachsamkeitskampagne an der SED-Parteihochschule.

Die im Mai 1946 gegründete SED-Parteihochschule „Karl Marx“ befand sich zunächst in einem kleineren Gebäudekomplex in Liebenwalde (heute: Hotel „Preußischer Hof“), etwa 35 Kilometer nordöstlich von Berlin. Es gab Zwei-Jahres-Lehrgänge für jüngere SED-Mitglieder und -Funktionäre zur allgemeinen politisch-ideologischen Ausbildung sowie Halbjahres-Lehrgänge für ältere, oft relativ einflußreiche Funktionäre, die für neue Aufgaben weitergebildet wurden. Drei Viertel aller Lehrgangsteilnehmer („Kursanten“) kamen aus der SBZ, die übrigen waren KPD-Funktionäre aus den Westlichen Besatzungszonen, die hier unter anderem Namen studierten.

Während nach der SED-Gründung im April 1946 zunächst noch auf die paritätische Besetzung von Funktionen mit ehemaligen SPD- und KPD-Mitgliedern geachtet wurde, war dies bei der SED-Parteihochschule von Anfang an nicht der Fall. Alle Fakultätsleiter kamen aus der KPD: Erich Paterna¹⁴ (Historische Fakultät), Alfred Lemnitz¹⁵ (Politische Ökonomie), Viktor Stern¹⁶ (Philosophie, also dialektischer und historischer Materialismus) und Frida Rubiner¹⁷ (Grundfragen des Marxismus-Leninismus). Viktor Stern, Frida Rubiner und der Direktor der Parteihochschule Rudolf Lindau¹⁸ kamen aus der sowjetischen Emigration. Um wenigstens eine „symbo-

¹⁴ Erich Paterna (1897–1982), Lehrer, ab 1927 Mitglied der SPD, ab 1932 der KPD. Von 1936 bis 1940 im Zuchthaus Brandenburg-Görden inhaftiert. Seit 1945 im ZK der KPD, ab 1946 Mitglied der SED und Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der Arbeiterbewegung an der Parteihochschule der SED (künftig: PHS).

¹⁵ Alfred Lemnitz, geb. 1905, ab 1927 Mitglied der SPD, ab 1931 der KPD. 1933–1937 Haft im KL Börgermoor und Esterwege, von 1941–1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden. Seit 1946 Mitglied der SED, 1947–1953 Lehrer bzw. Lehrstuhlleiter für Politische Ökonomie und stellv. Direktor an der PHS.

¹⁶ Viktor Stern (1885–1958), ab 1904 Mitglied der SDAP, ab 1918 der KP Österreichs, 1920 der KPD. Seit 1946 Mitglied der SED und Leiter der Fakultät für Philosophie an der PHS.

¹⁷ Frida Rubiner (1879–1952), seit 1906 Mitglied der SPD, ab 1918 der KPD, aktive Teilnahme an der Münchner Räterepublik, 1930–1946 in der UdSSR. Ab 1946 Dekan der Fakultät für Grundfragen des Marxismus an der PHS.

¹⁸ Rudolf Lindau (1888–1977), 1919 Mitbegründer der Hamburger KPD, arbeitete von 1927 bis 1933 als Chefredakteur verschiedener KPD-Zeitungen. Von 1946–1950 Direktor der PHS.

lische Parität“ vorweisen zu können, wurde Rudolf Lindau ein sympathischer, bescheidener Sozialdemokrat als Stellvertreter beigegeben: Paul Lenzner¹⁹, der in der Weimarer Republik im Kulturbereich aktiv gewesen war. Gegen die Übermacht der KP-Funktionäre kam er selbstverständlich nicht an, und so mußte er sich darauf beschränken, gelegentlich Vorlesungen zu halten und kulturelle Veranstaltungen zu organisieren.

Ende Dezember 1947 zog die SED-Parteihochschule nach Kleinmachnow um: Ein riesiger moderner Komplex mit großen Fenstern – in einem Park gelegen, mit Garagen und unterirdischen Gängen, die die fünf Gebäude miteinander verbanden. Es gab nun genügend Platz für die schnell wachsende Institution, in der Ende März 1949 die große Wachsamkeitskampagne, die Verdammung des „Trotzkismus“ und des angeblich „trotzkistischen Agenten“ Leonhard, erfolgte.

Die SED-Parteihochschule zum „Fall Leonhard“

Am 29. März 1949 fand, gleichsam als „Einstimmung“, eine allgemeine Parteiversammlung sämtlicher Lehrer und Kursanten der Parteihochschule statt. Heinz Abraham²⁰, ein hartgesottener Stalinist, hielt eine Vorlesung über den Trotzkismus. Aber dies war offensichtlich nur ein Vorspiel für den nächsten Tag. Am 30. März 1949 um 8 Uhr früh begann eine weitere allgemeine Parteiversammlung. Das Thema lautete: „Trotzkistische Agententätigkeit und der Fall Leonhard“. Rudolf Lindau leitete die Veranstaltung²¹. In seinem Eröffnungsreferat kritisierte er die „allgemeine Unterschätzung des Trotzkismus“. Die Tätigkeit der „Parteifeinde“ sei ein gesetzmäßiger Vorgang: „Je tiefer, je ausgebreiteter die Verfaulung des Kapitalismus, je gefährlicher sich seine Widersprüche zuspitzen, desto wütender kämpft die Bourgeoisie gegen die sozialistische Arbeiterbewegung.“ Der Trotzkismus sei dafür ein Beispiel: „Alles das, was den Siegeszug des Sozialismus aufhalten kann, wird angewendet im Dienst und Auftrage und in Zusammenarbeit mit der imperialistischen Reaktion. Der Weg des Trotzkismus ist der unvermeidliche, typische Weg aller inneren Feinde der sozialistischen Bewegung.“

Dann kam Lindau auf mich zu sprechen: „Unsere Parteiführung hat ihn ausgeschlossen als trotzkistischen Agenten, der in Zusammenarbeit mit den Tito-Agenten in Deutschland in unserer Zone trotzkistische Ideologien und Material in die Reihen der Partei zu schmuggeln versuchte und geschmuggelt hat.“ Dies ginge „uns unmittelbar an, weil er bis vor kurzem noch unter uns gewirkt hat“. Der Fall Leonhard sei „ein deutliches Zeichen dafür, daß wir in punkto Wachsamkeit noch zu lernen haben, daß die Sorglosigkeit gegenüber feindlichen Einflüssen der verschiedensten Art noch zu sehr verbreitet ist“²².

¹⁹ Paul Lenzner (1894–1955), Lithograph, seit 1912 Mitglied der SPD, von 1946–1950 Direktor (zusammen mit Rudolf Lindau) der PHS.

²⁰ Heinz Abraham, Architekt, ab 1931 Mitglied der KPD, seit 1946 Lehrer und stv. Direktor an der PHS.

²¹ Protokoll vom 30.3. 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard.

²² Ebenda, S. 4.

Besonders warf mir Lindau vor, daß ich einen Satz von Rosa Luxemburg – „Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden“²³ – zitiert hatte: Dieses Zitat sei „hier angewandt, ein geschicktes Verwirrungsmanöver“. Ich hätte daran gezweifelt, „ob es in der Sowjetunion überhaupt eine wahre Freiheit gibt. Wir haben darüber im Unterricht gesprochen, was es für eine Freiheit ist unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur, daß die Freiheit nicht existiert für den Feind.“ Für Feinde gebe es „keine sogenannte Freiheit“; Freiheit bestehe vielmehr „für alle diejenigen, die am sozialistischen Aufbau mitwirken“²⁴.

Das Hauptreferat hielt der eigens aus Berlin angereiste Kurt Hager, Leiter der Abteilung Parteischulung im SED-Zentralsekretariat²⁵. Der Kernsatz seiner Ausführungen lautete: „Der Trotzismus ist nicht nur eine historische Erscheinung, er ist ein Begriff, ist eine Agentur. Es gibt heute keine Diskussionen mit einer Agentur. Er ist eine Spitzenzentrale von Provokateuren, von bezahlten Handlangern des amerikanischen Imperialismus. Mit Spionen diskutiert man nicht, man muß sie ausmerzen.“²⁶

In der anschließenden, sieben Stunden dauernden Aussprache hagelte es Angriffe auf mich. Ein Teilnehmer meinte: „Man hat ihm zugute gehalten, daß er so tätig war. Er war beliebt. Das war bei Bucharin auch der Fall.“ Und die Schlußfolgerung: „Wir müssen Schluß machen mit der Leichtgläubigkeit gegenüber Genossen, die durch eine gewisse Aktivität hervortreten, Schluß machen mit der Vertrauensseligkeit.“ Ein Kursant namens Reinhard sagte: „Wenn man heute zu einem Banditen wie Leonhard Stellung nimmt, so muß man ganz entschieden dafür sorgen, daß man in den Parteischulen die Frage des Trotzismus ebenso wie die des Opportunismus eingehend und scharf behandelt, damit sich nicht solche Elemente ausbreiten können.“²⁷ In den folgenden fünf Tagen, vom 2. bis 6. April 1949, setzten die Parteigruppen aller Lehrgänge die Diskussion über den „Fall Leonhard“ fort.

„Trotzkismus und Wolfgang Leonhard“

Von besonderer Intensität war die Lehrer-Veranstaltung am 6. April 1949, die sich von 17 Uhr bis 1.30 Uhr – achteinhalb Stunden lang! – hinzog und unter dem Hauptthema „Trotzkismus und Wolfgang Leonhard“ stand. Auch hier gab es eine Vielzahl von Anschuldigungen. Eine lautete, ich hätte meine Vorlesungen „heruntergeleiert“

²³ Rosa Luxemburg, *Die russische Revolution*, eingeleitet und hrsg. von Peter Blachstein, Hamburg 1948, S. 53; vgl. auch Wolfgang Leonhard, *Die Dreispaltung des Marxismus*, Düsseldorf 1970, S. 127–130.

²⁴ Protokoll vom 30.3. 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard, S. 8.

²⁵ Kurt Hager, geb. 1912, Journalist, seit 1930 Mitglied der KPD. Nach mehreren Monaten Haft im KL Heuberg Flucht in die Schweiz und nach Frankreich, kämpfte von 1937 bis 1939 im spanischen Bürgerkrieg, danach Exil in Großbritannien. Nach seiner Rückkehr 1946 stv. Chefredakteur des SED-Organs „Vorwärts“.

²⁶ Protokoll vom 30.3. 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard, S. 22.

²⁷ Ebenda, S. 20.

und keine genügende „Aktualisierung vorgenommen“. Aber dies ging Erich Paterna, dem Leiter der Geschichtsfakultät, zu weit²⁸. Er versuchte, mich zu verteidigen: „Gerade Leonhard hatte schon in verschiedenen Dingen die Aktualisierung vorgenommen. Es stimmt nicht, daß Leonhard seine Vorlesungen heruntergeleiert habe. Niemals hat ein Lehrer oder ein Schüler einen Tadel ausgesprochen, im Gegenteil, alle bewunderten ihn.“ Paternas Schlußfolgerung: „Wir müssen uns Tatsachenmaterial erstellen und diese Dinge objektiv sehen.“ Er wolle „keiner Vertrauensseligkeit das Wort reden“, es solle aber vermieden werden, „daß Wachsamkeit, die wir anstreben müssen, zu einem erhöhten Mißtrauen führen würde. Es ist unsere Pflicht, mehr als bisher Vertrauen zu schaffen.“²⁹

Dies war am Anfang der Veranstaltung. Das Protokoll läßt deutlich spüren, wie sich die Atmosphäre mit jeder Stunde verschärfte. Ein Kursant warf einem Kommilitonen vor, das Buch von John Reed „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ gelesen oder weitergegeben zu haben – ein Buch übrigens, das von Lenin hoch gelobt worden war, unter Stalin aber nicht mehr verbreitet werden durfte. Ein gewisser Pürschel behauptete, ich hätte in meiner Wohnung in der SED-Parteihochschule ein Hörspiel von Arthur Koestler gehört, wieder ein anderer warf mir vor, ich hätte nach einem Vortrag über Bulgarien kritische Fragen gestellt.

Am nächsten Tag, dem 7. April 1949, fand eine weitere Parteiversammlung statt, die im Protokoll als „abschließende Diskussion über den Trotzismus“ bezeichnet wurde. Sie begann um 15 Uhr, und auch sie dauerte mehrere Stunden. Ziel der Veranstaltung war, eine bereits vorbereitete Resolution über den Fall Leonhard zu behandeln und zu verabschieden. Hans Teubner verlas einleitend den Resolutionsentwurf³⁰. In der folgenden „Diskussion“ sprach Viktor Stern, Leiter der Fakultät Philosophie. Für ihn war die Frage einfach: „Der Fall Leonhard darf uns keine Veranlassung zum Pessimismus geben. Leonhard war ein äußerst raffinierter kapitalistischer Agent und ist trotz unserer Schwächen entlarvt worden.“ Dozent Gustav Dorf räumte ein, man habe die Tatsache nicht beachtet, „daß trotzistische Agenturen in Deutschland und sogar in unserer Nähe errichtet wurden“. Selbstkritisch meinte er, bei der Behandlung des siebten Kapitels der „Geschichte der KPdSU“ sei die „Rolle des Trotzismus“ nicht deutlich genug ausgesprochen worden. Im Literaturverzeichnis sei auch das genannte Buch von John Reed aufgeführt gewesen. Dies „war eine Folge unserer Sorglosigkeit“. Dorf griff Paterna direkt an. Er sei der Verantwortliche für die Vorgänge in der historischen Fakultät, im Fall Leonhard habe er „eine zu große Sorglosigkeit walten lassen“.

²⁸ Paterna blieb zunächst an der PHS, promovierte 1955 und habilitierte sich 1958. Ab 1956 Direktor des Instituts für Geschichte an der Humboldt Universität Berlin.

²⁹ Protokoll der Lehrerkonferenz vom 6. 4. 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard, S. 4 und 12.

³⁰ Hans Teubner (1902–1992), seit 1919 Mitglied der KPD, studierte von 1927–1930 an der Internationalen Lenin-Schule in Moskau und war anschließend im sowjetischen militärischen Nachrichtendienst sowie als Komintern-Vertreter in Rumänien tätig. Seit 1946 Mitglied der SED, von 1947–1950 Leiter der Lehrabteilung an der PHS.

Erich Paterna, inzwischen von der Wachsamkeitskampagne eingeschüchtert, erklärte: „Der Agent Leonhard war Mitglied unserer Fakultät. Er war während drei Semestern hier an der Schule und konnte seine Agententätigkeit entfalten, ohne daß von der Fakultät oder seinen engsten Mitarbeitern irgend etwas Wesentliches dazu beigetragen worden ist, ihn rechtzeitig zu entlarven.“ Im Geschichtsunterricht bestehe die Gefahr, historischen Tatsachen „übertrieben hohe Bedeutung beizumessen“, an deren Stelle solle die „leidenschaftliche Parteinahme“ treten. Man dürfe sich auch nicht mit der Argumentation des Gegners beschäftigen, denn darin liege „die Gefahr der Selbstvergiftung“. Der Trotzismus, so Paterna wohl wider besseres Wissen, stehe „auf der gleichen Stufe wie der Faschismus“³¹.

Zu der Schlußresolution hieß es: Auf der Parteihochschule „Karl Marx“ sei „die trotzkistische Gefahr stark unterschätzt“ worden. Der Trotzismus sei „eine der gefährlichsten Waffen des anglo-amerikanischen Imperialismus in seinem Kampf um die Weltherrschaft“. Dies werde besonders deutlich durch die „verräterische, verbrecherische, trotzkistische, sowjet- und friedensfeindliche Politik der Tito-Clique in Jugoslawien“. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, „die trotzkistischen Verbrecher schonungslos zu entlarven und unschädlich zu machen“. Die Parteihochschule habe „nicht in genügendem Umfange das Wesen des Trotzismus entlarvt“. So konnte es geschehen, „daß ein derart gefährlicher trotzkistischer Agent wie Leonhard zu lange unentlarvt und ungestört seine verbrecherische Tätigkeit auf der Parteihochschule betreiben“ und „in seiner Frechheit so weit“ gehen konnte, feindliches Material „an Schüler und Lehrer der Parteihochschule“ zu übergeben, „ohne, daß dies sofort Partei- und Schulleitung mitgeteilt worden wäre“. Es sei notwendig, „alle Genossen, Lehrer wie Schüler, über die raffinierten Methoden des Trotzismus aufzuklären“ und „unversöhnlichen Haß gegen das imperialistisch-trotzkistische Banditentum zu entwickeln“. Den Genossen müsse „die Gefährlichkeit eines Liberalismus und Objektivismus in dieser Frage klargemacht werden“³². Protokolle der Veranstaltungen wurden an Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl, Walter Ulbricht, Anton Ackermann und Kurt Hager übermittelt.

Der Trotzismus – das nebulöse Schreckgespenst

Die Kampagne gegen den „Trotzkismus“ ignorierte die historischen Tatsachen. So erfuhren die Kursanten nichts über die entscheidende Rolle Trotzki in der Oktoberrevolution von 1917, nichts darüber, daß er im Frühjahr 1918 als Vorsitzender des „Revolutionären Kriegsrates“ die Rote Armee ins Leben rief und während des Bürgerkrieges 1918–1921 die führende Rolle spielte. Sie erfuhren nicht, daß Lenin 1922/23 vorgeschlagen hatte, Trotzki zum Stellvertretenden Vorsitzenden des „Rates der Volkskommissare“, also der Sowjetregierung, und damit zu seinem Stellvertreter

³¹ Protokoll der Parteiversammlung vom 7.4. 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard, S. 1–5.

³² Resolution vom 8.4. 1949, in: Ebenda, S. 1–3.

und designiertem Nachfolger zu ernennen. Auch Trotzki's berühmte Aufsatzreihe „Der neue Kurs“ vom Herbst 1923 mit bedeutsamen Vorschlägen zur Demokratisierung der Partei und zur Überwindung des „Kastengeists“ der Funktionäre wurde nicht erwähnt. In der Partei, so meinte er, müsse die Möglichkeit gegeben sein, unterschiedliche Standpunkte und eigene Meinungen zu vertreten.

Unerwähnt blieb auch die wüste Anti-Trotzki-Kampagne Stalins und Trotzki's Abstieg: Er mußte im Januar 1925 das Kriegskommissariat abgeben, wurde im Oktober 1926 aus dem Politbüro entfernt, Ende Oktober 1927 aus dem Zentralkomitee und am 15. November 1927 mit seinen Anhängern aus der Partei ausgeschlossen. Im Januar 1928 deportierte man ihn nach Alma-Ata, im Januar 1929 wurde er aus der Sowjetunion ausgewiesen. Unerwähnt blieb ferner, daß Trotzki in den Jahren 1931–1933 – damals auf der Insel Prinkipo in der Türkei – vor einem möglichen Sieg des Faschismus in Deutschland warnte und die Kommunisten aufrief, dagegen eine Kampfereinheit mit der Sozialdemokratie zu schaffen. Keiner der Kurstanten der SED-Parteihochschule erfuhr etwas über Trotzki's Buch „Die verratene Revolution“³³ (1936), die Gründung der „IV. Internationale“ im September 1938 in Perigny bei Paris sowie schließlich über Trotzki's Ermordung am 20. August 1940 in Coyoacan/Mexiko durch einen Agenten des sowjetischen Staatssicherheitsdienstes.

Auch die Ansichten Trotzki's und seiner Anhänger kamen nicht zur Sprache. Die Trotzkiisten bezeichneten sich selbst als „revolutionäre Marxisten“ und verstanden sich als Kämpfer gegen Kapitalismus und Imperialismus, waren aber auch Gegner des Stalinismus. Trotzki vertrat die These, die Sowjetunion sei als Arbeiterstaat aus der Oktoberrevolution von 1917 hervorgegangen; die Verstaatlichung der Produktionsmittel habe zu einem schnellen ökonomischen Wachstum geführt. Unter dem Stalinismus sei jedoch die Diktatur des Proletariats ins Gegenteil verkehrt worden – vom Werkzeug der Arbeiterklasse zum Werkzeug über die Arbeiterschaft. Die Bürokratie habe sich in eine privilegierte Schicht verwandelt. Unter dem Regime eines „entarteten Arbeiterstaates“ seien die Grundlagen des Arbeiterstaates zwar erhalten geblieben, die sozialistische Entwicklung werde jedoch durch die Bürokratie behindert. Nur durch deren Sturz könne die sozialistische Grundlage gerettet und eine kapitalistische Restauration verhindert werden.

Der revolutionäre Prozeß sollte sich Trotzki zufolge gegen soziale Ungleichheit und politische Unterdrückung richten. Gewerkschaften und Fabrikkomitees sollten Freiheiten erhalten; Privilegien sowie Ränge und Orden der Sowjetaristokratie sollten abgeschafft werden. Die Räte (Sowjets) sollten wieder gewählte Organe der Werktätigen sein. Ein beschränktes Mehrparteiensystem – die Zulassung politischer Parteien, die auf dem Boden des Sozialismus und der Sowjetmacht stehen – sei anzustreben. Die Planwirtschaft müsse im Interesse von Produzenten und Konsumenten überprüft werden. Die Fabrikkomitees sollten das Recht auf Kontrolle der Pro-

³³ Leo D. Trotzki, *Verratene Revolution. Was ist die UdSSR und wohin treibt sie?* Zürich/Antwerpen/Prag 1936.

duktion haben, Verbrauchergenossenschaften die Interessen der Verbraucher wahrnehmen. Alle politischen Urteile seien zu revidieren und zu überprüfen. Die Organisatoren der Fälschungen und Schauprozesse müßten ihre verdiente Strafe erhalten.

Beibehaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, aber Sturz der Bürokratie, um einer Weiterentwicklung auf sozialistischer Grundlage willen – dies waren die Grundauffassungen der Trotzlisten über die Sowjetunion. Selbst solche allgemeinen Informationen – von Details ganz zu schweigen – wurden den Kursanten vorenthalten, so daß der vehemente „Kampf gegen den Trotzismus“ ohne die elementarsten Grundkenntnisse über Trotzki und die Trotzlisten geführt wurde.

Hermann Weber: „Die Suche nach Agenten wurden zur Manie“

Während meiner Lehrtätigkeit an der SED-Parteihochschule von September 1947 bis zu meiner Flucht im März 1949 befand sich unter den Kursanten auch Hermann Weber aus Mannheim, der von 1947 bis 1949 unter dem Namen „Wunderlich“ am zweijährigen Lehrgang teilnahm. Aus Gesprächen wußten oder ahnten wir doch zumindest, daß wir beide kritische und oppositionelle Auffassungen hegten³⁴. Hermann Weber schilderte 1963 die Atmosphäre in der SED-Parteihochschule nach meiner Flucht anschaulich. Nach seiner Darstellung war sie ein tiefer Einschnitt: „Was uns an stalinistischer Praxis vorher das Leben schwer gemacht hatte, war nichts gegen das, was nun über uns hereinbrach. Es wurde unerträglich. Kritik und Selbstkritik waren gewissermaßen zum ‚Hauptfach‘ geworden. Die Suche nach ‚Agenten‘ wurde zur Manie, und keiner war sicher, ob nicht irgendein Wort, das er früher zu einem anderen gesagt hatte, bei einer Selbstkritik-Veranstaltung wieder auftauchen und nun sein Verhängnis sein würde.“ Bei den Methoden der Kritik und Selbstkritik zeigten sich „Methoden, die nicht nur den politischen, sondern auch einen moralischen Niedergang des Stalinismus deutlich machten“. Manche Kursanten, so Hermann Weber, die früher kaum ein Wort gesprochen hatten, betätigten sich jetzt als „Agentensucher“. Dabei wies er auf den grauenvollen Ernst der Situation hin: „Inzwischen war jedem klar geworden, daß der Vorwurf, ein ‚Parteifeind‘ zu sein, nicht nur eine Verweisung von der Schule zur Folge hatte, sondern mit Sicherheit ins Gefängnis führte. Es entstand eine unerträgliche Atmosphäre. Keiner traute dem anderen mehr über den Weg, manche Freundschaft zerbrach.“ Zu den Folgen schrieb Hermann

³⁴ Hermann Weber kehrte nach der Beendigung des Zweijahreslehrgangs 1949 zunächst in den Westen zurück. Chefredakteur der westdeutschen FDJ-Zeitung, 1951 von Honecker abgesetzt, 1954 aus der KPD ausgeschlossen. Studium in Marburg und Mannheim, von 1975 bis zur Emeritierung 1995 ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, dort seit 1981 Leiter des Forschungsbereichs „DDR-Geschichte“. Aus seinen zahlreichen Veröffentlichungen zu Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung, des Sozialismus und Kommunismus seien als Hauptwerke erwähnt: Die Wandlung des deutschen Kommunismus, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969; Geschichte der DDR, München 1985; Aufbau und Fall einer Diktatur. Kritische Beiträge zur Geschichte der DDR, Köln 1991.

Weber: „Man darf nicht übersehen, daß später tatsächlich einige Lehrer und Schüler der Parteihochschule für lange Jahre in den Zuchthäusern des Staatssicherheitsdienstes verschwanden.“³⁵

III. Die Tätigkeit der Zentralen Parteikontroll-Kommission (ZPKK) der SED

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die beschriebenen Aktivitäten mit der Zentralen Parteikontroll-Kommission koordiniert waren, ja sogar in ihrem unmittelbaren Auftrag erfolgten. Die Bildung der ZPKK stand in engstem Zusammenhang mit der drastischen Verschärfung des politischen Kurses und der Schaffung der „Partei neuen Typus“. Auf der 12. Tagung des Parteivorstands der SED (28.–29. Juli 1948) verkündete Ulbricht, die Stellung zur Sowjetunion sei der „Prüfstein“. Auf dieser Tagung wurde der Beschluß „für die organisatorische Festigung der Partei und für ihre Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“ gefaßt. Die „Ausmerzung von schädlichen und feindlichen Elementen“ wurde gefordert³⁶.

Diese „Säuberung“ und „Ausmerzung“ wurden Aufgabe der auf der 13. Tagung des Parteivorstandes (15.–16. September 1948) gebildeten Zentralen Parteikontroll-Kommission, der ihr untergeordneten Länder-Parteikontroll-Kommissionen (LPKK) für Berlin, Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen sowie der Kreis-Parteikontroll-Kommissionen (KPKK). Sie erhielten das Recht, jedes SED-Mitglied aus Partei-, aber auch Staatsfunktionen abzurufen. Die Parteikontroll-Kommissionen führten „selbständige Nachforschungen“ durch und konnten Parteistrafen verhängen. Die „Säuberungen“ unter der Mitgliedschaft hatten jedoch nicht nur Parteistrafen zur Folge, sondern oft zugleich den Verlust des Arbeitsplatzes, gerichtliche Verfolgung oder Inhaftierung.

Die ZPKK wurde von dem damals 55jährigen Hermann Matern geleitet, der Anfang Mai 1945 aus der sowjetischen Emigration zurückgekehrt war und nach Gründung der SED der obersten Führungsspitze, dem 14köpfigen Zentralsekretariat angehörte. Mit dem ZPKK-Vorsitz hatte Matern eine entscheidende Machtposition nicht nur in der SED, sondern in der gesamten SBZ inne³⁷.

³⁵ Hermann Weber in: Horst Krüger (Hrsg.), *Das Ende einer Utopie. Hingabe und Selbstbefreiung früherer Kommunisten*, Freiburg 1963, S. 126 ff.

³⁶ Wie Anm. 11.

³⁷ Hermann Matern (1893–1971), 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Magdeburg, trat 1919 in die KPD ein. Von 1928–1929 Besuch der Lenin-Schule in Moskau, von 1932 bis 1933 KPD-Abgeordneter im Preußischen Landtag. Im Juli 1933 verhaftet, gelang Matern im November 1934 die Flucht. Nach Aufenthalt in mehreren europäischen Ländern ab 1941 in Moskau. Von 1946–1948 Vorsitzender des SED-Landesverbandes Berlin, von 1948–1950 Vorsitzender des ZPKK.

Erich Mielke und mein Sparkassenkonto 9094

Eine der ersten Maßnahmen der ZPKK im „Fall Leonhard“ läßt sich aus einem Schreiben vom 31. März 1949 an den „Genossen Erich Mielke“ ablesen, der, damals 42 Jahre, Vizepräsident der Zentralverwaltung für Inneres in der SBZ – bekannt unter der Abkürzung DVdI – war³⁸. Darin ging es um mein Sparkassenkonto 9094 in Kleinmachnow:

„Werter Genosse Mielke!

In der Angelegenheit W. Leonhard haben wir ermittelt, daß er in der Sparkasse des Kreises Teltow, Zweigstelle Kleinmachnow, ein Konto unter der Nummer 9094 unterhält.

Auf dieses Konto sind auch in letzter Zeit größere Beträge eingegangen, die er für Zeitungsartikel, Rundfunkvorträge usw. erhalten hat.

Wir bitten, dieses Konto sperren zu lassen. Über die Verwendung der Gelder können wir uns zur gegebenen Zeit verständigen.

Mit sozialistischem Gruß!

Zentrale Parteikontroll-Kommission.“

Doch Erich Mielke spurte nicht. Deshalb wandte sich die ZPKK vier Monate später, am 27. Juli 1949, erneut schriftlich an ihn³⁹. In dem Schreiben, das einen weiteren Vorgang behandelte, hieß es:

„Am 31. 3. 49 machten wir Euch ebenfalls auf das Konto 9094 des Wolfgang Leonhard bei der Sparkasse Teltow aufmerksam und baten Euch, dieses Konto zu sperren. Ferner baten wir, uns mitzuteilen, was mit den hier deponierten Geldern geschehen kann. Auch darüber erbitten wir jetzt schnellstmöglichst Auskunft.

Mit sozialistischem Gruß!

Zentrale Parteikontroll-Kommission.“

Die Zentrale Parteikontroll-Kommission über die „Verseuchung“ durch Leonhard

Die entscheidenden Maßnahmen gegen den „Renegaten Leonhard“ wurden auf der 5. Sitzung der ZPKK am 5. April 1949 diskutiert. Von dem mehr als fünf engzeilig geschriebenen Schreibmaschinenseiten umfassenden Protokoll befassen sich drei ausschließlich mit meiner Flucht. Zunächst wurde festgestellt: „Wolfgang Leonhard

³⁸ Erich Mielke, geb. 1907, seit 1927 Mitglied der KPD, floh 1931 in die UdSSR, besuchte von 1932–1934 die Lenin-Schule und erhielt anschließend eine militärpolitische Ausbildung. Im Juni 1945 Rückkehr nach Ost-Berlin. Inspekteur der Volkspolizei und Abteilungsleiter „Polizei und Justiz“ beim ZK der KPD. Seit 1950 Mitglied des ZK der SED und Staatssekretär im Ministerium für Staatssicherheit, seit November 1957 Minister für Staatssicherheit.

³⁹ SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard.

und Ilse Streblov werden wegen trotzkistischer Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen. Beide haben versucht, die Partei zu zersetzen.“ In einem zusätzlichen Punkt wurde angeordnet: „Der Beschluß über den Ausschluß von Leonhard und Streblov ist mit politischer Begründung zu veröffentlichen.“⁴⁰

Außerdem wurde mein Einfluß auf die FDJ erwähnt: „Der Kreis der durch Leonhard ideologisch stark beeinflussten Jugendlichen geht hinein bis in die Reihen des Zentralrats der FDJ.“ Namentlich wurde eine Reihe von FDJ-Funktionären genannt, mit denen „eine gründliche ideologische Diskussion“ zu führen sei. Innerhalb der SED Berlin gelte es, „alle Mitglieder unserer Partei zu überprüfen in bezug auf Verbindung zu Leonhard und ideologische Verseuchung“. Auch in der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“ sei „eine gründliche Untersuchung“ über die „durch Leonhard erfolgte ideologische Verseuchung durchzuführen“. Danach folgte die Direktive der ZPKK, alle SED-Landesvorstände „über die trotzkistische Tätigkeit Leonhards zu informieren“ und „alle Genossen, die in Jugoslawien waren, zu überprüfen, inwieweit sie von der jugoslawischen Agentur beeinflusst werden und Materialien erhalten“.

Das Parteisekretariat der SED-Parteihochschule wurde beauftragt, alle „Genossen des Zwei-Jahres-Lehrgangs“, die „in engster Verbindung zu Leonhard standen, zu überprüfen“. Die relevanten Personen könnten durch „Kontrolle des Schriftverkehrs des Leonhard“ gefunden werden. Außerdem sei das gesamte Lehrmaterial der SED-Parteihochschule durchzusehen: Darunter befinde sich „eine Menge Material von Wolfgang Leonhard“. Sämtliche Unterlagen müßten darauf hin „überprüft werden“. Alle Studenten meines Lehrgangs – über zahlreiche hatte ich kurze Beurteilungen geschrieben, etwa über die später in der DDR bekannten Historiker Walter Nitztz⁴¹ und Werner Horn⁴² – wurden zu Einzelgesprächen beordert aus Furcht, ich könnte sie mit parteifeindlichen Auffassungen „verseucht“ haben⁴³.

Meine Erklärung im Belgrader Rundfunk am 23. April 1949

Ich war bereits annähernd einen Monat in Belgrad, als ich am 23. April 1949 meine Erklärung über den Bruch mit Moskau und der SED-Führung im Belgrader Rundfunk verlas. Die Wartefrist hatte ich mit meinen jugoslawischen Freunden vereinbart. Unmittelbar nach meiner Ankunft war ich mit Veljko Vlahovic zusammengekommen,

⁴⁰ Protokoll der 5. Sitzung der ZPKK vom 5. 4. 1949, in: Ebenda, S. 2.

⁴¹ Walter Nitztz, geb. 1912, Mitglied der SED. Von 1947–1948 Studium an der PHS, von 1948–1963 Dozent und Leiter des Lehrstuhls für Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung an der PHS. Danach Direktor des Museums für Deutsche Geschichte, von 1972–1977 Vizepräsident der Historiker-Gesellschaft der DDR.

⁴² Werner Horn, promovierte 1961 mit dem Thema „Der Kampf der Arbeiterklasse unter Führung der SED in der Industrie während des 1. Fünfjahresplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR“ an der PHS.

⁴³ Protokoll der 5. Sitzung der ZPKK vom 5. 4. 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard, S. 4.

dem Leiter der Auslandsabteilung der jugoslawischen KP-Führung. Nach kurzem Gespräch nahm er meinen Vorschlag an, in Belgrad eine Broschüre über Ursachen und Verlauf des Konflikts zwischen der jugoslawischen KP und der Stalin-Führung in Moskau zu schreiben, die in Jugoslawien auf deutsch gedruckt und dann in Deutschland, vor allem auch in der SBZ, vertrieben werden sollte. Gleichzeitig erhielt ich die Möglichkeit, Leiter der deutschen Sendungen des Belgrader Rundfunks zu werden.

Meine eigene Rundfunckerklärung wurde auf Vorschlag der jugoslawischen Freunde verschoben. Vlahovic meinte, es sei besser, die SED-Führung erst einmal im Dunkeln tappen zu lassen. So schrieb ich zunächst die Broschüre und verlas erst dann, am Nachmittag des 23. April 1949, im Belgrader Rundfunk meine Erklärung – auf deutsch, englisch und russisch. „Vor einiger Zeit – Mitte März dieses Jahres – habe ich die Ostzone verlassen und bin nach Jugoslawien übersiedelt“, begann meine Erklärung. „Als Funktionär der SED, als Lehrer an der Parteihochschule ‚Karl Marx‘ möchte ich hier die Gelegenheit nehmen, die Gründe meines Schrittes darzulegen.“ Ich wies darauf hin, daß es mir unmöglich sei, „die unsinnigen Verleumdungen gegen das sozialistische Jugoslawien schweigend hinzunehmen“. Bei den vorgebrachten Anschuldigungen handele es sich um absolute Hirngespinnste. Die Kampagne füge dem Internationalismus einen schweren Schlag zu, und die jugoslawischen Kommunisten träten mit vollem Recht für einen eigenständigen Weg zum Sozialismus ein. Abschließend rief ich dazu auf, sich der anti-jugoslawischen Kampagne zu widersetzen⁴⁴.

Erst mit dieser Erklärung, die am nächsten Tag in allen großen jugoslawischen Zeitungen meist auf der Titelseite veröffentlicht wurde, wußte nun auch die SED-Führung eindeutig, daß ich mich in Jugoslawien befand. Auch in dieser Frage wurde die ZPKK tätig. In einem internen Schreiben vom 27. April 1949 heißt es:

„Am 23. 4. 1949, nachmittags 14.45 Uhr, sprach Wolfgang Leonhard über den Belgrader Sender über die KPju. In dieser Sendung versuchte er, den Beweis zu führen, daß das Kommuniqué des Inforbüros und die Hetze gegen Jugoslawien unbegründet seien, da die jugoslawische Partei wirklich eine marxistisch-leninistische Partei ist.“⁴⁵

Mein Parteiausschluß durch das SED-Politbüro

Am 26. April 1949, also drei Tage später, wurde mein Ausschluß aus der SED im Zentralorgan „Neues Deutschland“ bekanntgegeben; er erfolgte durch Erklärung des „Sekretariats des Politbüros“ – eine seltene Ausnahme. Der Text lautete:

„Wolfgang Leonhard und Ilse Streblov⁴⁶ wurden wegen trotzkistischer Tätigkeit aus der SED ausgeschlossen. Wie die Untersuchung des parteifeindlichen Verhaltens

⁴⁴ Politika, Belgrad, vom 23. 4. 1949.

⁴⁵ SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard.

⁴⁶ Ilse Streblov (später Spittmann), 1946 FDJ-Vorsitzende von Berlin-Wilmersdorf, 1948 Redakteurin der SED-Zeitschrift „Neuer Weg“. Aus Gesprächen wußten wir von der oppositionellen Einstellung des jeweils anderen. Streblov kam einige Wochen nach mir auf anderem Wege nach Jugo-

Leonhards ergab, hat L. mit der jugoslawischen Mission in Berlin in Verbindung gestanden und in ihrem Auftrag trotzkistische Literatur vertrieben. Er wurde dafür mit jugoslawischen Zigaretten und Lebensmitteln entlohnt.

Daraus ergibt sich, daß die jugoslawische Mission in Berlin in der Sowjetischen Besatzungszone trotzkistische Tätigkeit entfaltet und damit die demokratische Aufbauarbeit stört. Sie sinkt dadurch zu einer Agentur des amerikanischen Imperialismus herab, dessen Geschäfte sie besorgt.

Wir warnen alle Parteimitglieder und Werktätigen vor der verbrecherischen Tätigkeit dieser Agenten.“

Selbstverständlich bekam ich in Belgrad das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, übrigens auch die „Prawda“. Die Ausschlußerklärung berührte mich nicht: Ich befand mich schon einen Monat unter den jugoslawischen Reformkommunisten und hatte mit der SED – wie mit dem Stalinismus überhaupt – vollständig gebrochen. Ich las die Erklärung fast teilnahmslos und war lediglich überrascht, als „Trotzkist“ eingestuft zu werden. Damals wußte ich noch nicht, daß die gesamte Kampagne unter dem eindeutig unzutreffenden Etikett „Trotzkismus“ verlief. Über die groteske Annahme, ich sei für mein pro-jugoslawisches Eintreten mit Zigaretten und Lebensmitteln belohnt worden, konnte ich nur lachen. Dies zeigte mir, wie weit die SED-Führung vom Leben und Denken kritischer und oppositioneller Funktionäre entfernt war.

Kommentare in der westlichen Presse

Die West-Berliner Tageszeitung „Telegraf“, damals die auflagenstärkste Berliner Zeitung, kommentierte meinen Ausschluß am 27. April 1949 so: Bei der diffamierenden Bezeichnung „Trotzkist“ handele es sich offensichtlich um eine „Begriffsverwechslung“ durch die SED: Titos Anschauung „unterscheidet sich sehr weit“ von der Auffassung Trotzkis. Auch andere westliche Zeitungen schrieben, es gehe im Kern darum, daß eine Kommunistische Partei „ihren eigenen Weg gehen müsse“. Anfang Mai 1949 folgte ein längerer, sehr anschaulicher Bericht im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Darin hieß es: „Der 29jährige Wolfgang war Dozent an der SED-Parteihochschule ‚Karl Marx‘ in Kleinmachnow bei Berlin, der roten Ordensburg für Funktionärswachstum. Dozent Leonhard vermittelte den Kursisten die Geschichte der UdSSR in parteiamtlicher Auslegung. Eines Dienstagmorgens warteten die Schüler vergeblich auf ihren Meister.“ Trotz aller Predigten über Wachsamkeit, so „Der Spiegel“, sei die Absetzbewegung von Funktionären „bis an die Mauern der Kleinmachnower Ordensburg gebrandet“. Schon kurz darauf meldete sich der Flüchtige im Äther.

slawien und gab in Belgrad die deutschsprachige Wochenzeitung „Das neue Jugoslawien“ heraus. Ab Juli 1951 in der Bundesrepublik, war sie seit 1956 für die Zeitschrift „SBZ-Archiv“ und von 1968–1995 als verantwortliche Redakteurin des „Deutschland-Archivs“ tätig. Ihre wichtigsten Veröffentlichungen sind: 17. Juni 1953: Arbeiteraufstand in der DDR (1982); (zusammen mit Gisela Helwig) DDR-Lesebuch, Bd.1: Von der SBZ zur DDR 1945–49 (1989); Bd.2: Stalinisierung 1949–1955 (1991); Die DDR unter Honecker (1990).

„Hier Radio Belgrad. Wir übertragen in deutscher Sprache eine Erklärung des nach Jugoslawien emigrierten Journalisten und Dozenten Wolfgang Leonhard aus Berlin. Darin bescheinigte der junge Feuerkopf den verkalkten Gebetsmühlendrehern in Kleinmachnow den Holzweg. Nicht nur via Moskau führe der Weg zum wahren Kommunismus.“ Die Kominform-Resolution gegen die KP Jugoslawiens sei „scheußlichste Infamie“. Der „Spiegel“ glossierte auch die offizielle Ausschlußbegründung: „Das Politbüro hat in internen Funktionsanweisungen die Flucht zu Tito als das Ergebnis ständiger Bestechung mit bosnischem Tabak und serbischem Slibovic ausgelegt.“⁴⁷

Meine Tätigkeit in Belgrad

Seit Ende März 1949 lebte ich recht bescheiden in einem möblierten Zimmer in der Kapetan-Misina-Straße 5 im Zentrum Belgrads. Ich hatte das Leben eines höheren SED-Funktionärs mit Wohnung und Wagen – ein Leben voller Verfälschung und Lügen – eingetauscht gegen ein Leben mit manchen materiellen Schwierigkeiten. Aber ich war voller Freude mitzuerleben, wie in Jugoslawien die unmenschlichen Züge des Stalinismus überwunden oder zumindest drastisch verringert wurden. Die bürokratisch-zentralistische Planwirtschaft wurde dezentralisiert, und es wurde immer häufiger über eine Arbeiterselbstverwaltung diskutiert. Parteidirektiven für Schriftsteller und Künstler wurden abgeschafft, die Zeitungen offener und lebendiger; manche Reform wurde durchgeführt, die ich mir einst in der Sowjetunion, später in der SBZ erhofft hatte.

Die Leitung der deutschsprachigen Sendungen des Belgrader Rundfunks war meine Hauptaufgabe. Daneben schrieb ich eigene Kommentare, die ich im Rundfunk verlas. Vor allem lag mir daran, die Entwicklung in Jugoslawien und den Konflikt mit der Stalin-Führung in Moskau darzustellen, so in der erwähnten Schrift „Die Wahrheit über das sozialistische Jugoslawien“ (August 1949). Zwei Monate später folgte die Broschüre „Kominform und Jugoslawien – einige grundsätzliche Fragen des Kominform-Konflikts“.

Für die jugoslawische Literatur-Zeitung („Knizevne Novine“, 4. Oktober 1949) faßte ich meine Eindrücke und Schlußfolgerungen unter dem Titel „Ein halbes Jahr in Jugoslawien“ zusammen – ein Beitrag, der auch in der inzwischen neu gegründeten, von Ilse Streblov redigierten deutschsprachigen Wochenzeitung „Das neue Jugoslawien“ erschien. Ich schrieb zudem für jugoslawische Zeitungen – über die Entwicklung in der Sowjetzone Deutschlands, die Säuberungen in der KP West-Deutschlands, die Entwicklung der FDJ und die „Widersprüche der sowjetischen Friedensbewegung“.

Neue SED-Angriffe

Die Kampagne gegen den angeblichen „Trotzkisten“ und „Agenten“ von seiten der SED-Führung ging weiter. So erklärte Walter Ulbricht bei der Organisationskonferenz der SED am 7. Juni 1949:

⁴⁷ Die Kugel ist das allerbeste Mittel. Sensation im roten Kloster, in: Der Spiegel vom 7.5. 1949.

„Als ideologische Schwankungen bei einigen Genossen auf der Parteihochschule aufgrund der Tätigkeit des Trotzlisten Leonhard auftraten, zeigte es sich ebenfalls, daß nicht nur Leonhard eine aktive trotzkistische Tätigkeit ausgeübt hatte, sondern daß es Genossen gab, die sich abwartend verhielten und eine große Sorglosigkeit in ideologischen Fragen an den Tag legten.“⁴⁸

Im Juli 1949 erschien in der ideologischen SED-Zeitschrift „Einheit“ ein Artikel von Hans Teubner unter dem Titel „Wachsamkeit und politische Weitsicht“ und dem Untertitel „Die Gefahren des Trotzkismus und Sozialdemokratismus und die Zerschlagung ihrer Agenturen“. Darin war zu lesen, daß ich „als niederträchtiger Agent der Tito-Clique überführt“ worden sei: „Nicht nur, daß er der Tito-Clique, mit der er ständigen Kontakt hatte, Adressen unserer Genossen lieferte, damit die Betreffenden trotzkistisches Material zugestellt erhielten, er hat auch selbst Tito-Material verteilt.“ Seine Entlarvung erfolgte jedoch „mit Verspätung“ aufgrund „unzureichender Wachsamkeit“⁴⁹.

Mielke soll die Verbreitung meiner Schriften verhindern

Die SED-Führung traf auch Maßnahmen, um die Verbreitung meiner in Jugoslawien verfaßten publizistischen Arbeiten in der SBZ/DDR zu verhindern. So schrieb die Zentrale Parteikontroll-Kommission am 9. August 1949 an die LPKK der SED in Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg, der „Trotzkist Leonhard“ habe eine Broschüre unter dem Titel „Die Wahrheit über das sozialistische Jugoslawien“ geschrieben; es sei mit dem Versuch zu rechnen, „diese Broschüre in unserer Zone zu verbreiten“. Die Parteikontroll-Kommissionen wurden ersucht, sofort Nachricht zu geben, wenn die Broschüren in ihrem Zuständigkeitsbereich auftauchten⁵⁰.

Am gleichen Tag schaltete die ZPKK erneut Erich Mielke ein:

„Werter Genosse Mielke!

Der Trotzlist Leonhard, der, wie Euch bekannt ist, vor einigen Monaten die Parteihochschule verließ und nach Jugoslawien ging, hat jetzt eine Broschüre in deutscher Sprache unter dem Titel ‚Die Wahrheit über das sozialistische Jugoslawien‘ geschrieben. Die jugoslawische Telegraphenagentur hat in verschiedenen Sprachen auf das Erscheinen dieser Broschüre hingewiesen.

⁴⁸ Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. 3, Berlin 1953, S. 517.

⁴⁹ Teubner, der mich noch im Juli 1949 so scharf verurteilte, wurde ein Jahr später selbst Opfer einer „Säuberung“. In einer Erklärung des Zentralkomitees und ZPKK vom 24. 8. 1950 wurde Teubner mit anderen damaligen kommunistischen Emigranten, darunter Wolfgang Langhoff, in der Schweiz bezichtigt, „enge Beziehungen“ zu Noel Field unterhalten zu haben, und wurde seiner „Funktionen enthoben“. Im März 1956 rehabilitiert, war Teubner seit 1957 Professor an der Karl-Marx-Universität in Leipzig und von 1959–1963 Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, 1963–1982 Mitarbeiter im Institut für Marxismus-Leninismus.

⁵⁰ SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard.

Wahrscheinlich wird bereits in den nächsten Tagen und Wochen der Versuch unternommen werden, diese Broschüre in unserer Zone zu verbreiten. Wir wären Dir dankbar, wenn Du uns bei Auftauchen dieser Broschüre verständigen würdest.

Mit sozialistischem Gruß!

Zentrale Parteikontroll-Kommission⁵¹.

Während die „einfachen“ Bewohner der SBZ/DDR am Lesen meiner Schriften gehindert wurden, interessierten sich offensichtlich die SED-Führer für meine Kommentare in den deutschsprachigen Sendungen des Belgrader Rundfunks, vor allem Walter Ulbricht. Am 14. Oktober 1949 sandte Philipp Daub, Leiter der Abteilung Personalpolitik beim Zentralkomitee der SED, folgendes kurze Schreiben an Ulbricht:

„Gen. W. Ulbricht

Personalpolitik II

14. 10. 49

Betrifft: Wolfgang Leonhard

Beiliegend die Abschrift einer Ansprache von Wolfgang Leonhard über den Belgrader Rundfunk zur Kenntnisnahme.

Daub⁵².

Meine Kommentare in Radio Belgrad wurden jedoch nicht nur von Ulbricht gelesen, sondern erreichten auch kritische DDR-Bewohner, darunter oppositionelle SED-Mitglieder. In diesen Kreisen wurde der Sender damals gehört, und ich erhielt sympathisierende Zuschriften, die – wie es vor dem Mauerbau möglich war – aus West-Berlin abgesandt worden waren. In den Zuschriften berichteten einige meiner Hörer, wie sehr sie von der Sowjetunion Stalins enttäuscht seien und wie sie den mutigen Schritt der Jugoslawen bewunderten, unbeirrt von allen Drohungen einen eigenen Weg zum Sozialismus zu beschreiten.

Briefe und Ansichtskarten landeten bei der ZPKK

Von Belgrad aus schrieb ich 1949 Briefe an Freunde in der SBZ/DDR. Sie wurden meist von jugoslawischen Freunden in Ost-Berliner Postkästen eingeworfen, weil es damals äußerst schwierig war, aus Jugoslawien Briefe oder auch nur Ansichtskarten in die sowjetische Besatzungszone zu schicken. Dies habe ich nur einmal versucht – an die mir bereits aus der Sowjetunion bekannte Agi Sass (inzwischen: Agnessa Nelken). Diese in Dubrovnik abgeschickte, harmlose Ansichtskarte entdeckte ich mehr als 40 Jahre später in den Materialien der ZPKK. Auch meine Briefe an Lehrer, Assistenten oder Kursanten der SED-Parteihochschule landeten in der Abteilung Partei-

⁵¹ Ebenda.

⁵² Philipp Daub (1896–1976), seit 1921 Mitglied der KPD, von 1927–1930 politischer Leiter der KPD im Saargebiet. Während der NS-Zeit in Holland und Frankreich tätig, emigrierte er 1941 in die USA. Rückkehr 1946, von Januar 1948 bis August 1950 Leiter der Abt. Personalpolitik beim ZK der SED. 1950–1961 Oberbürgermeister von Magdeburg.

schulung des Zentralkomitees, also bei Kurt Hager, der diese dann an Hermann Matern, den Vorsitzenden der ZPKK, übersandte:

„Werter Genosse Matern!

Von der Parteihochschule erhalte ich folgende Materialien über die Briefe bzw. Postkarten, die der Agent Leonhard an verschiedene Genossen verschickt.“⁵³

Ebenfalls mehr als vier Jahrzehnte später, nach der Wende, erfuhr ich, daß mich in Belgrad zwei SED-Funktionäre bespitzelten. Im November 1949 kamen sie von Jugoslawien über die Bundesrepublik in die DDR und gaben dort detaillierte schriftliche Berichte über mich und meine Tätigkeit ab. Aber ihre Parteitreue wurde nicht belohnt: Die Parteikontroll-Kommission befürchtete, sie seien vom Titoismus infiziert, und steckte sie in die Produktion.

IV. Ausnahmefall oder typische Erscheinung?

Das Ausmaß der Kampagne war für mich überraschend. Gewiß hatte ich bereits nach meiner Flucht im März 1949 angenommen, daß es eine außerordentliche Aufregung geben würde, weil ich in der Sowjetunion ausgebildet und mit der „Gruppe Ulbricht“ im Mai 1945 nach Berlin gekommen war. Aber das, was ich 1996 auf 300 Seiten Material der Zentralen Parteikontroll-Kommission las, überstieg alles, was ich für möglich gehalten hatte: die Welle von Veranstaltungen auf der SED-Parteihochschule; die Anklagen und selbstkritischen Erklärungen; die wüsten Beschuldigungen; die Wachsamkeitspsychose; die peinlichen Befragungen aller Personen, die mit mir zusammengekommen waren; die grotesken Anschuldigungen, als „trozkistischer Agent“ gewirkt zu haben; die Bemühungen, die Verbreitung meiner in Jugoslawien veröffentlichten Schriften in der Sowjetzone zu verhindern.

Diese auf mich bezogenen Maßnahmen können durchaus als für viele ähnliche Fälle typisch charakterisiert werden. Vor allem scheinen mir folgende Grundtendenzen bedeutungsvoll zu sein:

1. Die Diffamierung als „Agent“

Im Rahmen der gesamten Kampagne wurde ich immer wieder als „Agent“ bezeichnet. Die Anschuldigung war grotesk: Ich war niemals Agent, sondern habe aus eigenem Antrieb heraus mit einigen Schülern, Assistenten und Lehrern der SED-Parteihochschule über den Konflikt zwischen Jugoslawien und der Stalin-Führung in Moskau gesprochen. Ich gab ihnen einige ins Deutsche übersetzte Broschüren der jugoslawischen Kommunisten, weil von der SED nur der anti-jugoslawische Standpunkt verbreitet worden war. Dies als Agententätigkeit zu diffamieren, war absolut unzutreffend und irrational.

⁵³ Brief Abteilung Parteischulung an ZPKK, Matern, vom 13. 9. 1949, in: SAPMO-BA, ZPA, IV/2/4/398, Akte Leonhard.

Später kam ich zu der Schlußfolgerung, daß es sich hierbei um eine wohldurchdachte und auch häufig angewandte Methode handelte. Erstens sollte mit dem „Agenten“-Vorwurf jeder SED-Funktionär, der kritische Gedanken äußerte, diffamiert, ja kriminalisiert werden. Durch die Beschuldigung, ein „Agent“ zu sein, sollte eine Diskussion über Auffassungen kritischer und oppositioneller SED-Funktionäre von vornherein ausgeschlossen werden. Zweitens sollte jeder durch die häufige Verwendung des Begriffs „Agent“ präventiv gewarnt werden; es sollte deutlich werden, was einem blühen würde, wenn man zu eigenständigen Gedanken zu kommen und diese zu verbreiten suchte.

2. Das Schreckgespenst des „Trotzkismus“

In allen Veranstaltungen, Erklärungen und Beschlüssen wurde ich immer wieder und wieder als „Trotzkist“ bezeichnet. Dies hatte mit der Realität nicht das geringste zu tun. Während meines zehnjährigen Aufenthalts in der Sowjetunion und meiner Tätigkeit als SED-Funktionär in der SBZ hatte ich weder programmatische Materialien der Trotzkisten gelesen, noch je einen leibhaftigen Trotzkisten gesprochen, nicht einmal gesehen.

Trotzkisten kannte ich nur aus sowjetischen Filmen der Stalin-Ära. Man sah sie im Halbdunkel aus einer Ecke kommend, sich ängstlich umsehend und miteinander flüsternd. Auf der Filmleinwand erschienen lange, drohend wirkende Schatten (dies war ein untrügliches Zeichen für herannahende Trotzkisten). Erst danach sah man, wie sie schleppenden Schrittes zum Zentrum der Filmleinwand kamen – abstoßend und feindlich, mit hinterhältigem Blick. Damit wußte jeder im Kinosaal – aber auch wirklich jeder: Das sind Trotzkisten, die Böses im Schilde führen und dabei sind, eine antisowjetische Verschwörung zu organisieren.

Der Vorwurf des „Trotzkismus“ gehörte zum typischen Ritual der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder während der Stalin-Ära. Von allen „Abweichungen“ – Objektivismus, Reformismus, Opportunismus und Sozialdemokratismus – wurde der „Trotzkismus“ am häufigsten genannt und galt als schärfste zu bekämpfende „Entartung“, und zwar völlig unabhängig davon, um welche kritische Darlegung oder Konzeption es sich handelte, wie z. B. der Konflikt zwischen Jugoslawien und der Stalin-Führung, der mit dem Trotzkismus nicht das geringste zu tun hatte. Die SED-Führung weigerte sich, die wirklichen Probleme zu erkennen und zu diskutieren; sie zog sich statt dessen auf das längst überlebte Schreckgespenst „Trotzkismus“ zurück.

3. Die Überbetonung der Quantität

Die ZPKK war im wesentlichen quantitativ tätig. Sie hat buchstäblich alle Personen, die irgendwann und irgendwo auch nur einmal mit mir gesehen wurden, befragt, ja regelrecht ausgequetscht. In den vorliegenden Materialien wimmelt es von Nebenfiguren, an die ich mich überhaupt nicht mehr erinnern kann. Diese Sucht nach Quantität – „Nur ja niemanden auslassen!“ – hinderte die ZPKK daran, die wirklichen Oppositionellen, mit denen ich damals sprach, zu entdecken, so daß die Recherchen sich als höchst unvollkommen erwiesen.

So war ich erstaunt, in den 300 Seiten meinen damaligen oppositionellen Freund Matthäus Klein⁵⁴ überhaupt nicht erwähnt zu finden. Klein, geboren und aufgewachsen in Baden, war Ende Juli 1941 als Unteroffizier in sowjetische Gefangenschaft geraten und wurde, damals bereits überzeugter Antifaschist, 1943 Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland. Matthäus Klein flog bereits Anfang Mai 1945 nach Berlin, wurde Leiter der Personalabteilung des Berliner Rundfunks und kam 1947 als Assistent für Philosophie an die SED-Parteihochschule „Karl Marx“.

Im Sommer und Herbst 1948 übergab ich ihm die damals verbotenen jugoslawischen Materialien. Als wir uns in der Parteihochschule trafen und nach einigem Umsehen feststellten, daß niemand in der Nähe war, sagte er: „Diese Jugoslawien-Sache ist eine Gemeinheit, aber es sind nicht nur die politischen Verleumdungen, dahinter steht etwas anderes. Dahinter steht Stalin, dieser Halbgebildete, dieser Barbar, der es nicht überwinden kann, daß eine andere Partei – die Jugoslawen – und ein anderer Führer – Tito – bei den westeuropäischen Kommunisten viel beliebter sind als er. Wenn Du wüßtest, wie ich Stalin hasse. Ja, ich hasse Stalin!“ Er war bleich vor Zorn, als er diese Worte sprach – auf dem Territorium der SED-Parteihochschule. Dann faßte er sich. „Unter uns?“ Er streckte mir die Hand entgegen. „Unter uns!“ bekräftigte ich.

Einmal nahm ich ihn sogar zu den Jugoslawen mit, was damals ein außerordentliches Wagnis darstellte. Auf der Rückfahrt sagte er mir allerdings, daß er das wohl nicht mehr tun könne. Matthäus Klein muß entsetzliche Qualen angesichts der Wachsamkeitskampagne durchlebt haben – aber er hatte Glück, denn er wurde nicht erwähnt.

4. Kriminalisierung oppositioneller Gedanken

Die Kampagne gegen mich war – ähnlich wie bei anderen Fällen – von außerordentlicher Schärfe, Härte, Unbeugsamkeit und Aggressivität. Aber sie war gleichzeitig hilflos. Die SED-Führung war weder willens noch fähig, sich mit den Auffassungen der jugoslawischen Kommunisten und auch mit meinen Auffassungen, die ich in Jugoslawien in verschiedenen Kommentaren darlegte, auseinanderzusetzen und diese zu widerlegen.

Die entscheidenden Konzepte der jugoslawischen KP waren: Gleichberechtigung in der kommunistischen Weltbewegung; Ablehnung eines führenden Zentrums in Moskau; das Recht, einen eigenen, selbständigen Weg zum Sozialismus zu beschreiten, der den eigenen historischen Bedingungen und Erfordernissen entspricht; Kritik an der sowjetischen Dominanz in allen Bereichen des Lebens; der Versuch, eine freiere, flexiblere demokratische Alternative zum Stalinismus zu entwickeln. Diese Gedanken schienen der SED-Führung so gefährlich, daß es für sie nur einen Ausweg

⁵⁴ Später wurde Matthäus Klein Dozent für Gesellschaftswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, stv. Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED, Mitglied des Redaktionskollegiums der ideologischen Zeitschrift „Einheit“. 1965 erhielt er den Vaterländischen Verdienstorden in Gold.

gab: die Anhänger solcher Auffassungen zu diffamieren, zu kriminalisieren und die Verbreitung ihrer Gedanken in der SBZ/DDR mit allen Mitteln zu verhindern.

So wich die SED-Führung einer wirklichen Auseinandersetzung aus – ein deutliches Zeichen von Schwäche. Ich würde daher die Methoden der ZPKK und der damaligen SED-Führung als Kriminalisierung oppositioneller Gedanken bezeichnen.

5. Kontraproduktive Funktionärs-Ausbildung

Eigentlich hätte es im Interesse der SED-Führung liegen müssen, mutige, überzeugte, aktive Parteifunktionäre auszubilden, die willens und fähig waren, selbständig die Direktiven der Führung in ihrem Arbeitsbereich durchzusetzen, in schwierigen Zeiten mutig und selbständig zu handeln und die Auffassungen der Partei in der Bevölkerung überzeugend zu verbreiten. Dies hätte auch die eigentliche Zielsetzung des riesigen SED-Schulungssystems sein müssen, das übrigens in Relation zur Bevölkerung das größte Schulungssystem in allen Ländern des Ostblocks war, der damals als „sozialistische Staatengemeinschaft“ bezeichnet wurde.

Durch die Tätigkeit der ZPKK, die Wachsamkeitskampagnen, die doktrinäre Einseitigkeit und die entwürdigende „Kritik und Selbstkritik“ wurde jedoch das Gegenteil erreicht. Diese Methoden brachen den Willen und das eigenständige Denken der auszubildenden Funktionäre: Sie schufen eine Psychose der Angst und Unsicherheit, verbunden mit der Furcht, sich durch eigene Gedanken in Gefahr zu bringen. Die angehenden Funktionäre wurden zu willenlosen, gefügigen Instrumenten der Parteiführung, verloren aber ihre innere Überzeugung, ihre Kraft, ihre Selbständigkeit.

Die einseitige, wirklichkeitsfremde, verlogene ideologische Ausbildung führte dazu, daß eine immer größere Zahl von Dozenten und Studenten schrittweise den Widerspruch zwischen ideologischem Anspruch und politischer Realität erkannte und insgeheim zu kritischen, ja oppositionellen Funktionären wurde. Aber sie konnten ihre Bedenken nicht offen aussprechen und wurden so zur Verlogenheit gezwungen. Der Widerspruch zwischen der öffentlich geäußerten Meinung und der tatsächlichen Auffassung führte zu einem tiefen Zwiespalt der eigenen Persönlichkeit mit ernststen psychologischen Konsequenzen.

So wurden servile, angepaßte, sich stets unterordnende Funktionäre ausgebildet – jenen Schraubchen einer großen Maschine vergleichbar, von denen Stalin einst sprach. Weil aber viele dieser Funktionäre nicht mehr wirklich überzeugt waren und ihr eigener Wille gebrochen war, ordneten sie sich zwar der SED-Führung unter, verließen aber scharenweise die Partei, als diese in Schwierigkeiten geriet und Ende 1989 zusammenbrach. In dieser Hinsicht weisen die hier geschilderten Methoden weit über einen Einzelfall hinaus und verdeutlichen einen wichtigen Aspekt des SED-Regimes: Sie waren einer jener Faktoren, die zum Zusammenbruch des DDR-Systems führen sollten.

Notizen

THOMAS SCHLEMMER

GESELLSCHAFT UND POLITIK IN BAYERN 1949–1973

Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte

I.

Die historische Forschung befaßt sich nun seit fast zwanzig Jahren mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl der einschlägigen Monographien, Sammelbände und Quelleneditionen ist kaum mehr zu überblicken, und auch an gewichtigen Synthesen und Überblicksdarstellungen herrscht kein Mangel¹. Besonders gut sind wir über die fünfziger und frühen sechziger Jahre informiert, vor allem über das politische System der zweiten deutschen Demokratie, die Entscheidung für die soziale Marktwirtschaft und ihre Ausgestaltung, die Geschichte und Struktur wichtiger Parteien, die Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik und die außenpolitische Neuorientierung im Rahmen der europäischen Integration². Unbestreitbare Defizite bestehen dagegen auf dem Feld der Sozial-, Wirtschafts- und Erfahrungsgeschichte; überspitzt könnte man sagen, daß die Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik noch zu einem großen Teil im dunkeln liegt.

Es hat lange gedauert, bis die Forschung das Diktum von Hans-Peter Schwarz aus dem Jahre 1981 ernst genommen hat, die Ära Adenauer sei weniger eine Phase der Restauration als eine „Periode aufregender Modernisierung“ gewesen³. Ende der achtziger Jahre war es eine Hamburger Arbeitsgruppe um Axel Schildt und Arnold Sywottek, die sich aus dem Blickwinkel einer „materiell definierten Modernisierungsforschung“⁴ mit Themen wie Medien, Verkehrsentwicklung oder Konsum- und Freizeitverhalten beschäftigt

¹ Vgl. den Forschungsüberblick bei Rudolf Morsey, *Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969*, 3. überarbeitete und erweiterte Auflage, München 1995, S.117–194.

² Zum Gang der Forschung vgl. Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder*, in: *Historisches Jahrbuch* 113 (1993), S. 98–127, vor allem S.115–124.

³ Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957*, Stuttgart/Wiesbaden 1981, S.382; vgl. auch ders., *Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer*, in: *Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter*, Bd.3: *Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen*, hrsg. von Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann, Wuppertal 1984, S.278–293.

⁴ Anselm Doering-Manteuffel, *Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit*, in: *VfZ* 41 (1993), S. 1–29, hier S.21.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

hat⁵, und wenige Jahre später startete das Westfälische Institut für Regionalgeschichte in Münster ein groß angelegtes Projekt zur Untersuchung von Kontinuität und Wandel der deutschen Gesellschaft am Beispiel Westfalens zwischen 1930 und 1960⁶. 1996 wurde auch im Institut für Zeitgeschichte ein vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Wissenschaft und Kunst gefördertes Projekt begonnen, das sich unter dem Leitthema „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973“ mit der Gesellschaftsgeschichte der fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahre befaßt. Die Eckdaten 1949 und 1973 – Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs nach Währungsreform und Gründung der Bundesrepublik und Ende des Booms mit der Ölkrise – bilden lediglich einen elastischen Rahmen. Wo es sich als sinnvoll und notwendig erweist, wird in den einzelnen Studien über diese Zäsuren hinausgegriffen werden.

Anknüpfend an die Projekte zur Geschichte Bayerns in der NS-Zeit und zur Geschichte der amerikanischen Besatzungszone zwischen 1945 und 1949 soll mit diesem Projekt zum einen der Versuch gemacht werden, die Interdependenz von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Sinne einer politischen Sozialgeschichte zu erfassen und am Beispiel überschaubarer Räume auf der Mikro- oder Mesoebene zu veranschaulichen⁷. Zum anderen sollen Frageraster und methodisches Instrumentarium so erweitert werden, daß sich Elemente der Alltags-, Erfahrungs- und Kulturgeschichte in den analytischen Rahmen des Projekts einbeziehen lassen. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der von Paul Erker als „Gelenkzeit“ bezeichneten Phase zwischen Mitte der fünfziger und Ende der sechziger Jahre gewidmet werden müssen, die von den „in Konsolidierungsprozessen auslaufenden Problemen der Gründerjahre einerseits“ und der Herausbildung „eines dann am Ende der sechziger Jahre zum Teil dramatisch in den Vordergrund rückenden Veränderungspotentials andererseits“ gekennzeichnet war⁸.

Im Kern wird sich das neue Bayern-Projekt mit drei Problemkomplexen auseinandersetzen: Mit der Frage nach der politischen Steuerung und Steuerbarkeit des sozioökonomischen Strukturwandels der fünfziger und sechziger Jahre; mit der Frage nach den Auswirkungen dieser Veränderungsprozesse auf die Gesellschaft bzw. auf ausgewählte gesellschaftliche Gruppen und soziale Milieus, wobei nach den Gewinnern und Verlierern des sogenannten Wirtschaftswunders ebenso zu fragen sein wird wie nach der Entwicklung geschlechter- oder schichtspezifischer Lebenschancen⁹. Schließlich gilt es zu untersuchen, wie sich im Zuge des Strukturwandels in Wirtschaft und Gesellschaft Mentalitäten und politische Einstellungen entwickelt haben, welchen Metamorphosen sie unterworfen wa-

⁵ Vgl. Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993; vgl. auch Karl Lauschke, *Kritische Anmerkungen zur „Modernisierung im Wiederaufbau“*, in: 1999 10 (1995), H. 3, S. 50–58.

⁶ Vgl. Matthias Frese u. a., *Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960. Ein Forschungsprojekt des Westfälischen Instituts für Regionalgeschichte*, in: *Westfälische Forschungen* 41 (1991), S. 444–467.

⁷ Vgl. Thomas Schlemmer, *Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte*, in: Maximilian Lanzinner/Michael Henker (Hrsg.), *Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945*, Augsburg 1997, S. 103–109.

⁸ Paul Erker, *Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 202–238, hier S. 220.

⁹ Vgl. den Entwurf von Ralf Dahrendorf, *Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*, Frankfurt a. M. 1979.

ren, was sich halten konnte und was im Zuge des Wertewandels untergepflügt wurde. So soll versucht werden, hinter die Fassade von oft nur plakativ gebrauchten Begriffen wie Modernisierung oder Homogenisierung zu blicken, und zwar exemplarisch am Beispiel Bayerns. Diese Beschränkung auf überschaubare politische und wirtschaftliche Einheiten hat nicht nur arbeitsökonomische oder forschungspraktische Gründe. Sie empfiehlt sich auch wegen des Charakters der zu analysierenden Veränderungsprozesse, die in einzelnen Regionen ein spezifisches Muster aufweisen und nur unterhalb der Makroebene in ihrer Heterogenität und Komplexität adäquat zu erfassen sind.

Daß die Wahl auf Bayern fiel, ist vor allem auf vier Faktoren zurückzuführen: Erstens verlief der Strukturwandel hier besonders dramatisch; zweitens versuchte der bayerische Staat, frühzeitig und energisch steuernd einzugreifen; drittens läßt sich hier besonders anschaulich zeigen, wie im Zuge des zu untersuchenden Strukturwandels langfristig stabile Regionalismen und innergesellschaftliche Trennungslinien mehr und mehr an Bedeutung verloren – eine Art Einschmelzung, die auch in anderen Bundesländern zu beobachten war und die dort wie auch in Bayern mit der Hegemonialisierung des politischen Systems durch eine Partei einherging. Viertens haben Recherchen in den wichtigsten bayerischen Archiven ergeben, daß nicht nur mit einer überaus guten Quellenlage, sondern auch mit einer weitgehenden Kooperationsbereitschaft der zuständigen Archivverwaltungen zu rechnen ist.

Bayern steht zwar im Mittelpunkt des Projekts, das heißt aber nicht, daß auf einen übergeordneten Bezugsrahmen oder auf vergleichende Perspektiven verzichtet werden soll, im Gegenteil. Wo immer es möglich ist, wird der Blick über Bayern hinaus gerichtet und geprüft, wie die Verhältnisse etwa in Hessen oder in Nordrhein-Westfalen lagen, wo wir es mit teilweise völlig anderen sozioökonomischen Voraussetzungen und politischen Konstellationen zu tun haben. Denn erst der historische Vergleich ermöglicht sinnvolle Aussagen über Sonder- und Normalwege und läßt es zu, die immer wieder apostrophierte regionale Sonderentwicklung Bayerns¹⁰ in den Kontext der Gesamtentwicklung Westdeutschlands einzuordnen.

II.

Im Institut für Zeitgeschichte sollen im Rahmen des Projekts „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973“, das von Hans Woller geleitet wird, vier Monographien erarbeitet werden. Stefan Grüner beschäftigt sich mit dem Problemkomplex Wirtschafts- und Strukturpolitik, Thomas Schlemmer zeichnet den Verlauf des Strukturwandels und seine Auswirkungen am Beispiel der Boom-Region Ingolstadt nach, Jaromír Balcar untersucht Politik, Arbeit und Alltag in der bayerischen Provinz, und Dietmar Süß befaßt sich mit der Arbeiterschaft und dem sozialdemokratischen Milieu im ostbayerischen Braunkohlrevier. Bei diesen vier eng aufeinander bezogenen Studien soll es jedoch nicht bleiben. Um möglichst viele Facetten der sozialen, ökonomischen und politischen Prozesse beleuchten zu können, die nicht nur Bayern grundlegend verändert haben, werden in Kooperation

¹⁰ Vgl. Walter L. Bühl, Die Sondergeschichte der Bayerischen Industrialisierung im Blick auf die postindustrielle Gesellschaft, in: Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 1: Linien der Entwicklungsgeschichte, hrsg. von Claus Grimm, München 1985, S. 203–227.

mit anderen Forschungseinrichtungen oder Kolleginnen und Kollegen, die über verwandte Themen arbeiten, drei Sammelbände vorbereitet. Der erste trägt den Arbeitstitel „Die Erschließung des Landes“ und wird Beiträge enthalten, die den forcierten Ausbau der Infrastruktur – etwa im Verkehrs-, Bildungs- und Gesundheitsbereich – in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren nachzeichnen. In diesem Zusammenhang wird auch und vor allem danach zu fragen sein, welche Auswirkungen eine verbesserte Infrastruktur auf den Lebensstil und die Lebenschancen der Menschen hatte, vor allem, wenn sie in peripheren Regionen lebten, die nun Zug um Zug an die urbanen Zentren angebunden wurden. Der zweite Sammelband wird sich mit der Entwicklung ausgewählter gesellschaftlicher Gruppen unter den Bedingungen des Strukturwandels der fünfziger und sechziger Jahre beschäftigen. Hier gilt es beispielsweise, Handlungsmuster und politische Strategien von Unternehmern und ihren Verbänden zu analysieren, nach der Transformation und Erosion des für Bayern so wichtigen katholischen Milieus zu fragen, die janusköpfige Entwicklung des alten Mittelstandes am Beispiel des Handwerks nachzuzeichnen oder soziale Lage und Lebenswirklichkeit von Unterschichten in Stadt und Land zu untersuchen. Der dritte geplante Sammelband mit dem Arbeitstitel „Bayern im Bund“ soll dagegen vergleichend angelegte Studien enthalten, die sozioökonomische Veränderungsprozesse und politische Strategien im Freistaat mit der Entwicklung in anderen Bundesländern in Beziehung setzen oder kontrastieren¹¹.

Die Studie von Stefan Grüner über die Wirtschafts- und Strukturpolitik in Bayern bildet gewissermaßen den politisch-institutionellen Rahmen für das gesamte Projekt¹². Dabei wird es vor allem darum gehen, den sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel von der Ebene der Verantwortlichen in Verbänden, Parteien, Regierung und Verwaltung aus in den Blick zu nehmen und die Konzepte, Maßnahmen und Instrumente zu untersuchen, mit denen dieser Strukturwandel in die gewünschte Richtung gelenkt werden sollte. Einige Eckdaten mögen genügen, um Ausmaß und Tempo der Umwälzungen zu charakterisieren und um zu verdeutlichen, wie sehr sich das Gesicht Bayerns nach dem Zweiten Weltkrieg verändert hat: Zwischen 1950 und 1980 verdreizehnfachte sich das in Bayern erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt nahezu¹³. Dabei näherte man sich dem bundesdeutschen Durchschnittswert, ausgehend von etwa 85 Prozent im Jahre 1950, bis auf 92 Prozent im Jahre 1970 an. Der Anteil der Industrieproduktion an diesem Aufholprozeß war beachtlich und fand sein Pendant in einer geradezu grundstürzenden Veränderung der Beschäfti-

¹¹ Die folgenden Ausführungen über die einzelnen Studien der Projektmitarbeiter basieren auf den konzeptionellen Ausarbeitungen von Stefan Grüner, Thomas Schlemmer, Jaromír Balcar und Dietmar Süß für die Tagung am 22./23. 10. 1997 im Institut für Zeitgeschichte, von der noch die Rede sein wird.

¹² In Anlehnung an neuere Definitionen soll Strukturpolitik hier von regionaler Wirtschaftspolitik unterschieden werden. Anders als jene stellt regionale Strukturpolitik nicht an erster Stelle auf „Volkswirtschaftspolitik auf einer tieferen Ebene“ ab. Den einschlägigen Bestimmungen des Grundgesetzes verpflichtet, verfolgt sie „Ausgleichs-, Wachstums- und Stabilisierungsziele“ zwar orientiert an regionalen Eigenheiten, doch eben immer auch in Abhängigkeit vom überregionalen Ganzen. Einer effizienteren regionalen Wirtschaftspolitik bereitet sie so den Weg. Vgl. Ulrich Brösse, Ziele in der Regionalpolitik und in der Raumordnungspolitik, Berlin 1972, S. 26, und Joachim Jens Hesse u. a., Regionalisierte Wirtschaftspolitik. Das Beispiel „Zukunftsinitiative Montanregionen“, Baden-Baden 1991, S. 13–16, Zitat S. 14 f.

¹³ Zahlen nach Paul Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in: Geschichte und Gesellschaft 17 (1991), S. 480–511, hier S. 485 f. und S. 490 f.

gungsstruktur. Arbeiteten im Jahre 1939 37,4 Prozent aller Erwerbstätigen im landwirtschaftlichen Sektor, so ging dieser Anteil bis 1970 auf 13,2 Prozent zurück. In Industrie und Handwerk betrug der Beschäftigtenanteil 1970 dagegen mehr als 47 Prozent, im Dienstleistungssektor schon über 39 Prozent. Vom Agrarland wandelte sich Bayern in knapp vier Jahrzehnten zu einer führenden Industrie- und Dienstleistungsregion, die bis heute die höchsten Zuwachsraten im Bund zu verzeichnen hat. Zudem gelang es hier allem Anschein nach, die klassische Dichotomie der sozialen Marktwirtschaft – Wirtschaftswachstum und sozialen Ausgleich – in ein besonders stabiles Gleichgewicht zu bringen¹⁴.

Wie Paul Erker gezeigt hat, ist der ökonomische Aufholprozeß in Bayern in mancher Hinsicht durchaus mit Entwicklungen in anderen schwächer industrialisierten Bundesländern vergleichbar¹⁵. So wird immer auch mit Blick auf die bundesdeutsche Entwicklung zu fragen sein: Lagen die Veränderungsprozesse gleichsam in der Natur säkularer Trends und konjunktureller Zyklen oder mußten sie erst angestoßen werden? Und wenn ja, wie gelang es, die Wasser der günstigen weltwirtschaftlichen und bundesrepublikanischen Entwicklung auf die bayerischen Mühlen zu lenken? Welchen Anteil hatte die bayerische Staatsregierung tatsächlich und welche Vorstellungen waren in ihren Reihen maßgebend? Welche Ideen vertrat man in den Parteien? Wie beurteilte man die Entwicklung in den Wirtschaftsverbänden – etwa im Landesverband der Bayerischen Industrie und im mächtigen Verein der Bayerischen Metallindustrie – oder in den Führungsetagen von Banken und Großunternehmen? Welchen Anteil hatten einflußreiche Unternehmerpersönlichkeiten an strukturpolitischen Grundsatzentscheidungen? Wie waren die Kommunikationsstrukturen zwischen Wirtschaft und Politik beschaffen, und welche personellen Verflechtungen zwischen Parteien und Wirtschaftsverbänden gab es? Schließlich wird auch nach dem Gewicht der Bonner Wirtschafts- und Finanzpolitik und nach der Rolle der entstehenden europäischen Institutionen zu fragen sein. Es ist also ein vordringliches Ziel der Untersuchung, die Mechanismen wirtschaftlicher Strukturgestaltung und die damit verbundenen Konzepte und Ergebnisse zu analysieren, wobei keineswegs eine in erster Linie wirtschaftswissenschaftlich orientierte Gesamtdeutung beabsichtigt ist. Vielmehr wird es nötig sein, sich zur Analyse der politischen Steuerung und Steuerbarkeit des sozioökonomischen Wandels auf eine kontinuierliche konzeptionelle Gratwanderung einzulassen. Neben wirtschaftsgeschichtlichen Problemen werden auch politik-, institutions-, diskurs- oder sozialgeschichtliche Fragen an prominenter Stelle behandelt werden müssen.

Die bayerische Staatsregierung schuf sich nach und nach eine ganze Reihe von strukturpolitischen Eingriffsmöglichkeiten, um das volkswirtschaftliche Gefüge unter den Aspekten von Wachstum und Ausgleich zu beeinflussen. Spezifisch war hier eine Energiepolitik, die frühzeitig nicht auf Kohle, sondern auf Erdöl, Erdgas und Atomkraft als wichtigste Energieträger setzte; einer forcierten Industrialisierungspolitik wurde im revierfernen Bayern so die energiewirtschaftliche Basis geschaffen. Finanzpolitische Maßnahmen traten hinzu. Eine herausgehobene Rolle spielte beispielsweise die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, die Industrieförderung über Kredite oder Bürgschaften betrieb¹⁶. Bildungs- und wissenschaftspolitische Initiativen, wie die Gründung von Gymnasien und

¹⁴ Vgl. Alf Mintzel, *Geschichte der CSU. Ein Überblick*, Opladen 1977, S. 49 f.

¹⁵ Vgl. Erker, *Keine Sehnsucht nach der Ruhr*, S. 494 ff.

¹⁶ Erste Informationen zur Landesanstalt für Aufbaufinanzierung bei Klaus Schreyer, *Bayern – ein Industriestaat. Die importierte Industrialisierung. Das wirtschaftliche Wachstum nach 1945 als Ordnungs- und Strukturproblem*, München/Wien 1969, S. 223 ff.

neuen Landesuniversitäten, zielten auf die Mobilisierung geistiger Ressourcen. Die so geschaffenen Rahmenbedingungen erleichterten es Unternehmen der Elektro-, Luft- und Raumfahrtindustrie erheblich, sich in Bayern anzusiedeln. Es bleibt allerdings zu untersuchen, welchen Einfluß diese strukturpolitischen Aktivitäten auf Investitions- oder Standortentscheidungen hatten und ob nicht Faktoren wie regionaler Arbeitsmarkt oder regionales Lohnniveau für Unternehmer und Manager ausschlaggebender waren.

Zu den wichtigsten Instrumenten der Verantwortlichen in Regierung und Verwaltung gehörte zweifellos die lange heftig umstrittene Landesplanung. Es dauerte mehr als 25 Jahre, bis ein tragfähiger Kompromiß Gesetz geworden und mit dem bayerischen Landesentwicklungsplan 1976 erstmals ein verbindliches Planungskonzept für ganz Bayern entstanden war¹⁷. Schon 1951 hatte Ministerpräsident Hans Ehard Vorarbeiten für einen Landesentwicklungsplan angekündigt. Die dann einsetzenden Studien zeigen eine allmähliche Ausweitung der landesplanerischen Tätigkeit über die begrenzteren und zugleich drängenderen Aufgaben der ersten Nachkriegszeit hinaus. Betrachtet man die wichtigsten frühen Ausarbeitungen, angefangen bei den „Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan“¹⁸, so fällt auf, daß die – positiven wie negativen – Bezugsgrößen für die bayerischen Landesplaner außerhalb Bayerns lagen. Vorbild war ganz offensichtlich Württembergs ökonomische Mischlandschaft, abschreckendes Beispiel das Ruhrgebiet mit seinen schwerindustriell geprägten Ballungsräumen¹⁹. Als globales Ziel galt daher der „Ausbau der gemischten agrar-gewerblichen Struktur Bayerns“ sowie die „Einhaltung eines gesunden proportionalen Verhältnisses zwischen der Agrarbasis und dem industriellen Überbau“²⁰. Die Idee einer solcherart eingehegten und damit – so hoffte man – krisenstabileren Wirtschaft bildete fortan das Rückgrat der bayerischen Strukturpolitik. Es wird zu den wichtigsten Ansatzpunkten der geplanten Studie gehören, der Herkunft, Ausgestaltung und besonders der Umsetzung solch zentraler landesplanerischer Paradigmen nachzugehen. In den Mittelpunkt des Interesses rücken damit vor allem die Schnittstellen zwischen Politik, Verwaltung und organisierten Interessen. Schließlich wird eine Art historiographischer Erfolgskontrolle nötig sein, um die Frage nach der Wirksamkeit des landesplanerisch-industriepolitischen Instrumentariums zumindest ansatzweise beantworten zu können.

Die Versuche, den sozialen und ökonomischen Strukturwandel Bayerns politisch zu steuern, erschöpften sich jedoch nicht in Initiativen zur Landesplanung, Industrieansiedlung und Verbesserung der Infrastruktur. Ebenso wichtig dürften flankierende sozial- und agrarpolitische Maßnahmen gewesen sein, etwa um die Auswirkungen der tiefgreifenden Umschichtungen in der Erwerbsstruktur abzufedern oder Kleinbauern den Weg in die abhängige Beschäftigung zu erleichtern. Es wird also auch notwendig sein, nach sozialpolitischen Konzepten zur Dämpfung gesellschaftlicher Konflikte und deren Wirksamkeit zu fragen, da sonst ein unausgewogenes, ja einseitig ökonomistisches Bild entstehen würde.

¹⁷ Vgl. Winfried Terhalle, Zur Geschichte der Landesplanung in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg: Landesebene, in: *Zur geschichtlichen Entwicklung der Raumordnung, Landes- und Regionalplanung in der Bundesrepublik Deutschland*, Hannover 1991, S.105–133.

¹⁸ Vgl. *Die bayerische Landesplanung. Grundlagen für die Aufstellung von Richtlinien zu einem Landesentwicklungsplan*, Teil 1: Bestandsaufnahme, Teil 2: Planung, München 1951–1953.

¹⁹ Vgl. Erker, *Keine Sehnsucht nach der Ruhr*, S.431 f.

²⁰ *Grundlagen*, Teil 2, S.196.

Während Stefan Grüner die politisch-institutionelle Ebene in den Blick nehmen wird, untersucht Thomas Schlemmer, welche Folgen strukturpolitische Interventionen an der Basis hatten, wie sich soziale Beziehungen, Milieubindungen, politische Orientierungen und gesellschaftliche Normen veränderten und welche Antworten Politiker vor Ort auf neue Herausforderungen parat hatten. Eine genaue Untersuchung dieser Problemkreise dürfte am besten aus der Nahoptik einer differenzierten Regionalstudie heraus möglich sein. Erst diese gleichsam größere Tiefenschärfe läßt es zu, gängige Feststellungen zu hinterfragen oder bekannte Thesen aus einer anderen Perspektive zu überprüfen.

Auf der Suche nach einer Region, die sich in den ersten Nachkriegsjahren wenig von anderen agrarisch geprägten Gebieten mit einigen industriellen Kernen unterschied, dann aber eine Phase geradezu stürmischer Veränderung erlebte, also vom Strukturwandel der fünfziger und sechziger Jahre in besonderer Weise betroffen war, stießen wir rasch auf die Region Ingolstadt, die sich auch von der archivalischen Überlieferungslage her besonders anbot. Der Untersuchungsraum baut sich aus drei konzentrischen Kreisen auf: Den ersten Kreis bilden die Stadt Ingolstadt und die etwa zwanzig Gemeinden der unmittelbaren Umgebung²¹. Der zweite Kreis ist identisch mit dem 1972 aufgelösten Landkreis Ingolstadt, der mit weniger als 60 000 Einwohnern zu den kleineren Landkreisen Oberbayerns zählte²². Der äußere Kreis des Untersuchungsraums umschließt die Planungsregion 10, zu der heute neben der kreisfreien Stadt Ingolstadt die Landkreise Eichstätt, Pfaffenhofen an der Ilm und Neuburg-Schrobenhausen gehören. Der Arbeitstitel der geplanten Studie lautet „Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in einer bayerischen Boom-Region“. Diese Qualifizierung trifft aber streng genommen nur auf die Kernzone um Ingolstadt zu, die einem besonders hohen Veränderungsdruck ausgesetzt war, während andere Teile des Untersuchungsraums ihre ländliche Prägung behielten. Wie rasant das Wirtschaftspotential der Stadt Ingolstadt wuchs, läßt sich aus der Steigerung des Industriejahresumsatzes ablesen, der 1950 216 Millionen DM betrug, 1960 die 500 Millionen DM-Grenze überschritt und 1970 die Marke von 1,9 Milliarden DM erreichte²³. Die zunehmende Zahl an Arbeitsplätzen in der Industrie führte dazu, daß Ingolstadt in den sechziger Jahren beinahe genauso schnell wuchs wie die bayerischen Metropolen München und Nürnberg.

Der stürmische Aufschwung der Region ist eng mit der Entwicklung der Automobilindustrie verknüpft. Unter den Firmen, die sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Ingolstadt ansiedelten, erlangte die ursprünglich in Sachsen beheimatete Auto Union – heute unter dem Namen Audi bekannt – besondere Bedeutung²⁴. Schon 1952 waren mehr als 5000 Arbeiter und Angestellte bei der Auto Union beschäftigt, und die Belegschaft wuchs trotz der phasenweise schwierigen Lage des Unternehmens weiter: etwa 11 000 Beschäftigte waren es 1964, und 20 000 am Vorabend der Ölkrise

²¹ Vgl. Wolfgang Uebe/Markus Furler, *Wirtschaft, Bevölkerung und Infrastruktur in Stadt, Kerngebiet und Landkreis Ingolstadt 1980*, Basel 1967, S. 2 ff.

²² Vgl. *Landkreis Ingolstadt*, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, München 1971, S. 39f.

²³ Zahlen nach Rudolf Koller, *Ingolstadt baut auf. Ein Rechenschaftsbericht 1960–1965*, o. O. [Ingolstadt] o. J., S. 30, und ders., *Ingolstadt plant und baut. Ein Rechenschaftsbericht 1966–1971*, o. O. [Ingolstadt] o. J., S. 28.

²⁴ Vgl. Hans-Rüdiger Etzold/Ewald Rother/Thomas Erdmann, *Im Zeichen der vier Ringe*, Bd. 2: 1945–1968, Bielefeld 1995, S. 13–110.

von 1973²⁵. Die Arbeitskräftereserven der Stadt und ihrer unmittelbaren Umgebung waren bald erschöpft. 1968 pendelten zwischen 19 000 und 20 000 Arbeitnehmer, Auszubildende und Schüler aus einem Umkreis von bis zu 75 Kilometern nach Ingolstadt²⁶. Auf einer Karte, die Gemeindetypen nach der Berufszugehörigkeit der Wohnbevölkerung zeigt, kann man auf einen Blick sehen, welche Sonderstellung die Kernzone um Ingolstadt im regionalen Vergleich einnahm. Bis zum Anfang der sechziger Jahre hatte sich ein Ring aus wachsenden Industrie- und Arbeiterwohngemeinden inmitten von Land- und Bauerngemeinden um den Stadtbezirk gebildet²⁷. Hier war ein stetig fortschreitender Prozeß im Gange, der die Grenzen zwischen Stadt und Land allmählich verschwimmen ließ und schließlich zu einem ausgeprägten Stadt-Land-Kontinuum führte. Die Stadt war auch hier die Wiege der modernen Konsum- und Freizeitgesellschaft, ebenso gehörte sie zu den Katalysatoren des Wertewandels²⁸. Es bleibt aber zu untersuchen, wie sich die Diffusion urbaner Lebensweisen in ländliche Regionen vollzog, welcher Transportmedien sie sich bediente und welche Auswirkungen sie in bislang eher peripheren Gebieten hatte. Im Raum Ingolstadt dürften die vielen Berufspendler zumindest anfangs die wichtigsten „Agenten“ der Urbanisierung des ländlichen Raumes gewesen sein²⁹. Sie wurden gleichsam mit neuen Einstellungen, Verhaltensweisen und Gewohnheiten infiziert und gaben diese an ihre Freunde, Ehepartner und Familien weiter.

Die Landwirtschaft verlor in diesen Jahren in großen Teilen des Untersuchungsraumes rapide an Bedeutung. Viele Bauern fanden einen neuen Arbeitsplatz in der Industrie, führten ihren Hof jedoch im Nebenerwerb weiter³⁰. Der zwischen selbständigem Bauerntum und abhängiger Lohnarbeit angesiedelte Sozialtypus des Nebenerwerbslandwirts ist in mehrfacher Hinsicht interessant: Sozialgeschichtlich als Resultat eines forcierten Strukturwandels, mentalitätsgeschichtlich als Wanderer zwischen den Milieus am neuen Arbeitsplatz und am angestammten ländlich-dörflichen Wohnort sowie politikgeschichtlich als Träger bäuerlich-konservativen Gedankenguts. Vieles spricht dafür, daß es dieser „in den ländlichen Grund und Boden verwurzelte Typ des bayerischen Industriearbeiters“ war³¹, der der CSU den schwierigen Spagat zwischen ihrer angestammten Anhängerschaft in Landwirtschaft und Handwerk und den Arbeitnehmern im expandierenden sekundären und tertiären Sektor der bayerischen Wirtschaft erleichtert hat.

Die Region Ingolstadt stand in den sechziger Jahren wiederholt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dafür war nicht zuletzt die von der bayerischen Staatsregierung maßgeblich

²⁵ Vgl. Koller, Ingolstadt baut auf, S. 28, und ders., Ingolstadt plant und baut. Ein Rechenschaftsbericht 1972–1982, Ingolstadt o. J., S. 26.

²⁶ Vgl. ders., Ingolstadt plant und baut 1966–1971, S. 25 f.

²⁷ Vgl. Raumordnungsplan Mittelbayerisches Donaugebiet, erarbeitet vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr, Landesplanungsstelle, München 1965, S. 103.

²⁸ Vgl. Lutz Niethammer, Stadtgeschichte in einer urbanisierten Gesellschaft, in: Wolfgang Schieder/Volker Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland. Entwicklungen und Perspektiven im internationalen Zusammenhang, Bd. 2: Handlungsräume des Menschen in der Geschichte, Göttingen 1986, S. 113–136, oder Thomas Fuchs, Macht Euch die Stadt zum Bilde! Über die Modernisierung des ländlichen Raumes, Pfaffenweiler 1996.

²⁹ Zum Gesamtzusammenhang vgl. etwa Peter Jurecka, Soziale und psychologische Integration und Position von Pendlern in ländlichen Gemeinden. Eine empirische Untersuchung in fünf baden-württembergischen Dörfern, Diss., Köln 1975.

³⁰ Vgl. Raumordnungsplan Mittelbayerisches Donaugebiet, S. 132–139.

³¹ Erker, Keine Sehnsucht nach der Ruhr, S. 499 f.

beeinflusste Entscheidung verantwortlich, Pipelines von den Ölhäfen im Mittelmeer nach Ingolstadt zu bauen und so die Voraussetzungen für eines der größten deutschen Raffineriezentren zu schaffen. Zwischen 1962 und 1967 wurden in der Region Ingolstadt fünf Raffinerien errichtet, die über drei Pipelines mit Erdöl versorgt wurden. Die erhofften Beschäftigungseffekte blieben allerdings gering; mehr als 1600 Arbeitsplätze konnten nicht geschaffen werden. Auch eine weitere Hoffnung zerschlug sich spätestens mit der Ölkrise: die Ansiedlung petrochemischer Betriebe in großem Stil blieb aus. Damit war es nicht gelungen, neben der außerordentlich konjunkturabhängigen Automobilindustrie ein zweites ökonomisches Standbein aufzubauen. Kein Wunder, daß die Folgen des Ölshocks Ingolstadt besonders hart trafen. Allein bei Audi sank der Mitarbeiterstand zwischen 1973 und 1975 um etwa zwanzig Prozent, und die Arbeitslosenquote blieb in Ingolstadt – verglichen mit dem Landesdurchschnitt – auch signifikant hoch, als die Wirtschaft wieder an Fahrt gewann³².

Die von der Automobilindustrie verursachte ökonomische Disparität, die ähnlich wie in Wolfsburg auch erhebliche politische Implikationen mit sich brachte³³, sollte das große Problem Ingolstadts bleiben. Die Region schlug eine Art Sonderweg ein und machte die Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft nur teilweise mit³⁴. Von einer wirklichen Diversifizierung der Wirtschaft konnte keine Rede sein, und es ist kein Zufall, daß die Region Ingolstadt in einer Erhebung über die Innovationsbetriebe und die Innovationsdichte in den 18 Planungsregionen Bayerns aus dem Jahr 1984 lediglich an 14. Stelle rangierte. Die Entwicklung der Region Ingolstadt zeigt damit nicht zuletzt die Grenzen der Steuerungskapazität politisch-administrativer Institutionen in einer demokratisch verfaßten Gesellschaft auf. Zwar würden wiederholt Versuche unternommen, die ökonomische Monostruktur aufzubrechen oder wenigstens ihre Folgen abzumildern. Die Erfolge waren aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. In gewisser Hinsicht muß die einstige Wachstums- und Vorzeigeregion heute sogar zu den Problemzonen gerechnet werden.

Es ist auch im Rahmen einer Regionalstudie unmöglich, alle wichtigen Themenfelder zu behandeln und gleichsam eine *histoire totale* der Boom-Zeit zu schreiben. Nach eingehendem Aktenstudium haben sich vier Problemkreise als Kern der Untersuchung herauskristallisiert: Erstens die ökonomische Entwicklung der Region Ingolstadt, wobei es vor allem darauf ankommen wird, eine Topographie des Untersuchungsraums anhand seiner Wirtschaftsstruktur zu erarbeiten und die Interdependenz der Faktoren Industrie, Landwirtschaft und Politik aufzuzeigen. Zweitens soll die Entwicklung politischer Strukturen

³² Vgl. Koller, *Ingolstadt plant und baut 1966–1971*, S. 30–35; Rainer Greca u. a., *Gutachten Ingolstadt. Landesplanerisches Gutachten zu den Problemen und Chancen des monostrukturellen Wirtschaftsraumes Ingolstadt*, München 1992, S. 103f., und Koller, *Ingolstadt plant und baut 1972–1982*, S. 23–26 und S. 39ff.

³³ Vgl. Hermann Hilterscheid, *Industrie und Gemeinde. Die Beziehungen zwischen der Stadt Wolfsburg und dem Volkswagenwerk und ihre Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung*, Berlin 1970.

³⁴ Zwischen 1970 und 1987 stieg der Anteil der im Dienstleistungssektor Beschäftigten in der Planungsregion 10 zwar von 38,1 auf 47,1 Prozent; im Landesdurchschnitt waren 1987 aber schon mehr als 56 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich tätig. Die Zahl der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe nahm dagegen im Verdichtungsraum Ingolstadt zwischen 1970 und 1987 um nahezu 19 Prozent zu, während sie bayernweit im selben Zeitraum um drei Prozent zurückging. Vgl. Greca u. a., *Gutachten Ingolstadt*, S. 48 und S. 52–58; zum folgenden vgl. ebenda S. 93ff.

unter den Bedingungen beschleunigten sozialen Wandels in den Blick genommen werden. Hier muß es unter anderem um die Frage gehen, wie sich demographische Verschiebungen und Umschichtungen in der Erwerbsstruktur auf die politische Orientierung der Bevölkerung ausgewirkt haben und wie sich die Zusammensetzung der basisnahen politischen Eliten dadurch verändert hat. Drittens werden die Handlungsspielräume und die Grenzen kommunaler Politik am Beispiel der Stadt Ingolstadt untersucht. Dabei werden aber nicht nur Stadtentwicklung und Stadtplanung im Mittelpunkt des Interesses stehen; es soll zudem gezeigt werden, wie führende Kommunalpolitiker wiederholt versuchten, der Stadt eine neue Identität zwischen Tradition und Moderne zu geben, und wie lange es dauerte, bis man im historischen Erbe nicht nur überflüssigen Ballast sah, sondern auch eine Chance³⁵. Viertens soll die Erosion und Beharrungskraft sozialer Milieus und Lebenswelten untersucht werden, und zwar bevorzugt am Beispiel des katholischen Milieus, der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und der Jugendkultur in den Jahren um 1968.

Die Studie von Jaromír Balcar über die ländliche Gesellschaft Bayerns am Beispiel ausgewählter Landkreise, die gleichsam im Windschatten des sozioökonomischen Strukturwandels lagen, bildet das Gegenstück zur Untersuchung von Thomas Schlemmer. Die ländliche oder dörfliche Gesellschaft ist keine terra incognita mehr. Schon in den fünfziger Jahren beschäftigte sich eine ganze Reihe soziologischer Studien mit dem Strukturwandel in ländlichen Regionen, wobei das Hauptaugenmerk vor allem auf dem Agrarsektor lag. In den siebziger Jahren wurde das Dorf zu einem bevorzugten Forschungsfeld der Volkskunde, und in den achtziger und neunziger Jahren nahm sich schließlich auch die Historiographie dieses Themenbereichs an³⁶. Zu nennen sind etwa die Arbeiten Paul Erkers und Andreas Eichmüllers für Bayern oder die Studie von Peter Exner über den Wandel der ländlichen Gesellschaft in Westfalen³⁷. Viele dieser Studien haben eines gemeinsam: Sie setzen auf der Ebene eines oder mehrerer Dörfer an, ihr Untersuchungsgegenstand ist also eng begrenzt. Dadurch sind die Ergebnisse nicht ohne weiteres übertragbar, zudem gerät der Einfluß regionaler Zentren, also die Wechselwirkung von Zentrum und Peripherie, weitgehend aus dem Blick. Um das zu vermeiden, hat Jaromír Balcar die Ebene der Landkreise als analytischen Rahmen gewählt. Dieser Zugriff scheint insofern besonders vielversprechend zu sein, als damit auch kleinere Städte und Märkte in den Blick geraten, die als Epizentren des Strukturwandels auf dem Land gelten dürfen.

Die Auswahl der zu untersuchenden Landkreise erfolgte anhand zentraler statistischer Strukturdaten für das Stichjahr 1950³⁸. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage auf dem

³⁵ Vgl. Historisches Erbe – Chance oder Belastung für unsere Städte? In: Ingolstädter Begegnungen. Eine kommunalpolitische Gesprächsrunde, Bd. 3, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, München 1982, S. 53–68.

³⁶ Zum Forschungsstand vgl. den Überblick bei Clemens Zimmermann, Dorf und Land in der Sozialgeschichte, in: Schieder/Sellin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 2, S. 90–112.

³⁷ Vgl. Paul Erker, Revolution des Dorfes? Ländliche Bevölkerung zwischen Flüchtlingszustrom und landwirtschaftlichem Strukturwandel, in: Martin Broszat/Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 367–425; Andreas Eichmüller, Landwirtschaft und bäuerliche Bevölkerung in Bayern. Ökonomischer und sozialer Wandel 1945–1970. Eine vergleichende Untersuchung der Landkreise Erding, Kötzing und Obernburg, München 1997; Peter Exner, Ländliche Gesellschaft und Landwirtschaft in Westfalen 1919–1969, Paderborn 1997.

³⁸ Angaben nach dem Statistischen Jahrbuch für Bayern für 1952, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o. J.

Land bereits zu einem gewissen Grad normalisiert, nachdem viele Heimatvertriebene die Landgemeinden in Richtung Stadt verlassen hatten³⁹. Die beiden wichtigsten Auswahlkriterien waren Erwerbsstruktur und Bevölkerungsdichte. Berücksichtigt wurden Landkreise, in denen mindestens die Hälfte aller Erwerbspersonen in Land- und Forstwirtschaft tätig und weniger als 30 Prozent im Bereich Industrie und Gewerbe beschäftigt waren. Gleichzeitig durfte die Bevölkerungsdichte 80 Einwohner pro Quadratkilometer nicht übersteigen. Als zusätzliches Kriterium wurde die Realsteuerkraft der kreisangehörigen Gemeinden pro Einwohner herangezogen. Erste Archivrecherchen ergaben für elf der in Frage kommenden Landkreise eine ausreichende Quellenbasis, und anhand dieser elf Landkreise soll die ländliche Gesellschaft in Bayern zwischen Währungsreform und Gebietsreform untersucht werden. 1950 umfaßten sie knapp acht Prozent der Gesamtfläche des Freistaates und 4,4 Prozent der bayerischen Bevölkerung. Von sieben bayerischen Regierungsbezirken sind sechs in der Untersuchung vertreten, lediglich Oberfranken fehlt. Somit lassen sich auch regionale Besonderheiten herausarbeiten, beispielsweise die unterschiedliche konfessionelle Prägung des katholischen Altbayern und der protestantischen Landstriche in Westmittelfranken.

Die Studie soll drei Kapitel umfassen, die die Überschriften „Politik auf dem Land“, „Arbeit auf dem Land“ und „Alltag auf dem Land“ tragen. Es wird ein wesentliches Ziel der Untersuchung sein herauszufinden, ob der Strukturwandel eher linear verlief oder ob sich Phasen ausmachen lassen, in denen er besonders rasch voranschritt bzw. sein Tempo spürbar verlangsamte. War dieses Tempo in allen Landesteilen gleich oder sind manche Veränderungsschübe am frühesten und nachhaltigsten in bestimmten Regionen spürbar gewesen? Schließlich stellt sich auch die Frage, ob sich Stadt und Land in diesem Prozeß tatsächlich einander näherten und – wenn ja – wie sich das neue Stadt-Land-Kontinuum gestaltete.

Das Kapitel „Politik auf dem Land“ ist der politischen Szenerie vor Ort gewidmet, die in drei Nahaufnahmen unter die Lupe genommen wird. Erstens geht es um den Elitenwechsel in der Kommunalpolitik, zweitens um den Auf- und Ausbau der Parteiorganisationen auf dem Land und drittens um die Veränderungen der Handlungsfelder und Handlungsspielräume der Kommunalpolitik im Zuge des sozioökonomischen Strukturwandels. Eine wichtige Rolle muß in diesem Kapitel auch die Gemeindegebietsreform der frühen siebziger Jahre spielen, die die politische Landkarte Bayerns fundamental verändert hat und die ein wichtiger Katalysator des Elitenwechsels im ländlichen Raum gewesen ist. So verlor etwa das traditionell entscheidende Kriterium für die Auswahl kommunaler Entscheidungsträger – die Verfügbarkeit über Grund und Boden – mit der Gebietsreform enorm an Bedeutung.

Das Kapitel „Arbeit auf dem Land“ beschäftigt sich mit den tiefgreifenden Veränderungen in der ländlichen Arbeitswelt. Im Zuge dieses Prozesses wurde gerade die Landwirtschaft als wichtigste Säule der traditionellen Wirtschaftsstruktur nachhaltig erschüttert⁴⁰. Auch das Dorfhandwerk war einem massiven Anpassungsprozeß unterworfen; ganze

³⁹ Vgl. die Beispiele bei Paul Erker, *Vom Heimatvertriebenen zum Neubürger. Sozialgeschichte der Flüchtlinge in einer agrarisch geprägten Region Mittelfrankens 1945–1955*, Wiesbaden 1988, S. 20 ff.

⁴⁰ Vgl. den knappen Überblick bei Arnd Bauerkämper, *Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in der Bundesrepublik in den 50er Jahren*, in: Schildt/Sywotek (Hrsg.), *Modernisierung im Wiederaufbau*, S. 188–200.

Sparten wurden überflüssig und starben aus. Wo fanden Bauern, Knechte und Mägde, aber auch ehemals selbständige Dorfhandwerker eine neue berufliche Existenz? Empfan- den die Betroffenen ihre neue unselbständige Tätigkeit als sozialen Aufstieg oder eher als Deklassierung? Ging mit der veränderten Erwerbsstruktur auch ein Wandel politischer Grundhaltungen einher, der nicht zuletzt eine größere Politisierung des Dorfes nach sich zog? Die im Industrie- und Dienstleistungssektor Beschäftigten stellen eine Berufsgruppe dar, die auch auf dem Land eine immer größere Bedeutung gewann. Hier wäre zu unter- suchen, ob ihr Auftreten ein allgemeines Phänomen war oder ob sie eher auf die regiona- len Zentren, also Kleinstädte und Märkte, konzentriert blieben, welche Branchen sich in ländlichen Regionen ansiedelten und wie das Anforderungsprofil der Arbeitsplätze in die- sen Betrieben aussah.

Das letzte Kapitel dieser Studie ist dem Alltag auf dem Land gewidmet, wobei der All- tagsbegriff hier *keine* Erfahrungsgeschichte der betroffenen Bevölkerung impliziert⁴¹. Es geht vielmehr darum, die Auswirkungen des Strukturwandels auf einige genau abgegrenz- te Bereiche wie Ehe und Familie, Religion und Kirche, Wohnen und Konsum, Vereinswe- sen und Feste oder Brauchtum zu untersuchen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen hier zwei Fragen: Erstens, wie entwickelten sich die Lebenschancen auf dem Land im Ver- gleich mit den Lebenschancen in den Städten? Und zweitens: blieb das Landleben weiter- hin von einem relativ engen Normenkorsett bestimmt, das den Alltag auf dem Land tradi- tionell reglementiert hatte⁴²? In diesem Zusammenhang muß in erster Linie der Einfluß der Kirche, *der* normensetzenden Instanz schlechthin, beleuchtet werden. Weiterhin bie- tet sich das ländliche Vereinswesen für eine Untersuchung an⁴³, denn Vereine fungieren nicht nur als Freizeiteinrichtung, sondern bestimmten auch den normativen Rahmen für die dörfliche Gemeinschaft mit.

Die vierte Monographie, die im Rahmen des Projekts „Gesellschaft und Politik in Bay- ern 1949–1973“ erarbeitet werden soll, beschäftigt sich mit der Geschichte der Arbeiter- schaft, und zwar am Beispiel der Bayerischen-Braunkohle-Industrie AG (BBI) in Wak- kersdorf. Dietmar Süß hat dieses Thema nicht zuletzt deswegen gewählt, weil bislang we- nig über die Arbeitergeschichte Bayerns und der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren bekannt ist⁴⁴. So kann man kaum etwas über das angebliche Ende der Arbeiterbewegung oder den Erosionsprozeß sozialdemokratischer Arbeitermilieus sagen, auch über die Frage, ob die vielzitierten Jahre des Wirtschaftswunders auch aus sozial- und alltagsgeschichtlicher Perspektive eine revolutionäre Umbruchphase waren, ist mehr spekuliert als empirisch gearbeitet worden.

⁴¹ Eine vorläufige Bilanz der Debatte über die Alltagsgeschichte bei Winfried Schulze (Hrsg.), *Sozial- geschichte, Alltagsgeschichte, Mikro-Historie. Eine Diskussion*, Göttingen 1994.

⁴² Vgl. Utz Jeggle/Albert Ilien, *Die Dorfgemeinschaft als Not- und Terrorzusammenhang. Ein Bei- trag zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner*, in: Hans-Georg Wehling (Hrsg.), *Dorfpolitik. Fachwissenschaftliche Analysen und didaktische Hilfen*, Opladen 1978, S. 38–53.

⁴³ Vgl. etwa die exemplarischen Ausführungen von Albert Ilien/Utz Jeggle, *Leben auf dem Dorf. Zur Sozialgeschichte des Dorfes und Sozialpsychologie seiner Bewohner*, Opladen 1978, S. 133–140.

⁴⁴ Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Paul Erker, *Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953*, Stuttgart 1990, und *Die Arbeiterschaft bei MAN 1945–1950*, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1991, S. 546–572.

Die Studie knüpft zunächst an Josef Moosers These an, die Arbeiterschaft habe in der Bundesrepublik „Abschied von der Proletarität“ genommen⁴⁵. Mooser kommt aus der historisch-soziographischen Makroperspektive zu dem Schluß, daß die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft in den Jahren des Booms trotz weiterhin existierender Klassegegensätze ihre bis dahin lebensweltlich prägende Bedeutung verloren habe. Dietmar Süß wird sich dagegen aus der Binnenperspektive eines eng begrenzten Milieus und einer einzigen Branche der zentralen Frage nähern, wie sich in den durch Wachstum und steigenden Wohlstand gekennzeichneten fünfziger und sechziger Jahren soziale Lage, Arbeit und Alltag der Arbeiter veränderten und ob mit der sozioökonomischen Entproletarisierung auch das Klassenbewußtsein zu Grabe getragen wurde.

Dann soll die neuere Diskussion über eine Rekonzeptionalisierung der Arbeitergeschichte aufgenommen werden, die unter anderem die Rolle des Betriebes als soziales Handlungsfeld entdeckt hat⁴⁶. Daß dieser Aspekt bisher vernachlässigt wurde, lag vor allem an der vorherrschenden sozialtheoretischen Deutung des Betriebes als lediglich zweckrationale Organisation mit Profitinteressen. Diese Interpretation berücksichtigte nicht, daß ein Unternehmen auch als differenziertes „Sozialsystem“ zu verstehen ist, in dem betriebsstrategische Entscheidungen nicht alleine Ausdruck einer rationalen Managemententscheidung sind, sondern auch Produkt relativer Machtungleichgewichte innerhalb des Systems⁴⁷. Der Betrieb erscheint in diesem Licht nicht mehr bloß als streng hierarchisch strukturiertes Gebilde, dessen Handeln in jedem Fall der kalten Logik der kapitalistischen Wirtschaft folgt. Vielmehr werden Grauzonen und Freiräume innerbetrieblicher Herrschaft sichtbar, die weit mehr als bisher den Aktionsradius von Arbeitnehmerhandeln betonen. Der Betrieb wird damit als Seismograph sozialer Veränderungen in den Blick genommen und Arbeitergeschichte mehr als bisher in die Betriebe hineinverlagert. Dabei interessiert vor allem die Frage, welche Bedeutung die Institutionalisierung von Konflikten für das Verhältnis von Unternehmen und Gewerkschaften besaß, wie die Konfliktlinien innerhalb des Betriebsrates und zwischen Gewerkschaft und Betriebsrat verliefen und welche politischen Leitbilder die Auseinandersetzung bestimmten.

Die BBI, eine hundertprozentige Tochter des Bayernwerks, war bis zu ihrer Schließung im Jahre 1982 neben der Maxhütte mit etwa 1300 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber der Region Schwandorf in der Oberpfalz⁴⁸. Das Unternehmen gehörte zu den wichtigsten Braunkohletagebaugebieten der Bundesrepublik und war als Energielieferant von eminenter Bedeutung. Die BBI war aber auch einer der modernsten und produktiv-

⁴⁵ Vgl. Josef Mooser, *Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik*, Frankfurt a. M. 1984, S. 228; Moosers Bilanz ebenda, S. 224–236.

⁴⁶ Vgl. Thomas Welskopp, *Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 22 (1996), S. 118–142.

⁴⁷ Vgl. allgemein Anthony Giddens, *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*, Frankfurt a. M. 1988; methodisch überzeugend Karl Lauschke, *Belegschaftshandeln in einem Hüttenwerk. Sozialgeschichte eines industriellen Großbetriebes während der Jahre des Wiederaufbaus*, Habil.-Schrift, Berlin 1997; vgl. auch Karl Lauschke/Thomas Welskopp (Hrsg.), *Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts*, Essen 1994.

⁴⁸ Zur Geschichte und ökonomischen Bedeutung des Unternehmens vgl. Ludwig Suckert, *Braunkohle in Wackersdorf. Die wirtschaftliche Entwicklung der BBI AG, Weiden/Regensburg* 1996.

sten Betriebe der Branche. Schwierige geologische Voraussetzungen hatten die BBI schon früh zu umfassenden Rationalisierungs- und Mechanisierungsmaßnahmen gezwungen. Bandförderung und Großraumbagger steigerten aber nicht nur die Produktivität, sondern erzwangen auch ein neues Profil für viele Arbeitsplätze. Die Folge war eine zunehmend differenzierte Arbeiterschaft, die in den werkseigenen Ausbildungsstätten geschult und auf die neuen, anspruchsvolleren Arbeitsplätze vorbereitet wurde⁴⁹.

Während die Sozialdemokratie in der Oberpfalz traditionell kaum politisches Gewicht besaß, konnte der Landkreis Burglengenfeld auf eine lange Arbeiterbewegungstradition zurückblicken⁵⁰. Der Einzugsbereich der BBI, insbesondere der Raum Wackersdorf, war geradezu eine Hochburg der SPD, wie die Wahlergebnisse bis zum Ende der siebziger Jahre zeigen. Freilich hatten sich Struktur und Prägekraft des sozialdemokratischen Milieus auch hier zu verändern begonnen. Das Jahr 1968 markiert – zumindest für die gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft – eine scharfe Zäsur: Auch in der ostbayerischen Provinz lassen sich Elemente jener eruptiven Bewegungen wiederfinden, wie sie die ganze Bundesrepublik erschütterten. Mit anderen Worten: auch Schwandorf erfuhr sein '68⁵¹.

Die Geschichte eines regional eng umrissenen Sozial- und Produktionsmilieus ist mehr als bloß die Geschichte eines lokalen Sonderfalles: Erstens ist der besondere Verlauf des ökonomischen Aufholprozesses in Bayern nicht nur geprägt durch alte und neue industrielle Kernregionen, sondern auch und zu einem erheblichen Anteil durch traditionsreiche Industrieinseln an der Peripherie wie Selb, Kolbermoor, Penzberg, Peißenberg oder eben Schwandorf/Wackersdorf. Gerade die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung dieser Kleinstädte zeigt, daß der Weg in den bayerischen High-Tech-Staat nicht geradlinig war⁵². Zweitens läßt sich hier mehr über die weitgehend unerforschte Geschichte der bayerischen SPD nach 1945 erfahren. Zumindest für den Untersuchungsraum soll versucht werden, erste Aussagen über Mitgliederstruktur, Funktionseliten und programmatische Entwicklung der SPD zu machen und die Veränderungen im sozialdemokratischen Milieu exemplarisch zu untersuchen. Besonders spannend ist dabei die Frage nach dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Katholizismus. Denn immerhin ist es erklärungsbedürftig, warum in der Region Schwandorf/Wackersdorf, in der weit mehr als 85 Prozent der Bevölkerung katholisch waren, die SPD weite Teile der katholischen Arbeiter an sich binden konnte und im Regelkreis der Feiertage das Fest der Heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Bergleute, vor dem Tag der Arbeit rangierte. Die Geschichte der Braunkohleindustrie und ihrer Beschäftigten ist, drittens, bisher von der historischen Forschung fast vollständig ausgeblendet worden. Es fehlen praktisch für alle Epochen und Regionen der Bundesrepublik quellengesättigte Studien, die mehr als den Anspruch einer Firmenfestschrift besitzen. Dabei ist der Stellenwert der Braunkohle für die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte ver-

⁴⁹ Vgl. Wolfgang Scharf, Die Bandanlagen der Bayerischen Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft, in: Braunkohle 1953, H. 5/6, S. 75–83.

⁵⁰ Vgl. dazu Gerhard Müller, Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848–1919, Theuern 1988.

⁵¹ Zur Entwicklung der Sozialdemokratie in der Region vgl. Franz Sichler, 90 Jahre SPD Schwandorf, Schwandorf 1996.

⁵² Vgl. Paul Erker, Industriewirtschaft und regionaler Wandel. Überlegungen zu einer Wirtschaftsgeschichte Bayerns 1945–1995, in: Lanzinner/Henker (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte, S. 41–51.

schiedener Regionen enorm⁵³. Zwar sind die Wackersdorfer Braunkohlefelder quantitativ nicht mit den ostdeutschen oder rheinischen vergleichbar. Doch finden sich gerade im Rheinland ähnliche arbeitsorganisatorische, gewerkschaftliche und regionalwirtschaftliche Strukturen wie in Ostbayern, die einen Vergleich überaus lohnend erscheinen lassen⁵⁴.

III.

Die umfassende Erforschung der Gesellschaftsgeschichte der fünfziger und sechziger Jahre ist eine Aufgabe, die die Kapazität einer einzelnen Forschungseinrichtung bei weitem übersteigt. Auch die Monographien und Sammelbände, die im Rahmen des hier vorgestellten Projekts erarbeitet werden, sind wenig mehr als Mosaiksteine für ein neues, facettenreiches Bild der westdeutschen Gesellschaft zwischen Währungsreform und Ölkrise. Daher ist es für uns von großer Wichtigkeit, mit anderen Institutionen zusammenzuarbeiten oder mit interessierten Kolleginnen und Kollegen über Themenfelder, Zäsuren, Quellenprobleme oder methodische und theoretische Fragen – etwa Reichweite und Erklärungskraft modernisierungstheoretischer Konzepte⁵⁵ – ins Gespräch zu kommen. Zu diesem Zweck wurde das Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973“ am 22. und 23. Oktober 1997 auf einem Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Vor rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der ganzen Bundesrepublik stellten die Mitarbeiter des Bayern-Projekts am ersten Tag Konzeption und erste Ergebnisse ihrer Studien zur Diskussion. Der zweite Tag des Kolloquiums stand im Zeichen anderer Projekte, die ähnlichen Frage- und Problemstellungen verpflichtet sind. Axel Schildt (Hamburg) faßte die Ergebnisse des bereits abgeschlossenen Projekts „Modernisierung im Wiederaufbau“ zusammen, Karl Teppe (Münster) zog eine erste Zwischenbilanz des Projekts „Gesellschaft in Westfalen. Kontinuität und Wandel 1930–1960“, während Peter Exner (Stuttgart), ein Mitarbeiter dieses Projekts, seine Ergebnisse aus dem Bereich Landwirtschaft und dörflich-agrarisches Milieu vorstellte; den letzten Vortrag der Tagung hielt Stefan Goch (Gelsenkirchen), der über „Strukturwandel und soziale Milieus im Ruhrgebiet“ sprach. Die lebhafteste, stellenweise kontroverse Debatte im Anschluß an die Referate bewies einmal mehr, wie fruchtbar und notwendig der Austausch über die Grenzen von Projekten hinaus ist. Die Mitarbeiter des Bayern-Projekts erhoffen sich auch von dieser Notiz weitere Kontakte auf nationaler oder auch internationaler Ebene, interessante Anregungen und konstruktive Kritik.

⁵³ Vgl. z. B. Peter Hübner, Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlenrevier von den dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre, in: Ders., Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte, Berlin 1995, S. 23–59.

⁵⁴ Vgl. z. B. Götz Voppel, Die Aachener Bergbau- und Industrielandschaft: Eine wirtschaftsgeographische Studie, Wiesbaden 1965, oder Arno Kleinebeckel, Unternehmen Braunkohle: Geschichte eines Rohstoffes, eines Reviers, einer Industrie im Rheinland, Köln 1986.

⁵⁵ Vgl. die noch immer anregenden Überlegungen von Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975; zum gegenwärtigen Stand der Debatte vgl. die Beiträge in *Leviathan* 24 (1996), S. 8–108; zum Einfluß der Modernisierungstheorie auf Projekte zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik vgl. Michael Prinz/Matthias Frese, Sozialer Wandel und politische Zäsuren seit der Zwischenkriegszeit. Methodische Probleme und Ergebnisse, in: Dies. (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 1–31, insbesondere S. 5–9.

VOLKER DAHM

DOKUMENTATIONSSTÄTTE AM OBERSALZBERG BEI BERCHTESGADEN

Nachdem bekannt geworden war, daß die Streitkräfte der USA das von ihnen als Erholungsgebiet genutzte Gelände am Obersalzberg freigeben würden, beschloß der Bayerische Ministerrat am 1. August 1995 in Abstimmung mit dem Landkreis Berchtesgadener Land und der Marktgemeinde Berchtesgaden erarbeitete Grundsätze zur künftigen Nutzung des ehemaligen „Führersperrgebiets“, die u. a. die Errichtung einer der „besonderen Geschichte des Ortes“ Rechnung tragenden Dokumentationsstätte vorsehen. Mit der Ausarbeitung eines Konzepts für diese Dokumentationsstätte wurde das Institut für Zeitgeschichte beauftragt. Das Institut legte im Februar 1996 ein Exposé vor, das die Basis einer Ministerratsvorlage des Finanzministeriums bildete, die vom Kabinett am 23. April 1996 gebilligt wurde. Am 26. August 1996 wurde das Institut durch das Finanzministerium formell mit der „Entwicklung eines fachlich-historischen“ Konzepts für die Dokumentationsstätte beauftragt.

Um die erforderliche fachwissenschaftliche und museumsdidaktische Qualität der Dokumentation zu gewährleisten, wurde in der Folge ein Fachbeirat berufen, dem Historiker und Museumsexperten, Vertreter der beteiligten Ministerien und Repräsentanten der Region angehören. Im einzelnen: Prof. Dr. Horst Möller (Direktor des Instituts für Zeitgeschichte) als Vorsitzender, Ministerialdirigent Josef Erhard (Bayerisches Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst), Prof. Dr. Claus Grimm (Direktor des Hauses der Bayerischen Geschichte), Ministerialdirigent Helmut Gropper (Bayerisches Staatsministerium der Finanzen), Prof. Dr. Klaus Hildebrand (Universität Bonn), Prof. Dr. Hans Günter Hockerts (Universität München), Ministerialrat Günter Hoffmann (Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern), Dr. Hartmut Mehringer (Institut für Zeitgeschichte), Dr. Andreas Nachama (ehemals Direktor der Stiftung Topographie des Terrors, jetzt Vorsitzender des Vorstands der Jüdischen Gemeinde Berlin), Martin Seidl (Landrat des Landkreises Berchtesgadener Land), Rudolf Schaupp (Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Berchtesgaden), Prof. Dr. Christoph Stölzl (Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums).

Nachdem das Institut für Zeitgeschichte seinen in Abstimmung mit dem Finanzministerium erarbeiteten Projektentwurf vorgelegt hatte, trat der Fachbeirat am 5. Juni 1997 in Berchtesgaden zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das 120 Seiten umfassende Konzept wurde nach ausführlicher Diskussion mit leichten Modifikationen einstimmig gebilligt. Auf einer zweiten Sitzung des Fachbeirats am 27. Oktober 1997 in München wurde das Münchener Architekturbüro Claus & Forster mit der visuellen Gestaltung der Dokumentation beauftragt und eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die die laufenden Arbeiten koordinieren und steuern soll. Inzwischen haben drei Sitzungen dieser Arbeitsgruppe, in der das Institut für Zeitgeschichte institutionelles Mitglied ist, stattgefunden.

VfZ 46 (1998)

© Oldenbourg 1998

Das Konzept des Instituts für Zeitgeschichte geht von der Notwendigkeit aus, den zahlreichen Besuchern des Obersalzberg Gelegenheit zu geben, sich durch eine wissenschaftlich fundierte Dokumentation über den Ort und seine Verflechtung mit dem Nationalsozialismus zu informieren. Dadurch soll nicht nur einem offensichtlichen Bedürfnis vieler Besucher entsprochen werden, sondern auch einem rein emotionellen oder sogar mythischen Geschichtserlebnis, das von der Authentizität des Ortes ausgehen könnte, entgegengewirkt werden. Wenn dabei nicht ein extrem verkürztes und dadurch verklärtes oder sogar apologetisches Bild des Nationalsozialismus entstehen soll, kann diese Dokumentation nicht auf den Ort und seine Geschichte begrenzt werden. Notwendig ist vielmehr, die Ortsgeschichte in die Zeitgeschichte einzubetten, d. h. die Dokumentation der Inbesitznahme und Nutzung des Geländes durch Hitler und seine obersten Satrapen mit der Darstellung der wichtigsten Sektoren der NS-Diktatur zu verbinden. Die Gelegenheit, eine große Zahl mindestens teilweise an fundierter historischer Information interessierter Menschen erreichen zu können, legt es nahe, das Schwergewicht der Dokumentation auf diese allgemein-zeitgeschichtlichen Kapitel zu legen. Diese sollen nicht nur historisches Wissen vermitteln, sondern, soweit mit dokumentarischen Mitteln möglich, auch Elemente zum Verständnis des historischen Geschehens liefern. Da der Obersalzberg lange vor dem Dritten Reich und auch danach wieder bewohnt und genutzt wurde, soll in kleineren Dokumentationseinheiten auch die Zeit vor 1933 und nach 1945 behandelt werden.

Die Dokumentation wird demgemäß vier Sektionen umfassen: Bergbäuerliche Lebenswelt und bürgerliches Erholungsgebiet (I), Der Nationalsozialismus am Obersalzberg (II), Die nationalsozialistische Diktatur (III), Der Obersalzberg unter US-Verwaltung (IV).

In der *ersten Sektion* werden die frühe Besiedlung des Obersalzberg, dessen bergbäuerliche Nutzung im 19. Jahrhundert und seine Entwicklung zum Erholungsgebiet für das städtische Bürgertum dargestellt. Die *zweite Sektion* behandelt zunächst Hitlers frühe Beziehung zum Obersalzberg, dokumentiert dann den Umbau des Geländes zum „Führersperrgebiet“ und die damit verbundene – teilweise erzwungene – Absiedlung der bisherigen Anwohner und zeigt schließlich das private, gesellschaftliche und politische Leben auf dem Obersalzberg.

Die *dritte*, acht didaktisch aufeinander abgestimmte Kapitel umfassende und damit größte *Sektion* bildet den zeitgeschichtlich-pädagogischen Kern der Dokumentation. Hier wird zunächst der Aufstieg der NSDAP vor dem Hintergrund der Krise der Weimarer Republik dargestellt (1). Darauf folgt eine biographische Dokumentation des Führungspersonals von Partei und Staat (2). Im dritten Kapitel werden Ideologie und Organisation der Volksgemeinschaft und ihre politische und ökonomische Funktion dokumentiert. Dabei sollen die integrativen Absichten und Auswirkungen der Volksgemeinschaftsideologie ebenso behandelt werden wie ihre diskriminierende und ausgrenzende Funktion und deren innere Kohärenz. Auf dieser informatorischen und analytischen Basis können dann in weiteren Kapiteln der Terrorapparat von SS, SD, Gestapo usw. (4), Rassenpolitik, Judenverfolgung und Völkermord (5), Hitlers Außenpolitik (7) und der Zweite Weltkrieg (8) dargestellt werden. Ergänzend tritt ein Kapitel über den Widerstand (6) hinzu.

Die *vierte Sektion* zeigt die Entwicklung am Obersalzberg von der Besetzung durch amerikanische Truppen am 4. Mai 1945 bis zur Räumung des Geländes durch die US-Streitkräfte im Sommer 1996.

Auf Beschluß des Fachbeirats wird ein kleiner Teil der ausgedehnten, 1943/44 in den Berg hineingebauten Bunkeranlage als Ausstellungsobjekt in die Dokumentation einbe-

zogen. Zu diesem Zweck wird das Ausstellungsgebäude, das gegenwärtig unterhalb des Platterhofs auf den Fundamenten des Hitlerschen Gästehauses „Hoher Göll“ errichtet wird, durch einen geschlossenen Gang mit einem nahegelegenen Bunkereingang verbunden, so daß eine Besichtigung des Bunkers nur in Verbindung mit einem Besuch der Dokumentationsstätte möglich ist.

Es ist geplant, einen Begleitband zur Dokumentation herauszugeben, der sowohl Ausstellungsführer wie historisches Lesebuch darstellt und nicht nur in der Dokumentationsstätte, sondern auch im Buchhandel erhältlich sein soll. Er wird u. a. wissenschaftlich fundierte, dem neuesten Forschungsstand entsprechende, aber allgemeinverständlich geschriebene Essays zu den Themen der zeitgeschichtlichen Kerndokumentation enthalten.

Die Projektgruppe des Instituts für Zeitgeschichte wird von Dr. Volker Dahm geleitet. Zu ihr gehören Dr. Klaus A. Lankheit und Albert A. Feiber M. A. sowie Dr. Werner Röder als archivarischer Berater. Als Verfasser der einzelnen Essays zeichnen neben Volker Dahm und Klaus A. Lankheit: Hermann Graml, Dr. Christian Hartmann, Dr. Hartmut Mehringer und Dr. Dieter Pohl. Sie haben zugleich beratende Funktion.

Das Ausstellungsgebäude, ein einfacher, sich ganz in den Dienst der Dokumentation stellender Zweckbau, wird voraussichtlich im Herbst 1998 fertiggestellt werden. Die Dokumentation soll im Frühjahr 1999 für die Besucher geöffnet werden.

Abstracts

John Steiner, Jobst Freiherr von Cornberg, Hitler's Contradictory Racial Policy: Exemptions from the Nuremberg Laws.

The Nuremberg Racial Laws of 1935 included the First Ordinance of the *Reichsbürgergesetz* (Reichscitizen Law) which classified those affected by it into: *Volljuden* (Full Jews), *Geltungsjuden* (Legal Jews) und *Mischlinge* (Mixed Jews) who were subdivided into first and second degree Jews (*Mischlinge 1. und 2. Grades*). The Ordinance included a provision which stated that under certain conditions exemptions (*Befreiungen*) could be granted only by Hitler personally. Exemptions elevated those receiving them into a more favorable position or even to equal standing with "pure blooded" Germans (*Aryans*). As far as can be determined, with the exception of two Full Jews, only persons classified as "Legal" or "Mixed Jews" did receive an exemption. Applying for exemptions were a great number of people who, at times, were even supported by prominent personages. From November 1935 to April 1941 almost 10000 persons applied for exemptions; however, the number of persons granted them by Hitler remained few, approximately 1300. During World War II, exemptions were primarily in the German Armed Forces. Applicants petitioned to be retained, admitted or reinstated in the Armed Forces, except for the SS, or to become eligible for promotion to a higher rank. Finally, there were a greater number of prominent personages in politics, economics, art and the sciences whose *Mischling* status rendered them less disadvantaged than those in other categories. Often they were not even required to apply for an exemption but received it without a formal application. Such inconsistency and contradictions in granting exemptions were, obviously, in glaring conflict with the Nazi's absolutist racial doctrines.

Bernd Rotber, Franco's Spain, the Sephardim and the Holocaust.

In many things written about Spain's policies during the Second World War, it is still maintained that, by generous assistance, the country saved numerous Jews, particularly Sephardim, from being murdered by Germany. The files of the German Foreign Service and those of the Spanish Foreign Ministry, however, show another picture. In fact, refugees who merely wanted transit rights to pass through Spain met with little difficulty, but long-term exile in Spain for Jewish refugees, was not considered by the Franco government. Especially affected were the three thousand Sephardic Jews of Spanish citizenship who lived in German-occupied Europe. At the beginning of 1943, when the German side offered Spain their repatriation, Madrid initially refused the offer. The Spanish government did, actually, soon give way, but it erected bureaucratic hurdles difficult to get over so that in not a few cases repatriation was blocked by Spanish rather than German resistance.

Valur Ingimundarson, C.D. Jackson, Psychological Warfare, the German Question, 1953-54.

This article discusses the evolution of the Eisenhower Administration's Cold War strategy within the German context in 1953-54. By focusing on the role of C.D. Jackson, Eisenhower's Special Assistant for psychological warfare, it seeks to highlight the basic dilemma facing that strategy: the incompatibility between the rhetoric of "liberating" East-

ern Europe, including East Germany, from Communism with the pragmatic goal of rearming West Germany and integrating it into the Western Alliance. Using three historical examples – U.S. policy during the transition of power in Moscow after Stalin's death, the American response to the East German uprising, and the Berlin Conference on German reunification – it contrasts Jackson's advocacy of a more forceful and dynamic American foreign policy with Secretary of State John Foster Dulles' skepticism about the need for psychological warfare operations in Germany and his conviction about the need for alliances. The author argues that the growing tension between these conflicting tendencies in U.S. Cold War strategy eventually forced the administration to commit itself more firmly to the containment doctrine at the expense of "liberation".

Heike Bungert, *The U.S. Government, Thomas Mann and the Creation of a "Council of Free Democratic Germans"*.

This article aims to refute the long-held belief that the U.S. government rejected all efforts by emigrés from Hitlerian Germany to establish a free German movement based in the United States. Using recently declassified records of the Office of Strategic Services (OSS), the wartime U.S. intelligence service, one can establish that both the OSS and the State Department supported, and perhaps even initiated the German Labor Delegation's proposal in August 1943 to create a "Council of Free Democratic Germans" under the directorship of Thomas Mann. The U.S. government wanted to harness the emigrés' potential in order to have a counterweight to the Soviet-inspired *Nationalkomitee Freies Deutschland* based in Russia. The project came to nothing due to the interference of Paul Hagen, whom the Americans distrusted and because America feared offending its Soviet ally.

Eckart Conze, *Confrontation and Détente. Reflections on the Historical Analysis of the East-West Conflict*.

In disagreement with the essay on the East-West Conflict by Andreas Wenger which appeared in the *VfZ* 46 (January 1998), the author sets forth some reflections on the historical analysis, classification and evaluation of the East-West Conflict. Starting by placing discussion within the bounds of "assured political stability" and "peace", he argues for a subtly differentiated employment of the terms, "East-West Conflict" and "Cold War". The "East-West Conflict", going on since 1917, virulent since the final phases of the Second World War, took various forms in fluctuating between the poles of confrontation and détente. The fundamental opposition in ideology and in the concept of political order between East and West remained unchanged until 1989–91. For this reason it's stretching things a bit to see the policy of détente in the sixties as directly related to the disintegration of the blocs three decades later. In fact, the mutual recognition of the status quo, dating from 1961 and maintained by power politics, gave the international order a certain measure of stability. Still, the costs of this stability were the nuclear threat and the continuing lack of freedom for the people east of the Iron Curtain.

Wolfgang Leonhard, *In the Crosshairs of the SED: My Flight from the SED's Party Leadership-Training Academy Karl Marx in March 1949 and the Activities of the Party Central Control Commission*.

The author describes the causes and the nature of his flight from the SED Party Academy to Yugoslavia in March 1949 and his subsequent activity in Belgrade. Making use of

some three hundred pages related to his flight in the files of the Party Central Control Commission of the SED that have become available in the meanwhile, the author analyses the campaign for vigilance, the hunt for spies, the accusations of "Trotzkyism", his expulsion from the party as well as the measures taken by the SED leadership to prevent the spread of his writings published in Yugoslavia. Taking part also in the activities directed at the time against the "renegade Leonhard", were Kurt Hager and Erich Mielke, both of whom were later first-rank officials of the SED. In concluding, the author makes some inferences about the fight against deviants throughout the SED regime and analyses content, form and results of these ideological-administrative measures.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. *John Michael Steiner*, Professor emeritus für Soziologie, Senior Resident Scholar an der Sonoma State University (Rohnert Park, CA 94928). Als „Geitungsjude“ nach Theresienstadt, Auschwitz-Birkenau, Blechhammer, Reichenbach und Dachau verschleppt. Veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Studien im Bereich der Sozialpsychologie, Soziologie und Kriminologie, u. a. „Power Politics and Social Change in National Socialist Germany. A Process of Escalation into Mass Destruction“ (Den Haag 1975), zusammen mit Joel E. Dimsdale u. a. „Survivors, Victims, and Perpetrators: Essays on the Nazi Holocaust“ (Washington 1980).

Jobst Freiherr von Cornberg, Rechtsanwalt (Wetzlarstr. 11, 76530 Baden-Baden), zuletzt Personalleiter und Justitiar. Fulbright-Stipendiat 1955/56. Zeitgeschichtliche Studien, u. a. zusammen mit John Michael Steiner und Fahrenberg „Die Ausprägung autoritärer Einstellung bei ehemaligen Angehörigen der SS und der Wehrmacht“ (Köln 1970).

Dr. *Bernd Rother*, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien an der Universität Potsdam (Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam). Seit 1993 Forschungen zu den spanisch-jüdischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert; veröffentlichte u. a.: „Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933“ (Bonn 1990), als Herausgeber zusammen mit Marlis Buchholz „Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933–1940“ (Bonn 1995), „National-Spanien und die Juden 1938/39“, in: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996).

Dr. *Valur Ingimundarson*, lehrt Geschichte an der Universität von Island (Tómasarhaga 20, 107 Reykjavík); veröffentlichte u. a. „East Germany, West Germany, and U.S. Cold War Strategy, 1950–1954“ (New York 1993), „Im Kreuzfeuer. Island, die Vereinigten Staaten und der Kalte Krieg, 1945–1960“ (auf isländisch 1996 erschienen).

Dr. *Heike Bungert*, wissenschaftliche Assistentin an der Anglo-Amerikanischen Abteilung des Historischen Seminars der Universität zu Köln (Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln); veröffentlichte u. a. „Das Nationalkomitee und der Westen: Die Reaktion der Westalliierten auf das NKFD und die Freien Deutschen Bewegungen, 1943–1948“ (Stuttgart 1997), sowie Aufsätze zu Film und Geschichte, zum amerikanischen Bürgerkrieg und zum Kalten Krieg.

Dr. *Eckart Conze*, wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (Wilhelmstr. 36, 72074 Tübingen); veröffentlichte u. a. „Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik“ (München 1995), sowie Aufsätze zur Geschichte der internationalen Beziehungen und zur Geschichte des deutschen Adels im 20. Jahrhundert; arbeitet derzeit an einer familienbiographischen Studie zur Geschichte der Grafen von Bernstorff zwischen Kaiserreich und Nachkriegsdeutschland.

Dr. *Wolfgang Leonhard*, Professor an der Historischen Fakultät der Yale University von 1966–1987 (Kirchstraße 24, 54531 Manderscheid/Eifel); veröffentlichte u. a. „Die Revolution entläßt ihre Kinder“ (Köln 1955), „Kreml ohne Stalin“ (Köln 1959), „Sowjetideologie heute“ (Frankfurt a. M. 1962), „Die Dreispaltung des Marxismus. Ursprung und Entwicklung des Sowjetmarxismus, Maoismus und Reformkommunismus“ (Düsseldorf 1970), „Das kurze Leben der DDR. Berichte und Kommentare aus 4 Jahrzehnten“ (Stuttgart 1990), „Spiel mit dem Feuer. Rußlands schmerzhafter Weg zur Demokratie“ (Bergisch Gladbach 1996).